

DAS ARGUMENT 129

A 22352 F

Editorial	625
Zur Diskussion gestellt: Argument-Frauenredaktion?	627

Soziale Bewegungen - Kulturelle Hegemonie

Wolfgang Fritz Haug Strukturelle Hegemonie	628
Frigga Haug Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus	649
Dorothee Sölle Anfragen feministischer Theologie	665
Hermann Rotermund Das Potential der Jugendkultur	678

Baber Johansen: Islam und Staat im Imperialismus (I)	690

Aktuelle Analyse

Detlev Albers Ostwind - Westwind in Europa	704
---	-----

<u>Besprechungen:</u> Marxistische Philosophie; Literatur im Unterricht; Städtebau; Jugendkultur; Austromarxismus; Rußland; Frauenbewegung	722
--	-----

Kongreßberichte: Volksuni, VDS zur Lehrerausbildung, Gewerk- schaften und Hochschulen, Technologie; Ankündigungen	712/713
Intervention: Was heißt Zweite Kultur? (Eckard Holler)	711
Über die Autoren; Summaries; Zeitschriftenschau	774

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberdtztl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz, Dr. Werner van Treeck

Redaktionssekretariat: Thomas Laugstien; Herstellung: Werner Jung

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Mandel, Ernest, und Johannes Agnoli: Offener Marxismus (K. Priester)</i>	722
<i>Sève, Lucien: Une introduction à la philosophie marxiste (W. Kowalsky)</i>	723
<i>Schoch, Bruno: Marxismus in Frankreich seit 1945 (U. Wacker)</i>	724
<i>Steigerwald, Robert: Bürgerliche Philosophie und Revisionismus in Deutschland (C. Knobloch)</i>	726
<i>Röhr, Werner: Aneignung und Persönlichkeit (M. Winkler)</i>	727

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschriftet und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1981. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070900; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbar. Steinhardt, Berlin; Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda. 1. — 7. Tausend Juli 1981.

Editorial

Der Abschied vom Proletariat ist in Mode gekommen. In vielen politischen Theorien treten die sogenannten neuen sozialen Bewegungen an die Stelle der Arbeiterbewegung. Die Beiträge, die den Schwerpunkt dieses Hefts bilden, werden dem Vorwurf nicht entgehen, daß sie einer Mode Tribut zollen, vielleicht sogar dem, daß sie die Arbeiterklasse preisgeben, politische Ersatzsubjekte suchen und damit die Geschichte des *Argument* zurücknehmen. Die Frage »Wo steht ihr?« — lieber wäre uns »Wo bewegt ihr euch?« — ist legitimiert durch die lange Geschichte deutscher oppositioneller Intelligenz, deren revolutionärer Elan sich, wie es die Klassiker der Deutschen vorgemacht haben, in Mäßigung und Anpassung verlor, nicht selten auch der Gegenseite gegen Entgelt überlassen wurde. In Zeiten der Schwierigkeiten, des übermäßigen Drucks, der Desorientierung verloren sich große Teile der ehemals Aufsässigen, die nächste Revolte konnte nur noch mit wenigen von Ihnen rechnen. Die Geschichte braucht für diese Erfahrung nicht allzuweit bemüht werden. Viele Schicksale der Auführer von 1968 genügen als Illustration. Der Abschied von der Arbeiterbewegung, den viele vollziehen, die ihre Ankunft dort nicht ohne publizistischen Effekt gemeldet hatten, sensibilisiert auch gegenüber dem *Argument*.

Die Aufsätze dieses Heftes verkündigen aber nicht den Abschied vom Proletariat, sondern gehen von der Frage aus, wie mit schwachen Kräften, unter der Bedingung einer politisch schwachen Arbeiterbewegung, Politik gemacht werden kann. Statt die Arbeiterbewegung als politisches Subjekt in Frage zu stellen, stellen sie die Frage nach ihrem politischen Ort im Verhältnis zu den anderen Kräften der Kultur und der Wissenschaft. Was sich zu ähneln scheint, sind doch zwei diametral entgegengesetzte Haltungen.

Kein Rückzug also. Über die Ermöglichung des Widerstands wird nachgedacht, nicht seiner Vergeblichkeit das Wort geredet. Die Haltung des Einigeln, Abschottens wird freilich verworfen. Alle Hoffnung auf einen künftigen Frühling zu setzen, führt zur Starre des Winterschlafs. Es wird ausgegangen von dem, was schon existiert, es wird ausgesprochen, was ist: das Nebeneinander, manchmal auch Gegeneinander der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung. Es wird ausgesprochen nicht in der Absicht, sie hintereinander zu kuppeln, sie gar zu verschmelzen, sondern ihre effektive hegemoniefähige Anordnung zueinander zu erleichtern. Und es wird von Siegen erzählt, statt nur von Niederlagen, davon, daß Frauen Passivität und Stellvertretermentalität überwinden, Subjekte neuer Politikformen geworden sind; es wird ausgesprochen, daß, indem die Privatsphäre wichtiger Ort von Herrschaft ist, auch die hier errungenen Siege zählen. Die Erfahrung, daß es ohne Hierarchie und Stellvertretung ging, meint nicht unbescheiden, es müsse immer und überall so gehen — aber sie besteht darauf, daß die Erfahrung, Subjekt zu sein, nicht wieder verloren geht, das »Persönliche« nicht wieder aus der »eentlichen« Politik ausgesperrt wird.

Und was ist aber nun die Linie? Löst sich alles auf in eine vielleicht sympathische aber ohnmächtige Vielfalt? Das *Argument* ist keine Partei, es hat keine politische Linie. Aber wir werden weiterhin versuchen, die verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen und politischen Orientierungen in einen Diskussionszusammenhang zu bringen. Wenn man so will, ist das dann doch eine »Linie«: nicht fröhliche Bejahung unverbindlicher Vielfalt, nicht Vision von der Großen Einheit, sondern ein Arrangement schaffen, in dem die Provokationen (das sind die anderen) angenommen werden können. Das heißt auch, nicht nur von unterschiedlichen Positionen aus gemeinsame Ziele zu verfolgen, sondern zu versuchen, für die eigene Praxis die Erfahrungen der anderen Bewegungen fruchtbar zu machen. Das heißt auch, statt einer marxistischen »Untersuchung des kritischen Potentials feministischer Theologie« den Aufsatz von Dorothee

Sölle aus den Reihen der feministischen Theologinnen selbst zu bringen. Daß Christen und Marxisten unter gemeinsamen Losungen zusammen auftreten, daran dürften sich die Leser gewöhnt haben. Aber dies ist ein Versuch, in der Verbindung mit Feminismus und Sozialismus die christliche Botschaft selbst neu zu bestimmen. Das ist eine Herausforderung auch an die Frauenbewegung und die Arbeiterbewegung.

Veränderung in der Redaktion

Werner van Treeck, Mitglied der Forschungsprojekte Automation und Qualifikation (Berlin) und Verwaltungsautomation (Kassel) ist in die Redaktion eingetreten. Er bemüht sich um den Aufbau einer Soziologie-Kommission.

Veränderung in der Rezensionsabteilung

Die bisherige Rezensions-Rubrik »Soziale Bewegung und Politik« ist in diesem Heft in »Soziale Bewegungen und Politik« umbenannt worden; der Plural trägt der realen Entwicklung Rechnung. Damit verbindet sich das allgemeinere Problem, daß die sozialen und politischen Kämpfe auch gegen die überlieferten Grenzen von Wissenschaftsdisziplinen rebellieren, mit deren Hilfe sie begriffen werden sollen. Die alte Frage stellt sich neu: Sollen wir die fachbezogenen Rubriken des Besprechungsteils zugunsten einer mehr praxisnahen, problembezogenen Ordnung der Rezensionen aufgeben?

Diskussion über den Aufbau einer Frauen-Redaktion

Wir stellen im folgenden das Projekt von Frigga Haug zur Diskussion, durch Aufbau einer autonomen Frauen-Redaktion sowohl die Frauenfrage in dieser Zeitschrift zu verankern, als auch zur Theorieentwicklung in der Frauenbewegung einen Beitrag zu leisten.

Argument-Forum in Hamburg

Im Rahmen der »Heine-Treffs« — einer Veranstaltungsreihe der Heinrich-Heine-Buchhandlung in Hamburg, die Autoren und Projekten die Möglichkeit bietet, ihre Texte und Konzeptionen mit Interessierten zu diskutieren — stellen Frigga Haug und weitere Mitarbeiter Redaktions- und Verlagskonzeption des *Argument* vor. Wir denken, daß dies ein geeigneter Ort ist, die geplante Erweiterung des *Argument* um eine Frauenredaktion und die Entwicklung eines ständigen Frauentails zu diskutieren (vgl. den Diskussionsaufruf in diesem Heft). Wir laden herzlich ein zur Diskussion:

Dienstag, 3. November, um 19.30 Uhr in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstraße 1, 2 Hamburg 13.

Verlagsmitteilungen

Neuerscheinungen: Wir bitten um Beachtung unserer Anzeige am Schluß dieses Hefts.

Preise:

Wir haben uns bisher immer bemüht, die gestiegenen Herstellungskosten (15% - 25%) wie auch unsere eigenen gestiegenen Verlags- und Vertriebskosten durch Einsparungen an anderen Stellen aufzufangen. Die Autoren und redaktionellen Mitarbeiter arbeiten unentgeltlich. Die Kosten werden 1982 dennoch weitersteigen — unsere Preiserhöhungen sind dabei sehr gering, sie verschonen die Studenten weitgehend. Bis Jahresende gelten die alten Preise. Ab 1.1.82 gilt:

Zeitschrift: Abo Stud. incl. Porto 50,— DM (bisher 46), Abo vollbez. incl. Porto 63,80 DM (bisher 55), Einzelverkauf Stud.9,— DM (bisher 8,50), vollbez.12,— DM (bisher 9,80),

Argument-Sonderbände: Abo Stud. 11,80 DM (bisher 11), vollbez.13,80 DM (bisher 12,80). Pro Band 1,— DM Porto, beim Gesamtabo kein Porto. Einzelverkauf: 16,80 DM (bisher 15,50), für Stud. 13,80 DM (bisher 12,80).

Zur Diskussion gestellt

Frigga Haug

Vorstoß zur Gründung einer Frauenredaktion im *Argument*

Meine Überlegungen im Aufsatz zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung sind erste Thesen. Hier weiterzuarbeiten, scheint mir für die sozialen Bewegungen ebenso dringend wie für die Entwicklung marxistischer Theorie. Für die Zeitschrift *Das Argument* folgt daraus, so glaube ich, eine Schwerpunkterweiterung und eine organisatorische Änderung. Ich habe daher einen *Aufruf zur Gründung einer Frauenredaktion* verfaßt, den ich zur *Diskussion* stelle.

Im Unterschied zu anderen Ländern gibt es in der BRD keine *theoretische Frauenzeitschrift* und also keine Diskussion um eine zusammenhängende marxistisch-feministische Theorie. Was können wir tun, wenn wir die Arbeiten aus England, den USA, Italien usw. uns aneignen wollen, und wie entwickeln wir eine eigene Diskussionskultur? Wenn wir den Marxismus für uns brauchbar machen wollen, müssen wir uns in ihn einschreiben. Unsere Befreiung ist zugleich notwendige Bereicherung und Veränderung der Theorie der Gesellschaft.

Wir haben bisher folgende Pläne, um deren Diskussion, Unterstützung, Ausbau und Veränderung wir Euch bitten. *Das Argument* erscheint 6 x jährlich mit einem Schwerpunkt pro Nummer, einer Reihe von Service-Rubriken und einem ausführlichen Besprechungsteil. 2 *Schwerpunkte* im Jahr wollen wir für »Frauenthemen« nutzen. Das wird Auswirkungen auf die übrigen Texte und Schwerpunkte haben und umgekehrt. *In jedem Heft* bestreiten wir einen *Besprechungsschwerpunkt*. Geplant sind bisher für die folgenden Nummern: *Sexualität, Körper, Familie, Sprache, Literatur, Psychoanalyse, Geschichte, Frauenbewegung, Gewerkschaft, Sozialisation, Wissenschaft*. Daß wir mit diesen *Literaturübersichten*, in denen wir hauptsächlich über Literatur aus der Frauenbewegung informieren wollen, abwechselnd *die traditionellen Rezensionsrubriken* (Philosophie, Sprache, Kunst und Kultur, Literatur, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politik, Ökonomie, Medizin) *besetzen*, halten wir für einen Vorteil unseres Konzepts. Helft mit, diese Berichte zu schreiben, gründet Arbeitsgruppen, macht Vorschläge für weitere Schwerpunkte. Geplant ist ein weiterer Schwerpunkt mit einem Beitrag aus den USA über Frauen und Philosophie »Zwischen Mysogynie und Phallogokratie« von Londa Schiebinger und einer Analyse aus Großbritannien über die wichtigsten Begriffe in der neuen Frauenbewegung von Michèle Barrett. Um wirklich nützlich zu arbeiten, brauchen wir eine *autonome Frauenredaktion und Arbeitsgruppen*.

Warum eigentlich *Das Argument*? Zunächst, weil es eine Zeitschrift ist, die die Entwicklung eingreifender Theorie als Projekt verfolgt, und weil wir meinen, daß dies ohne Einbeziehung der Frauenfrage nicht geht. Hier kann wechselseitig gelernt werden. Dann auch, weil es eine Diskussionszeitschrift ist, viele Meinungen zu Wort kommen und dies für uns lebensnotwendig ist. Als jahrelange Redakteurin dieser Zeitschrift unter fast nur Männern und als Herausgeberin denke ich, daß es nach nunmehr 12 Jahren Frauenbewegung an der Zeit ist, daß auch die traditionellen theoretischen Organe von den Frauen entdeckt werden, wie umgekehrt diese Organe die Frauen »entdecken« sollten. Für beide Prozesse hat *Das Argument* gute Ausgangsbedingungen. Zum einen haben inzwischen Arbeitsgruppen in Berlin, Hamburg, Marburg im Zusammenhang mit dem *Argument* Frauenprojekte verwirklicht und arbeiten zur Zeit an weiteren Büchern. Zum anderen werden im *Argument* die Fragen der Emanzipation der Frau, von Sexualität und Herrschaft in der Tat schon seit 20 Jahren, wenn auch sporadisch, behandelt.

Helft uns, daß die Aneignung und Entwicklung marxistisch-feministischer Theorie ein erfolgreiches Projekt wird. Schreibt uns.

Strukturelle Hegemonie *

1. Die politischen Bedingungen der Linken und die Hegemoniefrage

Von Antonio Gramsci kann man lernen, daß man den Ökonomismus, also das Reduzieren von Kultur, Politik und Ideologie auf Ökonomisches¹, bekämpft, »indem man den Hegemoniebegriff^{1a} entwickelt« (Gramsci 1967, 316). Wie aber entwickeln wir den Hegemoniebegriff unter unsern Bedingungen? Seit einigen Jahren nimmt in der Bundesrepublik die Zahl derer zu, die Gramsci studieren, wenn es auch übertrieben wäre, davon zu sprechen, daß der Marxismus auch bei uns »in eine neue Phase: die des 'Gramscismus', eingetreten ist«, wie Chantal Mouffe (1979, 1) das von der marxistischen Theorie in einigen westlichen Ländern feststellen kann. Ohnehin genügen Klassikertexte nicht.

Wie also entwickeln wir unser Verständnis der wirklich ablaufenden hegemonialen Prozesse in der BRD? Und welche Praxis gibt es für eine Hegemonietheorie? Zunächst haben wir begonnen, die hegemoniale Einbettung des »Blocks an der Macht« zu analysieren, nachdem die Frage nach der Stabilität bürgerlicher Herrschaft in der Krise endlich in unser Bewußtsein gedrungen war. Unmittelbar aktuell ist die Frage nach »Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland« — nach Sozialliberalismus und Rechtspopulismus als den beiden gegenwärtig konkurrierenden politischen Blöcken. So fangen wir an, Hegemonie als politiktheoretischen Begriff in Erkenntnis politischer Verhältnisse und Dynamiken unseres Landes umzusetzen. Aber dann? Wie steht es mit hegemonialer Praxis auf der Linken? Ausgangspunkte: Es gibt in der BRD 1981 noch immer kein organisierendes oder orientierendes Zentrum der Linken. Die Gewerkschaften als die unmittelbarste Organisation der Arbeiterklasse sind in den sozialliberalen Korporatismus (also die Aushandlung von tarif- und sozialpolitischen Fragen im Dreieck von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften) eingebunden (vgl. Jäger 1980a). Politisch sind die Lohnabhängigen vor allem von der Sozialdemokratie artikuliert.² Das aber heißt, sie sind in einer »etatistischen«, ihr Klassenengagement in soziale Versorgungsleistungen des Staates ummünzenden Politik aufgehoben. Politik wird von den Stellvertretern besorgt. Die Vertretenen sind passiv. Aber das System leistet Beachtliches für sie. Das »Soziale Netz«, das die Verkäufer ihrer Arbeitskraft vor dem Absturz ins Elend schützt, ist nicht unwirksam, und der individuell erreichbare Warenkonsum nicht zu verachten. Die Wirtschaftskrise, in ihrer Erscheinungsform mitbedingt durch die keynesianisch bestrittenen Wohlfahrtsleistungen, untergräbt dieses System jetzt. Bei wachsender Arbeitslosigkeit schrumpft der staatliche Sozialfonds. Vielleicht bricht die korporatistische Einbindung der Arbeiter. Aber was dann? Die Frage richtet sich an eine Linke, die kaum Antworten bereithält.

Die Sozialdemokraten — Verwalter der bürgerlichen Krise, deren Verwaltungsweise zunehmend in Krise gerät; die Kommunisten — identifiziert mit autoritär-staatlichem Sozialismus; beide politischen Hauptorganisationen der Arbeiterklasse wirken nicht als organisierende Zentren der Linken. Die linken Aktivitäten finden daher in einer Art

* Diese Überlegungen wurden zuerst in Oaxaca (Mexiko) vorgetragen bei einem Seminar über »Theoria politica y nuevos procesos sociales« (29.3.-7.4.1981). Die vorliegende Fassung entspricht dem bei der Volksuni 1981 gehaltenen Vortrag.

von hegemonialem Vakuum statt. Ist es auch ein Vakuum, so doch kein Niemandsland. Viele Gruppen und Individuen drängeln auf schmalen Terrain, betreiben vielfältige und gespaltene Aktivitäten. All dies in einem Land, dessen Bourgeoisie partiell hocheffektiv ist und dessen Staat sich zum hochtechnisierten Überwachungsstaat entwickelt hat. Wahrhaft keine Situation, in der die Frage einer gesellschaftlichen Hegemonie von links sich zu stellen scheint — es sei denn, »links« würde verkümmern zum »relativ links« des liberal-wohlfahrtsstaatlichen Blocks.

Lukács hat die fragwürdige, schillernde Rolle von uns Intellektuellen vorhergesehen, die lächerliche und doch unvermeidliche Anmaßung, die darin steckt:

»Von der offiziellen Politik ist heute wenig zu erwarten. Eine organisierte demokratische Linke gibt es nicht und wird es wahrscheinlich lange nicht geben ... Plötzliche Explosionen der öffentlichen Meinung ... zeigen, wie stark die latenten Gegensätze sind. Nur besitzen die Reformbestrebungen kein Zentrum, keine Organisation, keine unmittelbare Macht. Das bedeutet, daß Funktion und Gewicht der Ideologen, vor allem der denkenden Schriftsteller, immer größer werden.« (Lukács 1966, 24f.)

In gewisser Weise ist unter solchen Bedingungen alles verkehrt. Das politische Vakuum führte zur Überpolitisierung kultureller Aktivitäten. Funktionen, Ansprüche, die politisch-organisiert wahrzunehmen wären, hefteten sich an Liedermacher und Zeitschriftenredaktionen, an Professoren und Kulturprojekte. Und mehr als zehn Jahre lang galt: Auf politischer Ebene Schwäche — auf kultureller Ebene wachsende Stärke. Der politischen Verelendung stand schließlich ein großer kultureller Reichtum gegenüber.

Und wie denken wir die »Bewegungen«? Auf die Ostermarschbewegung gegen Atomrüstung Ende der fünfziger Jahre (aus der u.a. die Zeitschrift »Argument« hervorgegangen ist) folgte die »Studentenbewegung«. Noch in der Studentenbewegung — und auch gegen sie — entwickelte sich die neue Frauenbewegung. Als die Kulturrevolution der Studenten sich als im wesentlichen aufs Symbolische beschränkt erwies und damit erschöpfte, bildete sich eine Vielzahl nebeneinanderher-existierender oder sich bekämpfender politischer und kultureller Projekte, Partei-Initiativen, studentischer Projekte der »Rekonstitution des Proletariats«. Wenige Jahre später gerieten die Partei-Gründungen, die alle eine mehr oder weniger antihegemoniale und insofern sektiererische Politik betrieben hatten, in Krise. Neben den marxistisch-leninistischen und maolistischen Diskursen waren neue Bewegungen aufgetaucht, die Bürgerinitiativen, dann, zum Teil aus diesen gespeist, die ökologische Bewegung, schließlich, noch immer anschwellend, eine neue Friedensbewegung, vielfältig verflochten oder überkreuzt oder einfach koexistierend mit Instandbesetzern, mit der alternativen »scene«, mit der »Länders-Bewegung« usw. Zum erstenmal entstanden in dieser vielfältig und unzentriert sich entfaltenden linken Kultur zwei — konkurrierende — Tageszeitungsprojekte, die sich als Kreuzungsstellen und Medien der »Bewegungen« anboten und damit das Heranreifen eines hegemonialen Felds ankündigten. Endlich die ersten Erfolge auf politischer Ebene: die ersten Sprünge über die Fünfprozentssperre in Länder- bzw. Stadtparlamente.

Wie interpretieren wir diese Wahlerfolge? Wie die »Bewegungen«? Man ist übereingekommen, die Bewegungen unter dem Begriff der »Neuen Sozialen Bewegungen« zu diskutieren. Touraine u.a. haben diesen Begriff in den Diskurs einer »postindustriellen Gesellschaft« verwoben und sozusagen in Verdrängungswettbewerb mit der »alten« so-

zialen Bewegung, der Arbeiterbewegung nämlich, gerückt (vgl. etwa Touraine 1978, 19). Wir brauchen ihm darin nicht zu folgen, wenn wir den Begriff übernehmen. Was die »Neuen« Bewegungen von der Arbeiterbewegung unterscheidet, ist jedenfalls dies, daß ihre Grundfragen, deren sie sich annehmen, nicht auf der Ebene der Produktionsverhältnisse angesiedelt sind. Für die »Neuen« rücken Fragen der Lebensweise, der sozialkulturellen Gestaltung der sexuellen oder der altersspezifischen Identität usw. in den Vordergrund. Sie sollten daher als sozial-kulturelle Bewegungen begriffen werden. Frieden und Erhaltung der Naturgrundlagen unseres Daseins sind zwar an die Gesamtexistenz rührende Fragen, aber die Bewegungen, die an ihnen so kraftvoll in Gang gekommen sind, gründen wohl zum überwiegenden Teil wiederum auf (unterschiedlichen) kulturellen Positionen.

Es ist der merkwürdige Fall eingetreten, daß, nach dem Scheitern so vieler politischer Parteiprojekte der Linken, nun eine vorwiegend kulturelle Bewegung den Sprung ins Parlament geschafft hat (zumindest ihre Vertreter; und was diese daraus machen, wie sich das Widerspruchsverhältnis von kultureller Bewegung und parlamentarischer Vertretung gestalten wird, ist eine noch offene Frage).

Die politische Schwäche — ein anderes Wort für das hegemoniale Vakuum — der Linken dauert an. Die Westberliner »Alternative Liste«, die 1981 den Sprung ins Abgeordnetenhaus geschafft hat, ist vielleicht eine Schwalbe, aber sie macht noch keinen Sommer. Sie ist ein lockeres und inhomogenes Aggregat vorwiegend gegenkultureller Gruppierungen, das im Widerspruch zu den Gesetzen der politischen Ebene existiert.³ Die AL gleicht vorerst mehr einer vorübergehenden Entsendung aus der kulturellen Ebene in die politisch-parlamentarische Sphäre als einer »neuen 'Partei neuen Typs'«, zu der sie sich vielleicht entsprechend der strategischen Analyse Michael Jägers entwickeln kann (vgl. Jäger 1980b). Als übergreifenden Ansatz gab es noch die »Sozialistische Konferenz«, die sich aus einer Initiative der Solidarisierung mit R. Bahro entwickelt hatte und gegen deren Fortsetzung als *sozialistische* Bahro selbst jetzt zu Felde zieht (namens einer Strategie, auf die ich weiter unten kurz eingehen werde).

Nach dieser — gewiß lückenhaften und groben — Situationskizze nehmen wir den roten Faden vom Anfang wieder auf: Wie können wir den Begriff der Hegemonie unter den Bedingungen der Bundesrepublik der achtziger Jahre konkret entwickeln? Für Gramsci war selbstverständliche Grundannahme, daß die Arbeiterklasse einzig möglicher Träger linker Hegemonie sein kann, also Klassenhegemon der Linken, und daß sie sich dazu in die kulturelle und in die politische Ebene »hinaufarbeiten« muß. Hier kommen für ihn Partei und Intellektuelle ins Spiel. Aber Gramsci verwendet den Begriff des Intellektuellen subversiv. Als »Intellektueller« betätigt man sich durch das Wahrnehmen übergreifender Vergesellschaftungsfunktionen. Auch Arbeiterfunktionäre sind für ihn »Intellektuelle«. Die Ausarbeitung eines umfassenden kulturellen und politischen Projekts greift nur, wenn sie in der Arbeiterklasse und im ganzen, dem herrschenden Machtblock nicht angehörenden »Volk« verwurzelt ist. »Man macht nicht Politik ... ohne diese gefühlsmäßige Verknüpfung zwischen Intellektuellen und Volk-Nation...« Erst dadurch »verwirklicht sich das Zusammenleben, das allein eine geschichtliche Macht darstellt; es bildet sich der geschichtliche Block⁴...« (Gramsci 1967, 428f.). Dazu sei es notwendig, die »elementaren Leidenschaften des Volkes« mit der Geschichtsdiagnostik zu »verknüpfen« zu »einer höheren, wissenschaftlich kohärent erarbeiteten Weltanschauung, dem 'Wissen'.« (Ebd.) Bloßer Syndikalismus bleibe dagegen

subaltern und hindere die Arbeiter, »sich zu einer Phase ethisch-politischer Hegemonie ... zu erheben« (ebd., 311).

Auf den ersten Blick ist nicht sichtbar, was mit diesem Hegemoniegedanken Gramscis in unserer Lage anzufangen ist. Ist ein sozialistisches »hegemoniales Dispositiv« (»dispositif d'hégémonie« — Seve 1980, 74) denkbar, das nicht auf der Hegemonie einer Arbeiterpartei basiert? Ohne hegemoniales Feld ist keine Politik zu machen. Aber wäre das Konzept einer »Hegemonie ohne Hegemon« nicht widersinnig?

Hier verlassen wir die politische Ebene wieder und wenden uns der kulturellen⁵ zu. Wir wollen versuchen, die Frage der Hegemonie klarer verstehen zu lernen. Zu dem folgenden Geflecht sehr versuchsweiser Überlegungen gab es theoretische Anstöße in der Forschungsarbeit des Projekts Ideologie-Theorie (PIT), vor allem in der Untersuchung ideologischer Praxen des deutschen Faschismus (vgl. PIT 1980). Dann fließen praktische Impulse ein, Erfahrungen bei der Organisation eines linken Verlags und schließlich vor allem das Nachdenken über Chancen und Bedeutungen dieses Projekts: *Volksuniversität*.⁶ Einige Elemente von Gramsci scheinen zentrale Bestandteile auch dieses Projekts. Die Achse Gewerkschafter — Wissenschaftler ist tragend für die Volksuni. Hat diese Verbindung etwas zu tun mit der »gefühlsmäßigen Verknüpfung zwischen Intellektuellen und Volk-Nation« (Gramsci, vgl. weiter oben)? Wie ordnen sich die andern Bewegungen dieser Achse zu? Stellt die Volksuni eine hegemoniale Struktur dar? Wie ist dieses Projekt zu denken?

Auf der Suche nach möglichen Antworten werden wir einen Umweg gehen, außerdem viele Zusammenhänge bloß andeuten. Der Text verlangt, daß über ihn hinausgegangen wird, um ihn zu »verstehen«. Er wendet sich an den Leser als einen potentiellen organischen Intellektuellen der Volksuni.

2. Innere und äußere Fesselung — das kulturelle Dispositiv

In »Was tun« von Lenin (LW 5, 484) findet sich eine Bemerkung, die beim ersten Lesen paradox erscheinen kann: »Es fehlt an Menschen, und Menschen sind in Massen da.« Wie kann fehlen, was in Massen da ist? Für Lenin stellte sich das Problem so: Es gibt immer mehr Menschen, »die unzufrieden sind, die protestieren wollen«; aber es fehlt an der Fähigkeit, »eine so umfassende ... Arbeit zu organisieren, in der jede, auch die geringfügigste Kraft ihre Verwendung fände« (485).

Für uns bekommt Lenins Satz noch eine zweite Bedeutung. Die Arbeiter, das »Volk«, glänzen in der Politik weitgehend durch Abwesenheit. Was lähmt sie? Erinnern wir uns, wie Gulliver von den Zwergen gefesselt wurde: Sie benützten seine Haare und tausende haarfeiner Fäden. So fesselten sie einen, der von ihrem Standpunkt ein Riese war. Wir wissen einiges über die Fäden, die heute unsere Völker anbinden. Der stärkste Bind-Faden dieser Art war lange Zeit die Erwartung, am wirtschaftlichen Wachstum teilzuhaben. Dazu kommen die kulturellen Effekte der Ästhetik der Monopolwaren (vgl. Haug 1979, 31ff.), dieser gigantische Komplex, der das vielleicht wirksamste Element bürgerlicher Propaganda darstellt. Habermas bezeichnete den entsprechenden *Way of Life* als »die Ideologie in der heute herrschenden Form« (Habermas 1957, 53). Ein italienischer Soziologe beschrieb die Funktionsweise der monopolistischen Warenästhetik als »privatisierende Desartikulation« (Ferrarotti 1972, 213). Habermas spricht heute von der Einheit zweier für das ökonomische und politische System bestandwichtiger Motivationen »eines staatsbürgerlichen und eines familial-beruflichen Privatis-

mus« (Habermas 1976, 321). Der staatsbürgerliche Privatismus beruhe auf politischer Passivität bei Interesse »an den Steuerungs- und Versorgungsleistungen des Systems« (ebd.). Der familial-berufliche Privatismus kombiniere Orientierung auf Familie und Warenkonsum mit Leistungs- und Karriereorientierung.

Privatleute in diesem Sinn sind in Massen da. Werden wir so den Leninschen Satz für uns umformulieren? Nehmen wir dazu die kulturelle Durchdringung vonseiten der Multinationalen Konzerne, verstehen wir dann die Fesselung des Volksriesen? Oder erliegen wir, so denkend, den Vereinfachungen des Manipulationsmodells? Gewiß gibt es eine riesige Verdummungsmaschinerie, und doch ist Verdummung nichts Mechanisches. Zur Verdummung gehören zwei. Die Faszination des Volks-Gullivers ist nicht bloß — von seiner Seite aus gesehen — passiv zustandekommender Effekt. Seine Faszination enthält ein aktives Element. Paul Willis hat in seiner bahnbrechenden Untersuchung, »wie Arbeiterklassenkinder Arbeiterklassenjobs kriegen« (so der Untertitel der Originalausgabe), diese Dimension untersucht. Das von ihm ausgebreitete Material zeigt den schöpferischen Widerstand von Arbeitern und Arbeiterkindern in der Ausbildung einer komplexen Gegenkultur. Dabei wird deutlich, daß das Gegen, der Widerstand, keineswegs davor gefeit ist, von der herrschenden Ideologie durchdrungen zu werden. Der »Spaß am Widerstand«, wie die deutsche Ausgabe betitelt ist, vergeht den untersuchten Arbeiterjugendlichen und also auch den mit ihnen sympathisierenden Lesern, denn es stellt sich heraus,

»... daß bei der Übernahme untergeordneter Berufsrollen im kapitalistischen Westen ein Element der Selbstverurteilung mitspielt. Diese Selbstverurteilung aber wird paradoxerweise als echtes Lernen, als Affirmation, als Aneignung, als eine Form des Widerstands erlebt.« (Willis 1979, 14)

Die symbolischen Akte des Widerstands, die sich zunächst gegen die Schule richten, sind zugleich die Form, in der die Unausweichlichkeit besonders niedriger und perspektivloser Formen von Lohnarbeit vorweggenommen wird. Gerade im Spaß findet Willis Elemente der Selbstverurteilung.

Die Faszination des Volks-Gullivers wäre also — zumindest zum Teil — Selbstfaszination. Faszination nennen wir die *innere* Fesselung. Es ist vermutlich eine Vulgäretymologie — aber die Sprachnähe zum Gegensinn, der *äußeren* Fesselung und Unterwerfung, ist verblüffend. *Fascis* ist das Bündel. *Fascis* hieß insbesondere das »Liktorenbündel« im antiken Rom, ein mit Riemen verschnürtes Rutenbündel, aus dem ein Beil hervorragte. Peitsche und Ruten zur »Züchtigung«, das Beil zur Enthauptung — diese Gewaltwerkzeuge symbolisierten die Zwangsgewalt des Staats. Als solches Symbol wurden die *fasci* ein Emblem des italienischen Faschismus — und sein Namensgeber.

Um die innere wie die äußere Fesselung zu verstehen, müssen wir ihr Zusammenwirken verstehen lernen. Bei Willis finden wir einen weiteren Aspekt der Faszination, der Lähmung, des Fehlens der in Massen Vorhandenen. Dazu müssen wir die Beziehungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Praxen und Gruppierungen betrachten. Wir entdecken dann ein Ensemble von Verknüpfungen und Artikulationen, strukturiert durch Abgrenzungen, Spaltungen, eine andere Art von Sozialem Netz, eine Vernetzung von »eigenen« und »anderen« oder gar »feindlichen« Identitäten, symbolischen Praxen.

»Die Arbeitskraft ist ein wichtiger Angelpunkt all dessen, denn sie ist der Hauptmodus der aktiven Verbindung zur Welt: das Mittel par excellence um das innerste Selbst mit der äußeren Realität zu verknüpfen.« (Willis 1979, 13)

Eine verblüffende Entdeckung ist, daß dies bei den Arbeiterjugendlichen von Willis schon *vor* dem Eintritt ins Lohnarbeiterleben, d.h. bereits in der Schulzeit so ist, daß die künftige Rolle der Arbeitskraft antizipiert wird. Die Orientierung auf — körperliche — Arbeit ist die Achse schon der schulischen Widerstandskultur der »Lads« (Selbstbezeichnung der von Willis untersuchten gegenkulturellen Arbeiterjugendlichen). Es ist die Art, in der die Klassenlage ihre symbolischen Praxen determiniert: Sprache, Kleidung, schließlich auch die Interpretation und Gestaltung der sexuellen Beziehungen. Und zwar ist der Arbeitskörper mit dem Sexualkörper artikuliert. Die erste Beziehung des Körpers ist die zur »körperlichen Arbeit« groben und unqualifizierten Typs, die keinen andern Sinn für sie hat als den, an Geld zu kommen, und die sie doch mit der Welt verbindet (und dadurch mit sich selbst). Indem die Lads diesen Arbeitskörper mit ihrer Männlichkeit artikulieren, resultiert ein spezifischer »Machismus«, ein Männlichkeitskult. In ihrer sexuellen Identität stoßen sie sich ab von den Frauen sowie von anderen Männlichkeitskonzepten, die weniger machistisch sind und von ihnen daher mehr oder weniger als »schwul« angegriffen werden. Das Intellektuelle rückt für sie einerseits zu »Denen-da-oben«, andererseits ans Bild des »Unmännlichen«. Das schulische Lernen bilden sie in obszöner Anspielung ab als passives Sich-Penetrieren-Lassen. Ihre eigne Identität konstituieren sie im Gegensatz zur Identität derer, die in der Schule aufpassen, die zuhören. Deren Identität artikulieren sie als »Ear'Oles« (Ohrlöcher, auch im Englischen nahe bei »Arschlöchern«). Schließlich lagert sich an diese Artikulation von Arbeitskörper mit Sexualkörper gegen schulisches Lernen und Intellektualität noch eine rassistische Abgrenzung. Neben symbolischen Aggressionen, in denen sie unerschöpflich produktiv sind, sind es Prügeleien, mit denen sie ihre Identität bestätigen. Die Ear'Oles und die Farbigen sind die bevorzugten Objekte. So ist ihre Identität sexistisch, antiintellektuell und rassistisch im Arbeitskörper verknötet.

Die sexistische Artikulation der Arbeitskraft kann als Analysebeispiel dienen. »An sich« ist Sexismus / Machismus (male chauvinism — oder wie immer man es nennt) kein Klassenphänomen. Und doch ist im hier vorgeführten Material seine Artikulation mit dem arbeitenden Körper im Rahmen einer Gegenkultur genau die Weise, in der die Klassenlage das Ganze determiniert. Zugleich sehen wir andere Jugendliche, aus derselben Arbeiterklasse stammend, die »Ear'Oles«, die ihre Klassenlage in andern Formen verarbeiten. Hier zeigt sich schlagend, wie sehr ein mechanisch aufgefaßter Determinismus danebengreift. Die Determination wirkt strukturell; sie »produziert« als solche keineswegs die konkreten kulturellen Praxen und Artikulationsweisen (vgl. dazu Willis 1979, 247ff.).

Es fehlt an Menschen, und Menschen sind in Massen da. Jetzt können wir etwas mehr darüber aussagen, wie das fehlen kann, was in Massen da ist. *Eine* Form, in der die Volkskräfte sich verbrauchen oder verlieren oder gegen sich selbst richten können, ist das Netz solcher Artikulationsformen, wie wir sie zu analysieren begonnen haben. Die Elemente dieses »sozialen Netzes« fesseln und stabilisieren einander wechselseitig. Das Netz dieser sozialen Beziehungen bildet ein kulturelles Dispositiv, *eine verfügende Anordnung* (vgl. dazu PIT 1979, 180), probeweise sprechen wir von der kulturellen Anordnung der »Massen«. Können die Linken in dieses Netz eingreifen? Können wir bestimmte Verknötungen auflösen und neu knüpfen? Können wir das »Design« ändern? — Bekanntler als auf der kulturellen Ebene sind solche Fragen auf der politischen. Dort tauchen sie als Bündnisfragen auf. Aber Bündnisse werden von politischen Akteuren

eingegangen, von den übergeordneten Zentren von Organisationen, genannt »Führungen«. Zumindest ist das der unmittelbar politische Sinn, und »Bündnis« sollte als politiktheoretische Kategorie trennscharf gehalten werden. Bündnisse spielen eine enorme Rolle im Politischen. Aber wir bewegten uns bisher auf kultureller Ebene, und diese Ebene ist für Vorgänge auf der politischen Bühne vorbereitend, tragend oder blockierend wirksam. Am Material von Willis springt dies ins Auge. Die Mehrfachartikulation des Arbeitskörpers mit Sexismus, Antiintellektualismus und Rassismus »bedeutet« zwar die Arbeiterklassenidentität, zugleich blockieren ihre Trennungen jedoch die übergreifende Solidarisierung mit den Frauen, mit den farbigen Klassengenossen, sowie die Aneignung des notwendigen Wissens. Die für gesellschaftliche Handlungsfähigkeit notwendige politische Artikulation wird von der kulturellen Verknüpfung blockiert. Politische Bündnisse spielen sich demgegenüber in Regionen ab, in denen nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar wird (vgl. dazu Anmerkung 4 über »historischen Block« und »politisches Bündnis«). Andererseits können bewußte Eingriffe in die kulturelle Ebene nur in politischer Perspektive entwickelt werden. Wie ist das zu denken?

3. Der »magische Würfel« — das Problem der Umordnung

Wir wechseln noch einmal das Terrain und fragen: Wie ist das »soziale Netz« der Linken zu knüpfen? Einen Hinweis gibt die Formel, mit der die spanischen Kommunisten sich artikulierten: Sie wollten wirken für *die Einheit der Kräfte der Arbeit und der Kultur*.⁷ Wir vom »Argument« haben diese Formel um das Element »Wissenschaft« ergänzt⁸: Einheit der Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur (vgl. Haug 1980 und 1981).

Wie läßt sich eine solche Verbindung vorstellen? Und wie verhalten sich die neuen sozialen Bewegungen dazu? Die Elemente sind bereits mehr oder weniger verfügt. Und es ist eine Tatsache, daß manche der unterschiedlichen Kräfte eines möglichen Linksblocks sich wechselseitig schwächen oder blockieren. Zum Teil haben die neuen sozialen Bewegungen die Tendenz, die Arbeiterbewegung zu desartikulieren. Den Schlüssel zur Erklärung der Schwäche der Linken gibt die Anordnung der kritischen Kräfte auf der politischen Ebene. Und der äußeren Anordnung entspricht die innere, wie wir von Willis lernen konnten, dessen Lads sich nach innen auf eine Weise identifizieren, in der die Fragmentierung der Arbeiterklasse (vor allem Gegenidentität zu Frauen und Farbigen) verfügt ist.

In einer Hinsicht geht es zu wie bei »Rubik's Würfel-Puzzle«. Das ist bekanntlich ein Würfel, der aus 27 kleineren Würfeln zusammengesetzt ist. Beim Kauf ist der Würfel so angeordnet, daß jede seiner (aus 9 kleinen Quadraten zusammengesetzten) Seitenflächen eine spezifische Farbe zeigt. Aus der Gebrauchsanweisung:

»Das Spiel besteht darin, die Farben durch Drehen der kleinen Würfel um drei Längsachsen zu mischen und danach den Würfel in seinen ursprünglichen Zustand mit sechs gleichfarbigen Seiten zurückzubringen.«

Es gibt 43.252.003.274.489.856.000 Möglichkeiten.

»Es kann Stunden, Tage oder Wochen dauern, dieses Puzzle zu lösen. Oder es wird einfach zu Ihrem Lebenswerk. ... Aber es ist zu schaffen!« (Gebrauchsanweisung)

Dieses Spiel hat nicht nur in unserem Land eine wahrhaft (im-)mobilisierende Kraft bewiesen. In der U-Bahn sieht man »Würfel-Süchtige«⁹ damit beschäftigt. Es nimmt Züge eines Volkssports an. *Menschen sind in Massen da, die nach einer Lösung suchen.*

Der Wert des Gleichnisses vom Puzzle-Würfel ist begrenzt. In der Anordnung der potentiellen Elemente entscheidet sich die Frage der »Schwäche/Stärke« der Linken. Wie begreifen wir die Anstrengungen und Möglichkeiten, die gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Kräfte umzuordnen, zu »reartikulieren«? Die »Artikulation« dieser Kräfte ist es, was eine hegemoniale Struktur ausmacht. Immer wieder werden wir auf dieselbe Frage zurückgestoßen: Wie konzipieren wir eine mögliche »Linkshegemonie«? Der von Gramsci selbstverständlich in Lenins Nachfolge gedachte politische Repräsentant der Arbeiterklasse als Hegemon ist nicht nur in unserem Land nicht in Reichweite, sondern dieses Modell der Partei ist auch in Italien mit seiner starken und unabhängigen kommunistischen Partei in Krise. Pietro Ingrao spricht in diesem Sinn von einer »Krise der Massenpartei« und kommt zu dem Schluß:

»... wir brauchen auch eine neue politische Kultur und eine neue Beziehung zwischen Politik und Kultur.« (Ingrao 1980, 580)

Gegen die »Partitokratie« verweist Ingrao darauf, daß im Konzept des italienischen Kommunismus der »Protagonismus der Massen« zumindest programmatisch verankert sei und daß die gewerkschaftliche Autonomie elementar wichtig sei. Darüber hinaus schwebt ihm »ein demokratisches Netzwerk (tessuto)« vor, »das sich über die parlamentarischen Institutionen hinaus erstreckt« (ebd.), die »Bedeutung politischer Arbeiterparteien« (man beachte den Plural!) sei im Rahmen eines solchen Konzepts »keineswegs geschmälert«.

»Was jedoch ins Wanken gerät, ist jene totalisierende Auffassung der Partei als eines Organismus, der den Anspruch erhebt, das gesamte Spektrum politischer Erfahrungen in sich aufzunehmen, wenn nicht gar das Monopol auf Theorie und 'Wahrheit' gepachtet zu haben. Dabei verzichtet die Partei keineswegs auf ihre Aufgabe, ein allgemeines Programm, ein Projekt für die Gesellschaft zu erarbeiten. Im Gegenteil, sie begreift diese Aufgabe in einem viel umfassenderen Sinn, d.h. nicht bloß auf ihre eigenen Reihen beschränkt: sie versteht sich als eine Kraft zur *Beförderung einer umfassenderen Kreativität* ...« (Ingrao 1981, 34)

Die Schwierigkeiten beginnen beim Umsetzen in Politik. Auf die Blockierungen oder Widerstände aus eignen Reihen geht Ingrao, vermutlich aus politischen Rücksichten, nicht ein. Auch wird nicht recht klar, wie er das Verhältnis der Politik seiner Partei zu den neuen sozialen Bewegungen denkt. Aber er spricht diese Frage an, wobei er die »neuen« Bewegungen mit der »alten« der Gewerkschaften erstaunlicherweise in eine Reihe stellt:

»Die Autonomie, die die politische Partei den Gewerkschaften oder bestimmten Bewegungen wie etwa der Frauenbewegung zuerkennt, ist deshalb keine Konzession, sondern bewußtes Instrument beim Aufbau einer Allianz (Bündnis) gesellschaftlicher Kräfte, die dem Formenreichtum und der Komplexität der vor uns liegenden Veränderung gewachsen ist.« (Ingrao 1981, 34)

Ist »Allianz der gesellschaftlichen Kräfte«, innerhalb derer diese ihre Autonomie behalten, eine Formel für einen weiterentwickelten Hegemoniebegriff? Widerspricht nicht die Autonomie der Allianz? Und vor allem: Wie wäre eine solche »dialektische« Hegemonie zu erreichen? In dem Seminar in Oaxaca, wo diese Überlegungen zur Diskussion standen, sagte Giacomo Marramao (PCI):

»Natürlich wollen wir die Hegemonie. Aber da gibt es abgetrennte Sektoren, spezialisierte Sprachen, Widersprüche zwischen verschiedenen Projekten. Wie es anstellen, daß diese Begegnungen funktionieren?«

4. Hegemonie ohne Hegemon? Das Aktivierungsdispositiv

Chantal Mouffe und Ernesto Laclau versuchen neuerdings das Konzept einer sozialistischen politischen Artikulation ohne die Vorstellung einer »a priori durch die ökonomische Struktur garantierten« hegemonialen Stellung der Arbeiterklasse zu denken (vgl. Laclau/Mouffe 1981, 21f.). Ihr Zielbegriff ist der einer »differentiellen Artikulation« einer Vielfalt gesellschaftlicher Subjekte. Sie schlagen den Bruch mit der »metaphysischen« Rede vom *einen* »historischen Subjekt« vor und fordern die Anerkennung eines *Pluralismus von Subjekten*. Gleichwohl sehen sie, »daß die Arbeiterklasse eine entscheidende Kraft ist, ohne die kein Sozialismus in Europa bestehen kann« (ebd.). Ob sie indes »Avantgarde« oder Hegemon darstellen könne, hänge ab »von ihrer Fähigkeit, ein politisches Projekt zu entwickeln, das von den anderen demokratischen Subjekten als fundamental für die Verwirklichung ihrer eignen Forderungen anerkannt werden kann.« (Laclau/Mouffe 1981, 21)

Aber wieder könnte Marramao seine Frage nach dem *Wie* einwerfen. Wenn wir »differentielle Artikulation« übersetzen mit einer Verknüpfung unterschiedlicher Kräfte, die in dieser als solche anerkannt sind und autonom bestehen bleiben, wie ist dann vorstellbar, die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Projekten zu entschärfen?

Im folgenden möchte ich versuchen, den Gedanken einer hegemonialen Struktur ohne klassischen Hegemon zu entwickeln. Probeweise führe ich dazu den Begriff *strukturelle Hegemonie* ein. Der praktische Sinn dieses Begriffs liegt darin, kulturelle und politische Handlungsfähigkeit unter unsern Bedingungen auszuweiten. Vielleicht ist es nur die bange Frage, wie »schwache« Kräfte trotz ihrer Schwäche Politik machen können. Vielleicht ist der allgemeine Wert dieser Reflexion noch beschränkter. Denn die Erfahrung, um deren Denken es geht, ist eine auf der kulturellen — nicht der politischen und nicht der ökonomischen — Ebene gewonnene, und sie ist zudem punktuell. Wir wollen nicht unbescheidener anfangen, als unsere Voraussetzungen es sind. Wir versuchen daher, am Beispiel der wirklichen »Volksuni« die ihr zugrundeliegenden Möglichkeiten theoretisch zu fassen und zu verallgemeinern. Kein äußeres Korsett könnte dieses Projekt zusammenhalten, wenn es nicht eine innere Kohäsion freigesetzt hätte. Dies kann man wollen, aber nicht beliebig machen. Es ist der Effekt einer Anordnung. Wie begreifen wir diesen Effekt? Ich führe zu diesem Zwecke einen zweiten Begriff ein und spreche von einem *Aktivierungsdispositiv*.

Unter Aktivierungsdispositiv soll eine An- bzw. Um-Ordnung gesellschaftlicher Kräfte verstanden werden, welche die Handlungsfähigkeit der einzelnen Kräfte stärkt. Der freigesetzte Kräftezuwachs muß größer sein als die Widerstände, die dem Eingriff in die Anordnung entgegenstehen. Gäbe es eine Um-Ordnung, die nicht auf Widerstand stieße, sondern nur zusätzliche Kraft freisetzte, wäre der Effekt einer Explosion vergleichbar. Die Massen würden zur kritischen Masse der Revolution. Am Beispiel des von Willis ausgebreiteten Materials konnten wir einige Einsichten gewinnen in das, was man die »Mikrophysik« der Gegenkultur nennen könnte. Auf jeden Fall dürfte daran deutlich geworden sein, daß ein gleichsam technokratischer Zugriff aus irgendeiner vorgestellten Revolutionszentrale nicht greifen würde. Wie bei den Lads, ist z.B. auch bei der radikalfeministischen Bewegung gerade in den potentiell gesellschaftsverändernden Widerstand die Blockierung der gesellschaftsverändernden Um-Ordnung eingeschrieben (vgl. F. Haug 1980 über die »Sommeruniversität für Frauen«). Es ist deshalb schon viel gewonnen, wenn nicht das »Aktivierungsdispositiv«, in dem derart widersprüchli-

che Kräfte zusammentreffen, selber explodiert. Und wir werden darüber hinaus sehen, daß die Entwicklung des Hegemoniebegriffs nicht nur den Bruch mit dem Ökonomismus, sondern auch mit jeder Art von Technokratie, auch der »revolutionär« gemeinten, erfordert. In dem Maße, in dem sich eine solche Verknüpfung von kulturellen und politischen Bewegungselementen und Praxen finden läßt, welche ihre Elemente gerade durch die Verknüpfung auch entfesselt, und zwar so, daß alle Elemente der Zuordnung der andern ihre Steigerung verdanken, erhält die Hegemoniefrage einen neuen Akzent. Was den einzelnen Gruppierungen hilft, gehört ihnen nicht allein, und keine einzelne Gruppe könnte isoliert für sich den Effekt erreichen. Das schlosse die Führungsrolle einer Gruppe nicht aus, würde sie aber auch nicht voraussetzen. Ausgeschlossen wäre aber die beherrschende Rolle einer Gruppe im Sinne der umfassenden Kontrolle der andern.

Ein Aktivierungsdispositiv unterstellt, daß es in den beteiligten Kräften tiefer geht als nur bis zu einer Führung; es wirkt nur, indem es zusätzliche Handlungsmöglichkeiten für die in einer Gruppe Organisierten freisetzt. Die Struktur der Stellvertreterpolitik, die auf Machtdelegation beruht und als Repräsentation fungiert, wirkt vor allem in der sozialdemokratischen Form, die auf Leistungen eines »Versorgungsstaats« verweist, als Passivierungsdispositiv. Selbst die marxistische Linke innerhalb der Sozialdemokratie hat sich von dieser Politikstruktur noch nicht emanzipiert, wie sich an den — gleichwohl politisch sehr wichtigen — Herforder Thesen ablesen läßt. Auf eine ökonomische Basis- und Rahmenanalyse folgt dort ein Forderungskatalog, eine Aneinanderreihung wünschbarer Interessenbefriedigungen, wie sie (nicht ohne Illusion) an den Staat gerichtet werden oder Bestandteil eines linken Wahlprogramms sein könnten. Strukturell kommen weder die Massen als Handelnde genügend vor, noch ist der Pluralität der gesellschaftlichen »Subjekte« ausreichend Rechnung getragen. Entwicklungsbedürftig ist daran insgesamt das Konzept der eigentlichen *Politik*, vor allem der aktivierenden Verknüpfung der möglichen Linkskräfte zu einem Linksblock (vgl. dazu auch Elfferding 1981, 203ff.).

Die SPD-Linke hat grundsätzlich hegemoniefähig gehandelt, als sie Vertreter einer großen Zahl anderer Richtungen zur Diskussion ihrer Thesen einlud. Politik einer möglicherweise hegemonialen Gruppe muß in jedem Augenblick die wechselseitigen Abhängigkeiten, die zwischen ihr und anderen (gerade auch konkurrierenden) Politiken bestehen, berücksichtigen. Insofern ein hegemoniales Feld als Aktivierungsdispositiv wirkt, wirkt die äußere Praxen-Umordnung auch nach innen. Dieser Rückkoppelungseffekt ist besonders wichtig, soll die neue Anordnung Dauer haben.

5. Hegemoniale Macht als Hegemonie-Effekt

Umgekehrt ist es vielleicht auch beim »klassischen« Fall von Hegemonie so, daß sie nicht nur vom Hegemon ausgeht, sondern der Hegemon vor allem ein Hegemonie-Effekt ist. Deshalb ist »Hegemonie« kein Begriff für bloß instrumentales Verhalten in der Politik, für Taktiken oder Techniken der »Legitimationsbeschaffung« (Weber). Eine Politik kann kein instrumentelles Verhältnis zur Hegemonie unterhalten, sondern sie existiert *im* Ringen um Hegemonie und *in* ihr. Hegemonie ist das Umkämpfte und das Medium des Kampfes. Vielleicht ist es sogar so — und E.P. Thompsons Forschungen zum Sichherausbilden der Arbeiterklasse weisen darauf hin —, daß Klassenkonstitution und Hegemoniefähigkeit einander bedingen, daß eine Klasse, weit entfernt davon,

einfach eine sozio-ökonomische Gegebenheit zu sein, sich vermöge desselben Prozesses konstituiert, der ihre hegemoniale Anziehungskraft begründet. Was man allzu lange mit den Begriffen »Klasse an sich/für sich« artikuliert hat, muß dann konkreter gefaßt werden. Eine Frage ist, ob eine Klasse subaltern ist oder ob sie sich politisch konstituiert (»hinaufgearbeitet«) hat, ob sie sich ihre Intellektuellen und ihr »Wissen« gebildet hat. Hier wird eine weitere Kategorie Gramscis unentbehrlich: *hegemoniale Apparate*.¹⁰ Wo immer sie als solche fungieren, stellen sie einen Rahmen und ein Medium bereit, in denen unterschiedliche gesellschaftliche Subjekte sich einbringen können. Gerade dadurch entfaltet sich ein hegemoniales Feld. Die noch nicht »konstituierte« Klasse wäre konkret als noch unartikulierte bzw. fremdartikulierte Klasse zu fassen. Die sich mehr oder weniger selbstartikulierende Klasse dagegen entfaltet ihr kulturelles »Leben« und bewährt sich gerade dadurch als Kristallisationskern unterschiedlicher kultureller Selbstzweckpraxen, also dessen, »wofür es sich ziemt zu leben, organisiert zu sein, Zeit zu haben« (Bloch 1918, 9). Selbst gegnerische Klassen können sich nicht ganz dieser Anziehungskraft entziehen.

Den hegemonialen Subjekten bleibt die Hegemonie nichts Äußerliches, das sie für ihre Zwecke benützen könnten; sondern sie stecken *in* der Hegemonie, werden vom hegemonialen Prozeß umgeschaffen und als solche Subjekte erst konstituiert. In diesem Sinn könnte man sagen, daß hegemoniale *Effekte* kein »Subjekt« haben, sondern Effekte mit vielen Subjekten sind. Hegemoniale *Prozesse* hingegen können sehr bewußte organisierte Subjekte haben. Hegemoniale Subjekt-Effekte vermitteln neue, nur in diesem Rahmen gewinnbare Konsistenz und Handlungsmächtigkeit (durch den Rahmen vorgezeichneter Art). Vielleicht ist das eine Formel für hegemoniale Stabilität: Hegemoniale Effekte = Subjekt-Effekte = Macht-Effekte. Jede hegemoniale Struktur wäre dann beschreibbar als Macht (Mächte) erzeugend und als Macht-Verteilung. Hegemoniale Machtverteilung aber wäre etwas anderes als bloße Machtdelegation von »peripheren« Positionen in ein »Zentrum«. Überhaupt muß man die Gleichung Macht = Herrschaft auflösen. Herrschaft ist beschreibbar als Entmachtung der Beherrschten und Machtkonzentration bei den Herrschenden. Herrschaftsmacht ist Unterdrückungsmacht. Macht konkretisiert sich in Handlungsfähigkeiten. Die Frage ist entsprechend konkret zu stellen: ob in Fähigkeit zu Herrschaftshandeln oder zu Befreiungshandeln (und sei es als kulturelle Handlungsfähigkeit »von unten«).

6. Politische Konzepte von »Einheit«

Die Trennlinie zwischen hegemonialem Machtzuwachs eines »Hegemons« und Herrschaftsmacht verläuft keineswegs deckungsgleich mit der Abgrenzung eines »demokratischen Sozialismus« von einer »Diktatur des Proletariats«. Brecht stellt — andere Begriffe verwendend — die Macht, die Lenin während der russischen Revolution ab 1917 zuwuchs, als Hegemonie-Effekt im Gegensatz zur Herrschaftsmacht Stalins dar, und in der Tat läßt sich die mit Lenins Politik verknüpfte »Diktatur des Proletariats« nicht im Gegensatz zur Hegemonie begreifen.¹¹ Brecht kämpft mit der Sprache, um das Spezifische von Lenins Macht ausdrücken zu können, und seine Vorstellung bleibt vielleicht im Rationalistischen eines Modells argumentativer Diskurse befangen. Zunächst versucht er, den Begriff »Überzeugung« von einer Zustandsbezeichnung zu einem Begriff für einen Prozeß und eine Anstrengung umzuarbeiten:

»Um von Volksherrschaft zu reden, muß man dem Wort Überzeugung einen neuen Sinn verleihen. Es muß bedeuten: Das Überzeugen der Menschen. Volksherrschaft bedeutet Herrschaft der Argumente.« (GW 12, 530)

Nun wendet er den umgearbeiteten Begriff auf den Gegensatz Lenin/Stalin an:

»Zu der Zeit der großen Umwälzung, sagte Me-ti, eroberten Mi-en-leh (Lenin) und seine Freunde soviel Macht, als sie Menschen überzeugten. Die Befehle Mi-en-lehs waren kurzgefaßte Überzeugungen. Mi-en-leh konnte nicht sagen, die Übermacht seiner Gegner zwingt ihn, zu befehlen. Sie zwang ihn, zu überzeugen.

Ni-en (Stalin) hatte weniger Gegner und befahl.« (Ebd.)

Man muß »Überzeugung« von der manipulationistischen Vorstellung der »Überredung« reinigen. Überzeugung wirkt so, daß man »sich selbst überzeugt«. Dies geschieht in einem Feld der Artikulationen von Erfahrungen und Zielen usw., einem diskursiven Netz. Argumentieren heißt darin umherfahren, Unterschiede machen. Sich-Überzeugen wiederum berührt die Subjekt-Konstitution. Überzeugung wie Argumentation bewegen sich also in Artikulationsnetzen. Diese schließen Macht und Machtverteilung ein. Ihre Verknüpfung ist Einsatz ideologischer Kämpfe. Im Ergebnis bilden sie hegemonial relevante Effekte. (Der »sektiererische« Diskurs definiert sich z.B. durch seine antihegemoniale Wirkung.) Macht läßt sich auffassen als artikulierte Kräfte, Ohnmacht als desartikulierte Kräfte. (Statt »artikulierte« könnte man auch sagen: gebündelt und gerichtet; statt »desartikulierte«: zersplittert, ungerichtet oder gegeneinander gerichtet und so verbraucht.) Die »Überzeugung«, die im Sinne Brechts Macht bildet, kann in dieser Richtung begriffen werden.

Lenin faßt in seiner politischen Praxis die »Überzeugung der Menschen« als Entwicklung ihrer Handlungsfähigkeit. Obwohl er selber »überzeugter« Atheist ist, begreift er, daß in dieser Hinsicht die »Einheit der Meinungen« unnötig ist:

»Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.« (LW 10, 74; vgl. dazu das Lenin-Kapitel in PIT 1979, 19ff., wo auch dieser Satz zitiert ist.)¹²

Das Gegenmodell bietet eine Lösung, die nicht dagegen gesichert war, daß mit ihr Kommunisten in ihrer linkssektiererischen (antihegemonialen) Phase in die Isolation zogen: *Erst Klarheit — dann Einheit!* Ein fernes, schwaches Echo dieser Lösung klingt nach in der Berichterstattung der »Wahrheit« (SEW) über die Volksuniversität:

»Eine fundierte weltanschauliche Basis wird man aber auf der Volksuniversität vermissen...« (Wahrheit, 3.6.81, S. 8)

Stellt die Volksuni einen Typ von Einheit ohne Klarheit dar? Immerhin konstruiert sie sich auf Grundlage strategischer Analysen und Theorie, die im Kern auf der Untersuchung der Möglichkeiten beruhen, die Handlungsfähigkeit der Linken, der Arbeiterbewegung, des Sozialismus in unserem Lande auszudehnen. Den praktischen Sinn des Zitats enthüllt ein zweiter Satz. Gemeint ist, daß eine *andere* strategische Basis zugrundeliegt als die der SEW. Der Mangel an »fundiertem Fundament« wird nämlich dahingehend erläutert, daß

»die einzelnen Ressorts autonom über die Schwerpunkte entschieden hätten« (ebd.).

In dem zitierten Bericht zeigt sich eine bestimmte Auffassung der Machtfrage, die mit der Organisationsform zentraler Verfügung und Kontrolle von oben verknüpft ist. Diese Auffassung steht unter dem Verdacht, unter »Überzeugen« weniger »das Überzeugen der Menschen«, als das Einklagen-Wollen von Überzeugtsein oder einfacher Ak-

klamation zu verstehen. Eine entsprechende Devise lautet: *Was wir nicht kontrollieren, bekämpfen wir*. Freilich gehört dazu Macht, und wo diese nicht auf repressiven Staatsorganen beruht, wie sollte sie auf Dauer anders zustande kommen, denn als hegemonialer Effekt? Die Frage der Hegemonie wird man nicht los, es sei denn um den Preis, daß man sie verliert.

Das Problem läßt sich vielleicht an einem Vorwurf verdeutlichen, den die Zeitschrift »konsequent« (SEW) gegen die Position des »Projekts Ideologie-Theorie« erhoben hat:

»... denn eine demokratische Bewegung und nicht die Arbeiterklasse ist fürs PIT das Wichtigste.« (konsequent 2/1980, 95)

Was ist das für eine Entgegensetzung, Arbeiterklasse — demokratische Bewegung, hierarchisch anzuordnen nach »Wichtigkeit«? »Demokratische Bewegung« ist politisch artikuliert, »Arbeiterklasse« im »konsequent«-Kontext aber ökonomisch (was bereits zu eng ist, siehe weiter oben). Steckt darin am Ende die Frage nach der Wichtigkeitshierarchie von Ökonomie und Politik? Will »konsequent« dem PIT vorwerfen, die Politik und nicht die Ökonomie sei ihm das Wichtigste? Derartige Konflikte haben eine lange Tradition. So wurde schon Lenin von Bucharin angegriffen, dem er erwiderte:

»Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen.« (LW 32, 73)

Der oben unterstellte Gegensatz ist so unsinnig, wie es der zwischen — sagen wir — Ernährung und Essen wäre. »Arbeiterklasse« wäre eine leere Phrase, würde sie sich nicht politisch artikulieren und dadurch konstituieren. Ihre Kampagnen dürfen nicht auf enge Klasseninteressen beschränkt bleiben, sondern müssen »vom ganzen Volk ausgehen« (Lenin, LW 5, 348f.). Die *Politik* der Arbeiterklasse entwirft Lenin im

»Brennpunkt ... in dem die lebenswichtigen Interessen der politischen Erziehung des Proletariats zusammentreffen mit den lebenswichtigen Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und des gesamten Volkes, d.h. aller seiner demokratischen Elemente.« (LW 5, 348f.)

Ein zentraler Einsatz in diesen Anstrengungen ist nach Lenins Einsicht »die Hegemonie im politischen Kampf« (ebd., 350). Sie bildet sich im *Brennpunkt* unterschiedlicher Interessen aller populär-demokratischen Elemente, d.h. in einem Feld, auf dem diese »zusammentreffen«. Lenins Antworten reichen nicht aus für die uns aufgegebenen Fragen; aber hinter Lenin zurückzufallen, würde die Entwicklung neuer Lösungen zurückwerfen. Halten wir die Folge der Leninschen Einsichten fest: Die Arbeiterklasse muß eine Politik entwickeln. Diese Politik muß hegemoniefähig werden. Hegemoniefähig wird sie durch die Artikulation der demokratischen Bewegung. Hier schließen sich Fragen an, die wir an dieser Stelle nicht weiterverfolgen können, z.B. die Frage nach dem durchaus spannungsgeladenen, viel zu lange vereinfacht vorgestellten Verhältnis von Arbeiterklasse und sozialistischem Projekt.

Rudolf Bahro ruft zu einem andern Typ von Einheit auf, der in entscheidender Hinsicht einer hegemonialen Einheitsstruktur entgegengesetzt ist. Er projiziert eine »lückenlose Phalanx« von Christen und Marxisten gegen einen Feind, den er »Positivismus« nennt.

»Und wir werden ihn nur besiegen, wenn wir es dahin bringen, die besten Elemente unserer emanzipatorischen Entwürfe zu *einem* Konzept zu fusionieren — das ist mehr als Dialog und mehr als Bündnis —, das sowohl die Qualität der konkreten sozialen Utopie als auch des transzendierenden politischen Glaubens erlangt.« (Bahro 1981)

Ihm schwebt vor eine »große Koalition« jenseits des Gegensatzes von Rechts und Links. Trotz des Koalitionscharakters solle diese Formation — in ausdrücklichem Ge-

gensatz zum hier skizzierten Modell einer hegemonialen Struktur — »nicht pluralistisch sein«, wie Bahro in einer Podiumsdiskussion in Mexiko hervorhob. Wie ist diese, Rechte und Linke umfassende, gleichwohl nicht-pluralistische Koalition zu denken? Mit dem Pluralismus weist Bahro auch Liberalität ab (»ich weiß nicht, wie weit radikale Liberale dabei mittun können«).

Bahro denkt die Einheit mit dem Begriff der *Fusion*. Fusion heißt Verschmelzung. Wieder gibt es nur *ein* Subjekt, homogen und herrschend. Seine Überzeugung ist ein *Glaube*, und seine Formation eine *Phalanx* (dies vorgetragen in einer Sprache, in der die Faschisten sich *Falangisten* nannten). Es ist gut, demgegenüber die Formel in Erinnerung zu rufen, mit der vor Jahren die *Linksunion* (*union de gauche*) in Frankreich ihre Einheit artikulierte: *Union, nicht Fusion*. Fusion ist das Gegenteil von hegemonialer Einheit. In einem hegemonialen Feld bedeutet eine Fusionspolitik daher Spaltung (*Fission*). Laclaus Begriff der »differentiellen Artikulation« erlangt in diesem Zusammenhang die praktische Bedeutung, daß Sich-Unterscheiden *nicht* Sich-Spalten heißt. Erst in Verbindung mit dem Projekt einer Fusion zum einen Subjekt werden die Unterschiede der gesellschaftlichen Subjekte zu Spaltungsgründen. Dann gilt: *Fusion = Fission*. Die Einheit einer hegemonialen Struktur dagegen kann sich artikulieren als *Konvergenz in der Differenz*. Diese Art der Bildung einer Einheit beruht auch nicht auf dem Ausklammern von Fragen, die Bruchlinien bezeichnen.¹³

7. Die Volksuni

Wir machen es uns leichter, indem wir uns einmal mehr — und diesmal genauer — dem Volksuni-Projekt zuwenden. Es ist ein Projekt, das auf kultureller Ebene angesiedelt ist, das in die Kulturgesellschaft (*società civile*) hineingebildet wird, nicht in die Staatsgesellschaft (*società politica*).

Dieses Projekt gehorcht anderen Gesetzen als eine Partei. Das immer vorhandene Zusammenspiel von Hegemonie und Zwang¹⁴ (auch von führendem Einfluß und Herrschaft — vgl. dazu Schreiber 1981, 27ff.), von freiem Konsens und Unterordnung unter die Diktate einer Notwendigkeit, ist hier dominant auf der Freiheit akzentuiert, jedenfalls stärker als in allen anderen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens. Verallgemeinerungen, die von kulturellen Praxen und vom Problem kultureller Hegemonie ausgehen, könnten daher zu gefährlichen Illusionen¹⁵ führen, würden sie unbesehen auf staats- und parteipolitische oder auf ökonomische Probleme übertragen. Die kulturellen Praxen zeichnen sich dadurch aus, daß die Subjekte sich in ihnen als Selbstzweck setzen; dies meinen wir, wenn wir von Selbstzweckpraxen sprechen (vgl. Haug 1979, 36; PIT 1979, 184). Die Volksuni institutionalisiert auf kultureller Ebene

»die Möglichkeit autonomer Artikulation unterschiedlicher sozialer Bewegungen« (Volksuni-Programmbuch 1981). »Sie bietet den unterschiedlichen Gruppierungen und Bewegungen Artikulations- und Betätigungsmöglichkeiten. (...) Und dieser Prozeß verändert die Beteiligten.« (Ebd.)

Die Volksuni ist somit als kulturelles Aktivierungsdispositiv zu begreifen. Ihre Struktur ist — abgesehen von der sozusagen lockeren und elastischen Konsistenz — durchaus komplex, insofern sie normalerweise getrennte Bereiche oder genauer Bereichsgruppierungen auf spezifische Weise miteinander verknüpft. Zu sagen, wie weiter oben, daß die Achse Arbeit — Wissenschaft (konkret: Gewerkschafter — Wissenschaftler) zentral sei, ist streng genommen unzureichend. Andere Bewegungen, wie die der

Frauen oder die ökologische und die Friedensbewegung, artikulieren sich »quer« zu dieser Achse: Frauen sind auch Lohnarbeiterinnen und Wissenschaftlerinnen. Die Anordnung der Bewegungen der Arbeiter, der kritischen Wissenschaft, der Frauen läßt sich als »Kreuzungsartikulation« begreifen. Als hegemoniale Struktur bewährt sich diese Anordnung, indem sie die Handlungsfähigkeit der Individuen erweitert. Indem sich die Individuen praktisch davon überzeugen, erwächst ihre Zustimmung zu dieser Agglomeration unterschiedlicher Autonomieräume — und damit deren Zusammenhalt. Autonomieräume — in der Tat ist die Autonomie der Gewerkschafter, der Frauen usw. in dieser Anordnung bestandsnotwendig. Von Autonomie spricht man in marxistischer Tradition oft mit dem Zusatz »relative«, und das hat seinen methodischen Sinn. Aber in einer hegemonialen Struktur der Linken und im kulturellen Bereich wäre eine bloß »relative Autonomie« hinderlich. Im parteipolitischen Bereich kennen wir das vom Verhältnis auch der linken Parteien zu ihren Frauen und zu ihren Jugendlichen. Sie werden an der Leine geführt. Da gibt es zwar längere Leinen, die ausziehbar sind und mehr Auslauf gewähren. Aber in einem kulturellen Aktivierungsdispositiv muß die reale Handlungsfähigkeit größer sein als außerhalb, nicht kleiner. Was es daher braucht, ist eine Autonomie ohne Umschweife.

Diese Möglichkeit ist deswegen nicht restlos illusionär, weil die Autonomieerfahrung und die erfahrene Interaktion die beteiligten Gruppierungen nach innen verändert. In dem Maße, in dem sich dies bewahrheitet, wirkt eine strukturelle Hegemonie ohne Hegemonie. Dies heißt nicht, daß die Arbeiterklasse ein beliebiger, gar weglaßbarer (wie Gorz 1980 meint) Bezugspunkt wäre. Allerdings ist es erst die Beziehung der Arbeiterklasse auf Wissenschaft und demokratische Emanzipation, was die auf ihrem Klassenstandpunkt aufgebaute Perspektive hegemonial machen kann. Hegemonial heißt ja nichts anderes, als daß jetzt eine Struktur entsteht, die den unterschiedlichen demokratischen Subjekten optimale Handlungsbedingungen einräumt. Lenins Metapher vom Brennpunkt ist hilfreich. Nicht der Arbeiterklassenstandpunkt als solcher, sondern der Brennpunkt der die Elemente verändernden Artikulation ist entscheidend für die Bildung einer neuen Politik.

Eine Form, in der sich das Projekt Volksuni bewährt hat, ist der Enthusiasmus, der bei ihren Organisatoren die Aufgabe mobilisiert hat, Handlungsräume für eine Pluralität von Gruppen und Tendenzen einzurichten. Dazu kommt bereits in der Organisation die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Gruppierungen. Linke Protestanten trafen sich bei diesem Anlaß zum erstenmal mit linken Katholiken. In Begegnung mit sozialistischen Feministinnen und alternativer Kultur ändert sich die Artikulation der Klassenposition von Arbeitern, die ja nicht automatisch eine bestimmte Lebensweise bedingt. Dominanzverhältnisse im Innern der unterschiedlichen Formationen verschieben sich. Und mitten in der neuartigen Beziehung existieren auch die Trennungen weiter. Das Wunder geschieht nicht, aber es tut sich etwas.

Vielleicht kann man sagen, daß die Volksuni — vorläufig und instabil — einen kulturellen Typus der Volksunion von links konstituiert (was nicht mit »Volksfront« zu verwechseln ist). Sie ist nicht formell sozialistisch, aber allein durch die Form kultureller Selbstvergesellschaftung unterschiedlicher populardemokratischer Gruppen ist sie es dem Inhalt nach tatsächlich. Die Stellung der Arbeiter in der Volksuni und das Verhältnis der Volksuni zum Arbeiterklassenstandpunkt ist in traditioneller Begrifflichkeit nicht ohne weiteres zu beschreiben. Das Kuratorium besteht hälftig aus Arbeitern, zu-

meist Betriebsräten, hälftig aus Wissenschaftlern und Schriftstellern (Gewerkschafter sind mehr oder weniger alle). Die neuen sozialen Bewegungen sind dadurch präsent, daß beide, Wissenschaftler wie Arbeiter, »mehrfach artikuliert« sind, zugleich dieser oder jener andern politischen und kulturellen Tendenz angehören. Über die Zusammensetzung des Kuratoriums kann man nicht viel mehr sagen, als daß Arbeiter und Wissenschaftler ansonsten unterschiedlicher Orientierungen starke Positionen haben, daß aber die ganze Anordnung den Zweck hat (und erfüllt), die Präsenz einer Vielzahl unterschiedlicher Subjekte zu garantieren und durch eine Ausbalancierung von Gegen-entzungen Majorisierungen zu verhindern. *Es gibt keine Vormachtstellung.*

»Wer führende Kraft sein wird, das kann überhaupt nicht vorher festgelegt oder manipuliert werden ... Das muß sich herausstellen an dem, was einer oder eine Gruppe jeweils ... beizutragen hat, an überzeugenden Erkenntnissen und Leistungen. Eigentlich wird sich, wer führende Kraft ist, wohl erst am Ende und rückblickend herausstellen. In den einzelnen Abschnitten des langen Kampfes um die sozialistische Gesellschaft waren mal die einen, mal die andern die jeweils führende Kraft, durch ihre Klarsicht, durch ihre sich bewährende Strategie, durch ihre Bereitschaft zu Opfern und zur Zusammenarbeit.« (Gollwitzer 1981)

Dies bedarf freilich der Ergänzung. Bei aller Bereitschaft zu Opfern und Zusammenarbeit — entscheidend ist die strategische Anordnung der Zusammenarbeitenden, das Aneinanderlagern der Bewegungen, die plurizentrische Aktivierungsstruktur, kurz das Dispositiv der strukturellen Hegemonie. Diese plurale Formation läßt sich nicht auf den Arbeiterklassenstandpunkt reduzieren; aber sie läßt sich auf ihm entwickeln. Gleiches kann vom Sozialismus gesagt werden. Es kann keinen Sozialismus geben, der reduzierbar wäre auf den Standpunkt der Arbeiterklasse. Aber vom Arbeiterklassenstandpunkt aus läßt sich der Sozialismus als über jenen weit hinausgreifende Artikulation entwickeln. Lenin sah sogar für den sozialistischen Staat eine Art von Gewaltenteilung vor, einen Autonomieraum für die Gewerkschaften. Denn zur ersten Aufgabe der Gewerkschaften erklärte er den »Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat«, als komplementäre Funktion den »Schutz unseres (gemeint ist der sozialistische) Staates durch die Arbeiter« (LW 32, 7). Wäre der Sozialismus auf den Arbeiterklassenstandpunkt reduzierbar, wäre dies überflüssig. Auch der Sozialismus muß als Aktivierungsdispositiv mit einer Pluralität von Subjekten gedacht werden, als deren produktive Anordnung in sozialistischer Perspektive. Diese Anordnung ist nur vom Arbeiterklassenstandpunkt aus — vielleicht auch auf ihn hin — entwickelbar, aber sie geht weit über ihn hinaus, gerät sofort in Spannung zu ihm, ermöglicht den Arbeitern eine Weiterentwicklung, zieht ihren Standpunkt sozusagen nach oder gerät in Widerspruch zu ihm. Wie die Artikulation der Kräfte entscheidend wird, so die »innere« Mehrfachartikulation der Individuen in den einzelnen Gruppen. Daß sie »überdeterminiert« oder »mehrfachartikuliert« sind (z.B. Gewerkschafter und Frau), bringt die Verhältnisse aus einer sonst hoffnungslosen reduktionistischen Mechanik heraus. Was die Mechanik des starren Fürsichselbstseins der einzelnen Kräfte überwindet, ist ihre produktive Anordnung, die entfesselnde Verknüpfung, um es paradox zu sagen. Die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Bewegungen entzündeten sich an den großen Problemen unserer Zeit. Die Linke gewinnt ihre Handlungsfähigkeit in dem Maße, in dem es ihr gelingt, die großen Problemfelder so zu artikulieren, daß die Lösungen miteinander verknüpft werden (vgl. dazu Haug 1981, 15ff.). Vielleicht läßt sich der Effekt einer solchen Anordnung als strukturelle Hegemonie fassen.

Anmerkungen

- 1 Entscheidend sind die praktischen Konsequenzen. Ökonomismus kann zu einem religionsähnlichen »fatalistischen Finalismus« (Gramsci 1967, 318) führen. Während in der (notwendig hegemonial zu entwickelnden) Politik »Kompromisse« wichtig sind, kann dem, wie Gramsci bemerkt, die ökonomistische Motivation im Wege stehen. Eine gewisse Abneigung gegen Kompromisse »beruht auf ... der ehernen Überzeugung, es gebe für die geschichtliche Entwicklung objektive Gesetze vom Charakter der Naturgesetze.« (Ebd.) — Im übrigen wird auch das Ökonomische vom Ökonomismus falsch — nämlich ofsktivistisch, die Tätigkeit eliminierend — gefaßt (vgl. dazu Haug 1980b).
- 1a Keine Definition von *Hegemonie*, aber wenigstens eine Annäherung: Durch Zustimmung (Konsensus) vermittelter Zusammenhalt der Konstruktion einer Macht und ihrer Politik. »Hegemonie« stammt aus dem Griechischen und läßt sich mit »Vormachtstellung« übersetzen. Aber diese Übersetzung gibt nicht her, was in der marxistischen Politiktheorie unter diesem Begriff angezielt wird. Zur Einführung in die Problematik dieses Begriffs bei Gramsci, der ihn in den Mittelpunkt seiner in den »Kerkerheften« niedergelegten politiktheoretischen Überlegungen stellen wird, vgl. Buci-Glucksmann 1975, Kramer 1975, Priester 1977, 1979 und 1981, PIT 1979 (74ff.), Mouffe 1979 (168ff.), Altvater 1979 (72f.) und Schreiber 1980 (dort Näheres zur Rolle des Begriffs in der russischen Sozialdemokratie vor und bei Lenin, sowie zur Unterscheidung einer staats- und einer revolutionstheoretischen Ausrichtung des Begriffs bei Gramsci. Vgl. zum Begriff »Hegemonie« auch die Anmerkungen 4 und 10.) — Im »Historischen Wörterbuch der Philosophie« (Ritter u.a.) kommt das Stichwort Hegemonie nicht vor. Indes wird nachgewiesen, daß auch die traditionelle Philosophie eine Art von Hegemonieproblem kannte. Unter dem Begriff »Hegemonikon (pripicatus)« findet sich die modern artikuliert Erklärung, die Stoa habe damit das »Zentralorgan der Seele« (Vorläufer von »Herz/Geist«) bezeichnet. Immerhin hat also die Stoa die Seele als gegliederten Zusammenhang gedacht, mit Widersprüchen und dem Problem von Zentralisierung und Dominanz.
- 2 Den Begriff »Artikulation« verwende ich, wie dies im Marxismus der westlichen Länder üblich geworden ist, doppeldeutig: zum einen als Gliederung/Verknüpfung; zum anderen als artikulierten sprachlichen Ausdruck. Entsprechend doppeldeutig ist der weiter unten (Abschnitt 3) gebrauchte Ausdruck »desartikulieren«. Er meint zunächst: Herauslösen aus einer bestimmten Verknüpfung/Gliederung; zugleich kann er die Bedeutung von »unartikuliert machen«, also fast von »mundtot machen«, annehmen. Badura (1972) hat gezeigt, daß die Fähigkeit, bestimmten Interessen sprachlichen Ausdruck zu geben in einer öffentlich annehmbaren Form (und sie also in diesem Sinne zu artikulieren), eine Frage der Aneinander- und Übereinanderschaltung von Artikulationsinstanzen ist, die darüber wachen, was als öffentlich benennbares und legitimes Interesse artikuliert werden kann. Artikulationsfragen sind Machtfragen. — Vgl. auch die etwas andere Begriffserklärung im Glossar von Laclau 1981.
- 3 Die AL sieht vor, daß gegen »wesentliche Minderheiten« keine Beschlüsse gefaßt werden. Aber kann eine Partei an vielleicht entscheidenden Punkten einfach ausrasten? Sich einfach nichthandelnd verhalten, also handlungsunfähig? Verletzt dies nicht Gesetzmäßigkeiten der politischen Sphäre? Ungeachtet solcher Zweifel stellt die »Sozialistische Initiative« (eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der SEW, die mit der AL zusammenarbeitet) in ihrem Wahlauftritt 1981 zu diesen Strukturen der AL fest: »Auch darin finden wir wichtige Lösungsformen für eine neue, linkspluralistische Politik als Antwort auf dogmatisch und bürokratisch entartete Formen.«
- 4 »Blocco storico« ist der »zentrale Begriff« von Gramscis Hegemonietheorie (Kramer 1975, 107). Dieser Begriff ist ursprünglich »von Sorel konstruiert« (Gramsci 1967, 275/1975, 1300). Bei Gramsci erfaßt er die Verknüpfung zwischen der ökonomischen Basis und den beiden »Etagen« des Überbaus, »die die Bedingung und Realisationsform eines Klassenbündnisses ist« (PIT 1979, 77). Politische Bündnisse sind demgegenüber Vorgänge, die nur im formell-politischen Bereich eines historischen Blocks spielen. Daher auch die Polemik von Serreni und Napolitano gegen Garaudy (1971), der Block auf Bündnis reduziert (vgl. dazu Priester 1981, 81ff.). Der historische Block ist in der Konzeption Gramscis auch »umfassend

- der als der politische Block. Der historische Block kann in der Tat mehrere politische Blöcke umschließen« (Gruppi 1977, 104). Diese Unterscheidung wird enorm wichtig für die Analyse der politischen Verhältnisse in Ländern wie den USA oder der Bundesrepublik.
- 5 Die kulturelle Ebene ist für die Frage der Hegemonie nichts Zweitrangiges. »Mit dem Hegemoniebegriff sind die Erfordernisse nationaler Kultur verknüpft.« (Gramsci 1967, 358f.) Hans Heinz Holz unterstreicht die Bedeutung kultureller Veränderungen als Unterbau und Vorbereitung politischer Veränderungen: »Eine Volkskultur muß diese Leistung der Vereinheitlichung ... vollbringen, um eben die Entfremdung, in der sich die Verhältnisse als disparate darstellen, zu überwinden.« (Holz 1972, 19f.; z.n. Kramer 1975, 104) »Eine neue Kultur schaffen«, heißt es bei Gramsci, »bedeutet nicht allein, individuell 'neuartige' Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten ... sozusagen zu 'vergesellschaften', sie lebenswichtigen Handlungen als Element der Koordinierung und geistig-moralischer Ordnung zugrundezulegen.« (Gramsci 1967, 131) Der »Abbau der bestehenden hegemonialen Strukturen und die Schaffung einer wirklichen Volkskultur sind ... nur denkbar als ein schrittweiser und langwieriger Lernprozeß« (Kramer 1975, 104).
 - 6 Zu Geschichte, Programmatik und Gestaltung der Westberliner »Volksuniversität« vgl. »Volksuni '80« sowie »Volksuni 1981/Programmbuch« (beide über den *Argument*-Vertrieb zu beziehen).
 - 7 Auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Berlin/DDR von 1976 erklärte Santiago Carillo, man müsse brechen mit der Auffassung, die sozialistische Transformation sei Monopol einer Avantgarde; sie sei Aufgabe der »Gesamtheit der Kräfte der Arbeit und der Kultur«. Die Formen ihrer Durchsetzung könnten nicht mit dem Begriff der Diktatur gedacht werden, sondern müßten »auf der Anerkennung des politischen und ideologischen Pluralismus« gründen. (zit. n. »Neues Deutschland«, 1.7.76)
 - 8 Diese Ergänzung ist besonders aktuell angesichts der gegenwärtig modischen Desartikulation von Sozialismus und Wissenschaft. Allerdings haben wir auch hinsichtlich des wissenschaftlichen Sozialismus den Stein der Weisen noch nicht gefunden. In der Beziehung von Arbeitern und Intellektuellen, von sozialistischen Parteien oder Staaten und Wissenschaft blicken wir auf ebensoviele Fehler und Verzerrungen wie Errungenschaften. Die Linke muß ein für allemal daraus lernen, daß sie den Zusammenhang ihrer konstituierenden Elemente nicht als homogene Einheit anzielen darf, sondern als gegliedertes (»artikulierte«) Ganzes mit nicht-dominanter und ebensowenig dominierender Position der Wissenschaft.
 - 9 »Für alle 'Würfelsüchtigen'« hat ein Verlag jetzt sogar ein Buch herausgebracht (J. Trajber: *Der Würfel*. 1981); zit. n. d. Inserat in: FAZ v. 26.6.81.
 - 10 Während bis 1926 »Hegemonie hauptsächlich eine alternative Strategie des Proletariats (Hegemonie des Proletariats) bezeichnet« hatte, »vollzieht das erste Kerkerheft einen Terrainwechsel: Die Hegemonie, spezifiziert durch den neuen Begriff des *hegemonialen Apparats*, betrifft zunächst die Praxen der herrschenden Klasse.« (Buci-Glucksmann 1975, 63) Dieser Begriff also ist neu in den Quaderni, und bald »wird er ergänzt durch den der 'ideologischen Klassenstruktur'« (ebd., 64). »Die Hegemonie, der hegemoniale Apparat, sichern eine *Theorie der Wirksamkeit der Ideologien* und ihrer materiellen Realität« (ebd. 65). »Hegemonialer Apparat« wird nach Buci-Glucksmann zum Leitbegriff einer neuen Erforschung der Überbauten, die schließlich zur Erweiterung des Staatsbegriffs führen wird. — Althusser (1977, 108ff.) wird seinen Begriff der »ideologischen Staatsapparate« (vgl. dazu PIT 1979, 106ff.) daraus entwickeln, aber dabei blickt er gleichsam von oben auf die Gesellschaft herab nach einem starren funktionalistischen Schema (vgl. PIT 1979, 182), während Gramsci die Begriffe »von unten nach oben« bildet. Zu überlegen wäre, wie sich die »hegemonialen Apparate« zu Engels' Kategorie der »ideologischen Mächte« verhalten (vgl. MEW 21, 302, und PIT 1979, 19 und 179ff.).
 - 11 Annegret Kramer hebt hervor, daß für Gramsci »der repressive Staatsapparat notwendige Bedingung und Garantie für das Bestehen und Funktionieren des hegemonialen Apparates« sei, da die Hegemonie niemals »total« sei (vgl. Kramer 1975, 94; Gramsci 1967, 412). Vgl. dazu Schreiber 1980, 43ff.
 - 12 José Carlos Mariátegui, dessen intellektuelle und politische Bedeutung mit der seiner Zeitgenossen Mao und Gramsci verglichen werden konnte (vgl. Womack 1980, 171), geht noch weiter als Lenin. Von seinen berühmten »Sieben Interpretationsversuchen zur peruanischen

Wirklichkeit« (1928) gilt der fünfte dem »religiösen Faktor«. Er geht davon aus, daß mit der atheistisch-rationalistischen Abfertigung religiöser Phänomene als Mystifikation zu brechen ist. Tatsächlich untersucht er an der Eingeborenenreligion die Elemente des »irdischen Reichs« in der Vorstellung vom Himmelreich. Er versucht, ihre vorstaatlichen Wurzeln freizulegen. Die hegemonialen Überdachungen der inkaischen Theokratie konnten gegen den Katholizismus nicht standhalten, wohl aber, und dies bis in die Gegenwart, die vorstaatlich-kommunitären Elemente. Den Katholizismus zeigt er als eigentlich kolonisierende (im Gegensatz zum bloß erobernden) Element. Kurz, er untersucht hegemoniale Bedingungen und Effekte in der Perspektive einer sozialistischen Hegemonie, die Unterschiedliches verknüpft. (Vgl. Mariátegui 1979, 146ff.)

- 13 Jedes Bündnis, jede politische Zusammenarbeit bedarf eines hegemonialen Felds, d.h. eines Felds möglicher Zusammenhalte. Zugleich muß es die Bruchlinien und Verwerfungen, die dieses Feld durchziehen, berücksichtigen. »Antikommunismus« und »Sowjetkritik« bezeichnen solche Bruchlinien, sehr unterschiedliche übrigens (vgl. Gollwitzer 1980). Josef Schleifstein, der Leiter des der DKP verbundenen Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF, Frankfurt / M.), versucht dem durch Ausklammerung solcher Bruchlinien Rechnung zu tragen. Er spricht sich aus für »ein Höchstmaß an Zusammenarbeit und zielbewußter, koordinierter Aktivität der Linkskräfte im weiten Sinne dieses Begriffs« (Schleifstein 1978, 21). Aber was sind »Linkskräfte im weiten Sinn dieses Begriffs«? Definieren sie sich als Elemente einer möglichen Linksunion? Und wie umfassend kann diese sein? Hängt das nicht ab von der hegemonialen Struktur, der Hegemonfrage, der Widerspruchstoleranz usw.? Wohlgermerkt, das sind keine Einwände, sondern nur zur Klärung auffordernde Fragen. Schleifstein schlägt z.B. vor, die ein Bündnis störenden Fragen der Einschätzung des sowjetischen Sozialismus und auch die grundsätzlichen Fragen nach dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus in unserer Perspektive auszuklammern (um damit eben die genannten Bruchlinien der Sowjetkritik und des Antisowjetismus auszuklammern). Er übersieht dabei, daß eine hegemoniale Struktur die entscheidende Art und Weise ist, die Frage von Demokratie und Sozialismus aufzuwerfen. In gewisser Weise läßt sich sagen, daß die Entfaltung hegemonialer Strukturen auf der Linken immer zugleich ein symbolisches und probeweises Praktizieren sozialistischer Verhältnisse inmitten des Kapitalismus beinhaltet. Deshalb steht die Forderung nach »Ausklammerung« der Ausweitung des hegemonialen Feldes (das eher eine »Einklammerungspolitik« erfordert) entgegen.
- 14 »Die ultima ratio jeder Regierung sind die Streitkräfte.« FAZ, Leitartikel, 8.11.78
- 15 Versieht man das Kulturelle für das Ganze, ließe sich mit Heinrich Heine sagen:
 »Franzosen und Russen gehört das Land,
 das Meer gehört den Briten;
 Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
 Die Herrschaft unbestritten.
 Hier üben wir die Hegemonie,
 Hier sind wir unzerstückelt;
 Die andern Völker haben sich
 auf platter Erde entwickelt.«
 (Deutschland — Ein Wintermärchen. 1844)
 Zum »Luftreich des Traums« würde eine kulturelle Formation, die sich einbildet, ohne Verbindung mit einem politischen Projekt und ohne dessen ökonomische Fundierung gesellschaftlich hegemoniefähig zu sein. Aber umgekehrt gilt ebenso, daß keine gesellschaftliche Hegemonie sich ohne kulturelle Hegemonie ausbilden kann. Alle Kontrolle des ökonomischen Landes und des politischen Meers wäre auf Dauer unhaltbar, käme nicht die Hegemonie in dem »Luftreich des Traums« hinzu. — »Was der Geist sich zueigen gemacht, das ist als Gewalt überflüssig« (Hegel).

Literaturverzeichnis

- Albers, D., u.a. (Hrsg.), 1981:* Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt/M. - New York
- Althusser, L., 1977:* Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/West-Berlin
- Altwater, E., 1979:* Die Bürgerliche Hegemonie, die »Logik der Sachzwänge« und die Alternative der Arbeiterbewegung, in: AWA 1979
- AWA (= Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung), 1979:* Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik. Argument-Sonderband AS 44, Berlin/West
- Badura, B., 1972:* Bedürfnisstruktur und politisches System. Macht, Kultur und Kommunikation in »pluralistischen« Gesellschaften. Stuttgart
- Bahro, R., 1981:* Umkehr in die Metropolen (Beitrag zu dem Seminar in Oaxaca — siehe Fußnote auf der ersten Seite dieses Aufsatzes; nach dem Manuskript zitiert)
- Bloch, E., 1918:* Geist der Utopie. München/Leipzig
- Brecht, B., 1967:* Gesammelte Werke in 20 Bänden. Frankfurt/M. (abgekürzt: GW)
- Buci-Glucksmann, Ch., 1975:* Gramsci et l'état. Paris
- Elfferding, W., 1981:* Diskussionsbeitrag zu den Herforder Thesen, in: Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke, *spw-Sonderheft 3*
- Ferrarotti, F., 1972:* Una sociologia alternativa. Bari
- Garaudy, R., 1971:* Révolution et bloc historique, in: L'homme et la société 21
- Gollwitzer, H., 1980:* Sowjetkritik und Antisowjetismus, in: ders.: Christentum und Sozialismus II — Aufsätze zur Politik (Argument-Studienheft SH 40). Berlin-West
- Gollwitzer, H., 1981:* Volk + Universität = Volksuniversität. Rede zur Eröffnung der Volksuni 1981, in: *Argument 128*
- Gorz, A., 1980:* Abschied vom Proletariat. Frankfurt/M.
- Gramsci, A., 1967:* Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hgg. v. Ch. Riechers, Frankfurt/M.
- Gramsci, A., 1975:* Quaderni del carcere. (Kritische Ausgabe des Gramsci-Instituts, besorgt von V. Gerratana.) 4 Bände. Torino
- Gremliža, H., u. H. Hannover (Hrsg.), 1980:* Die Linke, Bilanz und Perspektiven für die 80er. Hamburg
- Gruppi, L., 1977:* Gramsci. Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats. Hamburg/West-Berlin
- Habermas, J., 1957:* Konsumkritik — eigens zum Konsumieren, in: Habermas: Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt. Aufsätze 1954-70. Amsterdam 1970
- Habermas, J., 1976:* Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt/M.
- Hall, S., 1980:* Rasse — Klasse — Ideologie, in: *Argument 122*
- Haug, F., 1980:* Biederer Alltag — radikale Träume (Bericht über die 5. Sommeruniversität für Frauen), in: *Argument 124*
- Haug, W.F., 1979:* Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur. Entwürfe zu einer theoretischen Synthese. Argument-Studienheft SH 33. Berlin/West
- Haug, W.F., 1980a:* Werden die Kräfte von Arbeit, Wissenschaft und Kultur diesmal zusammenkommen? in: Gremliža 1980
- Haug, W.F., 1980b:* Das Marxsche »Kapital« und der Ökonomismus, in: Volksuni '80
- Haug, W.F., 1981:* Einundzwanzig Thesen zu Ökologie und Sozialismus, in: Alternative Umweltpolitik (Argument-Sonderband AS 56)
- Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD. 2., überarbeitete Aufl., Berlin/West 1980 (= spw-Sonderheft 2)*
- Holz, H.H., 1972:* Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus. München
- Ingrao, P., 1980:* Interview in: Democrazia e diritto 5/1980
- Ingrao, P., 1981:* in: Albers 1981
- Jäger, M., 1980a:* Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus
- Jäger, M., 1980b:* Die Grünen — eine neue »Partei neuen Typs«? in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus
- Kramer, A., 1975:* Gramscis Interpretation des Marxismus, in: Gesellschaft — Beiträge zur Marx-schen Theorie 4. Frankfurt/M.

- Laclau, E., 1980:* Volksrevolution und demokratischer Kampf, in: *Volksuni '80*. (Der Titel ist unrichtig übersetzt, statt »Volksrevolution« heißt es im Original »ruptura popular«, was »populistischer Bruch« bedeutet; vgl. dazu Laclau 1981.)
- Laclau, E., 1981:* Politik und Ideologie im Marxismus. Mit einem Anhang »Populistischer Bruch und politischer Diskurs«. Argument-Verlag, Berlin/West
- Laclau, E., und Ch. Mouffe, 1981:* Socialist Strategy — Where Next? in: *Marxism Today 1/1981*, London
- Lenin, W.I., 1961ff.:* Werke. Berlin/DDR (abgekürzt: LW)
- Lukács, G., 1966:* Von Nietzsche zu Hitler. Frankfurt/M.
- Mariátegui, J.C.: 1979:* Siete ensayos sobre la realidad peruana. México (zuerst erschienen 1928)
- Mouffe, Ch. (Hrsg.), 1979:* Gramsci and Marxist Theory. London
- PIT 1979:* Theorien über Ideologie (Projekt Ideologie-Theorie). Argument-Sonderband AS 40, Berlin/West
- PIT 1980:* Faschismus und Ideologie. 2 Bände. AS 60 und AS 62
- Priester, K., 1977:* Zur Staatstheorie bei A. Gramsci, in: *Argument 104*
- Priester, K., 1979:* Die Bedeutung von Gramscis »erweitertem« Staatsbegriff, in: AWA 1979
- Priester, K., 1981:* Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe. Frankfurt/M. — New York
- Ritter, J. (Hrsg.):* Historisches Wörterbuch der Philosophie. Basel/Stuttgart 1971ff.
- Scheffler, T., 1980:* Außenpolitik und Hegemonie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus
- Schleifstein, J., 1978:* Aufgaben und Perspektiven der Linkskräfte in der BRD, in: Marxistische Blätter 4/1978
- Schreiber, U., 1980:* Die politische Theorie Antonio Gramscis (unveröffentlichtes Manuskript). Berlin/West
- Seve, L., 1980:* Enseignement philosophique: Sur l'enjeu de la lutte, in: la pensée 213-214
- Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland.* Argument-Sonderband AS 51, Berlin/West 1980
- Touraine, A., 1978:* La voix et le regard. Paris
- Volksuni '80 — Bilder und Texte.* Berlin/West 1980
- Volksuni 1981:* Programmbuch
- Willis, P., 1979:* Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M. (Learning to Labour. How Working Class Kids Get Working Class Jobs, 1977.)
- Womack, J., 1980:* Mariátegui, Marxism and Nationalism, in: Marxist Perspectives 10



Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen, Teil 3

Projektgruppe Automation und Qualifikation Band VI
(AS 67: ISBN 3-88619-005-6)
206 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Je mehr Kenntnisse, je mehr Verantwortlichkeit, je mehr Durchblick die Arbeitenden haben, desto sicherer sind schon die Auffangsstrategien geplant. Gewerkschaftliche Gegenstrategien sind nicht einmal mehr defensiv, wenn sie nicht kennen, worauf sie reagieren. Wie die Unternehmer das Problem lösen, Lohnarbeiter automatisiert produzieren zu lassen, und wie sie eigene Strategien des Umgangs mit dem Neuen bauen, ist Gegenstand dieses Bandes.

Frigga Haug

Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus

Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung*

Vorgeschichte des Themas

Um es gleich vorweg zu sagen: Dieses Thema hat mir außerordentlich große Schwierigkeiten gemacht. Bei der Bearbeitung stellten sich immer neue Probleme, statt daß einfache Lösungen sich abzeichneten. Und obwohl ich erst einige Monate intensiver an den Fragen arbeite, erinnere ich mich nur noch dunkel an die helle Selbstverständlichkeit, mit der mir zuvor der Zusammenhang der beiden Bewegungen geradezu natürlich schien, keine Frage, mit der man sich weiter beschäftigen sollte. Diese Selbstverständlichkeit gehört zu meinem politischen Leben. Seit mehr als 20 Jahren fühle ich mich der Arbeiterbewegung, als Marxistin dem wissenschaftlichen Sozialismus zugehörig; seit 12 Jahren arbeite ich in der Frauenbewegung. Daß mir die Existenz zweier voneinander unabhängiger Bewegungen mit ähnlichen Zielen unproblematisch war, hat für mich zunächst den Lerneffekt erbracht, es als ein Alarmzeichen zu werten, wenn einem etwas zu selbstverständlich ist. — Im übrigen möchte ich wegen der Vorläufigkeit der Thesen und der stellenweise noch nicht völlig zu Ende gedachten Argumentation um Entschuldigung bitten. Weitere Diskussionen in der Frauenbewegung werden mehr Klarheit bringen müssen.

Warum stellte ich mir überhaupt die Frage nach dem Verhältnis der beiden Bewegungen zueinander, wenn mir doch alles so selbstverständlich war? Ich wurde zu einem Vortrag zu diesem Thema eingeladen und wollte absagen. Im Absageschreiben formulierte ich zuerst, ich könne leider nicht kommen, da dieses Thema nicht zu meinen Spezialgebieten gehöre. Das Wort »Spezialgebiet« kam mir dann dumm vor, wo ganze Bewegungen in Frage standen, und ich versuchte ein anderes Wort: »Interessen«. Noch schlimmer. Die Veränderung der Worte stieß mich auf den Skandal des Sachverhaltes: Ich hatte mich bisher um dieses Thema, nein, um diesen Zusammenhang nicht gekümmert. Ich änderte den Absagebrief in eine Zusage und begann zu arbeiten. Aus den Regalen holte ich die schon seit drei bis vier Jahren international geführte Diskussion zur Frage Feminismus und Marxismus oder Feminismus und Arbeiterbewegung, deren Lektüre ich bislang immer für Ferienzeiten aufgehoben hatte. (Vgl. dazu den Besprechungsteil in diesem Heft; einen Überblick über die Frauenbewegung in den angelsächsischen Ländern gibt Gulliver 10: Frauenstudien.) Wie kam es zu dieser Diskussion? Im Kern steckt eine Verwunderung darüber, wie es überhaupt zu diesen »neuen sozialen Bewegungen« kommen konnte; und von Politikerinnen der Arbeiterbewegung wird dies artikuliert als Erstaunen über ein so großes kritisches Potential in der Gesellschaft, das so nicht gedacht war und das die Organisationen der Arbeiterbewegung bisher nicht auf sich lenken konnten. Das führte zu Fragen nach der Mobilisierungskraft dieser Frauenbewegung (von der hier im weiteren die Rede sein soll) und zur Politikform. Die Diskussion beschäftigte sich dementsprechend mit der Frage, was kann eigentlich die Arbeiterbewegung aus der Frauenbewegung lernen und umgekehrt, wie

* Vortrag auf der Westberliner Volksuni 1981

können die Frauen ihre Forderungen so formulieren und zusammenfassen, daß sie in den durch die Parteien besetzten politischen Bereich gelangen.

Diese Fragen setzen selber, unabhängig davon, ob sie negativ oder positiv beantwortet werden, einen Zusammenhang zwischen Frauenbewegung und Arbeiterbewegung voraus, dies bei einer praktischen Leugnung des Zusammenhangs.

Trennung von Arbeiter- und Frauenbewegung

Was heißt das — praktische Leugnung? Ich meine damit eine theoretische Begründung dessen, was Unterdrückung heißen soll in beiden Bewegungen und die auf dieser theoretischen Grundlage formulierte Politik. Zunächst die Arbeiterbewegung: Im Marxismus wird ein Hintereinander oder ein Auseinander der Befreiungsaktionen angenommen. Zuerst kommt die Hauptsache, also die ökonomische Revolution, die Befreiung von kapitalistischer Herrschaft über Lohnarbeit, und im Anschluß kommen die übrigen Veränderungen, z. B. der Abbau von Herrschaft zwischen Mann und Frau. Dieses prinzipielle Auseinander wird beim Erstarken der Frauenbewegung begleitet von einer Erscheinung, die ich als »opportunistische Aufnahme von Frauenforderungen« in die Gesamtforderungen von Arbeiterorganisationen bezeichnen will, die bis hin in die Errichtung von Frauenressorts führt. Ich denke, daß man diese Hinzufügungen unter dem Stichwort »Opportunismus« abhandeln sollte, weil hier, durch äußeren Druck bewegt, Zugeständnisse gemacht werden, z. B., um die Frauen als Wählerinnen zu gewinnen, und nicht eine wirklich veränderte Gesamtpolitik konzipiert wird. Die Anstückelung hat zudem den Effekt, daß man die so ins Programm aufgenommenen Zusätze jederzeit wieder abhängen kann, ohne dadurch prinzipiell etwas zu verändern. Diese Politik stellt sich zumeist eher die Frage, wie kann man die Frauen, die nun so plötzlich aufgewacht sind, für diese oder jene Aktion einsetzen, nicht, welche Defizite hat eine Politik, in der die spezifischen Forderungen der Hälfte der Bevölkerung nicht »von selbst« enthalten sind.

Auch von seiten der Frauenbewegung gibt es diese praktische Leugnung eines Zusammenhangs zwischen den beiden Bewegungen: Es ist die Patriarchatsthese. Sie geht davon aus, daß die Herrschaft von Männern über Frauen klassenübergreifend ist und historisch den Kapitalismus überdauern wird und vor ihm existierte. In ihrer extremsten Formulierung (etwa durch Kate Millet) kommt die Patriarchatsthese auch ganz ohne den Klassenkampf aus. (Zur Diskussion der leitenden Kategorien in der Frauenbewegung lese man das sehr verständlich geschriebene Buch von Michèle Barrett.)

Aber noch eine dritte Position leugnet praktisch einen Zusammenhang zwischen den beiden Bewegungen und sieht dabei doch umgekehrt aus. Ihre Vertreter, zumeist Frauen, sieht man eifrig bemüht, den Zusammenhang selber herzustellen, indem sie zum Beispiel den *Klassenbegriff erweitern*. Sie argumentieren entweder ganz radikal und rufen das weibliche Geschlecht als Klasse aus, um auf diese Weise sich in den Klassenkampf einzuschreiben, oder sie stellen ganz vernünftig die Beschränkung des Marx'schen Klassenbegriffs auf die Arbeiter in Frage, dehnen ihn auf die Angestellten aus, was ihnen erlaubt, wenigstens einen größeren Teil der berufstätigen Frauen in die Arbeiterklasse einzubauen. Zu diesen begrifflichen Bemühungen, die über die besondere Veränderung des Kampfes gegen kapitalistische Unterdrückung auf frauenspezifische Weise noch gar nichts sagen, gehört auch die Anstrengung, einen Zusammenhang zwischen Frauenunterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung derart herzustellen, daß

ein Zusammenbruch des Kapitalismus behauptet wird, wenn die Frauen die Hausarbeit nicht mehr verrichteten, bzw. umgekehrt als Grundlage ökonomischer Ausbeutung die unbezahlte Hausarbeit benannt wird. Es soll hier nicht behauptet werden, es bliebe alles beim Alten, wenn etwa die Hausfrauen ihr arbeitsteiliges Geschäft im Gesamtzusammenhang verweigerten, fraglich ist lediglich das theoretische Bemühen, sich auf diese Weise in den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit einzunisten. Es vergißt, daß die Geschichte der kapitalistischen Produktion eine ist, in der die Frauen praktisch immer eine Gastrolle spielten, daß der Kampf zwischen den beiden Klassen tatsächlich als männlicher Kampf geführt wurde. Natürlich fällt einem an dieser Stelle schnell ein, daß es wichtige Arbeitskämpfe von Frauen gab und gibt, oder welche Rolle die Textilarbeiterinnen in der Russischen Revolution spielten und Ähnliches mehr. Aber gerade, daß man ihr Wirken eigens und extra aufheben und benennen muß, zeigt die Unselbstverständlichkeit, mit der Frauen im Arbeiterkampf auftreten. Immerhin erkennt man im Bemühen, einen Zusammenhang theoretisch herzustellen, das Eingeständnis, sonst keine direkte Verbindung ausmachen zu können. So eignet auch allen drei Versuchen, die den praktischen Nicht-Zusammenhang vorführen, ein allerallgemeinster, abstrakt übergeordneter Bezug zwischen beiden Bewegungen. Beide haben als Ziel eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, und beide sind Projekte zur Umgestaltung der eigenen Lebensbedingungen.

Einheit in der Trennung: sozialistische Feministinnen

Neben diesem Allgemeinen gibt es noch einen besonderen Zusammenhang zwischen Frauen- und Arbeiterbewegung. Es ist dies der, mit dem ich meine Überlegungen einleitete, ein Zusammenhang, der sich in Personen herstellt und der sich wegen des praktischen Auseinanders äußert als innere Zerrissenheit, z.B. schon zeitlich, und als »Sitzen zwischen den Stühlen«, belächelt von den wirklich politischen Menschen, die schon so entwickelt sind, daß sie nur noch in der Arbeiterbewegung arbeiten, befeindet von den wahren Feministinnen als abtrünnig, weil nicht ausschließlich der Frauenfrage gewidmet — ich meine den sozialistischen Feminismus und seine Vertreterinnen, z.B. mich. Sehen wir einmal ab von der Zerrissenheit und fragen uns danach, welche Politik eigentlich die sozialistischen Feministinnen machen. Ich werde diese Politik zum Ausgangspunkt meiner Analyse machen, weil sie ja eine praktische Antwort auf unsere Frage nach dem Zusammenhang von Frauen- und Arbeiterbewegung geben muß.

Für meine Analyse nehme ich mir jetzt die Politik des Sozialistischen Frauenbundes vor, in dem ich seit 1969 (damals hieß er noch Aktionsrat zur Befreiung der Frau) Mitglied bin. Diese Darstellung wird sehr (selbst-)kritisch und, um verständlicher zu sein, auch noch ein wenig überzeichnet. (Ich bitte die Frauenbundmitglieder, mir die Überzeichnung nachzusehen. Die Vereinfachung ist notwendig, um die von mir mit zu verantwortende Politik in ihrer Fragwürdigkeit darzustellen.) Ich führe also im folgenden nicht vor, was sozialistische Frauenpolitik sein soll, sondern, was wir gemacht haben.

Zurück ins Jahr 1969. Ich war Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, und der Sozialismus galt uns als notwendige Gestalt von Freiheit und Emanzipation; die Abschaffung der Kapitalherrschaft, die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — das waren die Ziele, für die wir uns einsetzen wollten. Daß die Frauenfrage älter ist als der Kapitalismus, war uns klar. Daß die Arbeiterbewegung, die Parteien und Gewerkschaften, in denen sie sich organi-

satorisch äußert, die Frauenfrage nicht anständig vertreten, daß die Frauen selber nur ungenügend in diesen Organisationen vertreten waren und daher ihre Belange nicht durchsetzen konnten, ja, daß sie, soweit sie nicht Lohnarbeiter waren, gar nicht direkt zur Arbeiterbewegung gehören konnten — das alles bewegte uns, die wir uns zunächst nur »politisch« verstanden, uns zusätzlich in einer Frauenorganisation zu organisieren. Da wir die politischen Ziele nicht aufgeben wollten, mußte es eine *sozialistische Frauenorganisation* sein. Wie dachten wir den Zusammenhang von Sozialismus und Frauenfrage? Orientiert auf die politischen Organisationen, die unsere Interessen nicht vertraten, sahen wir unsere Hauptaufgabe in der Schulung der Frauen für die politischen Aufgaben, ihrer Befähigung, sich in Versammlungen zu Wort zu melden, Flugblätter zu schreiben usw., und in der Erarbeitung der Einsicht, daß sie sich zusätzlich zu ihrer Organisation in Frauengruppen »richtig politisch«, mindestens gewerkschaftlich, organisieren mußten. Wir hatten z. B. im Statut einen Paragraphen, der die zusätzliche Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verbindlich machte. Außerdem sahen wir unsere Aufgabe in der Agitation zur Berufstätigkeit, zur Befreiung aus ökonomischer Abhängigkeit. Die doppelte Aktivität, die wir so von allen Mitgliedern verlangten, die wirkliche Zerrissenheit von offiziell-politischen und Frauenfragen, aktualisierte sich immer wieder in einer vollständigen Überlastung der Frauenorganisation wie aller einzelnen Mitglieder. Vietnam, Südafrika, das Hochschulrahmengesetz, atomare Aufrüstung, Frieden, die Notstandsgesetzgebung — zu allen Fragen mußten wir etwas tun, schließlich waren wir eine politische Frauenorganisation; aber wann sollten wir dann Frauenfragen behandeln, die unter dieser Elle gemessen immer nicht so dringend waren, nicht so notwendig, auch morgen erledigt werden konnten. Wir waren mehr belastet als je zuvor und taten weniger für die Frauenfrage als nötig. Rings um uns wuchs die sich autonom nennende, nicht-sozialistische Frauenbewegung, machte Großveranstaltungen zur »Hausgeburt«, zu »Selbsterfahrungen« und »Selbstuntersuchung« — wir waren nicht dabei. Schließlich faßten wir den Beschluß, nur noch tätig zu sein in Frauenfragen als Frauenorganisation und außerdem — da wir ja eine sozialistische Gruppe waren — zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse. Im großen und ganzen befanden wir uns so um die Mitte der 70er Jahre auf dem Stand von Ottilie Bader, die 1908 folgende Auffassung vertrat: »Es braucht nicht länger Sonderorganisationen der Genossinnen zu geben, überall werden die Frauen der sozialdemokratischen Partei beitreten. Die gemeinsame Organisation schließt jedoch nicht aus, daß im Hinblick auf das verfolgte Ziel und unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse solche von den Genossinnen geschaffenen Einrichtungen erhalten bleiben, welche sich als ein treffliches Mittel bewährt haben, die weiblichen Parteimitglieder theoretisch zu schulen und unter den Massen der weiblichen Bevölkerung Mitarbeiterinnen für den politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats zu gewinnen und sie den Organisationen zuzuführen.« (zit. n. Niggemann, S.70).

Am 1. Mai also wanderten wir mit unseren Transparenten zu Lohngleichheit, mehr Bildung für Frauen, mehr Chancengleichheit usw. Weil aber hier die Arbeiterklasse »an sich« marschierte, wurde uns niemals erlaubt, unser Organisationstransparent mitzuführen, und so machten wir mit unseren speziellen Forderungen zu Frauenfragen, Kindertagesstätten und so weiter nicht besonders viel her, waren vielmehr Anhängsel an die ernsteren Dinge, wie schon immer. Wen wundert es, daß nur wenige von uns in diesen Reihen gingen, die meisten, weil sie ohnehin Doppelmitglieder waren, die würdi-

geren Parolen trugen, die die Arbeiterklasse als Ganzes angingen. Wen wundert auch, daß der Frauenbund nicht größer wurde. Viele kamen zu uns, ebenso viele gingen, wenn sie eine Weile bei uns gelernt hatten, in die »erwachsenen«, »richtigen« Organisationen. Einige vertraten dort sogar Frauenforderungen. Warum faßten wir nicht als Kritik auf, daß die Frauen wieder auseinanderliefen? Weil wir der Auffassung waren, daß es gut sei, wenn sie uns verließen und in »politischen Organisationen« arbeiteten. Daß wir selber immer blieben, ich z.B., schien uns notwendig, weil doch Kontinuität da sein mußte und weil nicht genug getan wurde für die Frauen, wie immer.

Aus dieser Art von Politik ziehe ich den Schluß: Wir haben den Zusammenhang von Sozialismus und Frauenfrage im Grund als Nicht-Zusammenhang gedacht. Wir suchten Fehler bei uns und wollten sie verbessern, damit wir Politik machen könnten. Aber wir hatten im Grunde der Annahme Glauben geschenkt, daß der Sozialismus zu erringen sei durch die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer und daß die Frauenfrage zwar nicht ausschließlich im Anschluß zu erledigen sei, auch nicht, daß sie sich automatisch erübrige; wohl meinten wir, daß man uns (mehr als die Hälfte der Bevölkerung) brauche bei der Befreiung, und wohl auch glaubten wir, daß die Veränderung der Verhältnisse selber die Veränderung der Personen, die Verwandlung von Menschen, die in privaten Verhältnissen großgeworden und befangen sind, bewirke.

Was wir uns aber nicht fragten und was wir nicht zu denken versuchten, war, daß auch die Politik einer Bewegung, die alle Verhältnisse von Herrschaft und Knechtschaft umstürzen will, eine andere sein muß, als eine, in der bloß ein Teil der Bevölkerung für den anderen recht und schlecht mitbestimmt, wie das auszusehen habe. Wir glaubten im Grund an den Ernst der richtigen Politik. Wo uns die Politik Spaß machte, — z.B. als wir am 1. Mai ein Plakat trugen, das hieß: »Alle sollen alles wissen«, und an den Rand gedrängt wurden und das Plakat verboten werden sollte — wo uns also die Politik Spaß machte, bekamen wir den Vorwurf des Kleinbürgerlichen, mit dem wir nie zurende kamen. Auch verloren wir nie das schlechte Gewissen, daß das Proletariat uns fehlte, mit dem jeder Kleinbürger den anderen Kleinbürger schlägt; wir versuchten hilflose Konstruktionen auf diesem Feld, indem wir Modelle ausarbeiteten wie z.B., daß auch Angestellte Arbeiterinnen sind, oder wir sagten: Weil wir in unserem Frauenbund auch Arzthelferinnen, technische Zeichnerinnen u.ä. organisieren, haben wir im Grunde auch einen Teil des Proletariats bei uns. D.h. wir versuchten nach wie vor mit den anfangs genannten Methoden des theoretischen Umbiegens unseren Kampf als direkten Klassenkampf auszugeben. Wir glaubten also zugleich an eine direkte Beziehung und glaubten auch, daß es richtig sei, was Lenin gesagt hatte, daß die Kräfte nicht auseinander gezogen werden dürften, daß wir also nicht vom ökonomischen Kampf Kräfte abziehen dürften für den Frauenkampf; daß es im Grunde also wieder richtig sei, erst das eine, dann das andere zu tun.

Daß wir den ökonomischen Kampf so ohne weiteres und so kritiklos als den allein politischen glaubten, ist — unabhängig von der Frauenfrage — umso verwunderlicher, als in der allgemeinen politischen Diskussion etwa die Frage des Zusammenhangs von Staat und Monopolen selbstverständlich diskutiert wurde. Wie aber kämpft man eigentlich gegen die Macht des Staates, wenn man sie im Einvernehmen mit den Monopolen glaubt, und wo befindet sie sich? Ist der Staat nicht z.B. Förderer der Familie und darin der Stellung der Frauen? Mischt er sich nicht ein in solche Frage wie Erziehung? Wieso haben wir unsere Politik dann nicht auf diese Bereiche gerichtet?

Die Kampagne gegen §218

Ich werde jetzt ein Beispiel für eine besonders unproduktive Politik von uns vorführen, welches uns doppelt beschämt — das Beispiel der Abtreibung. Sich anzusehen, wie wir den Kampf gegen den §218 geführt haben, ist lehrreich, weil man hier zugleich studieren kann, daß die persönliche Betroffenheit allein kein ausreichender Ausgangspunkt ist. Bei uns führte er zur Lustlosigkeit in der Politik. Wie kam das? Daß wir die Kampagne um den §218 als wirkliche Pflichtübung absolviert haben, werde ich zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen machen, in deren Verlauf ich unsere Politikform und unsere Gedankenführung so herausarbeiten möchte, daß ihre Fragwürdigkeit auf konstruktive Weise überwindbar wird. Bei aller Kritik soll als Verdienst nicht unerwähnt bleiben, daß der Sozialistische Frauenbund mit dieser Kampagne, aus der letztlich innerhalb der Bundesrepublik die ganze neue Frauenbewegung hervorgegangen ist, begonnen hat. Die ersten Selbstanzeigen (»Auch ich habe abgetrieben«) im »Stern« waren von Mitgliedern des Frauenbundes — angestiftet von Alice Schwarzer, die die Kampagne aus Frankreich mitbrachte — aufgegeben. Ebenso organisierten wir die erste große Konferenz in Berlin, und unsere Vertreterin sprach beim Hearing im Parlament für die damals schon auf mehr als 40 Gruppen angewachsene Bewegung. Aber schon bald fanden wir uns in einer uns lähmenden Diskussion darüber, welches Bündnis wir eigentlich eingehen sollten bei dieser Frage. Die Bündnisfrage war deswegen aktuell, weil die SPD mit ihrer großen Massenorganisation sich diesem Kampf anschloß, aber nur dann, wenn wir die befristete Abschaffung des §218 forderten. Wir aber waren radikal und forderten die ersatzlose Streichung. Uns stellte sich also die Frage: Wollen wir lieber die Massen und die befristete, oder wollen wir wenige bleiben und dafür die ersatzlose Streichung unkorruptierbar fordern? Die Alternative stellte uns vor das große Problem, mit der natürlich gewollten »Massenwirksamkeit« uns den Vorwurf des kleinbürgerlichen Reformismus einzuhandeln. Wir setzten uns hin und machten eine größere theoretische Analyse zu dem Gesamtkomplex und kamen darauf, daß das Recht auf den eigenen Körper, welches in der Frage um den §218 steckt, im Grunde aufs private, bürgerliche Individuum abzielt, zwar notwendig ist als Kampflösung, doch nicht weiter als der Stand der Französischen Revolution von 1789, als die Bürger ihre Rechte als Individuen forderten. Als wir soweit gekommen waren, also feststellten, daß wir uns im Grunde auf dem Wege der bürgerlichen Revolution, des privaten bürgerlichen Individuums befanden, schlossen wir eine komplizierte zusätzliche Analyse an darüber, warum es im Kapitalismus dennoch fortschrittlich sein kann, für bürgerliche Individualforderungen zu kämpfen. Gegen die Übergriffe des Staates müsse das Recht des Einzelnen auch u.U. gegen die Gesellschaft geschützt werden, eben weil der Kapitalismus nicht der Sozialismus ist. Die Politik, die wir daraufhin machten, war — wie weiter oben gesagt — trotz wirklicher Betroffenheit, da es kaum eine Frau gibt, die nicht irgendwann einmal mit einer Abtreibung zu tun hat, — relativ phantasie- und lustlos, eine Pflichtübung mit dem Gefühl, die wirkliche Politik mal wieder zu verpassen.

Wege zum Sozialismus

Wie konnte dies geschehen? Ich denke nicht, daß die Frage, die wir uns stellten, von uns falsch beantwortet wurde und daß man sie anders hätte ableiten und analysieren müssen, sondern, daß wir uns die falschen Fragen stellten, daß die Analyse darüber, ob

diese oder jene Forderung, die wir haben, in sich selber schon sozialistisch ist oder uns ohne Umwege zum Sozialismus führt, verkehrt ist, weil sie uns handlungsunfähig macht.

Ich nehme jetzt einige — von mir erweiterte — Überlegungen auf, wie sie Sheila Rowbotham (1979, S. 125ff.) für die Englische Abtreibungskampagne formulierte, um daran die Fruchtbarkeit anderer Politikformen einsichtig zu machen. Rowbotham fragt sich, welche Fragen stellen sich mit der Abtreibung, wie verändert sich das Bewußtsein im Kampf gegen die Abtreibung. Dabei hält sie sich überhaupt nicht mit irgendwelchen Analysen über die Rechtmäßigkeit einer Forderung nach dem Recht über den eigenen Körper auf, wie wir das gemacht haben, sondern begreift: Die Abtreibungsfrage führt uns

- zum Nachdenken über Fruchtbarkeit und Mutterschaft;
- zur allgemeinen Frage der sexuellen Herrschaft des Mannes über die Frau;
- zu Überlegungen über die Beziehungen der Menschen zu ihrem Körper, zur Bedeutung sexueller Lust;
- zu Gedanken über Gesetze und Parlament;
- über ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen;
- über ein umfassendes System der Kinderbetreuung;
- über die Macht des Staates in der Bevölkerungspolitik;
- über empfängnisverhütende Technologie und über Profite in der Pharmaindustrie und — so können wir jetzt weiter fortfahren —
- über die Rolle der Kirche und der Justiz im allgemeinen;
- über den Zusammenhang von Sexualität und Politik;
- über Familienpolitik und staatliche Haushalte;
- zur Rolle der Wissenschaft bei der Legitimierung von Herrschaft usw.

Praktisch läßt sich das gesamte System von einer anscheinend so persönlichen Frage, wie es die der Abtreibung ist, in seinen Zusammenhängen und Verknüpfungen vorführen. Man kann daraus lernen, daß es eine Vielfalt von Machtbeziehungen gibt und daß unser vorheriges ableitendes Denken eine Bewegung voraussetzte, die nur im Denken so stattfindet, nicht aber im Handeln der Menschen. Wir unterstellten *eine* Bewegung, wo *viele* Bewegungen sind. Die Vielfältigkeit der Macht- und Herrschaftsbeziehungen war vergessen. Die Frage kann also nicht heißen, ist dies oder das schon sozialistisch, sondern: Was verändert sich, was wird verändert, wie wird es gelebt, was hängt damit zusammen, wie sind in der Wirklichkeit die Positionen und Posten miteinander verknüpft? Dies Beispiel kann man gleichzeitig benutzen für die Frage des Zusammenhangs von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung und für die Frage nach der Art des Politikmachens, nach den Politikformen.

Zum Zusammenhang von Arbeiter- und Frauenbewegung — Vorschlag für eine sozialistische Frauenpolitik

Ich werde im folgenden einige Thesen formulieren, die, den Zusammenhang der beiden Bewegungen betonend, zugleich für eine Änderung sozialistischer Politik plädieren. Die Überlegungen sind noch nicht ganz ausgereift und zudem für diesen Anlaß etwas verkürzt dargestellt. Wirkliche Klarheit läßt sich ohnehin nur in den tatsächlichen Kämpfen gewinnen. Für meine Ausführungen mache ich folgende, an dieser Stelle nicht noch einmal ausgeführte Voraussetzungen:

1. daß die Macht der Männer über die Frauen, also die Frauenunterdrückung, älter ist als die Klassenunterdrückung und

2. daß die Sozialstruktur dieser Gesellschaft auf der Frauenunterdrückung basiert; unter Sozialstruktur verstehe ich das System der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung, die geschlechtsspezifische Zuweisung von Aufgaben der Reproduktion der Art (Familienaufgaben) und das System kultureller Werte und Normen (vgl. dazu Näheres bei Paramio);

3. daß in der Befreiung von der Ausbeutung durch das Kapital mit der Arbeiterklasse als historischem Subjekt die Frauenbefreiung nicht enthalten ist;

4. daß die Versuche, die Frauenfrage dennoch in das Programm des Klassenkampfes aufzunehmen, zu lustlosen Verkrampfungen führen, zu einer Rangliste von Wichtigem und Unwichtigem und einem künstlichen Zusammenhang von Konjunktur und Frauenbefreiung (ich meine hier die wirtschaftliche Konjunktur und die Einstellung, daß wir uns in Krisenzeiten einen solchen Luxus wie Frauenforderungen nicht erlauben können, sondern wir in der Hauptsache zusammenstehen müssen);

5. setze ich voraus, daß Versuche von Teilen der Frauenbewegung, die kapitalistische Ausbeutung *direkt* mit der Frauenunterdrückung zusammenzubringen, fruchtlose Gedankenspiele sind, die die Köpfe mit komplizierten Produktionen beschäftigen können (wie die Zusammenbindung von Kapital und Hausarbeit), praktisch aber alles beim Alten lassen. Zusätzlich möchte ich als Schlußfolgerung aus dem Abtreibungsbeispiel in die Überlegungen folgende Behauptung einbeziehen: Eine allgemeine Politik, die — wie wir sie bisher verstanden — den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der vorwiegend männlichen Arbeiter auf eine Weise in den Mittelpunkt rückt, daß andere Unterdrückungsfragen wie die Frauenfrage bestenfalls hinten an einen Forderungskatalog angehängt werden, ist fragwürdig. Dies nicht allein deswegen, weil sie die Hälfte der Menschheit einzubeziehen vergißt, sondern weil sie, unter der Behauptung, Herrschaft an sich abzuschaffen, nicht alle Machtbeziehungen angeht und weil sie also in dieser Weise abstrakt und nicht konkret ist, nicht wirklich in das Glück oder Unglück der Menschen eingreift.

Paramio ist sogar der Ansicht, daß z.B. die Politikfähigkeit der Gewerkschaften in den westlichen Industrieländern davon abhängt, ob sie die Forderung nach gleicher Bezahlung von Mann und Frau als unabdingbare und erste Forderung durchzusetzen bereit sind. Die eingangs formulierte Frage nach der fehlenden Anziehungskraft der Arbeiterorganisationen für die neuen sozialen Bewegungen, bzw. die in ihnen sich zusammenfindenden Menschen, die von mir untersucht wurde auch als ein Problem der Unmöglichkeit, die Forderungen dieser Bewegungen in eine Politik herkömmlichen Stils zu integrieren, verlangt zu ihrer Beantwortung jetzt: nicht nur einen Vorschlag für eine Frauenpolitik zu machen, sondern zugleich etwas in der allgemeinen Politik zu problematisieren. Ich nenne dieses: ihre Abstraktheit.

Das Persönliche ist das Politische

Für den Versuch, die Abstraktheit in der Politik zu überwinden, stelle ich zunächst die Hauptthese dar, mit der die neue Frauenbewegung in die Geschichte eingetreten ist: das Persönliche ist politisch. Diese Parole — auch als das Statut der Frauenbewegung bezeichnet — kennt sicher jeder; ihre Nützlichkeit beim Politikmachen wird von den »wirklich politischen« Menschen allzuoft mit Blick auf die mißbräuchliche Ausle-

gung übersehen. Die Berechtigung eines solchen Satzes liegt meines Erachtens auf drei Ebenen:

1. Das, was als persönlich, als Privatsphäre gilt, ist mit Macht und Herrschaftslegitimation so verbunden, daß es Nährboden ist für die Beibehaltung der übrigen gesellschaftspolitischen Machtstrukturen.

2. Die Abtrennung der Sphären voneinander, von Politik und Privatsphäre, ist selber eine Art von Machtausübung, deren Resultat z.B. die Existenz von Berufspolitikern ist, eine Arbeitsteilung, die es schon technisch verunmöglicht, daß wir aus der Privatsphäre umstandslos hinaustreten in die allgemeine Politik.

3. Herrschaft, wegen deren Abschaffung die Gesellschaftsveränderung auf dem Programm steht, muß auch im persönlichen Erleben aufgespürt werden, nur so kann ein radikaler, massenhafter und engagierter Kampf geführt werden, nur so können die eigenen Lebensbedingungen umgestaltet werden.

(Neben diesen drei Auffassungen über den Satz, daß das Persönliche, Private das Politische sei, gibt es ein praktisch verbreitetes Mißverständnis, das diese These selber in Mißkredit gebracht hat. Es ist die bequeme Interpretation, man könne einfach so bleiben, wie man ist, und wo immer man privat zusammenhocke, sei dies schon politische Tat. Das ist sicher unsinnig.)

Mit den drei oben genannten Bedeutungen konnte die Frau als politisches Subjekt in die Geschichte eintreten. Aber die Gültigkeit einer solchen These erstreckt sich notwendig zugleich auf die gesamte Politik. Kritisch ließe sich behaupten, daß alle Politik, die solche Grundannahmen nicht beachtet, stillschweigend voraussetzt, daß die Männer, die sie machen, selber nur öffentliche Personen und nicht auch Menschen mit persönlichen Bereichen wären, die in ihr Politikmachen eingreifen, auf die ihre Politik zurückwirkt. (Über den Zusammenstoß zwischen dieser feministischen Weise des Politikmachens und der herkömmlichen Verordnung von bestimmten für nützlich erachteten Aktionen berichtet Jane Jenson sehr eindrücklich. Ihre Geschichte einer Frauengruppe der Kommunistischen Partei in einem Pariser Arrondissement ist lehrreich. Ihre Stärke liegt in der Ausführlichkeit, mit der auf die Nuancen im Politikmachen hingewiesen wird. Da geht es z.B. um die Frage, welche Frauenbücher man auf dem Büchertisch verkaufen darf, deren Beantwortung die vorgeordneten Männer den Frauen abnehmen wollten. Am wichtigsten fand ich die Weigerung der Frauen, ein Flugblatt zu verteilen, weil es die angesprochenen Frauen verдумme. Es enthielt im wesentlichen so allgemeine und daher ohne irgendeine Gedankentat beantwortbare Fragen wie: »Möchten Sie besser leben? Möchten Sie, daß es Ihrer Familie besser geht? Glauben Sie, daß Sie schlecht behandelt sind?«, um sodann zur Wahl der KPF aufzurufen, die Lösungen für diese Fragen bereithalte. Die Frauenkommission begründete ihre Weigerung, das Blatt zu verteilen, nicht allein mit dem Inhalt, der die Frauen auf die Familie reduziere, sondern vor allem damit, daß es »von außen komme, ohne das geringste Bemühen, die Frauen selber zum Nachdenken über notwendige Veränderungen zu bewegen und daß es außerdem verabsäume, sie dazu anzuregen, Veränderungen, die sie wirklich wollten, überhaupt zu empfinden.« (Jenson, S. 140) Die Frauenkommission wollte dagegen eine Politik, »in der die Frauen für die Veränderungen in ihren Leben verantwortlich wären und das, was sie verbessern wollten, nicht den Definitionsversuchen von Politikern und Parteien überlassen bliebe« (ebenda).

Die Überlagerung von Herrschaftsstrukturen

Für die Zuspitzung zum Politikvorschlag fasse ich die bisherigen Ergebnisse zusammen. Gesucht war der Zusammenhang von Arbeiter- und Frauenbewegung. Der Befreiungskampf der Arbeiterbewegung gilt der kapitalistischen Ausbeutung, ist also ein wesentlich ökonomischer Kampf, der im Kapitalismus alltäglich um den Lohn und um die Arbeitsbedingungen konkretisiert wird und übergreifend eine nicht nach Profitgesichtspunkten geregelte Produktion und dementsprechend andere als Tausch- und Konkurrenzbeziehungen unter den Menschen anzielt. Die Frauenforderungen verlangen eine andere Strukturierung der Bereiche. Der Versuch, die Elemente voneinander abzuleiten, führt zu reduktionistischen Lösungen, die sich nicht als tragfähig erwiesen haben, wie die Erweiterung des Klassenbegriffs oder die Behauptung, die Privatheit der Reproduktion der Arbeiterklasse sei kapitalnotwendig. Hier sind die nordischen Länder auf dem besten Wege, große Teile des Reproduktionsbereichs zu vergesellschaften (auch bei uns nimmt Fertigungskost, Kantinenessen, usw. als weitere Quelle des Profits stetig zu), ohne daß sie damit aufhören, kapitalistisch zu sein. Arbeiterbewegung und Frauenbewegung sind nicht auseinander ableitbar, keine der beiden Bewegungen ist auf die andere reduzierbar. (Es käme sowieso keiner auf die Idee, die Arbeiterbewegung aus der Frauenfrage abzuleiten, während die umgekehrte Reduktion gang und gäbe ist.) Die Zumutung, dennoch einen Zusammenhang zu denken, wird vergrößert, besinnt man sich, daß ja die Frauenfrage ohnedies viel älter ist als der Kapitalismus und mit ihm die Arbeiterfrage. Gibt es einen nicht-reduktionistischen Weg, eine Verknüpfung zu denken? Untersuchen wir, ob und wie die unterschiedlichen Fesseln, aus denen sich Arbeiter und Frauen befreien wollen, zusammengeschmiedet sind. Der Zusammenhang der beiden Bewegungen muß darin gesucht werden, wie sich die beiden Unterdrückungen praktisch aufeinander beziehen, wie die Herrschaftselemente zusammenwirken. Dieses geschieht in jeder Gesellschaftsformation anders und neu.

Die Zusammenwirkung der Unterdrückungsweisen verbietet auch eine einseitige historische Untersuchung der Frauenunterdrückung, wie sie die These vom Patriarchat nahelegt. Die schärfere Sicht, die man auf die Unterdrückung der Frauen durch die Männer gewinnt, erlangt man um den Preis der Unsichtbarkeit genau der Machtbeziehungen und -verschränkungen, die heute wirksam sind. Statt einer präzisen Untersuchung dessen, was aktuell geschieht, erhalten wir einen illustrativen Beweis des Immergleichen, der Frauenunterdrückung, bei der dann etwa die Klitorisbeschneidung ganz Ähnliches bedeutet wie z.B. die Ehe, wobei untergeht, welche Verschränkung zur gesellschaftspolitischen Macht jedes eingeht und worin dann seine Andersartigkeit besteht. Und das wirklich völlig andere muß von uns studiert werden, damit wir handlungsfähig sind.

Diese Zusammenarbeit der Machtstrukturen zu untersuchen, ist ganz einfach, solange sie den Klassegegensätzen folgen; sobald also die ökonomische Klassenposition mit der Mann/Frau-Position übereinstimmt, der klassenmäßig Obere demnach der Mann ist und die klassenmäßig Untere die Frau. Bei diesem Zusammentreffen der beiden Mächte geschieht eine Brutalisierung beider, so wenn der Unternehmer seine weiblichen Lehrlinge zu Liebesdiensten verpflichtet, der Chef seine Sekretärinnen, der Hausherr das Dienstmädchen usw. (Paramio führt aus, daß im umgekehrten Fall die männlichen Lohnarbeiter ihre vorgeordnete Chefin zu vergewaltigen suchen oder mindestens davon zu träumen, um »ihr zu zeigen, daß sie doch bloß eine Frau ist«, wie mir ein be-

freundeter Arbeiter auf mein zweifelndes Fragen, ob denn das so richtig sein könne, bestätigte.)

Bekannt ist auch, daß politisch rechts stehende Kräfte ihre Herrschaft dadurch abstützen, daß sie in den Männern das Potential der Macht über Frauen ansprechen, sich also der Frauenunterdrückung für eine allgemeine Herrschaftssicherung bedienen. Solches finde ich etwa gegeben bei der moralischen Kampagne gegen die Abtreibung durch Reagan oder bei der Familienpolitik der CDU, die sich in ihrer Kampagne konservativer Werte bedient, die allesamt die Unterdrückung der Frau voraussetzen. Dabei überbieten die bigotten Debatten von lauter Männern im Parlament über das Glück der Frauen, Kinder zu gebären und großzuziehen, dermaßen das Erträgliche, daß die Wut uns die hier noch einigermaßen klar zutage tretende Allianz von konservativer Politik und Frauenunterdrückung nicht klar genug als Ansatzpunkt fortschrittlicher Politik herausarbeiten läßt.

Schwieriger aber (und noch ganz unbearbeitet) sind die alltäglichen Überlagerungen und Verschränkungen der unterschiedlichen Herrschaftsstrukturen. Sie zu untersuchen im gewerkschaftlichen Kampf, in traditionellen politischen Organisationen, am Arbeitsplatz und in allen alltäglichen Situationen ist eine vordringliche Aufgabe sozialistischer Frauenorganisationen, weil die Zusammenarbeit von Frauenunterdrückung und ökonomischer Ausbeutung den Kampf auf beiden Seiten lähmt. Ich werde dazu einige Beispiele vorführen. Sie sollen zugleich belegen, daß die herkömmliche Politik der Arbeiterbewegung sich selbst schwächt, wenn sie die Frauenfrage nicht einbezieht, eben weil die Machtstrukturen ineinander verschränkt sind, aufeinander aufzubauen.

Nehmen wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Seine erste Schwächung geschieht durch seine scheinbare Stärkung: durch die Herausnahme der Frauen aus dem Anspruch auf einen Arbeitsplatz. Das geschieht durch die Ideologie des männlichen Verdieners, die ja eine reale Praxis darstellt — der Mann verdient mehr als die Frau —; das geschieht durch die z.B. auch in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Gedanken, Frauenarbeit sei in strengen Zeiten ein Luxus, das Erste, worauf wir verzichten könnten, Hauptsache, die Männer haben wenigstens Arbeitsplätze. Diese Einstellungen schlagen sich nieder im Forderungskatalog der Gewerkschaften und lassen zu, daß die Arbeitenden nach Geschlecht gegeneinander ausgespielt werden, was beide Teile schwächt.

Zugespitzt erleben wir ein solches Vorgehen im Falle der Automatisierung. Ich stelle das Zusammenwirken von Frauenunterdrückung und ökonomischer Ausbeutung am Beispiel der Druckindustrie vor, obwohl gerade dieser Bereich emotional so stark besetzt ist, daß ein Abwägen der Argumente schwerfallen wird. Es geht um die Einführung des Fotosatzes. Jeder weiß inzwischen, daß der Kampf gegen den Fotosatz, der aus den männlichen, hochqualifizierten Schriftsetzern über Nacht weibliche Setzerinnen machte, verloren wurde. Der Fotosatz hat sich durchgesetzt, ebenso wie die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte, zusammen mit der wiedereingeführten Heimarbeit, dem Stücklohn, ungesicherter Beschäftigungslage usw. Ich möchte behaupten, daß einige Elemente aus dem Setzerbeispiel für alle Automationsarbeit verallgemeinerbar sind und also in ähnlicher Weise die Trumpfkarten von den vorurteilsvollen und unvorbereiteten Gewerkschaftern an die Unternehmer fallen, die dann ihre Bedingungen ohne viel Aufhebens diktieren können. Da ist zunächst die Einschätzung, was eigentlich qualifizierte Arbeit ist. Sie ist männlich und körperlich. Wo sie von Frauen verrichtet werden kann, muß sie unqualifiziert sein, denn Frauenarbeit gilt als Synonym für un-

qualifizierte Arbeit. Daß die Unternehmer zunächst damit auftraten, daß sie Sekretärinnen (Tippsen) einzustellen gedachten für den Fotosatz, mußte schon deshalb wie ein lähmender Schock wirken, weil die Frauen fürs qualifizierte Schriftsetzen seit Jahrhunderten für ungeeignet gehalten wurden. Von seiten der Gewerkschaft folgte keine Auseinandersetzung mit den wirklichen Anforderungen beim Fotosatz, noch mit den neuen Möglichkeiten der Beherrschung der Computer und daraus abgeleiteten Ausbildungsforderungen. Stattdessen wurden Sozialabkommen getroffen, Sperren, die das Einstellen von Frauen zunächst verboten. Die alten Setzer wurden ohne weitere Schulung an die neuen Maschinen gestellt, deren Beherrschung (leichte Frauenarbeit) man ja gar nicht lernen mußte. (Bürger berichtet eindrücklich von der im Gefolge solcher Politik anarchisch zerfallenden Solidarität der zuvor gut organisierten Arbeiter in einer Druckerei, die sich die nötigen Qualifikationen heimlich aneigneten und mit den Unternehmern einzeln Sonderabkommen schlossen.) Die allgemeine Kampagne über eine drohende Dequalifizierung, die die Automatisierung begleitete, konnte noch auf eine weitere Verunsicherung der Arbeitenden bauen. Die Arbeit wurde nicht nur weiblich, sondern auch Kopfarbeit. Diese doppelte Schmach für einen männlichen Facharbeiter konnten sich die Unternehmer zunutzemachen und die Arbeitsbedingungen für die nachrückenden weiblichen Setzerinnen nach Gutdünken diktieren. Der persönliche Verschleiß auf beiden Seiten der Geschlechter, der den Unternehmern den Sieg in die Tasche spielte, wäre bei gemeinsamem Kampf und bei geringerer Borniertheit gegenüber weiblicher Arbeit sicher weniger groß gewesen.

Auch der Kampf um den Lohn ist nicht unabhängig von der Beziehung der Geschlechter, hängt z.B. mit der Familienstruktur zusammen: daß Arbeiter nicht radikal streiken können, weil sie für die Familien verantwortlich sind, ist bekannt; daß sie den gleichen Lohn für Frauen nicht durchsetzen, weil sie selbst die Hauptverdiener sind, liegt nahe; und daß die Frauen an der Front »gleicher Lohn« nicht offensiv kämpfen, weil sie ideologisch in die herrschenden Werte von Familie und Mutterschaft verstrickt sind, ist wahrscheinlich; ob die einzelnen Arbeitergruppen sich gegeneinander ausspielen lassen, weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb der Fabrik die natürliche Über- und Unterordnung in qualifizierte und unqualifizierte, leichte und schwere Arbeit glaubhaft und wirksam macht und weil von daher von Einheit der Arbeiterklasse nicht die Rede sein kann, ist ein weiteres Feld für eine empirische Untersuchung. (In einem Arbeitskreis im Rahmen der Westberliner Volksuni »Tägliche Siege und Niederlagen« — Tagebücher von Gewerkschafterinnen, versuchen Betriebsrätinnen, Vertrauensfrauen, Gewerkschafterinnen unter dieser Fragestellung jetzt die Geschichte ihrer täglichen politischen Arbeit aufzuarbeiten.) Stattdessen gibt es Privilegien für Männer, sekundäre Ausbeutung, Bestechung, Indienstnahme der privaten Strukturen für den Pakt mit dem Boß, den Herr-im-Haus-Standpunkt, das Einverständnis damit, wer verantwortlich ist und wer nicht, die Art des Selbstbewußtseins in Abgrenzung gegen untere, die in den Familien eingeübt wird, und umgekehrt die Selbstbescheidung von seiten der Frauen (vgl. dazu die Geschichte über ein Rentnerhepaar, in: *Frauenformen*, S. 51ff.). Besonders deutlich analysiert Willis, wie Männlichkeit mit körperlich schwerer Arbeit zusammengedacht wird und von daher an der »Männlichkeitsbejahung« die freiwillige Einordnung in untergeordnete Lohnarbeit hängt.

Das Bewußtsein der Arbeiter ist also nicht einfach fortschrittlich oder reaktionär, son-

dern beides (vgl. dazu meinen Bericht vom Kongreß des Ingenieurvereins, in *Argument* 127, S. 416ff.). Unsere Handlungsfähigkeit hängt ab vom Wissen um die konkrete Verbindung, die die verschiedenen Machtstrukturen miteinander eingehen. Die Abgrenzung der Kämpfe und Bereiche in »ökonomische« und »private« verhindert die Sicht auf die wechselseitige Unterstützung. So wird der allein »ökonomische« Kampf weitgehend unwirksam, weil er den ideologisch strukturierten Konflikt der durch gesellschaftlich gültige Werte geprägten Verhaltensweisen nicht berücksichtigt und die Probleme der geschlechtsspezifischen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht einbezieht. Umgekehrt ist der Kampf, der sich ausschließlich auf die Mann-Frau-Unterdrückung beschränkt, nicht wirksam, weil er die wirkliche Unterstützung der Männermacht durch die ökonomischen Verhältnisse — das Ineinanderwirken von Macht — nicht beachtet.

Aus der Schwierigkeit, die Kämpfe getrennt zu führen, folgt meines Erachtens nicht, daß das arbeitsteilige Sich-Auflehnen gegen Unterdrückung durch bloßes Aneinanderfügen der Bewegungen, durch wechselseitige Unterstützung ergänzt werden müsse. Drei Gründe sprechen gegen die Möglichkeit, daß in die Politik der Arbeiterbewegung die Forderungen der Frauenbewegung so umstandslos integriert werden könnten:

1. Weil die Kämpfe gegen die Ausbeutung durch das Kapital, die Geschichte der Produktionskämpfe und die Geschichte der Arbeiterbewegung eine Geschichte männlich bestimmter gesellschaftlicher Produktion ist und weil von daher — wie schon ausgeführt — die Frauenforderungen immer zweitrangig angehängt, unter »ferner liefen«, rangieren;

2. weil die Männer auch Nutznießer der Frauenunterdrückung sind (in einem männlichen Lebensplan kommt z.B. die Aufgabe der Kindererziehung als Lebenszeit in der Regel auch dann nicht vor, wenn ein Mann Kinder haben will), auch dann, wenn es eben diese Machtstruktur ist, die sie von konsequenten Kämpfen gegen die Ausbeutung abhält, korrumpierbar, spaltbar und bestechlich macht;

3. weil die vorherrschende Politikform der Stellvertretung — durch andere, die für mich die Politik machen, andere, die für mich die Bedingungen verändern, die Vorsorge treffen, die für mich die Forderungen stellen — für die Frauenbewegung ganz und gar unannehmbar ist. Mit ihrer Forderung, das Private, Persönliche sei das Politische, bringt sie zugleich eine andere Politikform, mit der die Frauen die politische Bühne betreten, indem jede einzelne politisch wird. Frauenbewegung meint eine Aktivität, die alle ergreift, und eben darin beruht ihre Durchsetzungsfähigkeit. (Deswegen ist auch die Lösung einer Frauenpartei über Delegationsprinzip keine Lösung.)

Autonome Sozialistische Frauenorganisationen

Was ist dann mit den sozialistischen Frauenorganisationen, deren Politik ich am Anfang so kritisch dargestellt habe? Wie soll sich deren Politik verändern bzw. welche Politikform könnte die ihre sein? Betrachten wir ein letztes Mal die spezifischen Bereiche, in denen Frauenunterdrückung gesellschaftlich erkennbar wird. Oben habe ich behauptet, die Sozialstruktur sei auf Frauenunterdrückung aufgebaut. Das bezieht sich im wesentlichen auf zwei Bereiche, nämlich auf das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsstruktur), auf die geschlechtsspezifische Zuweisung von Familienaufgaben (Kindererziehung, Beziehung überhaupt) und auf den Bereich der Ideologie, der Werte, des Bewußtseins, der Wissenschaft. In diesen Bereichen gibt es überall Verschränkungen der Machtstrukturen, wird Widerstand nö-

tig sein und Reorganisation. Die Kämpfe der bisherigen, autonom sich nennenden Frauenbewegung beziehen sich auf die Werte, Vorbilder, Tabus, Vorurteile, Gewohnheiten, zwischenmenschliche sexuelle und geistige Praxen. Sie sind in dieser Weise kulturelle Kämpfe, Versuche, eine andere Kultur zu entdecken und andere Wertvorstellungen. Außerdem wird versucht, bisherige Staatsfunktionen zurück in die Gesellschaft zu nehmen durch Übernahme von Dienstleistungen in Selbsthilfegruppen, z.B. Frauenhäuser, Gesundheitsläden usw. Diese Aktionen sind zugleich gegen staatliche Kontrolle gerichtet und stellen Modelle eines anderen Umgangs miteinander dar. Wieder an anderer Stelle in der autonomen Frauenbewegung wird versucht, Männergeschichte und Männerwissenschaft umzuschreiben, die nichtbearbeiteten Felder, die vergessenen Bereiche, die nichtgelebten Alternativen oder die verborgen gelebten zu entdecken und lebbar zu machen. (Diese Arbeitsweise wird sehr eindrücklich in dem Vortrag von Dorothee Sölle deutlich.) Führt man sich diese Aktionen und Arbeiten vor Augen, wird einsichtig: Es kann kaum darum gehen, diese Kämpfe zugunsten eindeutig sozialistischer zu unterlassen, und auch nicht darum, daß sozialistische Gruppen versuchen sollten, diese Aktionsfelder zu bestimmen. Ebenso wäre es ein Mißverständnis, die Kritik an der Politik der »sozialistischen Frauen« und den Bericht über die feministischen Aktivitäten als Aufforderung zu verstehen, die zu den genannten vielfältigen kulturellen Aktionen gehörenden Alternativen wie etwa die Forderungen nach mehr staatlichen sozialen Leistungen, die Kämpfe um Lohn, Lebensstandard, Arbeitsbedingungen usw. zu stornieren. Es gibt keine absolute Lösung. Alle Kämpfe sind mehrfach bestimmt. Statt der Universallösung gibt es viele Lösungsformen, die zusammenzubinden sind, statt des einen historischen Subjekts ist ein vielstimmiges zu bilden. Die verschiedenen Widerstandsformen unter eine Frage zu zwingen, wäre steril. Gelingt es, sie zusammenzubinden, ist der Widerstand desto stärker, je vielfältiger seine einzelnen Formen sind. Der Gedanke, daß eine politische Bewegung konzentriert auf einer Linie arbeiten muß, sonst geschwächt ist, unterschätzt die Vielfältigkeit und Zerstreuung der Herrschaft auf viele Punkte, den Systemcharakter. Der sozialistische Teil der Frauenbewegung, die autonomen sozialistischen Frauenorganisationen geben eine konstruktive Antwort auf das Problem des Auseinanders von Frauen- und Arbeiterbewegung. Der in ihnen gelebte Zusammenhang von Sozialismus und Feminismus ist geeignet, jene Forschung voranzutreiben, die das Zusammenwirken der Machtstrukturen, der ökonomisch-politischen und der patriarchalischen, untersucht. Dabei taucht die Frage nach den angeblich fehlenden Arbeiterfrauen in der Frauenbewegung zum ersten Mal in einem völlig anderen Licht auf: nicht mehr nostalgisch und nicht mehr mit schlechtem Gewissen gedenkt man ihrer, auch nicht wollen jetzt Frauen für andere Frauen die Bedingungen ändern. Vielmehr haben in solcher Forschung die Arbeiterinnen eine Schlüsselstellung als forschende Subjekte. Ihre Erfahrungen sind wichtig für die Erforschung der verschränkten Machtstrukturen. So treten sie nicht auf als Frauen, die man glücklich auf die zwei Hauptsachen der reformistischen Arbeiterbewegung reduzieren kann — nämlich Lohn und Arbeitsbedingungen —, sondern auch sie treten in die Geschichte als forschende Subjekte, aufrecht, nicht als Objekte der Geschichtsschreibung.

Forschung kann kaum die einzige Politik sozialistischer Frauenorganisationen sein. Aber auch hier, denke ich, sollten wir endlich ernst nehmen, daß der Sozialismus wissenschaftlich ist oder nicht ist und dies auch übertragen auf unsere tägliche Politik. Allerdings muß auch das Verständnis von Wissenschaft in die Veränderung einbezogen

werden. Es kann nicht allein darum gehen, die allgemeinen Strukturen unserer Gesellschaftsformation zu kennen und darin eine immergleiche Politik durchzusetzen. Stattdessen müssen vor jeder Aktion die Kraftfelder genau studiert werden. Die Felder, in denen wir Politik machen, sind ja keineswegs unverändert und einseitig bestimmt. Gerade die Aktionen der Feministinnen verschieben im Fall von Frauenpolitik die Kräfte unaufhörlich und verändern so die Bedingungen, in denen wir uns bewegen. Nehmen wir als ein Beispiel das »Frauenhaus«. Wir können eine solche Aktion zugunsten von geschlagenen und vergewaltigten Frauen als ein Stück sozialpädagogischer Arbeit einordnen, welche dem Staat auf dem Fürsorgesektor Aufgaben abnimmt und in sich ganz ohne sozialistische Perspektive ist, bestenfalls Sozialreform. Wir könnten auch die Konkretheit einer solchen Aktion für Frauenhäuser der allgemeinen Forderung nach mehr Staatsausgaben im Sozialbereich vorziehen und das Letztere überhaupt nicht mehr zu unserer Politik zählen. Konsequenter könnten wir langfristig immer mehr soziale Dienstleistungen in Bewegungsinitiativen verlagern wollen. Die Einseitigkeit solcher Handlungen springt ins Auge. Tatsächlich spricht nichts dafür, die Frauenhausaktivitäten abzulehnen; wichtig ist es auch, die Forderungen an den staatlichen Sozialhaushalt zu stellen. Der Widerspruch ist eine Zumutung ans Denken, nicht an die Politik. Die Tatsache, daß es diese Frauenhausaktivitäten gibt, ermöglicht eine andere Politik im Staatssektor. Der Skandal auf dem Frauensektor stärkt die Sozialforderungen durch Konkretheit — jeder kann nachvollziehen, was es bedeutet —, zugleich ermöglicht die Existenz solcher Frauenhäuser, sie als Modelle für eine humanere Fürsorge zu propagieren und so auch hier auf Veränderung zu drängen.

Die Aktionen der vielfältigen Initiativen zu studieren, bevor die eigenen begonnen werden, setzt im übrigen ein großes schöpferisches Reservoir an Ideen frei und macht Vergnügen, bedingt eine politische Diskussionskultur. Zudem wird das Politikfeld humaner. Verlangen wir doch nicht mehr von uns, daß wir besserwisserisch andere Aktionen, Kampfformen, Lösungen einfach verurteilen und damit bekämpfen oder ignorieren. Ihre Einbeziehung in die politischen Kämpfe erlaubt es uns, menschlichere Politikweisen zu entwickeln. So fragen wir uns etwa bei einer Politik, die Forderungen enthält, die wir niemals stellen würden, weil wir sie für falsch halten, wie z.B. »Lohn für Hausarbeit«: Was bedeutet eigentlich eine solche Forderung für die von ihr beeindruckbaren Hausfrauen? Wie verarbeiten sie jetzt ihre Hausfrauenätigkeit? Welche Fragen stellen sich ihnen? Welche orientierenden Fragen könnten wir stellen, die jetzt gehört würden? — Wer kontrolliert ihre Arbeit? Warum wird Arbeit kontrolliert? Wofür wird man bezahlt? Wird jede Hausfrau gleich bezahlt? Unabhängig von ihrer Qualifikation? Was für eine Qualifikation haben eigentlich Hausfrauen? Wie ist das Verhältnis von Haus- und Fabrikarbeit? usw.... — Der Katalog möglicher fruchtbarer Diskussionen wird so lang wie die Fantasie der diskutierenden Gruppen, wobei die sozialistischen Frauen notwendig ihre Fragen auf die Brennpunkte staatlichen und unternehmerischen Handelns im Zusammenhang mit der Frauenunterdrückung lenken. So vielfältig wie das eröffnete Politikfeld werden die möglichen Formen der Politik werden. Der Reichtum an Einfällen, der in der Bevölkerung steckt, war nur lange durch eine langweilige Stellvertreterpolitik storniert. Dabei werden die sozialistischen Frauenorganisationen nicht um die eingangs infragegestellte Schulung in den Grundlagen der politischen Ökonomie herumkommen, wobei aber auch dieses Feld noch vieler konkreter Umsetzungen in die alltäglichen Erfahrungen bedarf (vgl. dazu »Frauengrundstudium«).

Insgesamt sehe ich eine Chance für die autonomen sozialistischen Frauengruppen darin, daß sie die feministische Radikalität und Respektlosigkeit mit der sozialistischen Perspektive verbinden; daß sie eine Politik »von unten« mit einem hohen Maß an Verbindlichkeit leben können und daß sie eigene Spontaneität verknüpfen mit der Verantwortung, die kollektiven Erfahrungen zu sammeln und aus ihnen und mit ihnen neue Politik zu entwickeln. Dabei können sie die Unbescheidenheit der autonomen Organisation verbinden mit der Einsicht, daß sie sich in alle Politik einmischen müssen.

Literaturverzeichnis

- Barrett, Michèle*: Women's Oppression Today. Problems in Marxist Feminist Analysis. Verso Edition and NLB, London 1980
- Bonacchi, Gabriella*: Esiste una Teoria Feminista? Vortrag auf dem Kongreß »Die neuen sozialen Bewegungen und die heutige Politiktheorie« in Oaxaca, Mexico, April 1981 (erscheint in »Internationale Sozialismusdiskussion 2«, Argument-Sonderband AS 78, Berlin 1982)
- Bürger, H.*: Einsatz der neuen Technik in der Text- und Datenerfassung und -verarbeitung. Betriebliche Erfahrungen und Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Bielefeld 1978. Projekt »Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung«, Arbeitsmaterialien Nr. 2.
- Frauengrundstudium*. Argument-Studienheft, SH 44, Berlin 1980
- Frauenstudien*. Theorie und Praxis in den USA und Großbritannien (Argument-Sonderband AS 71: Gulliver 10 — erscheint Herbst 1981)
- Haug, Frigga (Hrsg.)*: Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Argument-Sonderband AS 45, Berlin 1980
- Haug, Frigga*: Welche Bedürfnisse steuern die technische Entwicklung? Kongreßbericht in *Das Argument* 127, 1981, S. 416ff.
- Jenson, Jane*: The French Communist Party and Feminism. In: The Socialist Register 1980, London 1980
- Millett, Kate*: Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft. Desch Verlag, München 1971
- Niggemann, Heinz*: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981
- Paramio, Ludolfo*: Feminismo y Socialismo: Raices De Una Relacion Infeliz. Quelle wie Bonacchi
- Pasquinelli, Carla*: Movimento Feminista Nuovi Soggetti e Crisi del Marxismo. Quelle wie Bonacchi
- Projekt Automation und Qualifikation*: Automationsarbeit — Empirie 1-3; Argument-Sonderbände, AS 43, AS 55, AS 67, Berlin 1980 und 1981
- Ravatioli, Carla*: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung. Feminismus und die KPI. VSA Verlag, Hamburg 1977
- Rossanda, Rossana*: Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt / M. 1980
- Rowbotham, Sheila, Lynne Segal und Hilary Wainwright*: Beyond The Fragments. Feminism and the Making of Socialism. Merlin Press, London 1979, ³1980
- Rowbotham, Sheila*: Nach dem Scherbenbericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin 1981
- Rowbotham, Sheila*: Im Dunkel der Geschichte. Frauenbewegung in England vom 17. bis 20. Jahrhundert. Campus Verlag, Frankfurt / M. 1980
- Samuel, Raphael (ed.)*: People's History and Socialist Theory. Routledge & Kegan, London 1981
- Sölle, Dorothee*: Vater und Mutter unser im Himmel (in diesem Heft)
- Willis, Paul*: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt / M. 1979

Dorothee Sölle

Vater und Mutter unser im Himmel

Anfragen feministischer Theologie *

Als die russischen Astronauten aus dem Weltraum zurückkamen, wurden sie gefragt, ob sie Gott gesehen hätten. Und dann, so erzählt die schöne Geschichte, haben sie zunächst abgewehrt und keine Antwort gegeben und gesagt, nein, nein, darüber wollen wir nicht sprechen. Bis schließlich noch ein Journalist kam, der hartnäckig blieb und einen der Astronauten allein ins Gebet nahm und sagte, nun sag uns doch, ihr habt was gesehen, was habt ihr denn gesehen, und dann diese schöne Antwort bekommen hat: Ja, aber sag es ja nur nicht weiter, sie ist schwarz. Gott ist! Sie ist schwarz!

Das ist so ein Witz auf mehreren Ebenen, einmal auf der Ebene, daß atheistische weiße Männer plötzlich etwas entdecken, was tatsächlich ganz anders ist, nämlich schwarz und eine Frau. Das ist ein theologischer, ein rassistischer und ein sexistischer Witz. Er macht darauf aufmerksam, daß die abendländische Theologie normalerweise rassistisch ist, nämlich weiß denkt, und daß sie sexistisch ist. Beides im wesentlichen unbewußt. Wir machen uns ja keine Vorstellung von der Macht der Bilder, die in uns wohnen, die selbstverständlich ganz unbefragt Gott als weißen Mann denken und durch jenes »sie ist schwarz« schockiert werden.

Ich möchte zunächst versuchen, eine kurze Einordnung der feministischen Theologie zu geben, die mit der DDR das gemeinsam hat, daß eine Reihe von Leuten meinen, wenn sie über sie sprechen, das Wort »sogenannt« davorsetzen zu müssen. Also die sogenannte feministische Theologie ist eine Art von Befreiungstheologie und gehört in den großen Zusammenhang heutiger Theologie, die sich unter dem Stichwort Befreiung versteht. Ich meine nicht eine neue theologische Mode, oder so eine Genitivtheologie, wie man das im Protestantismus ja nennt, Theologie der Revolution, oder sonst eine eines Genitivs, sondern ich meine eine ökumenische, weltweite Bewegung von Christen, die man am einfachsten negativ formulieren kann, nämlich Christen, die nicht mehr bereit sind, das bestehende Weltunrecht mit Theologie und Glauben zu versöhnen, oder zu vermitteln, die es sich nicht länger erlauben, das Unrecht zu bemänteln, oder theologisch sozusagen auf eine höhere Ebene zu werfen. Sondern die meinen, daß das Evangelium uns dazu herausfordert, die Ungerechtigkeit provokativ aufzudecken und anzugreifen, das zu bekämpfen, was ist. Befreiungstheologie ist in diesem Sinne und hat sich artikuliert in ihren Vorläufern als kritische Theologie, nicht als affirmative, als politische Theologie, nicht als eine solche, die meint, man könne irgendetwas theologisch sagen und dabei a-politisch sein und nun als feministische Theologie. In all diesen Ausdrücken, die wir benutzen, um Theologie zu beschreiben, ist eine Kritik enthalten an der Vorstellung einer a-politischen Theologie und auch an dem Sexismus in ihr. Unter Sexismus versteht man, ähnlich wie unter Rassismus, diejenige Sprache und Denkweise, in der ein Geschlecht aufgrund seiner Geschlechtsmerkmale diskriminiert, verdammt und beschädigt wird.

* Vortrag auf der Westberliner Volksuni 1981

Befreiungstheologie als Rahmen für feministische Theologie beginnt mit einer neuen Übersetzung des griechischen Wortes »soteria«, das wir normalerweise mit »Erlösung« übersetzen. Dieses Wort hat ursprünglich den Sinn von Rettung aus Lebensgefahr oder Rettung aus dem Gefängnis gehabt und ist traditionellerweise mit Erlösung wiedergegeben worden, nun aber wird es verstanden als Befreiung. Erlösung ist Befreiung. Christus ist der Befreier. Seine Botschaft vom Reich Gottes wird verstanden als Botschaft vom Aufbau einer Welt, in der Gerechtigkeit und infolgedessen auch Frieden möglich sein wird. Der Befreier erscheint in diesem Zusammenhang nicht senkrecht von oben, als einer, der uns von einem schlechten in einen besseren Zustand versetzt, wie ja Erlösung weithin verstanden wurde, sondern er ist Teil der Befreiungsbewegungen von Menschen, die an dieser Befreiung arbeiten. In seinem Geist und mit seiner Stärkung gelangen wir in den Prozeß der Befreiung. Es ist wichtig, sich das klar zu machen: Wenn Erlösung nur die Tat eines ganz anderen ist an Unerlösten, so versteht sich Befreiung als eine Art Kooperation zwischen Christus und den Menschen.

Befreiung kann nicht verliehen werden wie ein Gnadengeschenk, das man jemandem gibt; weder Völkern noch sozialen Klassen noch dem unterdrückten Teil der Menschheit, dem ich angehöre, kann Befreiung geschenkt werden, ohne daß die Betroffenen Anteil an der Erarbeitung der Befreiung haben. Der Begriff der Befreiung setzt Partizipation im Kampf voraus. Ich will da ein Zitat von Mao Tsetung einfügen: »Die Frauen tragen auf ihren Schultern die Hälfte des Himmels, und sie müssen sie erobern.« Befreiung wird bei uns oft mißverstanden als eine ganz eindimensionale, politisch-ökonomische Angelegenheit. Ich möchte dagegen die Mehrdimensionalität der Befreiung betonen. Unter Befreiung verstehen wir ein Ereignis oder einen Prozeß, der nicht nur ökonomisch begriffen werden darf, sondern der mehrere Dimensionen hat. Denken wir an das Grundsymbol der Befreiungstheologie, den Exodus des Volkes Israel aus Ägypten. Das hat eine ökonomische Dimension, da waren Sklaven, denen wurde plötzlich gesagt, ihr müßt die doppelte Menge Ziegel brennen, das heißt auf deutsch, die Löhne wurden um die Hälfte gekürzt, und daraus wollten sie weg. Das hat eine politische Dimension, da war ein unterdrücktes Volk, das in seinem nationalen Führer Mose seine Einheit gefunden hatte und den Exodus vollzog. Es hat eine soziale Dimension, daß dieses Volk zusammenwuchs in dem Befreiungskampf; es hat eine psychologisch-kulturelle Funktion, daß nämlich die Israeliten merkten, daß sie die Lieder ihres Gottes innerhalb der Unterdrückung in Ägypten nicht singen konnten, daß da innerhalb der Unrechtskultur auch die Kultur, die sie selber hatten, auch ihre Religiosität, beschädigt war. In diesem Sinn hatte es auch eine religiöse Dimension. Befreiungsergebnisse sind mehrdimensional. Ich will dazu nur eine Anekdote aus Nicaragua erzählen, die von einer Frau handelt, und die ein wenig von dem zeigen kann, was Befreiung heute bedeutet. Es sind Reporter in ihr kleines Dorf gekommen, in dem die Alphabetisierungskampagne stattfand. Da ist eine alte Frau dagestanden, von 70 Jahren, und ein Reporter hat sie gefragt, können Sie lesen? Sie hat ihn angeschaut und hat gestrahlt und hat gesagt, noch nicht. Befreiung hat mehrere Dimensionen, und genau diese Dimension, daß Leute, die in unserer Gesellschaft als überflüssig und unbrauchbar angesehen werden, plötzlich noch die Chance bekommen, etwas zu lernen, auch wenn das volkswirtschaftlich ja gar keinen Ertrag mehr bringen kann.

Nun etwas Definitorisches zum Feminismus. Unter Feminismus versteht man den bewußten Teil der Frauenbewegung, der nicht nur für Gleichberechtigung kämpft,

sondern für eine andere Kultur. Wir können sagen, die bürgerliche Frauenbewegung kämpft für Gleichberechtigung, und das ist ein Teil des gesamten Frauenkampfes. Natürlich wäre es schön, wenn bei den Berliner Philharmonikern Frauen mitspielten, wenn in den Salt-two-Beratungsgesprächen Frauen nicht nur Kaffee kochten und Manuskripte tippten, sondern mitdächten, oder wenn sogar Theologieprofessorinnen auf deutschen Hochschulen wären. Das alles sind wünschenswerte und gute Ziele, für die die bürgerliche Frauenbewegung sich einsetzt. Aber unter Feminismus verstehen wir noch etwas mehr, daß wir nämlich über dieses große *Auch* zu einem großen *Anders* kommen, und meinen damit, daß die Kultur, in der wir zur Zeit leben, falsch ist, Menschen beschädigt, Menschen zerstört, verkrüppelt, daran hindert, Menschen zu werden, daß also unsere Ziel- und Wertvorstellungen anders sein müssen als die herrschenden männlichen. Was in diesem Zusammenhang Frauenunterdrückung bedeutet, darauf werde ich im Laufe dieses Vortrages noch kommen. Ich möchte den anwesenden Männern hier im Raum das unangenehme Gefühl nehmen, ausgeschlossen zu sein. Es hat in der amerikanischen Diskussion einen Aufsatz gegeben mit der Frage: War Jesus ein Feminist? Und der Verfasser bejaht das aus guten Gründen. Ich erzähle das nur, um Ihnen klar zu machen, daß man keine Frau sein muß, um ein Feminist zu sein. Es gibt aufgeklärte, sensible Männer, die den Kampf der Frauen verstehen, mitmachen, daran Anteil nehmen und in diesem Sinne als Feministen zu bezeichnen sind, oder die sich selber, wenn sie Mut genug haben, so nennen. Es ist also nicht ein Rassismus, den wir hier predigen, und nicht etwas, das einen Teil der Menschheit *so* definiert oder behandelt, wie wir bisher definiert und behandelt worden sind, nämlich als nichtmenschliche Wesen, sondern es ist tatsächlich ein Versuch, einen Kampf zu artikulieren, in dem derjenige, der der Unterdrücker ist, selber nur gewinnen kann. Wenn Jesus also ein Feminist war, und das gute Gründe in den Geschichten des Neuen Testaments hat, warum dann nicht auch einige von Ihnen?

Ich will mit einem Zitat aus einem Lied, das aus der Frauenbewegung stammt, anfangen. Es ist eine Art Gebet und heißt: »Mach mich stark, halt mich schwach, Mutter Göttin, make me strong, keep me weak.« Und das ist ein Text, der eigentlich viel über die Inhalte sagt, die gemeint sind. Es ist nicht einfach eine Bitte um Stärke, um das große *Auch*, sondern eine Bitte um das große *Anders*, um das Schwach-bleiben-Wollen. Das bedeutet, ich will gar nicht als Frau, als Feministin, ein Mann werden oder die Vorzüge, die Privilegien, die Blindheiten, die Karriere, die ein Mann hat. All das ist gar nicht mein Interesse. Das Ziel der Frauenbewegung ist nicht, Vizepräsident von General Motors zu werden, wie das eine Amerikanerin einmal sehr gut formuliert hat, sondern das *System*, in dem General Motors Vizepräsidenten und Präsidenten hat, zu ändern, so daß wir solche Leute vielleicht gar nicht mehr brauchen. Ich will also schwach bleiben, das heißt, nicht eine vermeintliche Stärke erringen, ich will nicht meine Identität aufgeben, ich will mich nicht in dieser Weise als unabhängig definieren lernen.

Soviel vorweg. Ich frage jetzt, was ist feministische Theologie, und habe dazu drei Punkte: Einmal, neue Subjekte, zweitens, neue Objekte, und drittens, eine neue Sprache und neue Methoden. Etwas zu den neuen Subjekten: Meine amerikanischen Freundinnen haben mich sehr oft gefragt: Was hat deine Theologie mit deinem Frausein zu tun? Diese Frage hatte ich mir davor in Deutschland nie gestellt. Während meines Studiums war sie nie aufgetaucht. Augustinus hatte in den Vorlesungen, die ich hörte, auch keine Hautfarbe. Ob er schwarz oder weiß war, tauchte überhaupt nicht auf. Es

wurde nie ernsthaft darüber nachgedacht; es macht, wie wir meinten, keinen Unterschied. In der Tat bin ich aber immer tiefer überzeugt davon, daß es einen sehr großen Unterschied macht, ob ein Theologe in einem Elendsviertel lebt oder in einer Villa. Es macht einen Unterschied, welchen Geschlechts er ist. Es macht einen Unterschied, welche Hautfarbe er hat. Das ist ein Bewußtsein, was in allen Befreiungstheologien lebendig ist und das wir unter dem Stichwort »Kontextualität« zusammenfassen. Der Kontext ist entscheidend. Schwarze Menschen fragen heute auf der ganzen Welt: Was soll uns ein Christus mit der Hautfarbe des Unterdrückers? Arme lateinamerikanische Christen fragen, wie können die Gringos uns Theologie lehren? Die Weißen haben nur weiße Gedanken im Kopf. Was sollen wir mit denen? Wozu brauchen wir einen Gott, fragen Frauen, dessen wichtigste Qualität nichts als das männliche Ideal repräsentiert, nämlich Macht zu haben. Der Auszug aus dem jeweiligen Ägypten der Unterdrückung, aus diesen Fleischöpfen der Ägypter, bedeutet, daß Menschen sich abtrennen von der ihnen eingegebenen oder vorgegebenen Kultur, daß sie weggehen von den Chancen, die etwa die schwarze Bourgeoisie heutzutage in Amerika hat. Daß Frauen Eheköfige verlassen, daß elitäre Bildungseinrichtungen als weniger wichtig angesehen werden, als eine Bildung für alle. Wenn wir davon ausgehen, daß diejenige Theologie, von der wir am meisten lernen können, von denen betrieben wird, die den Exodus betreiben, und nicht von den Ägyptern, dann entsteht auch zugleich eine Theologie, die nicht mehr von oben nach unten transportiert wird, sondern sie selbst entsteht von unten. Sie spiegelt nicht Herrschaft wider, sondern Befreiung, Befreiung aus dem Kolonialismus, unter dem wir leben.

Ich denke, daß die meisten Frauen innerhalb einer sexistischen Gesellschaft kolonialisiert sind. Das heißt, ihr Bewußtsein ist nicht unangetastet geblieben von dem, was man ihnen angetan hat. Ich will es mit einem persönlichen Beispiel sagen. Ich traf vor kurzem zwei Mädchen, die erzählten mir, daß sie allein durch Frankreich getrampt sind, und die waren noch so jung, meine ganzen Mutterinstinkte er wachten, und ich dachte, das könnt ihr doch nicht machen, das ist doch viel zu gefährlich, da kann doch weiß Gott was passieren. Und dann hab ich das gesagt, und sie haben mir erklärt, wie falsch es sei, ständig von den Gefahren auszugehen, die einem als Frau drohen, wie falsch das sei, sich von dieser Gesellschaft alles diktieren zu lassen, sich die Nacht wegnehmen zu lassen, das Spaziergehen bei Nacht, das Trampen, das überhaupt Leben, wie man eigentlich möchte, stattdessen sich einzuengen in entsetzlichen Vorsichtsmaßnahmen. Als ich mit ihnen sprach, da gingen mir meine Jahre, als ich so alt war, durch den Kopf und meine Ängste, meine internalisierten Ängste, und wie sehr ich darüber überhaupt nicht mehr nachgedacht habe, was für eine Verknechtung das ist, daß ich bestimmte Dinge nicht tue, weil ich als Frau ständig Angst habe, in Angst aufgezogen bin, und das meine ich unter anderem mit Kolonialismus, eine Welt, in der ich nicht vorgesehen bin, in der ein Kolonisator (der Begriff stammt aus Frantz Fanon, »Die Verdammten dieser Erde«) in das Land der Frauen einfällt und ihnen die Gedanken, die Ideen gibt, nach denen sie leben sollen. Das bedeutet für Frauen oder für die Mehrzahl der Frauen in unserem Land etwa immer noch eine Einschränkung ihrer Interessen, eine Art von Zwangsfamilialismus. Familie ist das ein und alles, und das wird zwangsweise eingeübt, gefördert, kulturell und religiös abgestützt, und die Frau wird darauf bezogen, bezieht sich dann selber darauf, sie will auch gar nichts anderes, sie hat auch gar keine anderen Interessen. Es kommt sie zwar, wenn die Kinder aus dem Hause sind

oder sonst eine Krise auftaucht, mal die Idee an, daß das vielleicht nicht der richtige Lebensansatz war, daß der Mensch tatsächlich nicht für das Eigenheim allein leben kann und für diese Art von Kleinfamilie. Aber das sind nur Anflüge von Ahnung, und dann versinkt das entweder wieder oder die Frau geht innerlich so kaputt, wie viele Menschen in unserer Gesellschaft.

Es gibt also eine künstliche Verdummung, die zum Kolonialismus gehört, eine Internalisierung des Unterdrückers, eine Aufgabe der Möglichkeit eigener Selbstbestimmung. Ich glaube, daß weibliche Frömmigkeit sehr oft so einen »Onkel-Tom-Charakter« hat. Ich wähle dieses Wort, weil ich meine, daß, so wie die schwarze Bewegung sich von den Onkel Toms losgesagt hat, weil sie leidend, gutmütig, unkämpferisch das Sklavensein repräsentierten, sich so die Frauenbewegung von denen befreien muß, die leidend, hinnehmend, im Rahmen einer Opferideologie das Frausein als eben von sehr vielen Dingen Ausgeschlossen-Sein, annehmen. Das Ziel dabei wäre Selbstverwirklichung eines vollen Menschseins, in dem eben nicht bestimmte Eigenschaften, Fähigkeiten, Erfahrungen von vornherein abgeschnitten sind.

Was bedeutet es, daß neue Subjekte in die Theologie kommen, Menschen, die also von anderen Hintergründen aus leben, denken, einen anderen Kontext haben als die bisherigen, und daß sich deswegen Theologie auch verändern wird? Einmal ist damit die materiell-biologische Existenz gemeint, die wir führen. Es macht in der Tat einen Unterschied, ob ich eine Frau oder ein Mann bin. Es macht einen Unterschied für mein Denken, für mein Fühlen, für die Art, in der ich Theologie treibe, für die Art, in der ich mit anderen zusammenleben will, für die Art religiöser Kultur, die wir aufbauen wollen. Der Einfluß der Frauen z.B. in den Basisgemeinden, die überall entstehen, ist sehr typisch und anders als alles, was bisher dort war. Weil die Demokratisierung dessen, was Gemeinde, Kirche, religiöser Vollzug bedeutet, heißt, daß es Menschen sind, die das miteinander, nicht von oben nach unten, sondern in der Tat von unten aufbauen. Und zu diesem »von unten« gehören Frauen, die andere Erfahrungen haben, diese anderen Erfahrungen einbringen und nicht mehr verschweigen wollen. Ein Teil dieser Erfahrungen ist mit der biologischen Existenz gegeben, die wir ernst nehmen müssen. Ich spreche jetzt für alle hier im Raum, die Frauen sind. Es ist wichtig, das nicht zu verleugnen. Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß ich anders denke, weil ich eine Frau bin. Weil ich z.B. die Erfahrung mache zu menstruieren, weil ich solche Erfahrung mache wie, daß ich einen Fleck im Kleid habe, mich entsetzlich schäme, z.B., weil ich solche primitiven biologischen Erfahrungen mache, die zu meinem Leben dazugehören. Ich will das nicht aus der Theologie heraushalten. Ich will nicht eine abstrakte, abgehobene, idealistische Theologie haben. Ich will »Kopf und Bauch«, wie das im Schlagwort heißt. Es gehört zu mir meine Leiblichkeit, und diese Leiblichkeit ist etwas, was wir nicht verdrängen, entwichtigen, totschweigen, schamhaft verstecken müssen. Diese Reste von platonisierendem Idealismus im Christentum müssen überwunden werden. Wir lernen dabei, materialistisch zu denken, und das ist ein Versuch, die abendländisch überkommenen Trennungen von Geist und Materie oder Natur und Geist, Leib und Seele, Diesseits und Jenseits aufzuheben, an diesen Trennungen kritisch zu arbeiten. Denn all diese Trennungen haben immer den Sinn gehabt, der sich in der Herrschaftsformel des Abendlandes, *divide et impera*, teile und herrsche, ausdrückt. Erst wird es eingeteilt in das, was naturhaft ist, und das, was geisthaft ist, und dann, wenn man erstmal die Einteilung vollzogen hat, dann wird diese Einteilung im Sinne von Herr-

schaft, von Dominanz, von Überlegenheit, von Diskriminierung benutzt. Ein Teil dieser Einteilung wirkt selbstverständlich ein auf das Problem zwischen Männern und Frauen. Wenn man in all diesen Philosophien liest, was Männer in den Jahrtausenden gedacht haben über das sogenannte weibliche Wesen, dann ist es ja immer wieder so, daß dieses weibliche Wesen den Männern bekannt ist, und daß es mit Natur zu tun hat, mit »leibhaft«, mit »instinkthaft«, mit einer gewissen natürlichen Anlage, die Männer teils fürchten, teils zu beherrschen hoffen. Jedenfalls ist diese Trennung benutzt worden, um Frauen einen zweiten Rang anzuweisen, eine zweite Art von Existenz.

Ein zweiter Punkt der neuen Subjekte ist das Bewußtsein von ökonomischen Strukturen und Zwängen. Wenn wir die neuen Subjekte, die Theologie betreiben, ernst nehmen, dann müssen wir ihre ökonomische Situation mit berücksichtigen. Die stärksten Beispiele für Befreiungstheologie in Lateinamerika stammen von denjenigen Pfarrern, Priestern oder auch höheren Würdenträgern der Hierarchie, die genau an dem Symbolpunkt des Reichtums mit angesetzt haben und etwa ihre Paläste aufgegeben haben. Sie sind ausgezogen wie Giovanni Franzoni in Rom oder Don Mazzi in Florenz. Aus den versteinerten, großen Palazzi des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit sind sie weggezogen in einen anderen Kontext, um mit den Menschen, mit denen sie zu tun haben, zusammen zu leben. Dieser ökonomische Zusammenhang ist genau so wichtig wie der biologische und hängt mit der Veränderung der Subjekte zusammen.

Aber mit neuen Subjekten meine ich noch mehr. Innerhalb der Frauenbewegung gibt es ein neues Interesse an dem, wie der einzelne Mensch oder die einzelne Frau geworden ist, beschädigt worden ist, eine Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte, ihrer psycho-sexuellen Geschichte. Diese Bewußtseinerweiterung durch Aufarbeitung der eigenen Geschichte, neue Subjektivität, ist außerordentlich wichtig und soll ebenfalls in Theologie mit einfließen. Ich will ein Beispiel dafür geben, wie sich Theologie verändert, wenn Frauen sie betreiben, also wenn neue Subjekte über die theologische Tradition nachdenken. *Sünde* ist in der herrschenden, protestantisch gefärbten Interpretation »sein wollen wie Gott«. Es ist das Streben nach Macht, nach Überlegenheit, nach Selbstüberschätzung, es ist Stolz, es ist Ungehorsam. Aber als Frauen, die sich ihrer Lage etwas klarer geworden waren, zum ersten Mal darüber nachdachten, ob sie denn eigentlich auch diese Art von Sünde als die schlimmste empfinden würden, sind sie auf ganz andere Dinge gekommen. Sie haben ganz im Gegenteil gesagt, unsere Sünde ist nicht die Sünde der Selbstüberhebung und des Stolzes, sondern unsere Sünde ist gerade die der Selbstverleugnung, der Selbstlosigkeit im schlechten Sinn dieses Worts, der Aufgabe irgendeines eigenen Selbstes, der Unentwickeltheit des Selbstes, der Angepaßtheit an die herrschende Struktur, des mangelnden Stolzes darauf, etwa eine Frau zu sein, des Gehorsams. Die Sünde ist, sich gerade diesem sexistischen Modell der Gesellschaft zu unterwerfen. Nicht das Ebenbild Gottes zu realisieren, sondern in Ängstlichkeit vor Behörden gehorsam sich ducken, sich anpassen, Demut üben. Das heißt, wir brauchen eigentlich eine völlig andere Definition von Sünde, wenn wir überhaupt darüber im Ernst sprechen wollen, wie *wir* unser Leben verfehlen und wie *Frauen* zerstört werden in unserer Gesellschaft, wie das geht, daß sie eigentlich gar nicht zum Leben kommen, woher das kommt. Da müssen wir neu nachdenken, neue Sprache finden aus unserem veränderten oder anderen Subjekt, da brauchen wir schon Mut, um auch nur selbständig zu empfinden. Ich will eine ältere Stimme hier zu Wort kommen lassen, aus der frühen, romantischen Frauenbewegung, mit einem Text, den vielleicht

manche von Ihnen kennen. Es ist ein Text des protestantischen Theologen Friedrich Schleiermacher, der zehn Gebote für Frauen geschrieben hat. Ich will davon sechs vorlesen:

5. Ehre die Eigentümlichkeit und die Willkür deiner Kinder, auf daß es ihnen wohl ergehe und sie kräftig leben auf Erden.
6. Du sollst nicht absichtlich lebendig machen.
7. Du sollst keine Ehe schließen, die gebrochen werden muß.
8. Du sollst nicht geliebt sein wollen, wo du nicht liebst.
9. Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen für die Männer, du sollst ihre Barbarei nicht beschönigen mit Worten und Werken.
10. Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung, Kunst, Weisheit und Ehre.

Für mich ist hier vielleicht das neunte am wichtigsten: Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen für die Männer, du sollst ihre Barbarei nicht beschönigen mit Worten und Werken. Es ist für mich ein Ausdruck dessen, was ich für eine der zentralen Aufgaben von Frauen halte, jetzt, heute, hier, nämlich die Barbarei der zunehmenden Militarisation der Gesellschaft zu bekämpfen. Das heißt, sich in der Friedensbewegung klarer, deutlicher, sozusagen holländischer zu engagieren, da wirklich etwas voranzubringen. Das scheint mir eine der zentralen Aufgaben, nicht die Barbarei der Männer, die ungeheure Ausmaße annimmt, zu beschönigen oder zu verschweigen, oder das nicht für eine Frauenangelegenheit zu halten. Soviel zu neuer Subjektivität, neuen Subjekten.

Ich möchte nun etwas zum zweiten Punkt sagen: »neue Objekte«. Das heißt zunächst ganz einfach, daß Frauen in der Theologie ein Thema werden. Ich habe eine Antrittsvorlesung in der Schule in New York, im Union Theological Seminary, von einer Alttestamentlerin gehört. Sie hat eine Geschichte, die ich bisher nicht kannte, aus dem Buch Richter, Kap. 11, Vers 29f. vorgelesen und interpretiert. Es ist die Geschichte von der Tochter Jeftas. Das Mädchen selber hat keinen Namen, erscheint also nicht mit Namen. Der Vater dieser Jefta bittet Gott um Kriegsglück, und er verspricht Gott, ihm das, was ihm vor seiner Haustür zuerst entgegenläuft, als Opfer zu geben. Das ist ja ein altes Märchenmotiv. Nun läuft ihm diese einzige und sehr geliebte Tochter entgegen. Er ist also verpflichtet, die Tochter als Opfer zu töten. Die Tochter ermutigt ihn noch dazu, dies zu tun, als er klagt und jammert, und sie verbringt dann eine Zeitlang mit ihren Gefährtinnen auf einem Berg, und später wird ihrer gedacht. Die Töchter Israels gehen jährlich für vier Tage hinaus und klagen über Jeftas Tochter. Dies ist etwa der Inhalt der Geschichte aus dem Alten Testament. Ich möchte dazu jetzt hier anmerken, 1. daß, obwohl ich ganz gute Bibelkenntnisse habe, ich diese Geschichte nicht kannte, weil sie auch eben nie behandelt worden ist; 2. daß diese Geschichte ja dann in einem bemerkenswerten Gegensatz steht zu einer anderen Geschichte der Opferung eines Kindes, nämlich der Opferung Abrahams. Der bemerkenswerte Gegensatz ist nicht nur das Fehlen des Namens bei der Frau, sondern das Fehlen des Engels. Es tritt kein Engel auf und sagt nein, sondern sie wird geschlachtet. Es ist eine traurige, eine bittere, und eine harte Geschichte, und so ist sie auch interpretiert worden: als die Geschichte der Frauen. So ging es Frauen. Sie wurden vergessen. Sie wurden zwar vielleicht noch einmal kultisch erinnert, aber im wesentlichen wurde an ihnen die Heilsgeschichte des Volkes nicht festgemacht. Es trat kein Engel hinzu. Es ist eine Geschichte des Schmerzes, der Vergessenheit, der Zerstörung. Und ich meine, daß Frauen, die in der Frauenbewegung arbeiten, und die speziell an der religiösen Aufarbeitung arbeiten, die Geschichte des

Schmerzes, der Zerstörung, der Vergessenheit nicht unbearbeitet lassen dürfen. Wir müssen daran weiter denken, wir müssen solche Geschichten erinnern, sie verstehen, wir müssen sozusagen für die vor uns mit einstehen, um die ungelebten Geschichten wieder lebendig zu machen.

In diesem Sinn müssen wir auch, das ist jetzt ein zweites Beispiel für neue Objekte, über die Symbole Gottes neu nachdenken. Über die Symbole, die wir brauchen, um über Gott zu sprechen. Ich glaube, jeder Mensch, der nicht biologisch Vater werden kann, d.h. jede Frau, hat ein anderes Verhältnis zum Vater Gott als diejenigen, die sich identifizieren können, auch dann, wenn sie auf ein aktuelles Vatersein verzichten. Es gibt eine ganze Reihe von sozialen, psychologischen und tiefenpsychologischen Fragen, die man an das Vatersymbol Gottes richten muß. Meine erste Frage ist tatsächlich, warum verehren Menschen einen Gott, dessen Hauptqualität Macht ist, dessen Interesse ist, andere zu unterwerfen, dessen Angst ist, daß andere gleichberechtigt sein könnten und etwa werden könnten wie er; ein Wesen, das mit Herr angeredet wird, oder dem Macht allein nicht genug ist, seine Theologen müssen ihm sogar Omnipotenz bescheinigen. Warum hat sich diese Symbolwelt ausgeprägt, warum war das so wichtig für die, die darüber nachdachten? Welche Phantasien stehen dahinter? Ist es zuviel gesagt, wenn ich die Phantasien, nämlich die Anbetung von Macht, phallokratische Phantasien nenne? Und warum sollen wir als *Frauen* ein Wesen verehren und lieben, das das moralische Niveau der derzeitigen von Männern bestimmten Kultur nicht transzendiert, sondern nur stabilisiert?

Ich will das noch mal erklären im Rahmen meiner eigenen theologischen Autobiographie. In meinem Buch »Stellvertretung. Ein Kapitel Theologie nach dem Tode Gottes« fingen meine Schwierigkeiten mit dem großen Machthaber an. Sie hatten zwar einen anderen Ursprung als den des Frauseins und hatten zu tun mit der Grunderfahrung meiner Generation, mit der ich viele Jahre zugebracht habe, theologisch reflektierend, politisch reflektierend, nämlich mit der Erfahrung von Auschwitz. Diese Frage — wie konnte das geschehen? — mit der habe ich etwa 10 bis 15 Jahre meines Lebens zugebracht. Das heißt, ich konnte überhaupt keinen Menschen, der ein bißchen älter war als ich, ansehen, ohne ihn oder sie zu fragen, was hast du da gemacht? Wo warst du denn? Wie warst du denn beteiligt? Was hast du denn gewußt? Dann dieses Buch, das aus diesen Kämpfen entstanden ist, ein Kapitel Theologie nach dem Tode Gottes. Es vertritt eine Position, die man in der Tradition Bonhoeffers als »radikal christozentrisch« beschreiben kann. Gott selber, Gott als Handelnder, Sprechender kann nicht erfahren werden. Woran wir uns theologisch halten können, das ist der herrschaftsfreie, der machtlose Christus, der außer seiner Liebe nichts hat, uns zu gewinnen oder zu retten. Seine Machtlosigkeit ist eine innere Autorität, nicht, weil er uns erzeugt oder geschaffen oder gemacht hat, sind wir sein, sondern weil Liebe seine waffenlose Macht ist, stärker als der Tod. Das war meine Position damals. Die Schwierigkeiten mit dem Vater, dem Erzeuger, dem Machthaber und mit dem Lenker der Geschichte wurden auf diesem Weg für mich immer größer und gerade erneut vertieft, als ich genauer zu verstehen lernte, was es bedeutet, als Frau geboren zu sein, sozusagen verstümmelt geboren zu sein, mit der Aussicht, niemals bei den Berliner Philharmonikern mitspielen zu können, Matrose werden zu können, oder andere Träume verwirklichen zu können, die man so hat als Mädchen in einer patriarchalischen Gesellschaft. Wie könnte ich wollen, habe ich mich gefragt, daß Macht zur zentralen Kategorie meines Lebens wird, wie

könnte ich einen Gott verehren, der nicht mehr ist, als ein Mann. Mit männlicher Macht assoziiere ich so ganz spontan Dinge wie »brüllen können«, »ganz laut schreien«. Als ich eine junge Lehrerin war, habe ich mir immer gewünscht, daß ich doch wenigstens schreien könnte. Ich fühlte mich so unfähig, weil ich das nicht konnte, und beneidete die Männer, die eine lautere Stimme hatten. Ich habe das unterdessen aufgegeben, sie deswegen zu beneiden. Aber mit männlicher Macht assoziiere ich immer noch »brüllen können«, »Befehle geben«, »sich im Schießen ausbilden«, also diese spezifischen männlichen Charakteristika. Dabei glaube ich gar nicht, daß ich besonders von der patriarchalischen Kultur beschädigt bin. Ich spreche eigentlich nur das aus, was tausend andere Frauen mehr oder weniger erfahren haben. Es ist mir immer klarer geworden, daß jede Identifikation mit dem Aggressor, also mit dem Machthaber, mit dem Vergewaltiger, jedes Sich-damit-einverstanden-erklären das furchtbarste Unglück ist, das einer Frau zustoßen kann.

Ich glaube auch, daß, wenn wir Gott als Vater denken und zu dieser Macht Barmherzigkeit, also das zweite Charakteristikum des Vaters dazu nehmen, daß wir damit das Problem nicht lösen können. Das wäre eine Art gütiger Sklavenhalter, der von seinen Sklaven geliebt und verehrt wird. Und in diesem Sinne wäre das immer noch eine Frömmigkeit ohne Auszug, ohne Exodus. Es wäre immer noch Unterwerfung für Frauen, wenn sie die Rollen und den Gehorsam diesem Gott gegenüber, der bestimmte Regeln ihnen angeblich naturhaft gesetzt hat, übernehmen. Sie zerstören auf diese Weise immer noch unsere Möglichkeiten, Menschen zu werden. Die Frage ist wirklich, ob das Symbol Vater das repräsentiert, was wir mit dem Wort Gott meinen, wenn wir es im Zusammenhang mit Befreiung denken.

Hier möchte ich einen methodischen Einschub machen. Wenn man Theologie studiert, ist es eine wichtige Sache zu verstehen, daß alle unsere Sprache über Gott symbolischen Charakter hat, daß es also sehr verschiedene Arten gibt, über Gott zu reden, und daß man eigentlich nicht sagen kann, Gott *ist* Vater, als sei das identisch. Das also jedes Symbol, das sich selbst zum Absoluten aufspreizt, relativiert werden muß. Gott ist in der Tat größer als unsere Rede über ihn, als unsere gesamte Sprache, welche auch immer wir benutzen. Und das müssen wir uns klar machen, weil wir ihn sonst in Symbolgefängnisse einsperren. Und eine der befreienden Funktionen feministischer Rede über Gott empfinde ich darin, daß diese Symbolgefängnisse des Patriarchalismus relativiert werden, daß ein Stück Befreiung aufleuchtet, wenn man z.B. wie in der Schule in New York, in der ich unterrichtete, das Vaterunser im allgemeinen »unser Vater und Mutter im Himmel« betet. Dann bringt mich das zum Nachdenken über die Relativität unserer Sprache und ihrer Symbolik. Ich kann also zugeben, daß Vater eine Art ist, von Gott zu reden, aber wenn das zur zwanghaft einzigen Art wird, dann wird dieses Symbol ein Gefängnis Gottes, und all die anderen Symbolwörter, die Menschen gebraucht haben, um ihre Gotteserfahrung auszudrücken, werden dann mittels der Zwangssprache zurückgedrängt oder auf eine hierarchisch niedrige Stufe gedrückt. Es gibt eine vielbeachtete Äußerung von Paul VI., die darin besteht, daß Gott ebenso Mutter wie Vater sei. Eine sehr schöne Bemerkung, aber praktisch religiös sind wir noch sehr weit hinter dieser Relativierung symbolischer Sprache zurück. Wir haben letzten Winter in der Katharinenkirche, eine der großen Hauptkirchen in Hamburg, einen Gottesdienst gefeiert, den wir mit »Im Namen des Vaters, der Mutter, des Sohnes und des Geistes« begannen. Da gab es hinterher eine ganz erregte Diskussion, ob man so reden dürfe,

und die Diskussion fand vor allem statt an den Punkten, an denen wir liturgische, überlieferte, sozusagen von den Jahrhunderten geprägte, getragene Sprache verändert hatten. Das war ein Schritt aus dem Gefängnis heraus und wurde als Bedrohung erlebt. Als Segen haben wir — es waren vier Frauen, die das zusammen gemacht haben — gesagt: »Gott segne und behüte dich, sie lasse ihr Angesicht leuchten über dir, sie gebe dir Frieden«. Das sind solche Beispiele tastender Versuche, die heute überall gemacht werden, wo Frauen sich ihrer Lage bewußt geworden sind. Der Wunsch nach einer anderen Gottesvorstellung, anderen Symbolen und anderen Hoffnungen ist wichtig für die, die einen anderen Gott brauchen, weil sie von der Kultur, in der wir leben und denken, beleidigt, erniedrigt und angewidert sind. Es sind ja nun nicht zuerst die Männer, die am Sexismus theologischer Sprachbildung leiden, sondern die Frauen, die sich ausgeschlossen, negiert, nicht formuliert, totgeschwiegen fühlen. In diesem Zusammenhang ist, glaube ich, die Relativierung eines absolut gebrauchten Gottessymbols, wie es der Vater darstellt, nur eine Minimalforderung. Eine andere Möglichkeit, an dem Problem zu arbeiten, und das geschieht in der gesamten feministischen Theologie zur Zeit, ist, andere Symbole auszuprobieren. Wir können Mutter oder Schwester zu Gott sagen, um im familialistischen Sprachgebrauch zu bleiben, wir können auch naturhafte Symbole benutzen, die immerhin das für sich haben, daß sie weniger autoritäre Qualität haben, daß sie also herrschaftsfreie theologische Sprache versuchen. So, wenn ich sage, Gott, mein Licht, oder das Meer, oder Brunnenquell aller Güter, oder lebendiger Wind, das sind alles symbolische Sprachen, Wörter, die den autoritären Charakter vermissen lassen und es vielleicht deswegen einfacher machen. Ich persönlich glaube, daß wir von der Mystik sehr viel lernen können, auch bei dieser Suche nach einer neuen Sprache, die unser Gottesverhältnis klarer, weniger repressiv und weniger mißverständlich formuliert. Das sind Gottessymbole ohne Autorität oder Macht, also ohne »chauvinistischen« Beigeschmack. Die Anerkennung der höheren Macht, die Anbetung von Herrschaft, die Verleugnung der eigenen Stärke hat ja in der mystischen Frömmigkeit keinen Raum. Die Herr-Knecht-Beziehung wurde da oft ausdrücklich kritisiert, vor allem aber auch sprachschöpferisch überholt. Die Religion ist da die Empfindung des Einsseins mit dem Ganzen, Zusammengehörigkeit, nicht Unterwerfung. Menschen verehren Gott nicht wegen seiner Macht und Herrlichkeit, sondern sie versenken sich in seiner Liebe, die Grund genannt wird, oder Tiefe, oder Meer. Und da kommen dann aufs Neue Mutter- und Natursymbole hinein.

Ich möchte zum letzten Punkt kommen und etwas sagen über die Veränderung der Methoden in der Theologie, es hängt mit der Suche nach neuer Sprache zusammen. Wenn wir subjektiv statt objektivierend sprechen, sprechen wir anders. Wenn wir das Ich und seine Erfahrungen nicht verschweigen, nicht lernen, wie dies die Studenten in Harvard noch heute tun, in einem wissenschaftlichen Papier das Wort »ich« zu vermeiden, dann lernen wir, uns anders auszudrücken und in der Tat auch eine andere Theologie mit zu betreiben. Ich glaube, die Verdrängung der Frau aus der Theologie betrifft ja nicht nur die 51 % der Menschheit, die theologisch stumm geblieben sind im Abendland, sondern sie hat auch katastrophale Folgen für die 49 % der anderen, nämlich für die Männer, für ihre Sprache. Ich meine das so: Das Verschweigen der weiblichen Anteile der Seele, also die Subordination alles dessen, was nach Frau riecht, hat die Sprache der Theologen mehr zerstört, als alles andere in der säkularen Welt. Nicht, was von da draußen kommt, ist gefährlich, oder was rationalistisch oder aufklärerisch oder sonst-

wie Gott-erübriqend ist, ist gefährlich, wohl aber die Zerstörung, die Männer durch das Abschneiden von Frauen, von dem, was in ihnen selber Frau ist, sich selbst antun. Diese Verstümmelung, diese Selbstverstümmelung des Mannes, das spielt, glaube ich, innerhalb der theologischen Welt eine große Rolle. Das ist ein Reinigungs- und zugleich ein Verarmungsprozeß, in dem ein emphathisches, ein ganzheitliches, ein bewußtes und integratives Sprechen immer mehr zurückgedrängt worden ist. Jeder, der Theologie studiert, merkt ja, wie anders theologische Bücher sind im Vergleich zum Evangelium, was für ein furchtbarer Abstand dazwischen ist, wie da eine ganz andere Sprache gesprochen wird. Ich glaube, die sogenannte wissenschaftliche Theologie ist normalerweise bewußtlose Sprache, nämlich ohne Bewußtsein von Emotionen, unsensibel für die Erfahrungen der Menschen, gespenstisch neutralistisch, ohne Interessen und ohne Anziehung, ohne Wunsch zu wirken, das ist Neutralismus. Sie ist flach in einem tiefen Sinn, weil in der meisten theologischen Sprache der Schatten des Glaubens, der Zweifel, keinen Raum hat und nicht zugelassen ist. Das macht die Sprache flach, wenn man immer nur behauptet, was man so ganz hier im Kopf denkt und überhaupt nicht zuläßt, was man vielleicht hier im Herzen dagegen hat, gegen das, was man da oben denkt, dann wird die Sprache flach und glatt, wie theologische Sprache so weithin ist. Wenn man die Kommentare männlicher Theologen, etwa zu Evas Gespräch mit der Schlange im Paradies, liest, sieht man, wie da sexuelle Neugier prinzipiell verteufelt wird, wie da eine ungeheure Angst vor der Frau, vor dieser Neugier, vor diesem Was-Neues-anfangen-wollen sich breit macht, wie da das Grundgefühl immer wieder ist, wer redet denn schon mit so einer Schlange, das macht man doch gar nicht, da hütet man sich doch von vornherein. Das ist so der Tenor der Männer in diesem Zusammenhang; und da steckt der ganze Sexismus der Theologie mit drin. Aber diese Art von Sprache, die immer mehr weibliche Anteile ausscheidet, mit einer Art von Verwissenschaftlichung einhergeht, die ich für sehr gefährlich halte, zerstört tatsächlich die Sprache, die die Theologie braucht, die die Menschen anrühren kann. Eine solche Sprache wächst aus Erfahrung und Praxis und leitet zum Anders-werden und Anders-handeln an, und diese Qualität lebendiger Sprache erreicht die wissenschaftliche Theologie nur sehr selten und eigentlich beinahe gegen ihre eigenen Interessen. Es gehört schon ein gewisses Talent zur Subversion dazu, wenn männliche Theologen diese Art von Sprache erreichen, sozusagen im Widerstand gegen verordnete Wissenschaftlichkeit, die sich an diesen Idealen des Neutralismus, der Überparteilichkeit, der Reinheit von Emotionen orientiert, und deren ganze Anstrengung darauf geht, das Subjekt verschwinden zu machen. Eine bewußte, emotionsreiche und subjekthafte Sprache wiederzufinden, wäre eine solche Aufgabe neuer Theologie. Sie kann nicht deduktiv, sondern induktiv vorgehen, d.h. an den Erfahrungen, die wir machen, ansetzen, nicht an Aussagen über Gott, die Schrift, das Dogma, die Tradition, sondern tatsächlich bei den Alltagserfahrungen unseres Lebens, sie theologisch reflektieren, interpretieren, konfrontieren, mit einem Satz, einem ganz normalen Zeitungssatz, wie z.B. so: Es gelang der kosmetischen Industrie, in diesem Gebiet ihren Umsatz um 150% in den letzten Jahren zu steigern. Das ist so eine Nachricht. Theologie zu machen, wie ich mir das vorstelle, heißt, so einen Satz zu verstehen in seinen Dimensionen. Zu überlegen, was ist eigentlich da passiert mit den Menschen? Wessen Interessen sind da artikuliert? Wie sieht das Leben, die Qualität des Lebens aus? Was passiert denn wirklich? Erfahrungsmäßig, induktiv Theologie betreiben scheint mir wichtig gegenüber den Deduktionen der Theo-

logie; nicht ableitend, sondern hinführend.

Ich will zum Schluß kommen. Diese neuen Methoden, alles, was ich hier sage, ist noch in Entwicklung, ist also sozusagen eine Art Arbeitspapier, kein abgeschlossener Vortrag. Sehr viele Menschen arbeiten daran, probieren herum und versuchen, sich neu zu formulieren. Tatsächlich liegen noch keine wesentlichen systematischen Ergebnisse vor. Wichtig ist, in welchem Sinn die Methoden neu sind und daß die Theologie praxisbezogen betrieben wird und Theorie aus der Praxis kommt und zur Praxis führt. Glauben und Praxis wird als das Erste verstanden, Theorie und Theologie als ein zweiter reflexiver Schritt, in dem ich das, was ich vorher gedacht, getan, empfunden habe oder mit anderen zusammen getan habe, reflektiere. Man kann nicht bei der Theologie anfangen, das ist ein allgemeiner Grundsatz der Befreiungstheologie, den Gustave Gutiérrez sehr stark herausgearbeitet hat, der ebenfalls auf eine Umkehrung des traditionellen Verhältnisses von Theorie und Praxis zielt. Daß nicht mehr die hierarchische Ordnung besteht, daß die Theorie das Feinere ist, das, was meistens die Männer machen, sozusagen das Reflektierende, die Kopfarbeit ist, und daß die Praxis dann für das Volk, die Frauen, die Sekretärinnen übrigbleibt. Daß diese Art von Arbeitsteilung zerstörerisch ist für beide und auch die Theologie zerstört, ist mit einer Einsicht der Befreiungstheologie. Dazu noch ein weiterer Punkt: Ich glaube, daß diese Theologie sich methodisch rückbesinnt auf andere Fähigkeiten als die der Abstraktion und der Zusammenfassung. Das Interesse ist Narration, Erzählung. Narrative Theologie ist ein methodischer Ausdruck dieses neuen Bewußtseins, nämlich, daß man bestimmte Dinge klarer bekommt, mehrdimensionaler, wirklicher, unter die Haut gehender, wenn man sie erzählt, statt daß man sie sozusagen auf den Begriff bringt und verkürzt. Es ist mir sehr deutlich geworden, als ich überlegte, wie weit eigentlich religiöse Erfahrung sich überhaupt vermitteln läßt. Ich habe mal in einem Seminar die Frage gestellt, ob Leute nicht den Mut haben könnten, persönlich über ihre religiöse Erfahrung zu sprechen. Ich habe, als ich diesen Vortrag schrieb, mir überlegt, ob ich das kurz zusammenfassen könnte, wie man das so macht. Dann ist mir dabei aufgefallen, daß das absoluter Unsinn ist, daß es bestimmte Dinge gibt, die man Gott sei Dank nicht »kurz zusammenfassen«, d.h. auf den Begriff bringen kann, daß das eine Falle der männlichen Erziehung ist, die ich genossen habe, wenn ich denke, ich könnte es so machen. Dann denke ich immer noch in den Schemata der Universitätsbildung, Theologiebildung, die ich in Göttingen z.B. durchlaufen habe. Nun habe ich immer noch nicht verstanden, daß es Dinge gibt, die durch diese Reduktion auf den Begriff eigentlich zerstört werden und mindestens in einer Welt so nicht mehr gehen, in der religiöse Erfahrungen nicht selbstverständlich sind oder religiöse Traditionen keine Selbstverständlichkeit mehr haben, wir sozusagen an einem Nullpunkt stehen. Deswegen ist gerade für die Frauenbewegung das Erzählerische, dieses narrative Element, außerordentlich wichtig. Die Amerikanerinnen haben dafür ein Wortspiel, das einen Humanisten hier erst einmal erschreckt, indem sie sagen: Wir brauchen nicht *history*, wir brauchen *her-story*. Also da ist mit *history* und *her-story* herumgespielt; dort können nicht so viele Leute Latein, es ist dann nicht so schrecklich für sie, das so zu machen. Aber die Sache, um die es dabei geht, ist, daß *her-story* erzählt wird, und zwar in einer Aufarbeitung dessen, was Menschen angetan worden ist, die nur narrativ, erzählerisch geschehen kann. Das ist, glaube ich, sehr zentral für die gesamte Frauenbewegung und für ihren theologischen Teil.

Ich wollte schließen mit einem Hinweis auf die Gestalt der Maria und die Verände-

rungen, die dieses Symbol etwa in Lateinamerika heute durchmacht. Man kann das einfach benennen und sagen, daß die submissive Maria durch eine subversive abgelöst wird. Unter *submissiv* verstehe ich unterwürfig, demütig; Maria wird ganz in den traditionellen Vorstellungen verstanden, etwa von ihrer Antwort an den Engel aus: »Mir geschehe, wie du gewollt hast«; sie wird verstanden oder symbolisiert als ein traditionelles Frauenideal, das Passivität, Einwilligung, Unterwerfung, Gehorsam in den Mittelpunkt rückt. Wenn Sie an ein Bild denken, denken Sie an die niedergeschlagenen Augen, den gesenkten Kopf, die desexualisierte Körperlichkeit, die Frömmigkeit im Ausdruck des Stehens oder Knieens. Es gibt ja sehr viele Lourdes-Madonnen, die dem Idealbild auch entsprechen. Innerhalb der Befreiungstheologie wird heute Maria anders artikuliert. Man liest das Magnifikat, »die Mächtigen hat er vom Thron gestürzt, die Satten hat er leer hinweg geschickt, und die Hungrigen hat er mit Gütern gefüllt.« Dieser grundrevolutionäre Text ist für die Befreiungstheologie wichtig geworden. Es ist wichtig zu wissen, daß es eine Frau ist, die diesen vielleicht stärksten revolutionären Text aus der Bibel spricht. Es ist wichtig zu wissen, daß diese Frau ganz anders verstanden werden kann und auch in der Geschichte, der uns wenig überlieferten Geschichte immer wieder anders verstanden worden ist. Maria hat ja sehr oft eine Art subversives Prinzip vertreten. Mit *subversiv* meine ich das Wort, das in Lateinamerika heute ein Polizeiwort ist. Ein *Subversiver* ist einer, der gefoltert werden muß, möglichst schnell, der also irgendwie festgenommen wird, der die falschen Bücher liest oder die falschen Gedanken denkt, oder mit den falschen Leuten zusammenkommt und deswegen als *subversiv* gilt, ein *Kommunist*, was aber in vielen Fällen gleichbedeutend ist mit einem *Christen*. Nun, *subversiv* hat da diesen Charakter, in Christus selbst ist ein *subversives Element*, aber auch Maria hat diese *subversive Fähigkeit* oder wird als *subversiv* verstanden und ist in der Geschichte so verstanden worden. In Liturgie, Dogmenbildung und der klerikal beeinflussten Literatur war Maria bis ins Hochmittelalter hinein nicht sonderlich beliebt. Sie gehörte den Armen, den Ungelehrten, den Bettelmönchen, dem Volk. Die »Madonna der Spitzbuben« hat man sie genannt, also die Madonna des verarmten Landproletariats, das mit den sich ständig verschärfenden Gesetzen, die das Eigentum definierten, in Konflikt geraten mußte. Eine polnische Legende erzählt von einem Räuber, der die Maria anruft, ehe sie ihm den Strick um den Hals legen. Sie eilt herbei, stellt sich unter den Galgen und stützt die Füße des Gehenkten, drei Tage und drei Nächte. Dann wird er, vermeintlich tot, abgeschnitten und läuft mit Dank an die Jungfrau davon. Diebe und Räuber, der Klosterzucht entlaufene Mönche und Nonnen sind die Helden solcher Legenden, die gegen *law and order*, gegen das männliche Herrschafts- und Ordnungsdenken sind. Da ist eine Äbtissin »gefallen« und bringt ein Kind zur Welt: Maria hilft als Hebamme aus. Eine Nonne ist dem Kloster entlaufen: Maria vertritt sie jahrelang im klösterlichen Gebetsdienst.

Bei solch *subversiven Unternehmungen* konnte es nicht ausbleiben, daß Maria in religiösen Konflikt geriet mit Gottvater und Christus. Maria unterläuft die Einteilung der Menschen in Schafe und Böcke. Dieser anarchistische Zug der Maria hat sich nie ganz ausrotten lassen. Befremdeter Kommentar eines protestantischen Lexikons: »Es herrscht eine eigenartige Moral in diesen Erzählungen« (RGG, 1927²).

Das Potential der Jugendkultur

I

Das Gerichtsprotokoll hält fest:

Nachdem in den vorausgegangenen Tagen in verschiedenen Duisburger Stadtteilen, Schulen und Großbetrieben von einem »Treffen der Jugendlichen« am 15. September 1956 gegen 20 Uhr am Duisburger Hauptbahnhof gesprochen worden war, versammelten sich an diesem Tage die ersten Jugendlichen gegen 18 Uhr vor dem Bahnhof, unterhielten sich und sangen Wanderlieder sowie Schlager mit aufreizendem Rhythmus. Nachdem sie zunächst ohne erkennbaren Plan herumgestanden hatten, wurde gegen 20.15 Uhr auf nicht festgestellte Weise die Losung ausgegeben: »Wir ziehen in die Innenstadt.« Der Zug der Jugendlichen ging (im Gänsemarsch — d.V.) auf dem nördlichen Gehweg der Königstraße weiter bis zum Bettenhaus Mandel, wo er über den dort befindlichen Zebrastreifen zum südlichen Gehweg zurückkehrte. Die Jugendlichen drängten sich durch die zahlreichen Fußgänger, die auf dem Gehweg waren und schoben sie zum Teil rücksichtslos beiseite. Auf Anregung eines Angeklagten riefen sie im Chor: »Wir wollen keine Wehrmacht und keinen Barras!« Andere wandten sich mit lautem Geschrei gegen die Bezeichnung »Halbstarke!«. Auf der Universitätsstraße warfen mehrere Jungen mehrere Gaslaternen der Straßenbeleuchtung ein und zerstörten Holzkisten, die von einem geparkten Dreirad weggenommen waren. Andere Jugendliche pöbelten Anwohner der Altstadtstraßen sowie Passanten an und zerstörten Fensterscheiben, Dachziegel, Reklameschilder und Bretter eines Gemüsestandes. Als der Demonstrationzug von der Universitätsstraße über die Poststraße zum Burgplatz marschieren wollte, griff die uniformierte Polizei ein und zerstreute Ansammlungen. Nachdem die verhafteten Teilnehmer des Demonstrationzuges dem 1. Polizeirevier zugeführt worden waren, versammelte sich eine größere Menge vorwiegend jugendlicher Personen vor dem Revier. Dreimal wurde die Menge von Polizeibeamten zur Auflösung aufgefordert, blieb aber stehen. Deshalb trat ein Einsatzkommando der Polizei in Tätigkeit. Dabei wurden mehrere Personen verhaftet. (Gekürzt wiedergegeben nach Bondy 1957, 33f.)

Das ist einer der Vorfälle aus dem unruhigen September 1956, in dem international und vor allem in westdeutschen Großstädten und in Berlin (West) eine Vielzahl von »Krawallen« und Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizei stattfand. Damit wurden auch Anstöße für eine breite Diskussion der »Halbstarke«-Problematik in der Öffentlichkeit gegeben. Ein Teil der dort zutagetretenden Verständnislosigkeit und Zugangsschwierigkeit zu den Jugendproblemen wird schon in den Formulierungen des Protokolls deutlich. Die Frage nach den Handlungsmotiven und Zielen »der« Jugendlichen, die damals auch von der Jugendpsychologie, -soziologie und der Kriminologie gestellt wurde, soll den Kernpunkt dieses Beitrags bilden. Das Interesse ist dabei, eine Annäherung an die aktuellen jugendkulturellen Bewegungen zu erreichen — und dabei jene Blindheiten, Vorurteile und Paradoxien zu vermeiden, die sich in der wissenschaftlichen Literatur reichhaltig finden lassen. Das einleitende Zitat wird dabei nicht vergessen werden. Das Ziel des Beitrags ist es, über die in Analysen der Jugendbewegungen so oft festgestellte Ambivalenz (bei der Diskussion des »Neuen Sozialisa-

tionstyps« z.B. mit den Gegenpolen faschistoid, autoritätsgläubig — subversiv, zu den Ufern eines anderen Lebens unterwegs) hinauszugelangen und Fragestellungen zur konkreten Untersuchung aktueller Bewegungen zu entwerfen. Zunächst aber erscheint es mir sinnvoll, in gebotener Kürze einige begriffliche Klärungen zu unternehmen — und damit auch vom vertrauten Boden der Kulturdebatten dieser Zeitschrift auszugehen.

II

Der im Titel dieses Beitrags verwendete Begriff der Jugendkultur ist eher deskriptiv als analytisch aufzufassen (vgl. auch Clarke 1979a, 48ff.). Der in der Jugendsoziologie bis heute verbreiteten funktionalistischen Sicht »der« Jugend, die eine generationsspezifische Problematik aufwerfe, wird dabei aber ebensowenig gefolgt wie der bloß empiristischen Bestimmung von Kultur (= Lebensweise) oder einer Kultur mit Ideologie identifizierenden Einordnung der Jugendkultur als Unterabteilung einer ausschließlich kulturindustriell verstandenen Massenkultur. Einer marxistischen Kritik der Jugendsoziologie wie der von Friedrich (1976) kann insofern gefolgt werden, als die Konstruktion einer »Jugend« auf Basis bestimmter psychophysischer Annahmen, sozialisationstheoretischer Thesen oder soziologischer Theoreme wie »Rollendisposition« und »phasenspezifischer Statusverlust des (!) Jugendlichen« (vgl. die 23 Thesen von Kreuz 1974, 169-172) zu keinem haltbaren Jugendkultur-Begriff führen kann. Eine Jugendkultur fast autarken Charakters, durch die jeder Jugendliche hindurchgeht (Bell 1965) und die für ihn nach innen und außen folgenlos ist (Schelsky 1957) — ein solches Konstrukt lenkt tatsächlich von den sozialen und politischen Bedingungen von Massenbewegungen Jugendlicher ab (vgl. Friedrich 1976, 80-85). Dennoch sollte der Begriff nicht vorschnell verworfen werden, da er m.E. auch noch eine andere als eine »ideologische Funktion bei der Jugendmanipulation in bürgerlichen Staaten« (ebd., 84) hat:

— Es existiert eine »Jugendkultur« von oben, ein kommerzielles Angebot auf dem Mode-, Musik- und Freizeitsektor, das von großen Teilen der Zielgruppe auch wahrgenommen wird. Phasenweise ist sogar eine spezifische, die sozialen Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen der Jugend überbrückende Homogenität des Jugendbewußtseins festzustellen. Die britische und amerikanische Popkultur Mitte der sechziger Jahre repräsentiert einen solchen Zustand, wobei das kulturindustrielle Angebot »die Subordination mit der realen Imagination der Insubordination« (Haug 1979a, 35) bot. Erst die Veränderung der allgemeinen politisch-ideologischen Situation (in Großbritannien herrschte zwischen 1963 und 1967 eine relative Flaute auf dem Felde der Arbeiterkämpfe) und die Entwicklung komplexerer Formen der Musik — des wesentlichen Mediums der jugendkulturellen Kommunikation — und das Entstehen anderer kultureller Ausdrucksformen sprengte 1967 diese Homogenität wieder (vgl. Jacques 1975).

— Es gibt generationsspezifische Erfahrungen mit dem jeweils erreichten Stand der Produktivkräfte, mit sozioökonomischen Strukturproblemen, Eigenarten der gesellschaftlichen Kommunikation usw., die sich in Arbeit, Erziehung und Freizeit niederschlagen. Die Amerikanisierung von Politik, Warenwelt und kulturindustriellem Angebot in der Bundesrepublik nach 1945 ist eine solche generationsspezifische Erfahrung, die bei Jugendlichen in den fünfziger Jahren zu anderen Reaktionsweisen führte als bei der älteren Generation.

— Auch wenn besser von Jugendkulturen im Plural die Rede wäre, so muß doch be-

rücksichtigt werden, daß es (ohne Festlegung von Lebensjahren) eine jugendspezifische Intensität der Auseinandersetzung mit Elementen der herrschenden Kultur wie aller anderen kulturellen Praxisformen gibt, wobei neue Arrangements produziert werden, über deren Folgen nach »innen« und »außen« dann nicht die biologische Entwicklung entscheidet, sondern die weitere soziale und ideologische Auseinandersetzung um neu-geschaffene kulturelle Formen. Als kulturell gilt hier (mit Haug 1979b, 184) die »Dimension der Ausbildung und des einverständigen Lebens von Gruppenidentität, Lebensformen, in denen Individuen, Gruppen oder Klassen das praktizieren, was ihnen lebenswert erscheint und worin sie sich selber als Sinn und Zweck ihrer Lebenstätigkeiten fassen«. Jugendliche reiben sich am Angebot der herrschenden Kultur nicht oder nicht nur, weil sie es in seiner ideologischen Bedeutung erkennen und kritisieren, sondern vor allem deshalb, weil es die in der Erwachsenenwelt herrschenden Normen repräsentiert. Arbeiterjugendliche haben in dieser Hinsicht sicher eine geringere Reibungsfläche als Jugendliche aus den Mittelschichten, da erwachsene Arbeiter in vieler Hinsicht den gleichen ideologischen Konflikt mit den herrschenden kulturellen Normen auszutragen haben.

Problematisch mag bei den vielen divergierenden Begriffsdefinitionen auch die Verwendung des Subkultur-Begriffs erscheinen. Für den DDR-Autor Groschopp (1977) ist der Subkultur-Begriff eindeutig: Wo er ihn nicht als programmatisch, statt analytisch oder deskriptiv, (miß)versteht, gilt für ihn: 'Subkulturen' sind Varianten unterschiedlicher Aneignungsweisen und Verhaltensformen, die in ihrer Vielfalt die Kontinuität und Einheitlichkeit des Funktionierens des kulturellen Grundmechanismus der kapitalistischen Gesellschaft sichern und erweitert reproduzieren.« (a.a.O., 46) Mit dem amerikanischen Soziologen Bell ist er sich in dieser struktural-funktionalistischen Sicht der Subkulturen völlig einig; es gelingt ihm auf derselben Seite sogar eine Untermauerung bürgerlicher »Arbeiterkultur«-Theorien, wenn er festlegt: »Die Klasse ist noch immer in ihren kulturellen Möglichkeiten Element der Kultur der kapitalistischen Gesellschaft.« Die vielfältigen Bemühungen innerhalb der — organisierten und nichtorganisierten — Arbeiterbewegung, sich immer wieder kulturellen Selbstausdruck, kulturellen Eigen-Sinn zu erkämpfen, sei es im Arbeiterlied, im Taubenzüchterverein oder an der Theke des Schnapskasinos, in denen sich immer auch der Wunsch und Wille, anders zu leben als in der kapitalistischen Welt, ausdrückte, und unmittelbarer als in manchen politischen Programmen, werden hier einfach ausgeblendet.

Die reale Ausbildung informeller Gruppen Jugendlicher bestimmter Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit, die ihre Gruppenidentität im zitierten Sinn als kulturelle entfalten und »anstelle der verwehrtten vollen gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit wenigstens kulturelle Handlungsfähigkeit (...) entwickeln« (Haug 1979a, 35), nenne ich subkulturell. Der »Sub«-Aspekt besteht in der Abhängigkeit von einer »Stammkultur«, die klassenspezifische Züge trägt (vgl. Clarke 1979a). Jugend-Subkulturen sind also sozial-spezifische Reaktionsweisen Jugendlicher auf die Totalität der von ihnen erfahrenen gesellschaftlichen Widersprüche — Reaktionsweisen in einer kulturellen Dimension. Ihre Merkmale — ästhetische Stilisierung, spezifische Rituale, sprachliche Codes — sind umso leichter zu entziffern, als Klarheit über die soziokulturellen Zusammenhänge der Absonderung einer Subkultur aus ihrer Stammkultur erzielt worden ist. Hartwig (1980, 76) hat Recht mit der Feststellung, daß diese Zusammenhänge in Großbritannien offener zutage liegen als bei uns, da ständige Versuche der »Überformung« von Subkulturen

in zweierlei Hinsicht zu verzeichnen sind (und bei uns aus einsichtigen Gründen erfolgreicher wirken als in England): Einerseits der Versuch der Auslöschung der Klassendistinktionen, der Kolonisierung jener Lebensbereiche, in denen sich die Setzung von Selbstzweck und Eigensinn der Lohnarbeiter immer wieder entfalten konnte und andererseits die warenästhetische Überformung der von den Subkulturen hervorgebrachten Distinktionen (»Teenager«, »Pop«-Mode).

Eine weitere Unterscheidung innerhalb des Definitions-Wirrwarrs scheint mir noch angebracht, auch hier unter Berufung auf Clarke und seine Mitautoren. Neben den Subkulturen der Lohnarbeiterklasse existieren auf breiter Basis seit den sechziger Jahren Gegenkultur-Strömungen; aber auch vorher gab es schon neben den Halbstarcken die »Exis«, neben den »Edelweißpiraten« die »Swingjugend«. Diese Strömungen, die sozial bürgerliche und Mittelschicht-Jugendliche repräsentieren, sind in sich widersprüchlicher verfaßt als die Subkulturen der Arbeiterjugendlichen. Sie stellen das negative Abziehbild der Normen und Werte der herrschenden Kultur dar (vgl. die Übersicht bei Clarke 1979a, 125) und bilden damit eine weitaus größere soziokulturelle Provokation als subkulturelle Strömungen. Andererseits kommen aus den Gegenkulturen häufig Anstöße zur Modernisierung des kulturindustriellen Angebots, durch die die »gegenkulturellen Aspekte umstandslos umdefiniert werden (Boutiquen, »sexuelle Revolution«). Gegenkulturen waren politisch wirkungslos im Sinne der Durchsetzung ihrer revolutionären Parolen, erzielten aber nachhaltige Wirkungen auf dem Gebiet ethischer und kultureller Wertvorstellungen, sofern sie nicht einfach das Neue (oft in Gestalt des idealisierten »Alten«: »naturgemäßes« Leben, religiöse Erweckungsbewegungen) neben das Bestehende setzten. Sie bildeten und bilden Widerhaken gegen die Durchsetzung der hegemonialen Ansprüche der herrschenden kulturellen Wertvorstellungen und sprengen sie gar manchmal (Geschlechterverhältnis). Zur Erklärung der Entstehung dieser Strömungen sind sicherlich — wie Peukert (1980) das für die Swingjugend andeutet — realhistorische Sozialisationsbedingungen heranzuziehen, zum anderen ist innerhalb des bürgerlichen Lebenszusammenhangs, in dem das Verhalten streng normenorientiert ist und ein bestimmtes ästhetisches Design erhält, der Aspekt der ästhetischen Distinktion (= Negation) hoch bedeutsam. Über die zentrale Bedeutung vieler infragegestellter Normen für das Funktionieren der dominanten Kultur und des gesamten Systems sind sich die Anhänger gegenkultureller Bewegungen möglicherweise nicht immer voll bewußt. Die wesentliche Leistung der Gegenkultur ist dennoch die Antizipation neuer sozialer Formen. Ihre Umsetzung ist allerdings durch die fehlende Verknüpfung mit einer virtuell oppositionellen Stammkultur außerordentlich schwierig und häufig illusionär.

III

Zur Analyse jugendkultureller Strömungen können vier Fragen gestellt werden (die hier zunächst aus dem Kontext des Materials der britischen Subkulturforschung heraus formuliert werden):

1. Welches ist die soziale Herkunft und die soziale Zusammensetzung der Gruppen? In welchem Verhältnis stehen sie zu ihrer Stammkultur und deren sozialökonomischen Rahmenbedingungen und sozialem Milieu — Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Beschäftigungs- und Arbeitssituation, Wohn- und Umweltbedingungen, Familiensituation usw.? Diese Frage ist wegen der erwähnten kulturindustriellen Überlagerungen

und Überformungen und auch aufgrund der Problematik subjektiver Zuordnungen besonders aus den Reihen der Schüler (verstärkt durch das rapide Wachstum der Oberschülerquote in den letzten 25 Jahren) oft nicht auf Anhieb zu beantworten, sondern setzt eine Untersuchung des soziokulturellen Entstehungsprozesses bestimmter Subkulturen voraus, in der auch Übertragungs- und Imitationsvorgänge in internationalem Maßstab eine Rolle spielen. Die Punk-Mode als Freizeit-Design von Oberschülern, die früh die »Message« aus England aufgenommen und auf ihre Situation umgeformt haben und ihren Platten- und Kleiderschränken eine weitere Rubrik hinzufügen, ist zu trennen von jenen »authentischen« Punks, die hier, wie in England, ihre soziale Perspektivlosigkeit imaginär in einem Kult der Randständigkeit überwinden. Darin steckt ein ebenso antikonsumistischer Impuls wie in der musikalischen Ausformung des Punk-Stils — einfache Rhythmen (zumindest in den Anfängen der Bewegung), aggressive »Rotzkotz«-Texte, ein bewegter Tanzstil (Pogo).

2. Welche besonderen psychosozialen, sozioökonomischen oder kulturellen Probleme schaffen die Voraussetzungen, aus denen sich eine spezielle Subkultur entwickeln kann? Der tatsächliche Niedergang traditioneller Elemente der proletarischen Lebensweise und ihrer Gemeinschafts- und Gesellungsformen z.B. führte, wie Clarke (1979b) illustriert, zum Versuch der imaginären Wiederbelebung dieser Gemeinschaft durch die Skinheads. Nicht einfach Probleme der Jugendarbeitslosigkeit oder der Berufs- und Freizeitperspektive führten zum Entstehen dieser Gruppierung, sondern der Verlust der »einfachen« proletarischen Gemeinschaftserlebnisse, der Selbstbestätigung der Unterdrückten und Machtlosen in ihrem lokalen Rahmen durch bestimmte Umgangsformen und Freizeitrituale. Daraus erwuchs die zielgerichtete Stilisierung lokaler Gemeinschaft im Stadtviertel, die Betonung lokal bezogener Freizeitaktivitäten wie der Besuch des Fußballplatzes und die aggressive Abwehr von Eindringlingen in das lokale Gemeinwesen (z.B. ethnischen Minderheiten wie Pakistanis). Konstitutionsbedingungen und Konfliktpotential der Skinheads hat übrigens Cohen (1972) in einem beispielhaften Aufsatz analysiert, mit dem viel auch über die aktuellen subkulturellen Konflikte des Jahres 1981 erhellt wird.

3. Wie konstituiert sich, woran orientiert sich der Stil der Gruppe, was ist der Inhalt ihrer ästhetischen Distinktion? Wie ist die Verbindung zwischen grundlegendem Konfliktpotential und kultureller Form beschaffen, wenn letztere doch eine (imaginäre) Bewältigung realer Konflikte darstellt? Und wo liegen die Grenzen dieser Lösung — d.h., sind Ausformungen des Konflikts vorstellbar, die seine »magische Lösung« sprengen und direkte Lösungen verlangen? Die Gewaltausbrüche auf der Ebene subkultureller Konkurrenz bzw. spezifischen Territorialdenkens sind noch immanente Aktionsweisen im subkulturellen Kontext; gleiches gilt für die scheinbare Politisierung mancher Gruppen, die immer dann vermutet wird, wenn einige Skinheads mit Symbolen der National Front oder der britischen Nazis geschmückt auftreten. Ihre Großeltern, die in den 30er Jahren die jüdische Bevölkerungsgruppe im Londoner East End angriffen, waren ebensowenig Antisemiten oder Faschisten wie die heutige Generation der subkulturellen Jugendlichen, die das »Paki-bashing« betreiben. Sie handelten allerdings nach dem gleichen Muster: Ausgangspunkt ihrer Aktionen ist das Gefühl der Unterdrückung, eine traditionelle proletarische Gruppen-Solidarität und ein spezifischer Territorialismus (vgl. Cohen 1972 und Clarke 1979b). Die englische Subkulturforschung studierte mit großem Interesse die divergierenden Stilisierungen der Mods und der Skinheads, weil

sie innerhalb einer Stammkultur zwei unterschiedliche Konzepte realisierten, einerseits die ästhetische Umfunktionierung von Stilelementen der Oberschichten, des high life in Nachtclubs, des Psychodrogen-Konsums, andererseits die Akzentuierung eines proletarischen Stils (Jeans mit schmalen Hosenträgern, derbe Stiefel, Lederjacke, und immer sauber). Die Mods, die sich allerdings aus den bessergestellten Schichten der Lohnarbeiterschaft (angelernte Arbeiter, Büroangestellte) rekrutierten, mußten untergehen, als der relative Glanz der sechziger Jahre verblich (der Tourist, der das »swinging London« der sechziger Jahre mit dem heutigen vergleicht, nimmt das schon äußerlich wahr), wobei sie hilflos auch ihre ästhetische Enteignung hinnehmen mußten. Die Skinheads traten als Nachfolgekultur der Mods von vornherein illusionslos an, ihre Gruppen sind seit 1968 immer wieder aufgelebt, ihr »Status« ist gefragt; die von »außen« einwirkenden sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen sowie das Erwartungsgefüge der Jugendlichen scheinen sich in dieser Zeit nicht wesentlich geändert zu haben.

4. Wie ist die Perspektive der jeweiligen Subkultur beschaffen? In welcher Richtung entwickelt sich ihr Potential, das ja zweifach bestimmt ist — zunächst durch die Widersprüche, die durch die Stilbildung innerhalb der Subkultur »magisch« oder imaginär gelöst werden, zum anderen durch den Widerspruch zwischen Selbstbestimmung, d.h. Entfaltung von Eigen-Sinn, und Fremdbestimmung durch Warenästhetik und Kulturindustrie. Die Wirkung nach »innen«, d.h. auf die Mitglieder subkultureller Gruppen und Bewegungen, ist davon bestimmt, daß Jugendsubkulturen in der Schwachstelle zwischen den Sozialisationsinstanzen Familie und Schule und der Integration in den Arbeitsprozeß entstehen. Letztere bedeutet gleichzeitig eine (möglicherweise veränderte) Wiederbelebung der Stammkultur der Elterngeneration. Subkulturen leben von der Unterscheidung gegenüber der Stammkultur der Elterngeneration, ihre Mitglieder sind aber auf die Identifikation dieser Elterngeneration mit ihnen angewiesen, um nicht in unüberwindliche Identitätsprobleme zu geraten (vgl. Cohen 1972, 25f.). Wie weit die subkulturelle Aktivität im Laufe einer vielleicht 5-8jährigen »Karriere« bei den dann via Arbeitsplatz, Heirat, Wohnsituation in die Stammkultur reintegrierten Aktivisten nachhaltige Wirkungen hinterläßt, die möglicherweise zu einer bestimmten Dynamik in der Stammkultur beitragen, hängt mit dem Inhalt der grundlegenden Konflikte und der kulturellen Reaktionsbildung der Subkultur-Phase zusammen — es wäre zu vermuten, daß der von den Mods inszenierte Versuch des Überspringens der Grenzen proletarischer Lebensweise vielleicht individuelle Erinnerungswerte hinterläßt, aber für die Entwicklung der Klassenkultur nicht so entscheidende Impulse enthält wie die Problematisierung der proletarischen Lebensweise in Gestalt der Skinheads, deren reale Kristallisationspunkte die Erfahrungen von Unterdrückung (am Arbeitsplatz und in anderen sozialen Zusammenhängen bzw. beim Zusammentreffen mit dem Staatsapparat in beliebiger Gestalt), von Solidarität und einer Wohn-Umwelt spezifischen Gepräges sind — und damit Grunderfahrungen der Klassenkultur. Die Frage nach dem Potential der Jugendkultur(en) ist damit zu stellen als Frage nach der Behinderung oder Förderung des Übergangs von imaginären zu realen Lösungen soziokultureller Probleme der Lohnarbeiter.

Es sind jetzt häufiger Beispiele aus den — besser erforschten und von den Konstitutionsbedingungen her auch eindeutiger festlegbaren — britischen Jugend-Subkulturen herangezogen worden. Der Seufzer von Hartwig (1980, 76): »Es lassen sich hier weniger

exakt definierbare und soziologisch identifizierbare Subkulturen feststellen, als das offenbar in England möglich ist, ist sicher berechtigt, andererseits sollte einmal versucht werden, mit einem entwickelteren Instrumentarium als vor 20-25 Jahren eine rückblickende Interpretation des von Hartwig im gleichen Zusammenhang erwähnten Halbstarke-Phänomens zu unternehmen. Es lassen sich daraus möglicherweise Konsequenzen für die Analyse aktueller subkultureller Strömungen ziehen.

Die in der Jugendsoziologie gängigen Behauptungen über die Halbstarke lassen sich — recht entwickelt — schon bei Bondy (1957) und Kaiser (1959) finden. Über die Herkunft der Bezeichnung »halbstark« sind sich alle Autoren einig. Sie tauchte schon vor der Jahrhundertwende vor allem in Hamburg und Berlin als Bezeichnung für junge Lumpenproletarier auf, die eine Übergangsstufe zur Verbrecherwelt markieren. Zwischen 1930 und 1953 (in der DDR-Berichterstattung über die Aktivisten des 17. Juni) finden sich in der Publizistik keine Hinweise. Von 1955 an wird das Wort einerseits denunziativ als synonym mit kriminell, arbeitsscheu, ruhestörend, provozierend, andererseits zur Kennzeichnung des sich schnell herausbildenden Stils verwendet.

In empirischen Erhebungen wurden u.a. folgende Merkmale der Halbstarke herausgefunden: Alter zwischen 15 und 20 (überwiegend), weibliche Jugendliche sind kaum beteiligt, die Familiensituation wird mit dem Grad der polizeilichen und gerichtlichen »Auffälligkeit« zunehmend anomal (während nach Bondy der Anteil der in einer vollständigen Familie lebenden »halbstarke« Jugendlichen — 74,1% — sogar größer ist als der entsprechende Anteil in der Gesamtgruppe der 14-21jährigen — 63% —, stammen nach Kaiser mehr als die Hälfte der auffällig gewordenen Jugendlichen aus unvollständigen Familien). Über den sozioökonomischen Status der Halbstarke wurde meist behauptet, daß er keine Spezifik aufweise; Bondy kommt auf schmäler Basis zu einer Repräsentanz von Arbeitern und Handwerkslehrlingen von 68% (Gesamtgruppe der 14-21jährigen: 63,4%) und zu einer deutlichen Unterrepräsentanz von Schülern (7,4% gegenüber 19,5%). Diese Angaben werden von Kaiser vehement korrigiert: Zwar seien nur 62% der Väter von Halbstarke Arbeiter, von ihnen selbst aber 87,4% Arbeiter oder Handwerkslehrlinge, von den besonders auffälligen »Avantgardisten« sogar 91,9%. Bei der Herkunft seien die unteren Arbeiter- und Angestelltenschichten überrepräsentiert (also Hilfsarbeiter und untere Angestelltengruppen). Rädelführer wurden auch bei sogenannten Banden (Blasen, Cliques) nicht festgestellt, stattdessen unverbindliche Formen, dennoch häufige Treffen (täglich, ausgenommen die Wochenenden), ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl. In München gab es 1956 z.B. 30-40 »Blasen« mit 1500-3000 Mitgliedern; mit der Polizei stießen die wenigsten zusammen. Zwischen den Halbstarke-Krawallen und der Jugendkriminalität gibt es keinen nennenswerten Zusammenhang (die Delinquenz von Halbstarke beschränkt sich auf bloße »Schädigungs- und Angriffskriminalität«). Die Presse habe wesentlich zur Ausbreitung der Halbstarke beigetragen, ebenso einige Filme. Nach dem Vorbild des Films »Die Wilden« (»The Wild Ones« mit Marlon Brando, 1953) benannten sich mehrere Gruppen, z.B. in Berlin; der James Dean-Film »... denn sie wissen nicht, was sie tun« wirkte vor allem stilbildend, auch auf die Polizeiphantasie: »Der 18jährige Y versuchte wie in dem Film '... denn sie wissen nicht, was sie tun' (Rebels without a cause) mit einem Messer die Reifen eines Kraftfahrzeugs seitlich anzustechen und dadurch zu beschädigen.« (Zit. nach Kaiser 1959, 30) Politische oder andere Interessengruppen hinter den Halbstarke sind nicht feststellbar. (Die politischen Interessen der Halbstarke

selbst sind nicht ernsthaft untersucht worden, was offenbar mit dem Politikverständnis der damaligen Jugendpsychologen und -soziologen zusammenhängt.)

Der beschränkte Rahmen dieses Beitrags läßt eine ausführliche Darstellung der zeitgenössischen Interpretationen dieser Befunde nicht zu; die sozialen Gegebenheiten werden selten mitberücksichtigt, stattdessen werden aus oberflächlichen Beobachtungen Psychogramme zusammengestellt (die den Halbstarke »Armut der Gemüts- und Gewissensbildung«, »Augenblicksgebundenheit«, »Mangel an Phantasie«, »Unbeständigkeit in der Stellung zum Mitmenschen« bescheinigen — so Bondy 1957, 79). Kaisers Thesen gipfeln in der Annahme, daß die Halbstarke, die »fast ausschließlich aus der unteren Sozialschicht stammen, beruflich erfolglos oder unzufrieden auf der Suche nach Erfüllung vereiterter Bedürfnisse, insbesondere nach Prestigeerwerb und Status, sind, die sie in den Krawallen zu finden hoffen« (a.a.O., 23).

Wenn wir das oben entwickelte Fragenraster anwenden, so sind anhand des hier skizzierten Materials folgende vorläufige Thesen möglich:

1. Die Halbstarke waren eine ausgeprägt »proletarische« Subkultur, die sich vorwiegend aus den unteren Kategorien der Lohnarbeiterschaft rekrutierte. Sie erlebten das Leistungs-, Wohlstands- und Statusstreben ihrer Elterngeneration — der »Aufbaugeneration der fünfziger Jahre —, aber auch die geringe soziale Dynamik, den Ritualismus, die Erstarrung in Sauberkeit, Recht und Ordnung. Die Arbeitsplatzsituation der Jugendlichen in Lehre und Beruf (z.B. als Hilfsarbeiter) schuf ausgeprägte Unterdrückungs- und Ohnmachtserfahrungen, die durch die spärlichen Befriedigungseffekte der Arbeit selbst kaum aufgehoben wurden. Auch in den Fällen, in denen Vater und Mutter noch vorhanden waren, erscheint die Familie nach tradierten Maßstäben als zerrüttet. Der Vater war oft nur noch »möblierter Zimmerherr« (nach Kaiser 1959, 77). Die Wohnung war eng, an einen Freiraum für eigene Betätigung dort nicht zu denken. 35 % der Schulabgänger des Jahres 1956 erreichten den Volksschulabschluß der 8. Klasse nicht; Aufstieghoffnungen besaßen keinen hohen Realitätsgehalt.

2. Die Unmöglichkeit, Befriedigung aus der Arbeitssituation zu ziehen, wurde ergänzt durch die Unmöglichkeit sinnvoller, produktiver Freizeit. Die Spielplätze der Kindheit — Ruinengrundstücke — wurden aufgeräumt, Ersatz nicht geschaffen. In manchen Städten existierten einige »Häuser der Offenen Tür«, Vorgänger der Jugendfreizeithome. Traditionelle Werte wie Nation, Religion und »Gemüt« waren verschliffen, die traditionellen Formen der Arbeitersolidarität (Nachbarschaft, Vereinsleben, gewerkschaftliche und politische Organisationen) durch Faschismus und Krieg großenteils zerrüttet; am haltbarsten erwies sich noch die lokale Arbeitersporttradition, das Fußballspiel in seiner aktiven und rezeptiven Variante. Zerstörung der Städte und die Migration ermöglichten kein unmittelbares Anknüpfen an lokale Kommunikationsstrukturen. Verarmung der Möglichkeiten zu Eigenaktivität und Kommunikation sind also die bestimmenden Ausgangspunkte. Eine spezifisch proletarische Stilisierung (Skinhead-Modell) konnte die Halbstarke-Subkultur schon deshalb nicht entwickeln, weil ihr die Kontinuitätserfahrung (als eigene und vermittelte) innerhalb eines proletarischen Lebenszusammenhangs fehlte; imaginäre Grenzüberschreitungen nach oben (Mod-Modell) waren ebenso unmöglich, da der Theorie der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« noch zuwenig Realität gefolgt war, betrachtet man Einkommens- und Wohnsituation, auch fehlten die entsprechenden Vorbilder (High-Life-Schickeria). Die wirksamsten Impulse kamen von außen: Rock'n Roll und die warenästhetische Symbo-

lik des anderen, besseren, freieren Lebens — vom Ami-Schlitten bis zum Kaugummi — aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, dessen Boys trotz ihrer lässigen Haltung den Krieg gewonnen hatten. Der alltägliche Warenkonsum bot genügend Möglichkeiten der subkulturellen Verwendung, auch ohne eine ästhetische Umgruppierung oder Umformung — die herrschenden Anstandsregeln verboten ja schon das Kaugummikauen in der Öffentlichkeit.

3. Der Stil der Halbstarcken ist stark durch die Nachahmung amerikanischer Vorbilder bestimmt, der durch die Medien (Presse, Film) vermittelten Bilder der US-Jugend (James Dean) und die eigene Erfahrung mit den Besatzer-»Amis«. Äußerlich: möglichst enge dunkle Hosen/Jeans, bunte Hemden oder Pullover, schmale Krawatten, oder Halstücher im offenen und hochgestellten Hemdkragen, Entenschwanzfrisur. Umgangsformen: »Vermeiden aller ruckhaft-eckigen und steifen und eine Betonung elastischer Bewegungen des ganzen Körpers« (Bondy 1957, 25). Eigener sprachlicher Code. Inhalt der Freizeit: Musik (Rock'n Roll), Motorräder, Tanzen, Nichtstun, alles in relativ festen Gruppen/Cliquen, die auf Schulkameradschaft und Nachbarschaft beruhten. Rock'n Roll und Lässigkeit bedeuteten Freiheit und Insubordination. Die Erfahrung mit der eigenen Arbeitssituation und mit der der Eltern, die als Gewalt erlebten Ideale von Fleiß und Ordnung (die proletarische Unterdrückungserfahrung, die nicht durch Elemente der Klassensolidarität aufgewogen wurde), die soziale Enge und Perspektivlosigkeit trotz der Ahnung der eigenen »unbegrenzten Möglichkeiten« schufen den Konfliktstoff, der im Stil der Halbstarcken seine imaginäre Lösung erfuhr.

4. Die spezifische Stilbildung der Halbstarcken war kein taugliches Mittel gegen die Integration in die weiter prosperierende Gesellschaft der Adenauer-Ära. Arbeitsplätze standen zur Verfügung, die Wohnungssituation besserte sich, Einkommen und Konsummöglichkeiten stiegen. Der Insubordination gegenüber formalen Zwängen, Maßregelungen, Ausnutzung wurde so das Wasser abgegraben. Die Subkulturkarriere war für die Halbstarcken der Jahre 1955-1959 zeitlich deckungsgleich mit einer bestimmten Etappe der Nachkriegsentwicklung, der letzten eigentlichen Nachkriegs-Phase vor einem Jahrzehnt mehr oder weniger ungebrochenen Wohlstands- und Stabilitätsbewußtseins. Die »amerikanische Freiheit« wurde real eingeholt, für ihre magische Beschwörung blieb da kein Raum, der Stil der Halbstarcken veraltete; die nächste Jugend-»Generation« reagierte auf ganz andere Impulse (Beat-Musik, aktiveres Ausfüllen der Freizeit, stärkeres Verwischen der klassenspezifischen Reaktionen, auch als Resultat der Überformung durch die »Teenager«-Mode). Über die Nachwirkungen der subkulturellen Rebellion im Bewußtsein und in der Lebensweise der heute 40jährigen Ex-Halbstarcken gibt es bislang keine Untersuchungen; sie könnten konkretere Aufschlüsse über die hier nur thesehaft behaupteten Zusammenhänge schaffen.

Ein Blick noch auf den eingangs zitierten Aktionsverlauf. Er ist modellhaft für viele »Krawalle« der Jahre 1956-58, ein zweiter Typus war der »Veranstaltungskrawalle«, wie anläßlich des Films »Außer Rand und Band« (»Rock around the clock«) oder der Bill-Haley- und Johnny-Ray-Konzerte. Die Motive für das Treffen waren zunächst unbestimmt, wenn man nicht die von Jürgen Theobaldy klassisch formulierte Motivation akzeptiert: »In diesen Tagen hatten sie nichts / Bestimmtes vor, keiner von ihnen. / Sie wollten nicht älter sein, / und sie wollten nicht jünger sein. / Aber so wie sie waren, abends am Platz, / an den Zaun gelehnt, so wollten sie / schon gar nicht sein.« (Theobaldy 1978, 5) Die von der Menge begangenen Regelverletzungen waren in höchstem

Maße spielerisch und rituell (Gänsemarsch von mehreren Hundert auf den Bordsteinanten der Hauptstraßen). Die emphatische Wendung gegen den Wehrdienst war kein plötzlicher Umschlag in eine politische Demonstration, sie gehörte in den subkulturellen Kontext des Kults der Lässigkeit und der Improvisation. Es kam aber ein Bündel von realen Erfahrungen in diesen Kontext hinein: Kriegserfahrung und -idealisation der Väter, oft genug mit pädagogischer Zuspitzung (»da mußten wir auch strammstehen und gehorchen«), der »Schliff« in der Lehrwerkstatt oder im Betrieb, die geringen räumlichen Entfaltungsmöglichkeiten in der Wohn-Umwelt; dazu eigene Erlebnisse aus dem Krieg, Zerstörung, Umsiedlung. So ist es nicht verwunderlich, daß die Halbstarren generell gegen die im Juli 1956 verabschiedete Wehrpflicht eingestellt waren und häufig scheinbar unmotiviert verbale und physische Angriffe gegen den »Barras« und seine Symbole unternahmen. Andere »politische« Parolen wie das eher ironisch-provokative »Rock'n Roll — Russen raus« (das u. a. aus Hamburg berichtet wurde) bringen wieder direkt die subkulturelle Stilisierung zum Ausdruck.

Die eher geringfügigen und rituellen Sachbeschädigungen und die nachfolgende Konfrontation mit der Staatsgewalt verweisen auf eine ausgeprägte Gruppensolidarität (die durch einige »Übeltaten« nicht gesprengt wurde), die sich besonders gegenüber der Polizei — Belagerung des Reviers trotz abschbarer Niederlage — bewies. Die oft unverhältnismäßige staatliche Repression (Polizeieinsätze, Gerichtsverfahren, häufig wegen §129 — Bildung einer kriminellen Vereinigung! —) führte zu einem ausgeprägten Feindbild; die Auseinandersetzung mit der Polizei wurde manchmal direkt gesucht. Auch die Nachwirkung dieser Konfrontationserfahrungen wäre zu untersuchen.

IV

Rolf Schwendter hat vor 5 Jahren in seinen »Thesen zur Jugend-Subkultur 1976« die subkulturellen Tendenzen mit dem Auf- oder Abstieg von »Akkumulationszyklen« zu verknüpfen versucht: Die Zeiten aufsteigender Zyklen (wie z.B. 1949-67) seien Phasen direkten Aufbegehrens, die Zeiten absteigender Zyklen Phasen der Anpassungsneigung, in denen die Jugendsubkulturen versuchten, »ihre Absicht gesellschaftlicher Veränderung durch Umgehung des direkten Weges zu erreichen« (Schwendter 1976, 65). Die in unterschiedlichen akkumulationszyklischen Phasen gemachten Erfahrungen werden von Schwendter auch für den »Generationskonflikt« verantwortlich gemacht. Für die Ausgangssituation der »Thesen« ist neben dem absteigenden Charakter des Zyklus seine inhaltliche Seite, die Einführung der »elektronisch-kybernetischen Produktionsweise«, bedeutsam. Auch auf deren Problematik und Folgen reagierten die Subkulturen in irgendeiner Form. Schwendter trennt nicht zwischen Subkultur und Gegenkultur; Subkultur ist für ihn wesentlich als Devianz von gesellschaftlichen Normen, Verkehrsformen usw. bestimmt. Die bedeutendsten subkulturellen Strömungen sind für ihn die Jugendzentrenbewegung, eine zwar »konsumorientierte«, aber gegen andere Überformungen weitgehend immune Bewegung, auf deren sozialen Kern Schwendter nicht weiter eingeht, und die Wohngemeinschaftsbewegung. Daneben wird noch eine Reihe von Subkulturen genannt, auf die hier nicht eingegangen werden kann, die z.T. (Landkommunen, religiöse Gruppen, Therapie-Boom) in den Bereich der Gegenkultur, wenn nicht der kulturindustriellen Innovation gehören. Die Anti-AKW-Bewegung wird zu Recht aus der Betrachtung von Jugendsubkulturen herausgenommen, sie ist ja von der Zusammensetzung her z.T. eher eine Studenten- und Lehrerbe-

wegung als eine Jugendströmung. Die Wohngemeinschaftsbewegung ist aber deshalb interessant, weil sich in ihr Ansätze der heutigen Hausbesetzer-Subkultur zeigen: Die WG-Bewegung löse sich aus den studentischen und akademischen Anfängen, werde in einigen Gebieten von Jungarbeitern repräsentiert. In ihr steige, »wiederum verstärkt durch die herrschende Arbeitslosigkeit — oder doch zumindest durch die Angst vor dieser«, das Interesse an alternativer Ökonomie. Die Grundlage der WG-Bewegung sieht Schwendter in niedrigem Arbeitslosengeld, sinkendem BAFöG und Reallohn. »So verstehen sich alternativer Konsum und 'Kultur der Armut' von selbst, auch wenn sich oft empirisch die Motivation der WG-Bewohner zu dieser nicht als Folge, sondern als Vorwegnahme von Arbeitslosigkeit, vermittelt über die Vermeidung der oft mörderisch verschärften Konkurrenz mit ihren Folgeerscheinungen (Stress, psychosomatische Krankheiten etc.) darstellt.« (ebd., 67). Herkunft — zunehmend — aus unteren Gruppen der Lohnarbeiterschaft, eigener Status entsprechend, eine »Kultur der Armut«, Formen der solidarischen und kooperativen Hilfe, die Umgehung des Marktes (Ersatzteillager der Berliner Instandbesetzer) und die Entwicklung von Verkehrsformen, die aus gegenkulturellen Modellen entlehnt sind (vgl. das bei Clarke entwickelte Modell, 1979a, 125), prägen allem Anschein nach auch die Gruppierungen, die als »Hausbesetzerzene« apostrophiert werden.

Zur Beurteilung des Potentials der gegenwärtig aktiven Jugendsubkulturen ist eine genaue Analyse der Zusammensetzung der jeweiligen »Szenen« und der sie beeinflussenden sozio-ökonomischen und psychosozialen Prozesse unerlässlich. Das setzt ein hohes Maß an Vorurteilslosigkeit voraus, das die wenigsten Beobachter der »Jugendzene« bis jetzt aufgebracht haben. Die vorschnelle Behauptung, »die« Jugend sei auf der Suche nach »Gestaltungsmöglichkeiten«, die ihr die Gesellschaft zu sehr vorenthalte (geradezu ein »Klassiker« der Jugend-Einschätzungen von den 50er Jahren bis zu Wissmann von der Jungen Union und leider auch Autoren wie Schomers 1980), verdeckt mehr als sie aussagt. Dazu gehört auch die Behauptung, alle subkulturellen Reaktionsformen seien »nicht individuell beliebig, sondern gesellschaftlich vorgegeben. Die Jugend bleibt insgesamt im Rahmen bestimmter gesellschaftlich vorgegebener Formen und bereitet sich auch so auf die widersprüchliche Individualitätsform der Erwachsenen vor.« (Schomers 1980, 555) Es wird dabei übersehen, daß die Subkulturen soziale Probleme in kultureller Form »lösen«, wobei ihre ästhetische Distinktion und ihre distinkte Lebensweise eine immense soziale Sprengkraft entfalten können, wenn sie auf die Ebene des direkten sozialen Handelns transponiert werden. Der Hinweis auf die Kreuzberger Instandbesetzer erübrigt wohl eine weitere Darlegung dieses Zusammenhangs: Es scheint der Hausbesetzer-Subkultur (und daher möchte ich auf dieser Bezeichnung auch bestehen) zum ersten Male seit mindestens 20 Jahren gelungen zu sein, die Identifikation ihrer »Stammkultur« mit ihr zu erhalten und zu entwickeln, selbst wenn dabei die Gewaltproblematik hereinspielt; soviel ist jedenfalls Interviews mit »Müttern« und »Vätern« der Hausbesetzer zu entnehmen.

Gewisse psychosoziale Voraussetzungen der aktuellen Jugendströmungen sind in der Debatte über den »Neuen Sozialisationstyp« (Häising 1979 und, weiterführend, Trescher 1979) zur Sprache gekommen. Dischner, der sonst in ihrer Wertung zuzustimmen ist (sie betont, kurz gesagt, die positive Seite der Integrations- und Kommunikationsverweigerung der Jugendlichen und sieht darin zu rettende Momente unbeschädigten Lebens), übersieht die Möglichkeiten zur realen, auch kämpferischen Problematisie-

zung der Lebensweise der Abhängigen und »Kolonisierten«. Diese Möglichkeiten führt die »scene« in einer widerspruchsvollen Weise vor; aber auch in der Ablösung der Halbstarcken-Parole »Rock'n Roll — Russen raus« durch das Plakat »Die Russen kommen« (beim Grunewalder Sonntagsspaziergang der Hausbesetzer zu den Hausbesitzern) steckt ein Moment der Entwicklung.

Literaturverzeichnis

- Bell, R.R.*: Die Teilkultur der Jugendlichen, in: L. v.Friedeburg (Hrsg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1965
- Bondy, C., und J. Braden, R. Cohen, K. Eyferth*: Jugendliche stören die Ordnung, München 1957 (Bondy 1957)
- Clarke, J., und S. Hall, T. Jefferson, B. Roberts*: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: A. Honneth, R. Lindner, R. Paris (Hrsg.), Jugendkultur als Widerstand, Frankfurt/M. 1979 (Clarke 1979a)
- Clarke, J.*: Die Skinheads und die magische Rückgewinnung der Gemeinschaft, in: A. Honneth, R. Lindner, R. Paris (Hrsg.), Jugendkultur als Widerstand, Frankfurt/M. 1979 (Clarke 1979b)
- Cohen, P.*: Subcultural conflict and working class community, in: Working Papers in Cultural Studies 2, Spring 1972
- Dischner, G.*: Ein Gegenbild zum »eindimensionalen Menschen«, in: H. Häsing, H. Stubenrauch, T. Ziehe (Hrsg.), Narziß — Ein neuer Sozialisierungstypus?, Bensheim 1979
- Friedrich, W.*: Jugend und Jugendforschung, Berlin 1976
- Groschopp, H.*: Zur Kritik der Subkultur-Theorien in der BRD, in: Weimarer Beiträge 23 (1977) H. 12
- Häsing, H., und H. Stubenrauch, T. Ziehe*: Narziß — Ein neuer Sozialisierungstypus?, Bensheim 1979 (Häsing 1979)
- Hartwig, H.*: Jugendkultur, Reinbek 1980
- Haug, W.F.*: Ideologie / Warenästhetik / Massenkultur, Berlin 1979 (Haug 1979a)
- Haug, W.F.*: Umriss zu einer Theorie des Ideologischen, in: Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie, Berlin 1979 (Haug 1979b)
- Jacques, M.*: Aspekte und Tendenzen der Jugendkultur, in: Marxismus Digest Nr. 23 (1975)
- Kaiser, G.*: Randalierende Jugend, Heidelberg 1959
- Kreutz, H.*: Soziologie der Jugend, München 1974
- Peukert, D.*: Edelweißpiraten, Meuten, Swing, in: G. Huck (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980
- Schelsky, H.*: Die skeptische Generation, Düsseldorf/Köln 1957
- Schomers, M.*: Ist die Jugend angepaßt?, in: Demokratische Erziehung 6 (1980), H. 5
- Schwendter, R.*: Thesen zur Jugend-Subkultur in der BRD 1976, in: Vorgänge Nr. 24, 15 (1976) H. 6
- Theobaldy, J.*: Sonntags Kino, Berlin 1978
- Trescher, H.-G.*: Sozialisierung und beschädigte Subjektivität, Frankfurt/M. 1979

Islam und Staat im Imperialismus (I)*

Inhalt

1. Drei Vorbemerkungen
2. Zur Entstehung des Islam als Religion, Staat und Gemeinde
3. Die Entstehung der islamischen Opposition: die Schia
4. Das islamische Recht
5. Recht und Staat
6. Die islamischen Reiche der Neuzeit: die Position der Juristen in den Staatsapparaten
7. Kolonialismus und Imperialismus in der islamischen Welt
- 7.1. Strukturelle Heterogenität, marginalisierter und industrieller Block
- 7.2. Die Säkularisierung des Staates
8. Islamische Antworten auf die kapitalistische Herausforderung
- 8.1. Der Pan-Islam
- 8.2. Der tribale Widerstand unter mystischer Führung
- 8.3. Der städtische Reform-Islam
- 8.4. Die Theoretiker des säkularisierten Staates
- 8.5. Die Ölstaaten und die islamische Wirtschaftsordnung
- 8.6. Die islamische Revolution: auf dem Wege zum sakralen Staat
9. Resümé und Ausblick

1. Drei Vorbemerkungen

Die Zunahme von Staatsfunktionen, die Erweiterung des staatlichen Handlungsreichs und die Vergrößerung der Macht des Staates gegenüber seinen Bürgern ist für die Entwicklung der meisten Gesellschaften der Dritten Welt in den letzten beiden Jahrhunderten charakteristisch. Im Nahen Osten ist dadurch das Verhältnis von Religion und Staat erneut zu einem zentralen politischen Thema geworden. Warum religiöse und nicht säkularisierte Bewegungen dieses Verhältnis in Frage stellen, will ich untersuchen. Die drei Vorbemerkungen, die ich voranstelle, sollen nicht Ergebnisse vorwegnehmen, sondern nur den Interpretationsrahmen verdeutlichen, in dem ich das Thema behandle.

1. Monotheistische Religionen sind Erklärungssysteme für die Entstehung des Kosmos, die den zentralen Platz des Menschen im Weltall verteidigen. Sie entsprechen einem Stand gesellschaftlicher Krisis und Erkenntnis, in dem die Auslieferung des Menschen an den Polytheismus einzelner Natur- und Gesellschaftsmächte weder als normatives noch als Erklärungsmodell ausreichend erscheint. Sie erheben den Anspruch, im Namen eines im Wortsinne absoluten Gottes dem Menschen zu sagen, was richtiges und was falsches Handeln ist. Der eine Gott ist die Instanz, die den Menschen anruft und ihn als Individuum konstituiert. Durch die Befolgung der Gebote Gottes bestätigt

* Die Teile 7 bis 9 werden im folgenden Heft veröffentlicht. Die Literatur zu den einzelnen Abschnitten auch des ersten Teils wird am Ende des Aufsatzes aufgeführt. Der Aufsatz ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags auf der Berliner Volks-Universität, Pfingsten 1981.

Auf den Versuch einer wissenschaftlichen Umschrift wurde verzichtet, weil diese erfahrungsgemäß den Text für den Leser, der nicht Arabisch und Persisch kann, nicht leichter lesbar macht und der Fachmann ohnehin weiß, um welche Worte es sich handelt.

der Mensch sich als das von Gott angerufene Subjekt. Die monotheistischen Religionen setzen Gebote als Normen für menschliches Handeln. Deren Befolgung weist menschlichem Handeln die Richtung. Monotheistische Religionen enthalten überdies teleologische Geschichtsdarstellungen, die es erlauben, historische Vergangenheit als Geschichte der Durchsetzung und Behauptung des Monotheismus zu begreifen. Insofern in dieser Geschichte der jeweiligen monotheistischen Gemeinde eine entscheidende Funktion zukommt, erlauben sie zugleich der religiösen Gemeinde, die Weltgeschichte als eigene Tradition zu begreifen. Alle drei Aspekte sind miteinander verbunden: die Erklärung des Kosmos und der Stellung des Menschen darin, die Normen für individuelles und gesellschaftliches Handeln und die Darstellung der Geschichte als eigener Tradition sind Erklärung und Bekräftigung des Bundes zwischen Mensch und Gott. Sie stellen daher eine religiöse Einheit dar.

2. Alle monotheistischen Religionen stehen vor dem 18. Jahrhundert in Konkurrenz zu Naturwissenschaft und Philosophie, die andere Erklärungsmodelle für die Entstehung des Kosmos geben und den Menschen nicht als dessen Mittelpunkt und Zweck begreifen. Sie stehen in Konkurrenz zum Herrschaftsanspruch des Staats und dessen Rechtsnormen, soweit diese in Konflikt mit religiösen Geboten geraten. Sie stehen in Auseinandersetzung mit der Geschichtswissenschaft, die neue Informationen über den Ablauf der Geschichte gibt und dadurch deren Charakter als Durchsetzungsfeld des Monotheismus und als Tradition der monotheistischen Religionsgemeinschaften zu relativieren droht.

Dieser Konflikt endet in den kapitalistischen Industriegesellschaften Europas und Nordamerikas mit der Säkularisierung von Kultur und Politik. Im kanonischen Recht bedeutet *saculum* die Welt und das bürgerliche Leben. Im Wortsinn bedeutet Säkularisation die Enteignung von Kircheneigentum zugunsten weltlicher Besitzer oder die Erlaubnis, den engeren Bereich kirchlicher Organisation zu verlassen und in der Welt zu leben. Im übertragenen Sinne geht es bei der Säkularisierung von Politik und gesellschaftlichem Leben um beide Fragen: mehr und mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden der Hegemonie der Religion entzogen und zu weltlichen Tätigkeitsfeldern erklärt. Die Menschen richten sich als weltliche Wesen in ihrer Welt ein. Diese Entwicklung ist in Europa nicht nur vom Bürgertum, sondern auch von der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung vollzogen worden.

Spätestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bewirkt der Einsatz der Wissenschaft in der Produktion die Zerstörung ihrer älteren Formen und der ihnen entsprechenden sozialen Organisationsformen. Seit dem Beginn des industriellen Kapitalismus kämpfen in Europa und Nordamerika die neu entstandenen Klassen — Kapitalisten und Arbeiter — um die Veränderung der Arbeitsbedingungen, die Verteilung der produzierten Güter und Dienstleistungen und um die Reform der staatlichen Rechts- und Verwaltungsordnungen. Die Teilerfolge, die die Arbeiter in diesen Kämpfen erreichten, trugen zu einer kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen und damit zu einer Ausweitung des Binnenmarktes bei. Sie stabilisieren so zwar die Entwicklung des Kapitalismus, aber sie sind für das Entstehen und Überleben einer säkularisierten politischen Kultur in der Arbeiterbewegung zumindest ebenso bedeutend wie die Steigerung der Güter- und Dienstleistungsproduktion durch den Einsatz der Produktivkraft Wissenschaft. Einmal war nur durch diese Teilerfolge der Zugang zu erhöhtem Konsum möglich. Zum anderen aber ist es die Erfahrung des im Kampf er-

rungenen Erfolgs, die ein Selbstbewußtsein als handelndes Subjekt, als Arbeiterklasse, vermittelte. Die Entstehung einer säkularisierten politischen Kultur ist also abhängig von den Erfahrungen, die die Massen im Umgang mit ihr machen.

In einer Gesellschaft, in der sowohl die Bourgeoisie als auch die Arbeiterbewegung ihre eigenen Formen säkularisierter politischer Kultur entwickelten, mußten die monotheistischen Religionen ihre Lehr- und Normengebäude reinterpreten. Um den Menschen als Zweck der Schöpfung zu erhalten, mußten sie den Anspruch auf die wissenschaftliche Gültigkeit der Schöpfungsgeschichte aufgeben. An die Stelle konkreter Gebote setzten sie abstrakte Prinzipien, die Orientierung und sinnvolles Handeln erlauben sollen. Die religiöse Geschichtsdarstellung wurde als Sinnbild und moralische Ermahnung verstanden. Auf dieser Basis gelang es, ein Nebeneinander von Religion und Wissenschaft und von Kirche und Staat zu organisieren.

In einer Situation des blockierten Übergangs zur industriellen Gesellschaft, wie sie für fast alle Gesellschaften des Nahen Ostens typisch ist, sind die historischen Voraussetzungen für eine säkularisierte politische Kultur nicht in vergleichbarer Weise gegeben. Der kapitalistische Sektor dominiert zwar alle ökonomischen Sektoren der Gesellschaft, er produziert aber nicht vorrangig für den Binnenmarkt, und er stellt nur einen relativ geringen Teil der Arbeitsplätze. Innerhalb des kapitalistischen Sektors werden die Organisationen der Arbeiter in allen islamischen Ländern entweder ganz verboten oder — häufig mit Unterstützung kapitalistischer Industriestaaten — grausam verfolgt. Die nichtkapitalistischen Sektoren der Ökonomie werden in ihrer ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklung durch den kapitalistischen Sektor determiniert, aber nicht in ihn einbezogen. Sie bleiben weiter bestehen. Die Durchsetzung einer politischen Kultur der Massen auf säkularisierter Basis hat daher in der Sozialgeschichte dieser Länder noch keine sehr günstige Voraussetzung.

3. Religiöse Traditionen sind Bestandteil der Kultur und Politik jeder Gesellschaft. Sie stellen einen großen Teil der Ausdrucksmittel zur Verfügung, in denen Erwartungen an die Gesellschaft, die Natur und den Staat ausgedrückt werden können. In einer säkularisierten politischen Kultur verlieren diese Ausdrucksformen ihren unmittelbaren Zusammenhang mit religiösen Systemen. Sie werden aus dem religiösen Zusammenhang ausgegliedert und in neue Praxis- und Theoriezusammenhänge eingeordnet.

Im Nahen Osten haben säkularisierte politische und soziale Kampfbewegungen erst in diesem Jahrhundert ihre eigenen Traditionen begründet. Sie werden verfolgt und sind machtlos. Die politische Kultur des Säkularismus erreicht weitgehend nur die Städte und in diesen nur die Industriearbeiter und Unternehmer, die Bürokraten und Offiziere, die Studenten und die freien Berufe. In dieser Kultur artikulieren sich also sehr unterschiedliche Interessen. Eine einheitliche politische Bewegung all dieser sozialen Gruppen hat es nur während des antikolonialen Kampfes und nur in wenigen Ländern gegeben.

Im Vergleich zur jungen politischen Kultur des Säkularismus hat die politische Kultur der Religion den Vorteil, daß ihre Ausdrucksformen seit mehr als 1000 Jahren vertraut sind und daß sie — über alle Klassen- und Schichtunterschiede hinweg — in Stadt und Land verstanden wird. In dem Maße, in dem in diesem Jahrhundert in den nahöstlichen Gesellschaften staatliches Handeln immer weniger möglich wird, ohne — in der Form von Parteien, Sammlungsbewegungen oder anderen Organisationen — die Massen in den politischen Prozeß einzubeziehen, gelangt auch die religiöse Kultur dieser

Massen zu größerer politischer Bedeutung. Überall im Nahen Osten ist zu beobachten, daß Politiker versuchen, religiöse Kultur unter staatliche Kontrolle zu bringen und zur Legitimation staatlichen Handelns zu nutzen. Das führt nicht selten zu organisierten Gegenbewegungen. Beide Tendenzen: die Versuche, religiöse Traditionen zu verstaatlichen und religiös legitimierte Oppositionsbewegungen gegen den Staat zu führen, bestimmen heute weitgehend die Innen- und Außenpolitik der Staaten im Nahen Osten.

Dabei ist es wichtig, festzuhalten, daß es gerade die vorbürgerlichen Formen der Religion sind, die in den nahöstlichen Gesellschaften die Massen mobilisieren. Es geht um Religion, die noch nicht den Anpassungsprozeß an eine säkularisierte politische Kultur durchgemacht hat. Religion wird hier verstanden als ganz konkrete Handlungsanweisung, nicht als eine Form des Geschichtsbewußtseins, die sich theologisch begründen läßt. In den Gesellschaften des Nahen Ostens, deren Übergang zu industriellen Gesellschaften langfristig blockiert erscheint, ist die politische Kultur wahrscheinlich auf absehbare Zeit durch den Konflikt zwischen vorbürgerlichen Formen der Religion und Formen der säkularisierten politischen Kultur bestimmt. Dabei sind in die letztere auch alle — nach wie vor wichtigen und m.E. zukunftsweisenden — Versuche einzuordnen, die islamische Theologie so zu formulieren, daß sie die Koexistenz von Religion und säkularisierter politischer Kultur erlauben.

2. Zur Entstehung des Islam als Religion, Staat und Gemeinde

Die Bestimmung des richtigen Verhältnisses von Staat und Religion ist das älteste theologisch-politische Problem des Islam. Wie alle monotheistischen Religionen richtet sich der Islam an Individuen, nicht an Sippen, Stämme oder Verwandtschaftsverbände. Nach islamischer Lehre geht der eine Gott mit den Menschen einen Bund ein. Er offenbart sich auserwählten Propheten, die seine Offenbarung an die Menschen weitergeben. Die Menschen werden durch die Offenbarung Gottes zu seinen Stellvertretern auf Erden. Ihr Bund mit Gott beinhaltet ihren Gehorsam gegenüber den Normen der Offenbarung. Für den religiösen Rang des Individuums ist seine Bindung an den Bund mit Gott entscheidend, nicht seine Zugehörigkeit zu einem Volk oder einer Verwandtschaftsgruppe. Das Individuum wird aus der Bindung an Stamm und Sippe soweit freigesetzt, daß es verantwortlich gemacht werden kann für seine Taten und es ihm möglich wird, den Gehorsam gegenüber der Offenbarung über die Bindung an Volk, Stamm und Sippe zu stellen. Damit diese Emanzipation des Individuums verwirklicht werden kann, muß eine Instanz geschaffen werden, die die Organisation der Individuen in einer neuen, nicht ausschließlich durch Verwandtschaft bestimmten Gemeinde schützt und sichert. Diese Gemeinde ist die umma, die Gemeinschaft der Gläubigen. Die sie schützende Instanz ist im Islam der Staat.

Der Prophet des Islam, Muhammad, verkündet seine Lehre zu Anfang des 7. Jahrhunderts in der großen Handelsstadt Mekka im Westen der arabischen Halbinsel. Um den Verfolgungen zu entgehen, denen er und seine Anhänger in Mekka ausgesetzt sind, wandern sie 622 von Mekka nach Medina aus. Sie trennen sich von ihren mekkanischen Verwandtschaftsgruppen und werden als Individuen Mitglieder der neuen islamischen Gemeinde, der umma. Die Hidschra, die Trennung von der eigenen Sippe und vom eigenen Stamm, begründet die Notwendigkeit der Bildung einer neuen Gemeinde und des sie schützenden islamischen Staats. Das Jahr 622 wird so zum Jahr 1 der isla-

mischen Staatsbildung und der islamischen Zeitrechnung. 632 — im Todesjahr des Propheten — beherrscht der islamische Staat die arabische Halbinsel. 732 stehen die islamischen Heere im Westen vor Tours und Poitiers, im Osten in Zentralasien und dem indischen Subkontinent. Das Riesenreich des Islam ist entstanden, das in Antike und Mittelalter seinesgleichen nicht hat und in dem seit über 1000 Jahren die Islamisierung der Bevölkerung ständig voranschreitet.

Im Rahmen dieses Reichs entsteht der größte einheitliche Wirtschaftsraum des Mittelalters. Das Entstehen dieses Wirtschaftsraums wird begünstigt durch die Städtegründungen, die in allen Teilen des islamischen Reichs aus militärischen und politischen Gründen durchgeführt werden. Die von den Muslimen gegründeten Städte sind nicht nur die Zentren der politischen und militärischen Gewalt, in ihnen konzentriert sich auch die gewerbliche Produktion und der Großhandel. Die gewerbliche Produktion ist vor allem Handwerksproduktion. Einzelne Handwerker oder Handwerkergemeinschaften stellen ihre Produkte für den städtischen Markt oder für den Export her. Es ist also Warenproduktion. Aber da der Produzent sich das Produkt seiner eigenen Arbeit aneignet und es selbständig verkauft, ist das Ziel seiner wirtschaftlichen Tätigkeit vor allem der Austausch zum Zweck der Aneignung von Gebrauchswerten. Es ist ein Tausch Ware — Geld — Ware. Der Produzent tauscht seine Arbeit gegen einen gleichwertigen Anteil fremder, gesellschaftlicher Arbeit. Der Austauschprozeß dient nicht der Bildung von Kapital. »Ein Handwerk«, sagt das arabische Sprichwort, »ist ein guter Schutz gegen Armut und Reichtum«. Der Tausch dient der Reproduktion der eigenen Produktionsfähigkeit. Es handelt sich um ein System der einfachen Warenproduktion.

Die Herstellung einzelner Produkte erfolgt zum Teil in größeren Werkstätten und durch Beschäftigung von Lohnarbeitern. Lohnarbeit ist auch im Handwerksbetrieb bekannt, und der soziale und rechtliche Status des Lohnarbeiters ist wenig beneidenswert. Lohnarbeit ist aber nicht die vorherrschende Form der gewerblichen Beschäftigung.

In den Städten als den Zentren der Warenproduktion sind die Großhändler die ökonomisch und sozial bestimmende Schicht. Sie prägen auch das kulturelle Leben. Aber es gelingt dem Handelskapital anscheinend nur in wenigen Bereichen, sich die Handwerksproduktion zu unterwerfen. Ob die Tatsache, daß Zünfte in den islamischen Städten erst spät, d.h. nach dem 12. Jahrhundert entstehen, daraus zu erklären ist, daß der Staat eine kollektive Organisation der Warenproduzenten zu verhindern sucht, oder ob es die Macht des Handelskapitals ist, die sich hier auswirkt, läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht entscheiden. Es ist in jedem Falle davon auszugehen, daß die Organisation des Markts nicht kollektiven Organisationen der Produzenten überlassen bleibt. Weder Preis- noch Qualitätskontrollen der Produktion fallen in ihre Kompetenz. Der staatlich ernannte Marktinspektor nimmt die Qualitätskontrollen und die Aufsicht über das Verhalten auf dem Markt wahr. Die Preisbildung selbst soll aber offensichtlich — außer in Fällen akuten Mangels — den Verhandlungen zwischen individuellen Produzenten und Kunden überlassen bleiben.

Zweifelsfrei steht fest, daß es dem Handelskapital — vor allem zwischen dem 8. und dem 11. Jahrhundert — gelingt, in vielen Regionen eine marktorientierte Landwirtschaft aufzubauen und so regionale Spezialisierungen durchzusetzen. Für das aufstrebende städtische Bürgertum ist diese Landwirtschaft eine Quelle großen Reichtums. In den Städten wird die Macht dieses Bürgertums nur übertroffen von den Militärs, den hohen Bürokraten und der Staatsklasse.

Auf dem Lande herrscht in den ersten vier Jahrhunderten des Islam das freie Bauerntum vor. Insgesamt scheint in dieser Zeit die Landwirtschaft — vor allem durch eine Diversifizierung der Kulturen — Fortschritte gemacht zu haben. Allerdings wird sie durch den Staat stärker belastet als die städtische Produktion. Das Steuerwesen ist so zugeschnitten, daß er den größten Teil des Mehrprodukts der Bauern als Steuer abschöpfen kann. Die Landflucht und die Vielzahl von Bauernaufständen in Syrien, im Irak und in Ägypten während des 8. und 9. Jahrhunderts sprechen eine deutliche Sprache. Dennoch halten sich die freien Kleinbauern bis zum Ende des 10. Jahrhunderts. Erst im 10. Jahrhundert erfolgt mit der 'Zuweisung von Steuergütern' (iqtaa) der entscheidende Einschnitt. Iranischen und türkischen Offizieren wird von nun an der Steuerertrag bestimmter Ländereien als Sold zugewiesen. Da die Einziehung dieser Steuern nicht durch die Verwaltung kontrolliert wird, ist die Macht des Offiziers, der zugleich Repräsentant des Staats, Steuereintreiber und Grundherr ist, fast unbeschränkt. Steuer und Rente fallen in eins zusammen. Die Bauern können die hohen Abgaben, die die Offiziere von ihnen fordern, nicht zahlen. Sie müssen ihre Ländereien an die Militärs abtreten und werden schollengebundene Arbeiter auf dem Lande ihres Herrn. Von nun an werden die freien Kleinbauern zu schollengebundenen Hörigen. Im osmanischen Reich treten an die Stelle des Militärs mehr und mehr Steuerpächter, an der Situation der Bauern ändert das wenig.

Auch in der Stadt und für das Stadtbürgertum der islamischen Welt stellt das 11. Jahrhundert einen bedeutenden Einschnitt dar. In dieser Zeit verliert die islamische Handelsflotte die Herrschaft über das Mittelmeer. Italienische Schiffe übernehmen den Transport von Waren und Reisenden. Iranische und türkische Dynastien bilden in den Städten eine neue Staatsklasse, unter der das städtische Bürgertum in der arabischen Welt an politischem und ökonomischem Gewicht verliert. Mit den Kreuzzügen gerät der Orient in die Defensive gegenüber Westeuropa. 1258 bringen die Mongoleneinfälle das Ende der Abbasidendynastie mit sich. Das 11. Jahrhundert, das die Defensivperiode einleitet, muß also als das Ende der ersten großen Periode islamischer Staats- und Wirtschaftsentfaltung angesehen werden. Erst unter den großen islamischen Reichen der Neuzeit, den Osmanen in Anatolien, Osteuropa und den arabischen Ländern, den Moghuln in Indien und den Safawiden in Iran wird dieser Defensivstatus zeitweilig überwunden.

3. Die Entstehung der islamischen Opposition: die Schia

Die religiöse Literatur der islamischen Welt wird eindeutig durch die Konzeptionen der städtischen Händler und Handwerker bestimmt. Zumindest gilt das für das neunte und das 10. Jahrhundert. Händler und Handwerker stellen die religiösen Gelehrten. Sie definieren daher das Verhältnis von Religion und Staat im Islam. Ihre Definitionen zeigen, daß Staat und Religion schon im 2. Jahrhundert nach der *hidschra* keineswegs mehr die bruchlose Einheit bilden, wie das ein weit verbreitetes und in der europäischen und islamischen Literatur hartnäckig sich haltendes Ammenmärchen uns weismachen will. Die islamischen Historiker halten fest, daß mit dem vierten Nachfolger Muhammads als Kalifen, d.h. als Oberhaupt des islamischen Staats, die Form des Staats geendet habe, die ausschließlich der Durchsetzung des Islam diene. Die folgende Herrschaft der Omajaden-Dynastie (661-750) gilt als Königsherrschaft, in der das Auseinandertreten von staatlicher Politik und Offenbarungsauftrag bereits deutlich er-

kennbar geworden sei. Seither ist das islamische Staatsverständnis geprägt durch das Ideal eines theonomen Staats, der in der Frühzeit der islamischen Gemeinde göttliches Gesetz und menschliche Vernunft widerspruchsfrei zur Durchsetzung des Offenbarungsauftrags einsetzte. Gleichzeitig weiß man, daß alle danach existierenden Staaten diesem Ideal nicht mehr gerecht werden konnten und daß sie despotischer Natur sind. Orthodoxe Gelehrte akzeptieren das bereits früh als ein notwendiges Übel, das man im Interesse der muslimischen Gemeinde und der islamischen Religion ertragen müsse, solange der Staat nur seine wichtigsten Funktionen erfülle, nämlich den Rechtsfrieden zu wahren, die Religion zu schützen, die Infrastruktur des ökonomischen Lebens aufrechtzuerhalten und die Gemeinde gegen äußere Angriffe zu verteidigen. Solange er das leistet, schulde man ihm Gehorsam, da er den Bürgerkrieg vermeiden helfe: »Sechzig Jahre mit einem ungerechten Sultan sind besser als eine Nacht ohne Imam«.

Andere Muslime haben das nicht so gesehen. Bereits im ersten Jahrhundert führen zahlreiche religiös-politische Oppositionsparteien Kriege gegen die Staatsgewalt und sprechen ihr die religiöse Legitimation ab. Die wichtigste dieser Parteien ist die Schia geworden, die Partei Alis, des Schwiegersohns, Vetters und vierten Nachfolgers Muhammads (er regierte 656-661). Im Verlauf der Jahrhunderte hat die Schia ihre regionalen Schwerpunkte im Irak und in Iran ausgebildet. Es gibt schiitische Gemeinden auch im Libanon und in Indien. Untergruppen der Schia wie die Ismailiten und die Zaiditen sind einflußreich in Afrika, Indien und Südarabien. Die Schiiten stellen heute weniger als 10 % aller Muslime.

Die Schia geht davon aus, daß Gott die muslimische Gemeinde nicht ohne einen unfehlbaren Nachfolger Muhammads an ihrer Spitze habe lassen können. Deswegen habe der Prophet Ali zu seinem Nachfolger ernannt. Nach dessen Tod hätten seine Kinder Hasan und Husain die legitime Nachfolge innegehabt. Die Tötung Husains und die Hinmetzelung der ihn begleitenden kleinen Truppe durch eine überlegene Streitmacht der Omajaden im Jahre 680 bei Kerbela gilt der Schia als Beweis für den despotischen Charakter der großen sunnitischen Reiche. Im Volksislam der Schiiten ist sie Gegenstand einer dramatischen Darstellung rituellen Inhalts geworden, die jährlich am Todestage Husains zelebriert wird, der *taaziya*. Der wahre Islam, so lehren die Schiiten, wird von den Nachkommen Alis, den Imamen, vertreten. Sie seien von Gott erleuchtet, sie werden die Menschen erlösen von Despotie und Ungerechtigkeit und sie seien daher die einzig wirklich legitimen Sprecher des Islam nach dem Propheten. Während das ausgearbeitete theologische Lehrsystem der Schia nicht vor dem Ende des 9. Jahrhunderts entstanden sein kann, prägt die Berufung auf den charismatischen Führer aus dem Hause Muhammads alle proto-schiitischen Aufstände gegen sunnitische Regierungen und einen wesentlichen Teil der proto-schiitischen Doktrinen seit dem 7. Jahrhundert.

4. Das Islamische Recht

Es gibt nicht nur die militante Opposition gegen den Staatsapparat. In den Städten bildet sich die friedliche Opposition der frommen Gelehrten, die im 8. und 9. Jahrhundert das Lehrgebäude des sunnitischen Islam errichten, dem heute etwa 90 % der Muslime angehören. Diese Gelehrten, zumeist Händler und Handwerker, wenden sich gegen die staatliche Verwaltungspraxis, die sich zu sehr vom Geiste der Offenbarung, von der Praxis des Propheten und von der Tradition der muslimischen Gemeinde entfernt

habe. Aus ihrer Opposition gegen die staatliche Verwaltung entsteht das sunnitische Recht. Dessen theologische Grundlagen werden im 9. Jahrhundert endgültig festgelegt. Sie sind zumindest für die beiden ältesten Rechtsschulen des sunnitischen Islam nur eine Rechtfertigung *ex post facto*. In allen wesentlichen Fragen haben diese ihre Rechtssysteme zu Beginn des 9. Jahrhunderts bereits voll entwickelt. Aber auch ihnen dient die Lehre von den vier »Grundlagen des Rechts« (*usul al-fiqh*) als Schutz gegen den Gesetzgebungsanspruch des Staats. Das Recht, sagen die Gelehrten, kann nicht von der Staatsgewalt abhängig gemacht werden. Es muß seine Grundlagen haben im Koran, dem Text der Offenbarung. Die Lebenspraxis des Propheten, die *sunna* (daher sunnitischer Islam), soll die zweite Rechtsquelle sein. Sie ist der gelebte Prozeß der Interpretation der Offenbarung. Da Muhammad das »Siegel der Propheten« ist, d. h. der letzte Empfänger einer göttlichen Offenbarung in der menschlichen Geschichte, endet mit ihm der Offenbarungsprozeß. Gott greift fortan nicht mehr direkt föhrend und lenkend in die Geschichte ein. Daher muß man alle Überlieferungen über die Sprüche und Taten des Propheten sammeln, um im Licht der so gewonnenen Dokumentation die Offenbarung interpretieren zu können. Die dritte Quelle des Rechts ist der *idschmaa*, die Übereinstimmung der Gelehrten der islamischen Gemeinde. Niemals, so heißt es, werde sich die Gemeinde der Muslime auf einen Irrtum einigen. Die vierte Quelle des Rechts sind Analogieschlüsse zu den Lösungen, die aus den ersten drei Quellen gewonnen wurden.

Anders als in der Frühzeit des Islam ist nach dieser Lehre die Staatsmacht keine Quelle der Gesetzgebung mehr. Der Staat wird aus der Gesetzgebung ausgeschlossen. Sein Handeln kann er nur dadurch legitimieren, daß er dem islamischen Recht innerhalb der muslimischen Gemeinde zur Durchsetzung verhilft. In dieser Konstruktion zeigt sich das Mißtrauen der städtischen Gelehrten gegenüber der politisch-militärischen Staatsklasse, auf deren Schutz sie doch zugleich angewiesen sind, um die privilegierte Stellung der Städter gegenüber der Landbevölkerung aufrechtzuerhalten und um ihr Gesetz — zumindest in den Städten — durchzusetzen. Zugleich wird in dieser Lehre das islamische Recht, die *shari'a*, zur höchsten Verkörperung der Religion. Sie regelt für alle Bereiche — von der rituellen Waschung bis zum Kaufvertrag —, was in jeder Situation das aus der Offenbarung abgeleitete richtige Verhalten ist. Die Religion läßt sich so auf die historischen Verhältnisse ihrer Zeit ein, indem sie — mit dem Anspruch zeitloser Gültigkeit — Vorschriften schafft, die auf die Verhältnisse einer bestimmten Sozial- und Wirtschaftsordnung zugeschnitten sind. In diesem Ansatz steckt immer zugleich die Versuchung, Religion mit historisch vergänglichen Sozialordnungen gleichzusetzen. Wenn die Rechtsvorschriften zugleich die dominante Form der religiösen Artikulation werden, stabilisieren sie zwar die Sozialordnung, aber sie werden mit ihr identifiziert und von ihrem Vergehen bedroht. Die Krise der Sozialordnung wird zugleich zur Krise dieser Form der Religion.

Vom 10. Jahrhundert an verwalten die Juristen ein System überkommenen Rechts, dessen Lösungen sich nur noch wenig ändern. Aufbauend auf der theologischen Prämisse eines transzendenten Gottes, der den Menschen nur über seine Offenbarung zugänglich ist und, ausgehend von der Lehre der vier »Grundlagen des Rechts«, erarbeiten sie sich einen Monopolanspruch auf die korrekte Interpretation der Normen des Islam. Die Offenbarung muß im Lichte der Lebenspraxis des Propheten interpretiert werden. Zehntausende von Handlungsbeispielen des Propheten werden daher gesammelt, um

der Interpretation des Offenbarungstexts und der Untermauerung gesetzlicher Vorschriften zu dienen. Die Biographien der Männer, die die Berichte vom Propheten überliefern, müssen gesammelt werden, um die Verlässlichkeit der Überlieferungen zu überprüfen. Ein guter Jurist muß Logik studieren, um den Analogieschluß nach den festgelegten Regeln der Kunst ziehen zu können. Selbstverständlich muß er die Werke der großen Meister seiner Rechtsschule kennen, nach Möglichkeit auch die der anderen Schulen. Grammatik, Sprachwissenschaft und Literaturkenntnis werden in der Textinterpretation verlangt. Gelehrsamkeit und Urteilsfähigkeit zeichnen also den *mudschtahid* aus, den Rechtsgelehrten, der Rechtsnormen auf der Basis dieser vier »Grundlagen des Rechts« entwickeln kann. Nach dem 10. Jahrhundert herrscht weitgehendes Einverständnis darüber, daß die sunnitischen Rechtsgelehrten ihre Urteile im Rahmen der von ihren Schulen erarbeiteten Lösungen zu halten haben. Das wird notwendig, weil die Qualifikation des *mudschtahid* — nach Aussagen der Juristen — so schwer zu erwerben ist, daß sie den meisten Juristen gar nicht oder nur in einem ganz geringen Grade zugesprochen werden kann. Die Mehrzahl der Juristen müssen sich wie »Nachahmer« (*muqallidun*) an die Aussagen ihrer kompetenteren Vorgänger halten, die vor dem 10. Jahrhundert das islamische Recht ausgearbeitet haben. Die Konsequenz ist, daß die Juristen ebenso wie die anderen sunnitischen Gläubigen, einem festgelegten islamischen Gesetz unterworfen sind, das auf einen göttlichen Ursprung zurückgeführt wird, das sie daher nicht ändern dürfen, das sie aber allein verwalten. In den städtischen Gemeinden des sunnitischen Islam ist dieser Monopolanspruch der Juristen auf die korrekte Interpretation der Normen des Islam viele Jahrhunderte lang akzeptiert worden, auch wenn es immer Widerspruch von Theologen und Mystikern gegen die These von der Pflicht zur Nachahmung (*taqlid*) gegeben hat.

Von einem grundlegend anderen Konzept geht die Schia aus. Nach ihrer Theologie zieht sich Gott nicht aus der Geschichte zurück. Der rechtmäßige Imam handelt — wie der Prophet — unter göttlicher Leitung. Seine Handlungen sind daher in gleichem Maße eine Rechtsquelle wie die Heiligen Texte. Die Imame aber ziehen sich — so die schiitische Lehre seit dem Ende des 9. Jahrhunderts — aus der sichtbaren Welt zurück. 874 verschwindet der letzte Imam in einem Keller in Samarra, der heute zu einem der berühmten Wallfahrtsorte der Schia geworden ist. Damit beginnt die »kleine Abwesenheit« (*ghaiba sughra*), in der der verschwundene Imam nur über eine ausgewählte Person Kontakte zur schiitischen Gemeinde hält. Als dieser Kontakt 940 endet, beginnt die bis heute dauernde »große Abwesenheit« (*ghaiba kubra*), in der die schiitische Gemeinde ohne Kontakte zum Imam und das heißt ohne durch Menschen vermittelten Kontakt zu Gott leben muß. Also verwandeln die Rechtsgelehrten und Traditions-sammler der Schia auch die Lebenspraxis der Imame in eine Textsammlung, die den Charakter einer Rechtsquelle annimmt. Neben den Koran, die *sunna* des Propheten und die *sunna* der Imame tritt der *consensus* der schiitischen Gelehrten seit Beginn der »großen Abwesenheit« als eine weitere »Grundlage des Rechts«. Wie die Sunniten erkennen auch die Schiiten den Analogieschluß als eine Quelle der Rechtsfindung an.

Seither obliegt es auch in der Schia den Rechtsgelehrten, aus diesen Quellen die Einzelbestimmungen des islamischen Rechts abzuleiten. Dabei bleibt die Frage lange umstritten, ob der schiitische Jurist den Rang des *mudschtahid* habe und daher eine freie Abwägung der Rechtsquellen gegeneinander vornehmen könne oder ob er gehalten sei, der schiitischen *sunna*, der Lebenspraxis des Propheten und der Imame, in seinen Ent-

scheidungen zu folgen. Diese Frage wird erst im 18. und 19. Jahrhundert endgültig zugunsten der mudschtahid-s entschieden, und die Art, in der sie entschieden worden ist, ist für die schiitische Religionspraxis entscheidend geworden.

Die »Grundlagen des Rechts« sind also in der Schia andere als im sunnitischen Islam. Ebenso weichen die Lösungen der schiitischen Rechtsschulen in vielen Fragen — ganz besonders im Erbrecht — von denen der sunnitischen ab. Auch beanspruchen die schiitischen mudschtahid-s — anders als die sunnitischen ulama — das Recht, selbständig neue juristische Normen aus den 'Grundlagen des Rechts' abzuleiten. Aber in zwei Punkten stimmen schiitische und sunnitische Gelehrte grundsätzlich überein: die schari'a, das islamische Gesetz, ist die höchste religiöse Instanz. Nach ihr muß sich auch das Staatshandeln richten. Die Juristen entscheiden daher, was islamisch ist und was nicht.

5. Recht und Staat

Das Recht der Juristen entspricht den Interessen der Städte, in denen es entsteht. Es ist auf die städtische Produktionsweise und auf die ihr entsprechenden Eigentums- und Zirkulationsformen zugeschnitten. Es ist das Recht einer städtischen Gesellschaft, in der die einfache Warenproduktion die Form gewerblicher Produktion bestimmt und sich sowohl gegen das Handelskapital der Großhändler als auch gegen Staatsaufsicht und Staatsintervention behaupten kann. Als »Rechtsansprüche der Menschen« faßt das islamische Recht alle Eigentumsübertragungen zwischen privaten Personen, ebenso das Ehe-, Familien- und Erbrecht und Teile des Strafrechts auf. Diese »Rechtsansprüche der Menschen« machen den größten Teil der Vorschriften des islamischen Rechts aus. Das Rechtssubjekt, d.h. die rechtsfähige Person, ist der freie Eigentümer, der in Tauschbeziehungen zu anderen Eigentümern tritt. Die Beziehungen zwischen den freien Eigentümern werden durch das Prinzip des gerechten Tauschs geregelt, des Äquivalententauschs, wie die Juristen sagen, des Tauschs, in dem Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Zweck des Tauschs ist die Vermittlung von Gebrauchswerten an ihre Konsumenten. Um Spekulation und ungerechtfertigte Bereicherung zu verhindern, muß die getauschte Ware eine Reihe penibel festgelegter Bestimmungen erfüllen: Sie muß bekannt und definiert sein, ihr Preis muß festgelegt sein. Sie muß sich im Eigentum und in der Verfügungsgewalt des Verkäufers befinden, der Verkauf einer nicht eingeholten Ernte ist demnach unzulässig. Der Versicherungsvertrag, bei dem man nicht weiß, ob man etwas für sein Geld bekommt, was man bekommt und wann man es bekommt, ist in diesem Recht nicht vorgesehen. Ebenso wenig ist der Zins geduldet, er erscheint als das Musterbeispiel einer Bereicherung ohne Gegenleistung. Profitmaximierung gilt noch nicht als höchstes Wirtschaftsziel, das alle Rechtsformen bestimmt. Daher kennt das islamische Recht auch nicht das Prinzip der Vertragsfreiheit. Nur im Gesetz vorgesehene oder durch Gewohnheitsrecht sanktionierte Verträge gelten als rechtens, weil nur in diesen — soweit sie den Bestimmungen des Gesetzes nicht widersprechen — das Prinzip des gerechten Tauschs garantiert ist. Allerdings muß man festhalten, daß im Recht der Partnerschaften, das vor allem im Interesse des Großhandels, der Handwerker und des Grundbesitzes ausgearbeitet wird, deren besonderen Interessen weitgehend Rechnung getragen wird. Dadurch, daß hier die Handelspraxis und die Gewinnmachelei den Prinzipien vorgezogen werden, die sonst Eigentums- und Zirkulationsformen bestimmen, werden hier Großhändlern und Landbesitzern gewinnbringende Kapitalanlagen spekulativen Charakters auch unter Einsetzung fremder Arbeitskraft er-

möglichst. In diesem Bereich wird die größte Annäherung an das Prinzip der Vertragsfreiheit erzielt.

Ein schiitisches Staatsrecht gibt es in der klassischen Periode des Islam nicht. Der Staat, der nicht unter der Führung des Imam steht, ist für die Schia im Prinzip illegitim. Erst seit dem 17. Jahrhundert entwickeln die schiitischen Juristen die Lehrmeinung, daß der Staat legitim sein könne, wenn er von einem unfehlbaren Rechtsgelehrten geleitet werde. Alle sunnitischen Rechtsbücher aber enthalten Darstellungen des legitimen Handlungsbereiches des Staats. Der Staat, so heißt es in ihnen, handelt als Sachwalter Gottes, als Bewahrer des Gesetzes. Er ist an Gottes Gesetz gebunden. Deshalb sind die »Rechtsansprüche Gottes« einseitige und absolute Forderungen, die der Staat seinen Untertanen gegenüber durchsetzt. Da der Staat absolute Forderungen durchsetzt, verliert der Status des freien Eigentümers die grundlegende juristische Bedeutung, die ihm in den Tauschprozessen der »Rechtsansprüche der Menschen« zukommt. Auch der Sklave ist daher in diesem Bereich fast ohne Einschränkungen rechtsfähig. Da der Staat ein islamischer Staat ist, diskriminiert er die Nicht-Muslime: Sie sind im öffentlichen Recht deutlich Untertanen zweiter Klasse.

Der Handlungsbereich, der dem islamischen Staat von den sunnitischen Juristen zugestimmt wird, ist allerdings sehr beschränkt: Der Staat soll den islamischen Gottesdienst in allen seinen Formen fördern und den nicht-islamischen Kultus kontrollieren und überwachen. Er soll die von den Juristen legitimierten Steuern einziehen, die Vorschriften des Strafrechts durchsetzen, die Aufrechterhaltung des Zivilrechts garantieren, die muslimische Gemeinde gegen äußere Feinde schützen und die Infrastruktur, die für das ökonomische Leben der muslimischen Gemeinde wichtig ist, erhalten. In allen diesen Bereichen handelt der Staat nur solange legitim, wie er das Gesetz der Juristen durchsetzt und anwendet. Dieses Gesetz ist vorrangig bestimmt durch die Interessen der Händler und Handwerker. Der Staat erhält also seine Legitimation aus dem Schutz der Sphäre der einfachen Warenproduktion, des Großhandels und der freien Eigentümer, die in beiden Bereichen agieren. Er kann, nach den Vorstellungen der Juristen, die Interessen einzelner freier Eigentümer verletzen, er darf durch seine Eingriffe nicht das System der Warenproduktion und Warenzirkulation der Städte insgesamt gefährden und nicht die Rechte der darin Handelnden zu weit beschneiden, ohne seine religiöse Legitimation aufs Spiel zu setzen. Die Juristen werden so zu Mittlern zwischen einem notwendig tyrannischen Staat, der zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Funktionen gezwungen ist, die ihm im Gesetz zugewiesenen Grenzen zu überschreiten, und den Rechten der städtischen Gesellschaft, die zu ihrem Schutz auf den tyrannischen Staat angewiesen ist und sich doch gegen seine Übergriffe zur Wehr setzen muß.

6. Die islamischen Reiche der Neuzeit: die Position der Juristen in den Staatsapparaten

Es ist selbstverständlich, daß das Recht ein Idealbild zeigt, das die islamischen Juristen des Mittelalters konstruierten. Die historische Situation ist sehr viel komplizierter: Die einfache Warenproduktion ist außerhalb der Städte nicht vorherrschend. In den Städten gibt es einen kapitalistischen Sektor der Ökonomie. Die staatliche Macht hält sich nicht an die ihr zugewiesenen Aufgaben und an den ihr abgesteckten Spielraum. Staatseingriffe in die Ökonomie werden vor allem im Osmanischen Reich, das vom 16. bis zum 20. Jahrhundert weite Teile der türkischen und arabischen Welt und der ost-

europäischen Länder beherrschte, systematisch vorgenommen. Aber der Charakter der städtischen Warenproduktion als einer einfachen Warenproduktion wird unter den Osmanen nicht nur aufrechterhalten, sondern bewußt gefördert. Der deutlichste Beweis dafür ist die systematische staatliche Unterstützung des Aufbaus von Handwerkszünften in allen Provinzen des osmanischen Reichs. Auch der Handel wird zwar gelenkt und gesteuert, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Großhändler — gleich nach den Vertretern der Staatsklasse — die ökonomisch und sozial tonangebende Klasse der großen Städte bleiben und daß die Aktivitäten von Handwerkern und Händlern in vielfacher Hinsicht mit denen der Religionsgelehrten verbunden sind.

Auch das islamische Recht wird nicht in Frage gestellt. Es wird allenfalls durch ein staatliches Recht im Bereich der Steuern, des Strafrechts und der Verteilungsregeln ergänzt. Gerade im Vergleich zu diesem Staatsrecht, das auch die islamischen Juristen anwenden müssen, gewinnt das überkommene islamische Recht mit seinen Vorstellungen von den engen Grenzen des Staatshandelns eine große religiöse und ideologische Bedeutung. Gerade weil die bürokratischen und militärischen Apparate des Osmanischen Reichs diese Grenzen des Staatshandelns ständig verletzen, bedarf es für jede einzelne dieser Verletzungen einer neuen religiösen Legitimation. Im Osmanischen Reich werden daher die religiösen Gelehrten in staatlich bezahlten Hierarchien zusammengefaßt und zu einem Teil des Staatsapparats gemacht. Neu daran ist nicht, daß der Staat die Juristen überwacht. Man kann die staatliche Kontrolle des Justizwesens bis in die Entstehungsgeschichte des Islam zurückverfolgen. Aber das 11. Jahrhundert stellt auch in diesem Bereich eine Zäsur dar. Wir wissen, daß die überwiegende Mehrzahl der Rechts- und Religionsgelehrten im 9. und 10. Jahrhundert Handwerker und Großhändler waren und daß der Anteil der Regierungsangestellten an den religiösen Gelehrten gegenüber dem 7. und 8. Jahrhundert deutlich zurückging. Die Ausbildung der Juristen zumindest war in dieser Zeit nicht staatlich kontrolliert. Seit vom 11. Jahrhundert an juristisch-theologische Ausbildungsstätten zunehmend vom Staat gegründet und kontrolliert werden, gelingt es der Obrigkeit, zusätzlich zu den seit jeher staatlich kontrollierten Ämtern des Qadi, des Imams der Freitagsmoschee und des Mufti auch die Lehrberufe unter staatliche Kontrolle zu bringen. Eine zunehmende finanzielle Abhängigkeit der Juristen und Gelehrten vom Staat ist die Folge, die sich auch in der Rechtsprechung und im Inhalt des Rechts deutlich bemerkbar macht. Diese Entwicklung findet ihren Höhepunkt in der Bürokratisierung und Hierarchisierung der Lehr- und Justizberufe im Osmanischen Reiche. Dieses Bild wird durch die über die einzelnen Provinzen des Osmanischen Reichs vorliegenden Fallstudien bestätigt. Die Juristen versuchen, auch unter den neuen Bedingungen an ihrer traditionellen Rolle als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft festzuhalten. Ihre zunehmende Abhängigkeit von der Staatsklasse macht es ihnen aber immer schwieriger, den an sie gestellten gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu werden. In dieser Periode werden die Juristen zu einem eigenen Stande, in dem die staatsabhängigen Ämter und Privilegien häufig vom Vater auf den Sohn vererbt werden. Die Juristen bemühen sich, auch diese Entwicklung zu legitimieren.

Seit im 16. Jahrhundert der erste schiitische Staat, das Reich der Safawiden (1501-1722), entsteht, dessen Monarchen sich ihre Gelehrten aus den arabischen Ländern holen, entwickelt sich in Iran eine schiitische Geistlichkeit, die sich kooperativ zum Staat verhält, von seinen Zuwendungen abhängig ist und an Theorien zu seiner Legitimie-

rung mitarbeitet. Aber als im 17. Jahrhundert die Staatsmacht der Safawiden langsam zerfällt, entsteht unter den schiitischen Juristen die Lehre, daß in der Abwesenheit des gerechten Imam nur ein mudschtahid, ein qualifizierter Jurist, der legitime Lenker des Staatswesens sein dürfe.

Diese Lehre verschärft die innerschiitische Auseinandersetzung um die Frage, ob der mudschtahid frei sei in der Erarbeitung der islamischen Normen und ihrer Ableitung aus den Grundlagen des Rechts oder ob er gebunden sei an die Lebenspraxis der Imame. An den heiligen Stätten der Schia, in den vier heiligen Städten des Irak (Kerbela, Nadschaf, Samarra und Kazimain), herrscht seit dem 17. Jahrhundert die Meinung vor, daß die achbar, die Überlieferungen von den Imamen, bindend seien. Teils mit theologisch-juristischer Argumentation, teils mit der Denunzierung ihrer Gegner als Ketzer, teils durch den Einsatz ihrer schlagkräftigen Anhängergruppen setzen sich die mudschtahid-s, die Vertreter der freien Quellenwürdigung, im 18. Jahrhundert gegen die achbari-s, die Anhänger der Bindung an die Tradition, durch. Sie lehren, daß in Abwesenheit des Imam für den einfachen Gläubigen der mudschtahid das in allen Fragen verpflichtende Vorbild ist. Jeder Gläubige habe sich einen mudschtahid zum Vorbild zu nehmen und ihm zu folgen. Für die praktische Realisierung der Pflicht sorgen die niederen Geistlichen, die Molla-s, die verpflichtet sind, sich gegenüber den mudschtahid-s zu verhalten wie jeder andere Gläubige, gehorsam und nachahmend. Die Molla-s sind in den kleineren sozialen Organisationen, den Stadtvierteln, Dorfgemeinschaften und tribalen Einheiten die Vertreter der Religion. Ihre Bindung an einen mudschtahid vergrößert daher die soziale Basis, auf die sich der mudschtahid stützen kann. Für die militante Unterstützung dieses Anspruchs haben sich offensichtlich nicht wenige mudschtahid-s im 18. und 19. Jahrhundert kleine Privatarmeen aus Dieben und Straßenräubern gehalten, denen sie in den heiligen Stätten Asyl gewährten und die sich als Gegenleistung für sie schlugen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts treten an die Stelle dieser luti-s, der Straßenräuber, mehr und mehr die Studenten der theologischen Ausbildungsstätten. »Also wurde«, schreibt Hamid Algar, »die Kontrolle einer madrasa, einer theologisch-juristischen Ausbildungsstätte, doppelt wünschbar, sie bot die finanzielle Macht der frommen Stiftungen und die physische Stärke der Studenten«.

Der Zugang zur Leitung einer madrasa ist aber — ebenso wie die Bindung der Molla-s an einen mudschtahid — nur erreichbar über die Anerkennung der wissenschaftlichen Leistung durch andere mudschtahid-s. Erst diese macht es möglich, sich durch die Anerkennung der Molla-s eine soziale Basis für den eigenen geistlichen Führungsanspruch zu schaffen, und nur sie erlaubt die Kontrolle über religiöse Institutionen mit allen damit verbundenen Vorteilen. Der Ausgangspunkt ist und bleibt also die wissenschaftliche Anerkennung durch andere Gelehrte, die bei dem großen Einsatz, um den es geht, schwer zu erwerben ist. Aber auch unter den schiitischen mudschtahid-s dieser Zeit zeigt sich eine deutliche Tendenz zur Vererbung von Ämtern und Privilegien, die darauf hindeutet, daß in der Anerkennung der wissenschaftlichen Leistung das soziale Prestige der Familie des Gelehrten eine wichtige Rolle spielte.

Anders als im sunnitischen Islam hat die Herausbildung eines solchen geistlichen Standes in Iran die völlige geistliche Abhängigkeit der Laien von den mudschtahid-s zur Folge. Den Laien wird jede religiöse Disputation verboten. Sie haben keine andere Wahl, als ihren gewählten geistigen Vorbildern zu folgen. »Diese Lehrmeinung«,

schreibt Nikki R. Keddie, »gab den lebenden mudschtahid-s eine Macht, die über alles hinausging, was die sunnitischen ulama beanspruchten, und die ihren Entscheidungen eine Kraft (sanction) gab, die über alles hinausging, was nur vom Staat angeordnet war«.

Mit der Konstituierung der mudschtahid-s als eines gegen den Rest der Gesellschaft abgegrenzten und vom Staat unabhängigen Standes setzt sich eine Politisierung und Personalisierung des Islam der schiitischen mudschtahid-s durch, die sich deutlich vom Beamtencharakter des sunnitischen Juristenkorps und der Objektivität seiner Textbindung unterscheidet. Eine vergleichbare Form religiöser Organisation des sunnitischen Islam stellen in dieser Zeit nur die mystischen Bruderschaften in den Ländern Nordafrikas westlich von Ägypten dar.

Angesichts der politischen und militärischen Schwäche der Qadscharen (1779-1924), der Dynastie, die den Safawiden folgt, und angesichts der hervorragenden Stellung, die die schiitischen Gelehrten in der städtischen Gesellschaft einnehmen, gelingt es ihnen als Verwalter frommer Stiftungen, als Verwalter und Betreuer von Spenden, als Einzahler religiöser Steuern, als Nutznießer von Staatszuwendungen, zum Teil auch durch Handel, Wucher und Spekulation, sich eine solide ökonomische Basis für ihren Führungsanspruch zu sichern. Sie gewinnen dadurch eine Handlungsfähigkeit gegenüber dem Staat, die sie im 19. Jahrhundert befähigt, diesem zahlreiche Niederlagen in politischen Auseinandersetzungen beizubringen. Allerdings bleibt ihre Opposition gegen den Staat in dieser Zeit beschränkt. Sie ist zum einen prinzipieller Natur: Sie spricht dem Staat jede Legitimität ab. Sie ist zum anderen punktueller Natur: Die militanten Aktionen der Gelehrten richten sich gegen einzelne Aktionen des Staates. Vor dem Ende des 19. Jahrhunderts unternehmen die schiitischen Geistlichen nie den Versuch, den Staatsapparat zu erobern. Ihre religiöse Legitimation leitet sich vielmehr gerade daraus ab, daß sie einem notwendig despotischen Staat legitime und militante Opposition leisten. Die schiitische Geistlichkeit versteht sich nicht nur als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft, sondern als Verteidiger der Gesellschaft gegen den Staat.



Die Wertfrage in der Erziehung (Schule und Erziehung VIII)

(AS 58: ISBN 3-88619-008-0) 216 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Den z.T. in heftiger Divergenz vorgetragenen Ansätzen dieses Bandes ist gemeinsam, daß sie konservative Werteerziehung nicht allein kritisch zurückweisen, sondern darüber hinaus klärende Orientierungen für fortschrittliche Lehr- und Lernprozesse herausarbeiten. Die unterschiedlichen Sichtweisen von Sozialgeschichte der Erziehung, dialektisch-materialistischer Bildungstheorie, Kritischer Psychologie und Ideologietheorie werden dabei gewinnbringend miteinander verbunden. Weitere Beiträge u.a.: Erfahrungsberichte aus der Unterrichtspraxis; ein Bericht über das Eindringen der Umorientierungsversuche des Forums 'Mut zur Erziehung' in Lehrpläne und Lehrerausbildung; ein Literaturbericht zu Fragen der 'moralischen Erziehung'.

DAS ARGUMENT 129/1981 ©

darität oder die Härte des Ringens zwischen den verschiedenen innergewerkschaftlichen Tendenzen, von kruden antisozialistischen Standpunkten bis zu verkappten Anhängern der Vor-August-Verhältnisse, zu unterschätzen. Aber es verweist darauf, daß über die für sich schon bedeutsamen quantitativen und qualitativen Teilerfolge der Gewerkschaftsarbeit hinaus — Lohnverbesserungen, 40-Stunden-Woche, Gewerkschaftsrechte bis hin zur »Land-Solidarität« — in der selbstbewußten Herausbildung autonomer Klassengewerkschaften zugleich die Keime eines neuen, höheren Typs sozialistischer Industriegesellschaften und eines entsprechenden Produzentenbewußtseins, das sich wirklich auf die Höhe seiner Zeit vorarbeitet, angelegt sind.

Das zweite Schlüsselement der »polnischen Lektion« scheint mir in der Anbahnung eines radikal veränderten Verhältnisses zwischen Politik (der Arbeiterbewegung eines Staates im sozialistischen Lager) und Kultur (einer Polnische Nation genannten katholischen Schicksalsgemeinschaft) zu bestehen. Es findet seinen äußerlichen Niederschlag in der Garantie und bewußten Anerkennung eines nicht nur religiösen, sondern auch gesellschaftspolitischen Betätigungsfeldes für die katholische Kirche, symbolisiert etwa im Recht auf die sonntägliche Übertragung der Hl. Messe durch die Massenmedien; aber auch die Tolerierung nationaler Gedenktage, selbst wenn deren Anlaß mit den Traditionen der Arbeiterbewegung unvereinbar ist, und die Suche nach gemeinsamen, für das Selbstverständnis der Partei wie der Solidarität akzeptablen Formen, beispielsweise der 1.-Mai-Feiern, ließen sich in diesem Zusammenhang erwähnen. Eine schlaglichtartige Bekräftigung und Verstärkung dieses Vorganges, den man sehr wohl als 'historischen Kompromiß' zwischen Arbeiterklasse und Kirche Polens bezeichnen könnte, signalisierten 1979 der Besuch des Wojtila-Papstes und im Dezember 1980 die Einweihung des Mahnmals für die 10 Jahre zuvor von Armee- und Milizeinheiten getöteten polnischen Arbeiter in Gdansk und Gdynia.

Beide Momente, von der gesamten Nation mit einer beispiellosen Geschlossenheit durchlebt, erzwungen und besiegelten zugleich ein Zusammengehen von Kräften wie der katholischen Amtskirche und der noch kaum erneuerten VPAP-Führung, deren geistige Herkunft und Ausprägung gegensätzlicher nicht denkbar sind. Gewiß hat sich damit die ideologische Herausforderung für den Marxismus, den polnischen Arbeiterbe-

Ostwind — Westwind in Europa

Sommer 1981. Wieder einmal hat es den Anschein, als würde die Linke kaum oder allzu verspätet begreifen, was sich in zwei unserer wichtigsten Nachbarländer an Neuem, an gesellschaftlicher Krise, an Umbruch und Aufbruch ereignet. Und dieses Unverständnis muß zwangsläufig, jedenfalls dann, wenn es sich dort um große, geschichtsmächtige Veränderungsprozesse handelt, mit dazu beitragen, daß selbst die 'Hausaufgaben', die hier und heute den progressiven Kräften in der Bundesrepublik aufgenötigten Entscheidungsschlachten nur mit verminderten Erfolgsaussichten angegangen werden. Gemeint sind die Ereignisse in Polen und Frankreich und der Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und in Mitteleuropa. So verschieden der Einsatz ist, der hier wie dort auf dem Spiel steht, so wenig beschränkt sich seine gegenseitige Verknüpfung auf eine zufällige geographische oder zeitliche Nähe.

Ein Jahr nach dem August 1980 fällt es immer noch schwer, die ganze Tragweite des seitdem in Polen begonnenen Erneuerungsprozesses zu erfassen; immer noch ist es erforderlich, jeden Versuch der Analyse und Einschätzung 'aus dem Westen' gegen Instrumentalisierungen, vorschnelle Parteinahmen und von außen kommende Lösungsvorstellungen abzusichern.¹ Was aber drückt sich darin letztlich anderes aus, als eben das Unerhörte der polnischen Erfahrung selbst, ihres Vorstoßens zu neuen Horizonten diesmal sozialistischer Gesellschaftsentwicklung, die in der Geschichte nun einmal seit eh und je nicht anders denn krisenhaft geboren werden? So unübersehbar der neue polnische Weg entscheidende Bewährungsproben noch vor sich hat, so wenig die Gefahr seines Absturzes in eine nationale Katastrophe schon überwunden ist, so deutlich wird doch andererseits, daß die Welt der sozialistischen Länder mit jedem Tag seines Fortbestehens und seiner Stabilisierung unwiderruflicher anders wird. Auf das äußerste verkürzt scheint mir der Kern des polnischen Experiments vor allem in der Suche nach alternativen Antworten zu drei Schlüsselproblemen für die Entwicklungsfähigkeit der vorhandenen sozialistischen Gesellschaftsordnungen zu bestehen. Jede von ihnen steckt zugleich voller Denkanstöße nicht nur für die übrigen Staaten des sozialistischen Lagers, sondern auch für die Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung im Westen.

Zunächst als der lange Zeit beherrschende Ausgangspunkt: die Entstehung unabhängiger, mit Streikrecht ausgestatteter Gewerkschaften. Ihre Existenz wie ihr innerer Entwicklungsprozeß seit dem August 1980 haben jenseits aller Anlaufschwierigkeiten und Kinderkrankheiten das Erfordernis, aber auch die Realisierbarkeit von neuen Grundformen sozialistischer Demokratie im Produktionsprozeß unter Beweis gestellt. Die Autonomie der Solidarnosc von Staat und Partei, die Doppelmitgliedschaften ebenso wie die Einhaltung strikter Inkompatibilitätsregeln einschließt, liefert hierfür gewiß nur eine notwendige, erst durch kohärente gewerkschaftliche Praxis auszufüllende Voraussetzung. Sie belegt aber schon jetzt, welche Chancen der Aktivierung von Millionen Lohnabhängigen, ihrer Einübung in elementare, aber dennoch umstürzend neue und wo denn sonst erreichte Formen direkter betrieblicher und gesellschaftlicher Einflußnahme so eröffnet werden können. Dieses zu konstatieren, heißt mitnichten, die Fülle von unrealistischen »Alles-oder-Nichts-Erwartungen« in den Reihen der Soli-

DAS ARGUMENT 129/1981 ©

eine formale Bedingung hierfür. Richtig verstanden bedeuten sie nicht einmal eine Durchbrechung der gewiß nicht unproblematischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus, geschweige denn, daß sie die Fähigkeit der Partei zu einheitlichem politischen Handeln ausschließen.

Andererseits dürfte es wenig Veränderungen im politischen System der sozialistischen Länder geben, die mit gleicher Zwangsläufigkeit die Frage auslösen: Warum nicht auch anderswo? Zudem läßt das Ausmaß, in dem die Parteimitglieder von ihrem neuen Recht Gebrauch gemacht haben, sehr wohl eine weitergehende Intention erkennen, die Partei und ihre Führung nämlich für alle Zukunft in die Gesellschaft und das heißt zuallererst in die Arbeiterklasse, wie sie wirklich ist, zurückzuholen. Allen Tendenzen zur Absonderung einer selbständigen, durch die Nomenklatura geschützten politischen Führungsklasse soll entschlossen ein Riegel vorgeschoben werden. Wer wollte bestreiten, daß es sich dabei um ein die Ausstrahlung des Sozialismus als Gesellschaftssystem elementar berührendes Unternehmen handelt? Dennoch enthält es für sich genommen noch kein ausreichendes inhaltliches Programm zur Krisenbewältigung. Zudem ist die Frage, welche Mechanismen pluralistischer gesellschaftlicher Interessenvertretung die erneuerte Partei außerhalb der Solidarnosc nicht nur tolerieren, sondern als Objektivierungsinstanz gegenüber ihrer eigenen Führungsfähigkeit selbst befördern sollte, sicher noch nicht annähernd hinreichend beantwortet. So wenig die Wegstrecke zur gesellschaftlichen Erneuerung Polens auch nach den Entscheidungen des außerordentlichen Parteitag im Hinblick auf zusätzliche Zerreißproben, ökonomische wie politische Klippen und Untiefen ausgemessen erscheint, so unbedingt sollte sich dieses Land jedoch bei seiner Suche nach eigenen Lösungen auf die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in Ost und West verlassen können.

Frankreich nach dem 10. Mai 1981. Ist der polnischen Entwicklung, wenn auch aus durchsichtigen Gründen, täglich breiter Raum in den hiesigen Massenmedien gewidmet, läßt sich bisher für den begonnenen Veränderungsprozeß in unserem größten westlichen Nachbarland nicht gleiches sagen. Und das alles, obwohl hier die Rückwirkungen auf Ökonomie und Politik im eigenen Land unverhältnismäßig direkter sein werden. Auf dem einen Bereich der Verknüpfungsmöglichkeiten sind die Mit-

darität oder die Härte des Ringens zwischen den verschiedenen innergewerkschaftlichen Tendenzen, von kruden antisozialistischen Standpunkten bis zu verkappten Anhängern der Vor-August-Verhältnisse, zu unterschätzen. Aber es verweist darauf, daß über die für sich schon bedeutsamen quantitativen und qualitativen Teilerfolge der Gewerkschaftsarbeit hinaus — Lohnverbesserungen, 40-Stunden-Woche, Gewerkschaftsrechte bis hin zur »Land-Solidarität« — in der selbstbewußten Herausbildung autonomer Klassengewerkschaften zugleich die Keime eines neuen, höheren Typs sozialistischer Industriegesellschaften und eines entsprechenden Produzentenbewußtseins, das sich wirklich auf die Höhe seiner Zeit vorarbeitet, angelegt sind.

Das zweite Schlüsselement der »polnischen Lektion« scheint mir in der Anbahnung eines radikal veränderten Verhältnisses zwischen Politik (der Arbeiterbewegung eines Staates im sozialistischen Lager) und Kultur (einer Polnische Nation genannten katholischen Schicksalsgemeinschaft) zu bestehen. Es findet seinen äußerlichen Niederschlag in der Garantie und bewußten Anerkennung eines nicht nur religiösen, sondern auch gesellschaftspolitischen Betätigungsfeldes für die katholische Kirche, symbolisiert etwa im Recht auf die sonntägliche Übertragung der Hl. Messe durch die Massenmedien; aber auch die Tolerierung nationaler Gedenktage, selbst wenn deren Anlaß mit den Traditionen der Arbeiterbewegung unvereinbar ist, und die Suche nach gemeinsamen, für das Selbstverständnis der Partei wie der Solidarität akzeptablen Formen, beispielsweise der 1.-Mai-Feiern, ließen sich in diesem Zusammenhang erwähnen. Eine schlaglichtartige Bekräftigung und Verstärkung dieses Vorganges, den man sehr wohl als 'historischen Kompromiß' zwischen Arbeiterklasse und Kirche Polens bezeichnen könnte, signalisierten 1979 der Besuch des Wojtila-Papstes und im Dezember 1980 die Einweihung des Mahnmals für die 10 Jahre zuvor von Armee- und Milizeinheiten getöteten polnischen Arbeiter in Gdansk und Gdynia.

Beide Momente, von der gesamten Nation mit einer beispiellosen Geschlossenheit durchlebt, erzwangen und besiegelten zugleich ein Zusammengehen von Kräften wie der katholischen Amtskirche und der noch kaum erneuerten PVAP-Führung, deren geistige Herkunft und Ausprägung gegensätzlicher nicht denkbar sind. Gewiß hat sich damit die ideologische Herausforderung für den Marxismus der polnischen Arbeiterbewegung nicht verkleinert, sondern vergrößert. Es wäre auch leichtfertig, heute schon sagen zu wollen, wer in einem solchen geistigen Kräftemessen, das noch die Wurzeln der eigenen weltanschaulichen Identität dem rauhen Wind gesellschaftlicher Veränderungsprozesse aussetzt, in dieser oder jener Hinsicht die Oberhand behält. Dennoch wird oft unterschätzt, welches Maß an Vitalität und Überlebensfähigkeit sich in der Annahme dieser Herausforderung, im Einhalten der Methode des 'Dialogs zwischen Polen' von seiten der Arbeiterpartei äußert.²

Der dritte, eng mit den beiden ersten verknüpfte Kernpunkt des polnischen Experiments ist nur langsam in das Zentrum des allgemeinen Interesses gerückt. Es geht um den in dieser Gründlichkeit bisher einmaligen Versuch, die gesellschaftliche Führungsrolle oder Hegemonie einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei von innen heraus aus einer ebenfalls beispiellosen Glaubwürdigkeitskrise herauszuführen und neu zu begründen. Wiederum sind die spektakulären Verfahrensänderungen zur Sicherung der innerparteilichen Demokratie — von der geheimen und strikt basisbezogenen Wahl der Parteitagdelegierten über die Öffnung horizontaler Strukturen der Meinungsbildung bis zu den Modalitäten für die Wahl des 1. Sekretärs durch den Parteitag — nur

eine formale Bedingung hierfür. Richtig verstanden bedeuten sie nicht einmal eine Durchbrechung der gewiß nicht unproblematischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus, geschweige denn, daß sie die Fähigkeit der Partei zu einheitlichem politischen Handeln ausschließen.

Andererseits dürfte es wenig Veränderungen im politischen System der sozialistischen Länder geben, die mit gleicher Zwangsläufigkeit die Frage auslösen: Warum nicht auch anderswo? Zudem läßt das Ausmaß, in dem die Parteimitglieder von ihrem neuen Recht Gebrauch gemacht haben, sehr wohl eine weitergehende Intention erkennen, die Partei und ihre Führung nämlich für alle Zukunft in die Gesellschaft und das heißt zuallererst in die Arbeiterklasse, wie sie wirklich ist, zurückzuholen. Allen Tendenzen zur Absonderung einer selbständigen, durch die Nomenklatura geschützten politischen Führungsklasse soll entschlossen ein Riegel vorgeschoben werden. Wer wollte bestreiten, daß es sich dabei um ein die Ausstrahlung des Sozialismus als Gesellschaftssystem elementar berührendes Unternehmen handelt? Dennoch enthält es für sich genommen noch kein ausreichendes inhaltliches Programm zur Krisenbewältigung. Zudem ist die Frage, welche Mechanismen pluralistischer gesellschaftlicher Interessenvertretung die erneuerte Partei außerhalb der Solidarnose nicht nur tolerieren, sondern als Objektivierungsinstanz gegenüber ihrer eigenen Führungsfähigkeit selbst befördern sollte, sicher noch nicht annähernd hinreichend beantwortet. So wenig die Wegstrecke zur gesellschaftlichen Erneuerung Polens auch nach den Entscheidungen des außerordentlichen Parteitagess im Hinblick auf zusätzliche Zerreißproben, ökonomische wie politische Klippen und Untiefen ausgemessen erscheint, so unbedingt sollte sich dieses Land jedoch bei seiner Suche nach eigenen Lösungen auf die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in Ost und West verlassen können.

Frankreich nach dem 10. Mai 1981. Ist der polnischen Entwicklung, wenn auch aus durchsichtigen Gründen, täglich breiter Raum in den hiesigen Massenmedien gewidmet, läßt sich bisher für den begonnenen Veränderungsprozeß in unserem größten westlichen Nachbarland nicht gleiches sagen. Und das alles, obwohl hier die Rückwirkungen auf Ökonomie und Politik im eigenen Land unverhältnismäßig direkter sein werden. Anfangs mochte dies noch mit der Verblüffung zu erklären sein, die Mitteleuropas und der französischen Linken Siegeszug hierzulande in sämtlichen politischen Lagern ausgelöst hat. Doch längst ist die professionelle Politik, sind die maßgebenden Wirtschaftskreise und die ihnen verbundene öffentliche Meinung zu Positionen des bagatellisierenden 'Alles halb so schlimm' und der bislang noch geräuschlos eindämmung des 'französischen Bazillus' etwa auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik übergegangen. Dagegen scheint in der hiesigen Linken noch immer eine skeptische Abwartenshaltung zu überwiegen, die das Außerordentliche der französischen Vorgänge eher übersieht, denn als Impuls für die eigene Praxis aufgreift. Wieder einmal zeigt sich nachteilig, daß die Linke beider Länder weder politisch noch gewerkschaftlich über ausgebaute Brücken zueinander und kaum über gemeinsame Identifikationspunkte verfügt.

Dessenungeachtet deuten viele Anzeichen darauf hin, daß sich in Frankreich — unbestreitbar als Vorreiter für das übrige kapitalistische Europa — eine der größten Anstrengungen der westlichen Arbeiterbewegung vorbereitet, den Weg zu einer Übergangsgesellschaft mit sozialistischer Perspektive zu öffnen. Und Frankreich dürfte nicht Frankreich sein, wenn ein solcher Vorgang nicht bis hin in andere Kontinente Wider-

hall fände, ohne dramatische Zuspitzungen, Rückschläge, aber auch unverzichtbare neue Einsichten in die endliche Machbarkeit der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in deren Zentren abliefe. Für eine solche Einschätzung, die augenblicklich noch überraschen mag, sprechen zumindest die folgenden Anhaltspunkte. Frankreich befindet sich, wesentlich stärker als selbst die Bundesrepublik, in einer seiner schwersten Wirtschaftskrisen. Angesichts des erreichten Ausmaßes an Arbeitslosigkeit, Inflation und Niedrig-Löhnen, regionaler Rückstände und sozialstaatlicher Defizite sind die traditionellen Wege kapitalistischer Krisenbereinigung, gerade jetzt wieder in Großbritannien und den USA vorexerziert, friedlich nicht mehr durchzusetzen. Ebenso wenig erscheint es unter den absehbaren Entwicklungen der kapitalistischen Weltwirtschaft plausibel, daß Frankreich im Rahmen der alten ökonomischen Logik jener Spielraum gelassen würde, um einen Wohlfahrtsstaat nach klassisch sozialdemokratischer Art wie etwa in Nordeuropa aufzubauen. Die Krisenbekämpfung der neuen französischen Regierung wird also, will sie sich nicht selbst in kürzester Zeit kompromittieren, notwendig über die gewohnten Mechanismen profitorientierter Wirtschaftssteuerung hinausgehen müssen. Das bedeutet keinen Zwang oder gar Automatismus für die Realisierung systemverändernder Weichenstellungen; wohl aber setzt man sich jedenfalls in Frankreich unter einen bewußten und gewollten Handlungsdruck in dieser Richtung, wenn man beispielsweise den Abbau der Arbeitslosigkeit zum wichtigsten Erfolgskriterium der eigenen Wirtschaftspolitik erklärt.

Zum anderen sind die Kräfte, die François Mitterrand zum Präsidenten gewählt haben und seine Regierung bilden, ihr Programm und die Konstellation ihrer Herrschaftsübernahme deutlicher auf Gesellschaftsveränderung in Richtung Sozialismus festgelegt, als dies bisher für irgendeine andere, mit stabilem politischen Mandat ausgestattete Regierung und Parlamentsmehrheit im Westeuropa der Nachkriegszeit gegolten hat. Das trifft nicht nur für die französischen Kommunisten als integrierter Teil der jetzigen politischen Mehrheit zu, sondern nicht weniger für die Partei Mitterrands. Er könnte numerisch auf die kommunistischen Minister samt ihrem politischen und gewerkschaftlichen Umfeld verzichten, aber schon schwerer auf die Mitarbeit seines eigenen linkssozialistischen Parteiflügels. Und bliebe das von eben der CERES-Gruppe erheblich mitbeeinflusste Programm der Gesamtpartei, das hierzulande beinahe totgeschwiegene *Projet socialiste* von 1980 während der kommenden Jahre lediglich auf dem Papier stehen, dann verlöre die siebenjährige Amtszeit Mitterrands den Kern ihrer politischen Botschaft.³

Natürlich gibt dies alles noch keine Sicherheit, daß die bis zum 10. Mai tief zerstrittene, ja verfeindete französische Linke ihre zunächst nur vom Wähler erzwungene Einheit in den mit Sicherheit kommenden Zerreißproben aufrecht erhalten und tatsächlich zu einer konsequenten Politik der Gesellschaftsveränderung umsetzen kann. Vor allem wird es nicht ausreichen, sich hierfür auf die gewiß nicht geringe Macht von Präsident, Regierung und Parlament zu verlassen: Je mehr sich die vom Regierungswechsel selbst ausgelöste Dynamik und Begeisterung verbraucht — und was ist wahrscheinlicher, wo sich doch die Linke zwar erstmals allein an der Regierung, aber noch lange nicht im Besitz der gesellschaftlichen Macht befindet —, um so mehr wird es auf die Fähigkeit aller Teile der organisierten Arbeiterbewegung ankommen, sich als Motor, als mobilisierendes und alle progressiven Kräfte zusammenführendes Moment zur Entfaltung gesellschaftsverändernden Massendrucks zu verstehen. Regierungspartei und zugleich sy-

stemverändernde Massenpartei — autonome Klassengewerkschaft und die Regierungspolitik in den Grundlinien tragende Arbeitnehmerorganisation, das alles sind radikal neue Herausforderungen, denen Theorie und Praxis der gesamten französischen Linken standhalten müssen. Dabei kann sich niemand der Illusion hingeben, daß ein solches Vorhaben ohne Gegendruck von außen, tatsächliche und eigens konstruierte Sachzwänge der internationalen kapitalistischen Konkurrenz sowie das hemmungslose Ausspielen ökonomischer, politischer und ideologischer Abhängigkeiten zu bewerkstelligen wäre. Scheiterte die französische Linke jedoch in der jetzt einmal erreichten Konstellation vor dieser Aufgabe, bliebe sie international isoliert oder zöge sie sich auf eine systemimmanente Verwalterrolle zurück, brauchte in Westeuropa so bald niemand mehr von der Öffnung des Übergangs zum Sozialismus reden.

Schließlich bestärken jedoch auch die in den ersten Monaten nach dem 10. Mai getroffenen Weichenstellungen den Eindruck, daß der neue Kurs Mitterrands tatsächlich auf mehr als eine schlichte Modernisierung des insgeheim in seinen Grundlagen akzeptierten alten Systems abzielt. Dazu zählt nicht nur das nach den Parlamentswahlen gegen massive Einmischungsversuche von außen durchgesetzte Regierungsbündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten. Immerhin bringt dieser Umstand allein eine jahrzehntelang in ganz West- und Südeuropa mit äußerster Hartnäckigkeit aufgebaute Abgrenzungswand zum Einsturz, was keine einzige der verschiedenen Tendenzen in der westlichen Arbeiterbewegung hinsichtlich ihres ideologischen und strategischen Selbstverständnisses unberührt lassen kann.

Ermutigend sind auch die Inhalte des jetzt in seinen Umrissen sichtbar werdenden Regierungsprogramms; hierzu gehören Maßnahmen von außerordentlicher, gegenwärtig nirgendwo sonst im Westen angepackter Reichweite, wie etwa der Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche, eine Steuerpolitik der Umverteilung zu Lasten der Großverdiener, energische Schritte zur Dezentralisierung des Staatsapparates und die Ausweitung des öffentlichen Wirtschaftssektors. Zudem sind gerade die Nationalisierungen, während der gesamten 70er Jahre Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen politischen Lagern sowie innerhalb der Linken Frankreichs, in ein besonders lückenloses Gewebe demokratischer Legitimation eingebunden — zunächst durch die präzise Ankündigung im Wahlprogramm Mitterrands, jetzt durch den entsprechenden, mit internationalen Konsultationen verknüpften Gesetzesentwurf und die Selbstverpflichtung, weitergehende Verstaatlichungen an den Ausgang eines zusätzlichen Referendums zu binden, was dem Klassenkampf von oben ein Standardargument gegen die Linke entzieht.

Nicht minder wichtig scheint mir der beharrliche Anspruch Mitterrands zu sein, die Linke dadurch zur dauerhaft führungsfähigen Kraft der Nation werden zu lassen, daß er das 'andere Frankreich', den Reichtum seiner vielfach unterdrückten Kultur, seiner Traditionen und seines Wagemuts seit dem 10. Mai 1981 zum Erben der Geschichte ganz Frankreichs zu machen sucht. Oder, um es mit einem von ihm selbst (bei der offiziellen Präsentation seiner Kandidatur im UNESCO-Palast, März 1981) geprägten Bild auszudrücken: daß er das oberste Ziel seiner siebenjährigen Amtszeit darin sehe, Frankreich so zu verändern, daß es den 200. Geburtstag seiner großen Revolution danach selbstbewußt feiern könne. Zweifellos sind in einem solchen Ansatz weder die Gefahren frankozentristischer Genügsamkeit noch eines vorschnellen Sich-Abfindens mit Klassenprivilegien auszuschließen, die nur vermeintlich einen hinzunehmenden Teil

der französischen Geschichte ausmachen. Dennoch ist es gewiß kein Zufall, daß auch die französische Linke den Moment ihrer Regierungsübernahme zum Ausgangspunkt einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zu Kultur und Geschichte der Nation erklärt.

Ostwind, Westwind in Europa — wie könnte es anders sein, als daß beide in der Bundesrepublik besonders intensiv aufeinander treffen, jenem Land, in dem zwar auch von ökonomischer Krise, aber weder von linker Aufbruchstimmung noch von sozialistischer Erneuerung zu reden ist und dem dennoch vielfältige objektive Faktoren eine Schlüsselrolle für das politische Binnenklima in Europa zuschieben? Wie sehr sich ein Vorankommen der polnischen Erneuerung und der französischen Gesellschaftsveränderung gegenseitig begünstigen, hat der Vorsitzende der französischen PS, Lionel Jospin, bereits kurz nach dem 10. Mai in der Aussage zusammengefaßt, daß ein Erfolg beider Prozesse schon im Verlauf weniger Jahre geeignet sei, den Blockgegensatz in Europa entscheidend abzubauen — und natürlich müßte ihn schon das Scheitern eines von beiden ganz erheblich verschärfen, was zwangsläufig auch die Chancen des anderen beträchtlich verminderte.⁴ Damit wird jedoch ebenfalls deutlich, daß Entwicklungen in anderen Ländern wie der Bundesrepublik, die eine Bekräftigung oder eine Preisgabe der Entspannungspolitik, eine Erhöhung oder eine Verminderung des atomaren Kriegsrisikos in Europa zur Folge haben, ebenfalls konditionierend auf die Erneuerungsprozesse in den beiden Nachbarländern einwirken.

Neben die zahlreichen, hier nicht noch einmal zu wiederholenden Argumente der hiesigen Friedensbewegung, die das elementare Interesse der bundesdeutschen Bevölkerung belegen, keine Mittelstreckenraketen der USA in Mitteleuropa zu stationieren und zu einem Durchbruch bei den überfälligen Abrüstungsverhandlungen zu gelangen, tritt daher noch ein weiterer Beweggrund zugunsten der Friedens- und Abrüstungsinitiativen. Polen und Frankreich lehren, daß der Aufbau eigener Wege gesellschaftlicher Entwicklung nur unabhängig und streckenweise im Gegensatz zu den kurzfristigen Machtinteressen der jeweiligen Führungsmächte beider Lager geschehen kann. Je mehr die Polarisierung zwischen beiden dominiert, um so schwerer wird der notwendige Spielraum für derartige Experimente zu erkämpfen sein. Die progressiven Kräfte der Bundesrepublik verdanken Polen die Hoffnung auf eine demokratische Wandlungsfähigkeit der Gesellschaften des realen Sozialismus; die französische Entwicklung liefert ihnen beinahe täglich neue Beispiele für ihren eigenen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerungsmehrheit, für Ziele von der Arbeitszeitverkürzung über die Steuerpolitik bis zur Reform der Gesellschafts- und Sozialpolitik in der EG. Ihre schulemachenden Impulse überwiegen die Bedeutung von einzelnen Differenzen, wie etwa in der Einschätzung des militär-strategischen Gleichgewichts zwischen Ost und West, bei weitem — obwohl auch diese möglichst vorrangig auszuräumen sind. Unbeschadet von allen Fragen des nationalen Interesses der Bundesrepublik und dem Erfordernis ihrer eigenen Unabhängigkeit gegenüber dem Aufrüstungskurs der USA unter Reagan enthält deshalb umgekehrt das Freikämpfen des Weges zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik bei uns den gegenwärtig vielleicht wichtigsten Beitrag zur Solidarität mit Polen und der französischen Linken.

Anmerkungen

- 1 Eigene Gehversuche dieser Art habe ich in den Artikeln »Die große Hoffnung des 'polni-

- schen Sommers 1980's, in: Tribüne (Wien) Nr. 37, Sept./Okt. 1980, und »Polnische Lektion und westliche Linke«, in: spw, Nr. 11, Juni 1981, S. 65-69; unternommen.
- 2 Sucht man nach Fingerzeigen in der marxistischen Theorie, die der polnischen Partei beim Beschreiten ihres neuen Weges hilfreich sein könnten, drängt sich der Hinweis auf Ausarbeitungen Antonio Gramscis auf. Aber auch in den Reflektionen Otto Bauers finden sich Gedanken, die in die gleiche Richtung verweisen, wenn er beispielsweise 1924 im Vorwort zur 2. Auflage seiner 'Nationalitätenfrage' formuliert: »Wie die katholische Kirche trotz der Einheitlichkeit ihrer römischen Leitung, trotz der Geschlossenheit und Starrheit ihres Dogmensystems, trotz der lateinischen Gemeinsprache, die ihren Klerus in aller Welt sprachlich verknüpft, tatsächlich doch in den verschiedenen Nationen sehr deutlich ausgeprägte nationale Eigenart angenommen hat, so kann sich auch der internationale Sozialismus einem nationalen Differenzierungsprozeß nicht entziehen. Wer deutschen Marxismus, englischen Labourismus, russischen Bolschewismus miteinander vergleicht, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die in jeder Nation erreichte nationale Eigenart der internationalen sozialistischen Ideologie eine besondere nationale Gestaltung gibt. Wie die Arbeiterklasse jedes Landes, je näher sie der Macht rückt, in ihrer geschichtlichen Praxis ihre Kampfmethoden immer mehr den Besonderheiten des nationalen Kampfterrains anpassen muß, so geht auch die sozialistische Ideologie der Arbeiterklasse, je mehr Kultur sie in sich aufnimmt, immer engere Verknüpfung mit dem besonderen Kulturerbe der Nation ein.« (Bauer-Werke, Bd. I, Wien 1974, S. 67). Lassen sich nicht große Teile der offenkundigen Krise des polnischen Marxismus aus einem Verkennen dieses Grundgedankens erklären, Ansätze zu ihrer Überwindung nicht aus seiner beherzten Anwendung gewinnen?
 - 3 Die einzige greifbare (Teil-)Übersetzung des 'Projet socialiste' findet sich in Detlev Albers, Josef Cap, Pietro Ingrao, Didier Motchane (Hrsg.), Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt (Campus) 1981
 - 4 Spätere Historiker werden einmal zu klären haben, in welchem Maße etwa der polnische Reformprozeß durch internationale Faktoren, von der KSZE-Folgekonferenz über den 10. Mai und 21. Juni in Frankreich bis zum Moskau-Besuch Willy Brandts und zur Entspannungskontroverse USA-Westeuropa, gegenüber Interventionsversuchungen von seiten seiner sozialistischen Verbündeten begünstigt wurde.



Alternative Umweltpolitik

Natur- und arbeitsorientierte Politik, Wissenschaft und Technologie

Wer könnten die Subjekte einer alternativen Umweltpolitik sein? Welche Ziele müßten sie verfolgen, welche Strategien einschlagen? Liegen die Ursachen von Umweltzerstörung in den Produktionsverhältnissen begründet oder gehören sie zu den fundamentalen Eigenschaften des »Industriesystems«? Unterscheiden sich sozialistische und kapitalistische Staaten grundsätzlich darin, wie sie Umweltprobleme gesellschaftlich wahrnehmen und politisch verarbeiten? Inwieweit bestimmen Eigenschaften des Naturhaushaltes die Handlungsspielräume für umweltpolitische Strategien? Wo deutet sich ein Wandel im naturwissenschaftlichen und technologischen Denken an?

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 56: ISBN 3-88619-009-9

Interventionen

Eckard Holler: Was heißt »zweite Kultur«?

Wer die Diskussion über die Theorie der »zweiten Kultur« verfolgt, die seit ca. 1978 in der Linken geführt wird, ist irritiert durch den Umstand, daß dieser Begriff in zwei unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird. Auf dem Berliner Tunix-Kongreß 1978 wurde der Begriff von dem sozialdemokratischen Kulturpolitiker Peter Glotz in der Bedeutung benutzt, den er in der bürgerlichen Subkulturtheorie hat, um die Verweigerungshaltung der Spontibewegung gegenüber dem »Modell Deutschland« zu beschreiben. Beim Tübinger Eisler-Festival 1979 wurde an die Bedeutung des Begriffs der »zweiten Kultur« in der marxistischen Theorie erinnert, um die Notwendigkeit einer Verbindung von fortschrittlicher U-Musik und E-Musik zu begründen.

Joseph Huber (Wer soll das alles ändern? Berlin 1980) erläutert den Begriff der »zweiten Kultur« — auf die Diskussion von Tunix eingehend — an dem Gesellschaftsmodell, das von Herbert Marcuse entwickelt und von den deutschen Subkulturtheoretikern Schwendter und Hollstein übernommen wurde: Wie die unterprivilegierten, ausgestoßenen Randgruppen der etablierten Gesellschaft gegenüberstehen, so ist auch die Kultur dieser Randgruppen, die »zweite Kultur«, der »ersten Kultur« des Establishments entgegengesetzt. Johannes Agnoli hat darauf hingewiesen, daß die Begriffe in ähnlicher Bedeutung bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts in England wie in Italien verwendet wurden, um die erwachende Arbeiterklasse aus Gesellschaft und Kultur ausgrenzen zu können.

Ob der Begriff der »zweiten Kultur« von der politischen Rechten oder Linken verwendet wurde, kennzeichnend war die Entgegensetzung im Sinne einer abstrakten Negation. Hier trifft sich die heutige pluralistische Subkulturtheorie der bürgerlichen Soziologie mit der anarchistischen Gesellschaftstheorie Bakunins und den Gesellschaftsmodellen der utopischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts: Stets wird ein undialektisches Nebeneinander zweier entgegengesetzter sozialer Modelle unterstellt, sei es aus Angst oder aus Schwäche oder nur aus dem Wunsch heraus, möglichst wenig miteinander zu tun zu haben.

In weiten Teilen der heutigen Alternativbewegung, insbesondere in den dem libertären Sozialismus zuneigenden »autonomen« Gruppen, wird ein undialektischer Begriff von »zweiter Kultur« positiv bewertet. Die zweite Kultur ist die »ganz andere« Kultur, die mit der schlechten Gegenwart radikal gebrochen hat und in ihren Mitteln nicht wählerisch sein muß, um sie zu beseitigen.

Eine interessante, wenngleich noch etwas zaghafte Diskussion über die »zweite Kultur« ist in den letzten Jahren unter den Vertretern einer marxistischen Gesellschaftstheorie aufgekommen. Vor allem im Umkreis der *Argument*-Zeitschrift wird derzeit über erste und zweite Kultur und über ihr Verhältnis zu Soziokultur und Alternativkultur diskutiert. (Vgl. *Argument*-Sonderband AS 47, *Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur*, Berlin 1980) Stichwortgeber ist kein geringerer als Lenin, der den Begriff der »zweiten Kultur« 1913/1914 als Nebenprodukt seiner Imperialismustheorie entwickelte: Zwischen Bourgeoisie und Proletariat gibt es nicht nur einen grundsätzlichen sozialen und ökonomischen, sondern auch einen kulturellen Gegensatz, der dazu führt, daß sich in jeder nationalen Kultur »Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur« entwickeln, die sich der Existenz der unterdrückten Volksmassen verdanken und die die Keimformen einer späteren sozialistischen Kultur sind. Da Arbeiterbewegung und nationale Befreiungsbewegung internationale Erscheinungen sind, enthält die »zweite Kultur« keine nationale Beschränkung, sondern die Elemente einer »internationalen Kultur des Proletariats«. Bei »zweiter Kultur« geht es nicht um histo-

risch gewordene ästhetische Formen, sondern um Haltungen, Absichten, Tendenzen, die für den kulturellen Prozeß wesentlich sind. Deshalb fällt »zweite Kultur« auch nicht mit »Arbeiterdichtung«, »Volkslied«, »Lebensweise der Unterstadt« o.ä. zusammen, sondern enthält die vorwärtsweisenden Elemente aus den Volkskulturen ebenso wie aus den Kulturen der Oberschichten, aus den Minderheits- wie aus den Mehrheitskulturen. In ihren Untersuchungen nähert die Bremer Forschungsgruppe um Thomas Metscher den Begriff der »zweiten Kultur« der »Ästhetik des Widerstandes« an, die Peter Weiß entwickelt hat. (Vgl. Argument-Sonderband AS 65, Gulliver 9, Zweite Kultur, Berlin 1981)

Wenn man die Diskussion über die zweite Kultur bei den gegenkulturell definierten Gruppen mit der in den marxistischen Zirkeln vergleicht, fällt auf, daß die einen eine vielfältige, phantasievolle kulturelle und künstlerische Praxis haben, mit der sie Kulturbetrieb und Kulturpolitik anregend beeinflussen, während die anderen zwar eine schlüssige Theorie haben, aber in Verlegenheit geraten, wenn sie das Wirken von zweiter Kultur in der Gegenwart nachweisen sollen. Gleichwohl bleibt die marxistische Kritik beherzigenswert: Ein dichotomisches Verständnis von alternativer oppositioneller Kultur und dominierender herrschender Kultur entspricht »einer mechanistischen Interpretation der Leninschen Zwei-Kulturen-These« und ist mit den tatsächlich zu beobachtenden Prozessen nicht vereinbar. (Udo Ropohl)

Das derzeitige große Interesse der Kulturpolitiker an der neuen »alternativen Kultur«, dem das Interesse der Künstler aus der alternativen Szene am öffentlichen Erfolg korrespondiert, weist darauf hin, daß die »alternative Kultur« nicht mehr lange im subkulturellen Abseits ihrer Entstehungsphase bleiben wird.

Dennoch bezweifle ich, daß damit bereits ein Prozeß eingeleitet ist, den man mit dem Begriff der »gemeinsamen Kultur« (Raymond Williams) zurecht bezeichnen könnte. Denn in der Umarmung durch den öffentlichen oder kommerziellen Kulturbetrieb wird die auch politisch alternativ gestartete »alternative Kultur« Schwierigkeiten haben, die ihr wesentliche politische Dimension beizubehalten: Das Bunte, Phantastische, Chaotische kann sich als marktgängig erweisen, nicht jedoch das demokratische und sozialistische Element, das über den gegenwärtigen Gesellschaftszustand hinausweist. Die »gemeinsame Kultur«, die von allen Menschen einer Gemeinschaft geschaffen und angeeignet wird, bleibt ein Ziel, das soziale und politische Veränderungen einschließt, die derzeit bei uns ohne Chancen sind. Deshalb scheint es sinnvoll, den Begriff der »zweiten Kultur« als Begriff zur Analyse kultureller Vorgänge beizubehalten, zumal abzusehen ist, daß er auch die heutige »alternative« Kultur überdauern wird, die insoweit Bedeutung über den Tag hinaus haben wird, als sie die ihr innewohnenden Elemente zweiter Kultur weiterentwickelt.

Kongreßankündigungen

Fachtagung Umweltwissenschaft — Umweltpolitik; Positionen — Ergebnisse — Perspektiven:
18.-20. November 1981

Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie,
Wilhelm-Röpke-Str. 6, 3550 Marburg/Lahn

Veranstalter: Bund Demokratischer Wissenschaftler e.V. (BdWi), Gisselberger Str. 7, 3550 Marburg/Lahn, Tel.: 06421/21395

Der Atomtod bedroht uns alle — Keine Atomraketen in Europa — Ein Jahr Krefelder Initiative — Bilanz und Chance

Zweites Forum am Samstag, 21. November 1981, in der Dortmunder Westfalenhalle (Halle I), mit Rednern aus dem In- und Ausland sowie einem Kulturprogramm.

Beginn: 14.00 Uhr

Kontaktadresse: Josef Weber, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60

Kongreßberichte

Aus der Geschichte lernen — Leben lernen

2. Volksuni, 5.-8. Juni 1981, Berlin (West)

I

Nach dem erfolgreichen Start 1980 trat die 2. Volksuni mit deutlich vergrößertem Programm auf. Nicht weniger als 120 Veranstaltungen wurden in folgenden neun Themenbereichen angeboten: Grundfragen und Geschichte der sozialen Bewegungen; Gewerkschaften und Betriebe; Lebensweise und Sozialpolitik; Ökologie; »Erziehung« und Schule; Christen; Kultur und Kunst; Frieden und Abrüstung; Ausländer. Zwar stieg die Teilnehmerzahl nicht proportional, doch erhöhte sich insbesondere der Anteil der Gewerkschafter, womit ein wichtiges Teilziel der Volksuni erreicht worden ist. Als ausländischen Teilnehmer und Beobachter beeindruckten mich vor allem zwei Dinge: die inhaltliche wie politische Breite der angebotenen Beiträge, und die Lehr- und Lernbereitschaft der meisten Teilnehmer. Eine solche gegenseitige Bereitschaft zum Dialog hatte Gollwitzer in der Eröffnungsveranstaltung als eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Volksuni gefordert.

Insgesamt stellte die Volksuni 1981 eine eindrucksvolle Auslegeordnung der von demokratischen und linken Kräften zu aktuellen Problemen erarbeiteten Analysen und Lösungsvorschlägen dar. Angesichts von bis zu zehn Parallelveranstaltungen war natürlich eine Auswahl der Beiträge unumgänglich. Ich konzentrierte mich auf Veranstaltungen aus vier Bereichen: Grundfragen, Gewerkschaften, Kultur und Frieden. Besonders in einigen Veranstaltungen im ersten Bereich zeigte sich dabei ein grundsätzliches Dilemma: der Widerstreit zwischen einführenden Beiträgen und Weiterentwicklungen eines Themas. K. Priesters Referat über »Hegemonie und Bündnispolitik im Werk Antonio Gramsci« beispielsweise stellte eine klare und präzise Zusammenfassung ihrer bisherigen Arbeiten zu diesem Thema dar, eröffnete aber für den damit Vertrauten keine neuen Aspekte. Die Podiumsdiskussion »Wie von Gramsci lernen?« mit D. Albers, F. Deppe, O. Kallscheuer und K. Priester krankte andererseits an einem zweiten Übel: die einleitenden Voten der Podiumsteilnehmer dauerten so lange, daß praktisch keine Diskussion mehr zustande kam. Dabei hatten diese Voten für teilweise überraschende Gemeinsamkeiten und Differenzen gesorgt. So fanden sich beispielsweise Deppe und Kallscheuer darin, Gramscis Erkenntnisse sehr stark auf ihre Entstehungszeit und ihren Entstehungsort begrenzt zu sehen. Durch den Abbruch der Veranstaltung blieb eine Reihe von Fragen im schnell leerenden Raum undiskutiert. In Zukunft sollten sowohl Vorträge wie Podiumsbeiträge rigoros gestrafft und begrenzt werden, um so die Diskussionsbereitschaft besser verwirklichen zu können.

Auch W.F. Haug bezog sich in seinem Referat über »Strukturelle Hegemonie« auf Gramsci (siehe Beitrag in diesem Heft). Er analysierte die Möglichkeiten einer Umartikulation der demokratischen und linken Kräfte in der BRD zu einer Hegemonie ohne Hegemon. Im Wechselgespräch mit D. Sölle wurden insbesondere die Chancen der Friedensbewegung, von einer politischen auch zu einer kulturellen Bewegung zu werden, erörtert.

Von den Veranstaltungen im Bereich »Grundfragen« unterschieden sich diejenigen zu Gewerkschaftsproblemen nach Publikum und Redeformen deutlich. Für die zumeist gewerkschaftlich tätigen Teilnehmer hatte sich Theorie direkt praktisch auszuweisen. A. Zerdick wandte sich in einem didaktisch geschickt aufgebauten Referat gegen eine von der Gewerkschaftsführung kommende, resignative »betriebsnahe Gewerkschaftspolitik«, wobei ihm in der Diskussion eine Unterschätzung der betrieblichen Arbeit von der Gewerkschaftsbasis her vorgeworfen wurde. U. Briefs vom WSI versuchte die These

von der Ohnmacht der Lohnabhängigen gegenüber der zunehmenden Computerisierung zu enträften, indem er individuelle und kollektive Strategien des Widerstands vorstellte.

Der Kulturbereich war am stärksten von Absagen betroffen. Sowohl Peter Weiss wie Volker Braun als auch Walter Mossmann fehlten. Dabei trafen offenbar objektive Hinderungsgründe mit organisatorischen Mängeln zusammen; zukünftig sollte man mit Leuten, deren Zusage noch nicht feststeht, keine große Werbung betreiben. Wenn auch persönlich nicht anwesend, so blieb Peter Weiss in zahlreichen Diskussionen ständig präsent. Das Projekt »Gewerkschafter lesen Peter Weiss« präsentierte vor zahlreichem Publikum eine Lektüre der »Ästhetik des Widerstands«, die unmittelbar bei der Praxis der Mitglieder eingegriffen hat. Den Aneignungsprozess von Kunst durch Arbeiter, den Peter Weiss beschreibt, vollzog und vollzieht die Gruppe für sich selbst anhand des Buches und zugleich darüber hinaus nach. Solche Selbstaktivierung wurde im Kulturbereich in zahlreichen kleineren Werkstattprojekten betrieben.

Überfüllt war das Audi Max bei der großen Podiumsdiskussion zum Thema »Frieden schaffen ohne Waffen — Waffen für El Salvador« mit H. Gollwitzer, D. Sölle, U. Müller-Plantenberg, der guatemaltekischen Laientheologin J. Esquivel, sowie Vertretern von Friedenskirchen und kirchlichen Friedensinitiativen. Bei unterschiedlicher Stellung zur Unterstützung des militärischen Kampfes von Befreiungsbewegungen in der dritten Welt, fanden sich alle in der entschiedenen Ablehnung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses. D. Sölle hielt in aller Deutlichkeit fest, daß der Doppelbeschluß angesichts der amerikanischen Verhandlungsunwilligkeit nur noch als Lüge bezeichnet werden könne; die Zustimmung der SPD verglich sie mit deren Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914.

Die Abrüstung bildete auch das Thema der Abschlußkundgebung am Montagabend. W. Harich und H. Gollwitzer riefen zur Verbreiterung der Friedensbewegung zu einem solchen Umfange auf, daß der Stationierungsbeschluß in der BRD politisch nicht mehr durchsetzbar sei. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing wurde zwar wegen seines mit taktischen Argumenten begründeten Verhaltens im Bundestag mit Unmut bedacht, schließlich aber dennoch akzeptiert als Mitkämpfer im gemeinsamen Kampf. Darin kam eine der Stärken der Volksuni zum Ausdruck: die Zusammenarbeit in essentiellen Fragen bei gleichzeitigem Weiterbestehen von Differenzen.

Die Volksuni 1981 schloß mit der Uraufführung der Komposition »Wie schön ist doch Musik!« von Hartmut Fladt. Das Stück montiert zahlreiche sprachliche und musikalische Partikel und Zitate zum Verhältnis von Kunst, Wirklichkeit und Volk zusammen. Schon während der ganzen Volksuni hatten verschiedene Chöre ihren gemeinsamen Part eingeübt; dem Publikum kam es nun zu, die Stimme des Volkes in Form von an- und andedeuteten Volksliedern, politischen Slogans und Fußball-Schlachtgesängen zu verkörpern. Ohne falsche Tümllichkeit vermittelte das Stück zugleich formale und inhaltliche Einsichten und leitete zum eigenen Singen an. In den Auswertungen wurde deutlich, daß nicht das Ob, sondern das Wie der 3. Volksuni zur Diskussion steht. Mit Kritik wurde nicht zurückgehalten. Die Vorschläge nutzbringend umzusetzen, ist Aufgabe aller Interessierten.

Stefan Howald (Zürich)

II

Bereits der erste Blick in den Veranstaltungskatalog »Frauen« zeigte, daß — im Vergleich zur Volksuni 1980 — nicht nur die Masse, sondern auch die Vielfaltigkeit zunahm. Am spannendsten waren für mich bei den sozialistischen, feministischen und gewerkschaftlichen Frauen, die Art der Auseinandersetzung, den unterschiedlichen Umgang mit Problemen kennenzulernen. In der Praxis arbeiten sie — noch einmal in Hand- und Kopfarbeiterinnen getrennt — relativ isoliert voneinander, doch hier in den

Diskussionsforen lernten sie voneinander, das war mit das Beeindruckendste.

»Patriarchalische Strukturen in den Gewerkschaften« (Betz, Rieckmann, Standfest), in dieser Veranstaltung berichteten die Frauen von den Kämpfen um die Männerköpfe, in denen sich zwar die gleichen politischen Ziele befinden wie bei den Frauen, die jedoch eine »Lähmung in ihrer Arbeitsfähigkeit« erfahren, tritt eine Frau im Betriebsrat diskutierend auf. Aber als Behinderung wurden nicht nur die Männer genannt, in den Frauen selbst stecken ver- und behindernde »private Verhaltensweisen« (zu großer Sauberkeitssinn, schnelle Arbeitszufriedenheit usw.), die eine engagierte, von vielen Kolleginnen getragene Frauenpolitik erschweren.

In dasselbe Feld stießen I. Morisse und P. Sauerwald mit ihrem Thema: »Siege und Niederlagen in unserem alltäglichen Kampf als Betriebsrätin oder Gewerkschaftlerin — Gewerkschaftstagebuch«. Es war zugleich eine Agitationsveranstaltung, die die »Bewegung der schreibenden Arbeiter/innen« ins Leben rufen wollte, denn es gibt sovielerlei einzelne Erfahrungen, die (bisher noch ungesammelt) von einzelnen vereinzelt gemacht werden und die — hätte man sie als Material — zu einer schlagkräftigen Strategie ausgebaut werden könnten. Wie sehen denn die alltäglichen Kämpfe aus und was kann allgemein aus ihnen gelernt werden? Die Frauen berichteten, daß ihnen beim Schreiben erst die Struktur ihrer Konflikte klarwerde, konkret, daß es eine Überlagerung der Klassen- mit den patriarchalischen Strukturen gäbe, die man erst mühsam herausarbeiten müsse, und daß das Schreiben mit der anschließenden Diskussion im Kollektiv dies ermögliche (nach der Veranstaltung gründete sich eine solche Gruppe).

Die Überlagerungsstrukturen und ihr Erkennen als Voraussetzung für besseres Politikmachen waren auch im Zentrum von Frigga Haugs Vortrag »Männergeschichte, Frauenbefreiung und Sozialismus« (siehe Beitrag in diesem Heft). Leider fand diese Veranstaltung vor mehr als 1000 Teilnehmern im Audi Max statt, so daß an eine Diskussion nicht zu denken war. In Zukunft sollte Raum für anschließende Diskussionen in kleineren Gruppen gegeben werden.

Wie anders liest sich die Bibel, wenn Frauen sie lesen und sie finden dort Hilfen zur Frau- und Menschwerdung, während hingegen in der männlich theologischen Bearbeitung der Schriften die weiblichen Subjekte fehlen, Frauen ohne Namen und Gesicht bleiben, lediglich Opfer sind. Daß auch in die Theologie ein Frauenstandpunkt getragen bzw. aus ihr herausgearbeitet werden muß, zeigt D. Sölle in ihrem Vortrag »Vater und Mutter im Himmel — Anfragen feministischer Theologie« (siehe Beitrag in diesem Heft). Begriffe wie »Gott« und »Sünde« müssen neu gefüllt und menschlicher gemacht werden, und dies sicherlich zuallererst von Frauen, aber mit der Perspektive, daß auch Männer Feministen sein können, weil der Feminismus kein neuer »Rassismus« werden darf. An diesem Punkte entspann sich eine lange Diskussion um die Notwendigkeit des »Separatismus« in der Frauenbewegung, die hoffentlich in den einzelnen Städten weitergeführt wird.

Wie Frauen ihr Studium selbst organisieren und den Umbau der männlichen Wissenschaft in eine menschliche vorantreiben (Frauengrundstudium), war eine der vielen Werkstattprojekte, die auf der Volksuni zahlreich vertreten waren. Daß dabei weniger Redegewandtheit als Begeisterung für's Selbermachen erfahren werden konnte, tat den Sachen keinen Abbruch, sondern machte Mut.

Aus den feministischen Kämpfen um den §218 in Italien berichtete die Journalistin Tatafiori und gab uns Gelegenheit, unsere eigenen Taten historisch und politisch zu betrachten.

Veranstaltungen, die ob ihrer Vielzahl und Überschneidungen von der Berichterstatin nicht besucht werden konnten, waren: Frauen und Ökologie. Lernprozesse und Protestformen von Frauen in Bürgerinitiativen (E. Quistorp), die Gesundheit der Frauen kann nur das Werk von Männern und Frauen gemeinsam sein (U. Plog), Ausländi-

sche Frauen berichten über ihre Arbeit und Leben in der Fremde und eine Podiumsdiskussion »Frauen und Frieden«.

In der Auswertungsveranstaltung, in der ca. 40 Frauen anwesend waren, wurde wenig bemängelt, viel gelobt; außer, daß es noch viel mehr Veranstaltungen hätten sein können, und die »großen« von anschließend stattfindenden Kleingruppen ergänzt werden müssen, war das Hauptinteresse der Diskussion, über das Machen der nächsten Volksuni zu reden; die Frauen verhandelten 'ihre Sache' und delegierten die Verantwortung keineswegs an die Organisatorinnen. Ein Vorschlag war, im nächsten Jahr reine Frauenveranstaltungen durchzuführen, da Teile der Frauenbewegung bislang ob der »Gemischtheit« nicht ausreichend vertreten waren. Kornelia Hauser (Hamburg)

Kongreß Lehrerausbildung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

Dortmund, 24./25.1.1981

Auf dem Kongreß wurde das »Dortmunder Manifest« verabschiedet. Es enthält einen Katalog von Ansprüchen an Schule und Bildung:

- Gleiche Bildungschancen für alle Kinder durch individuelle Förderung v.a. von Kindern ausländischer Arbeitnehmer.
- Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung, Verbindung von gesellschaftlichen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen.
- Statt Bildungs-»Nullwachstum« ständige Erhöhung der allgemeinen Volksbildung als Voraussetzung für eine umfassende Entwicklung der Persönlichkeit.
- Der Unterricht müsse die Schüler in die Lage versetzen, gesellschaftliche Vorgänge kritisch zu erklären.
- Statt Konkurrenz sei solidarisches Lernen zu entwickeln durch kollektive Arbeits- und Prüfungsformen, durch die Erfahrung gemeinsamen Handelns.
- Schüler müßten an der Vorbereitung des Unterrichts beteiligt werden.
- Spaß am Lernen sei nur möglich, wenn durch stärkere Integration der wissenschaftlichen, körperlichen und praktischen Ausbildung die gesellschaftliche Nützlichkeit der Lerntätigkeit erfahrbar werde.
- Die Schule habe durch kostenlose Gesundheitsversorgung und Sportunterricht die körperliche Gesundheit zu fördern.
- Schüler und Lehrer müßten gegen staatliche Reglementierungen wirkungsvoll geschützt werden, die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement müsse gefördert werden.
- Die Schule habe der geschlechtsspezifischen Diskriminierung entgegenzuwirken.
- Sie müsse aktiv an der Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung, gegen Militarismus und Neonazismus mitwirken.
- Die Schule habe eine verändernde gesellschaftspolitische Aufgabe.
- Notwendig sei eine umfassende Qualifizierung der Lehrer durch eine einphasiges, integriertes und projektorientiertes Lehrstudium.

Um diese Ansprüche durchzusetzen, müßten Schüler und Studenten den staatlichen Formierungsbestrebungen mit einer breiten Koalition der Betroffenen »von unten« entgegenreten.

Folgende Sofortmaßnahmen wurden gefordert:

- Ausweitung der Bildungsausgaben auf Kosten der Rüstungsausgaben.
- Stop der Streichung von Kapazitäten in den Lehrerstudiengängen.
- Alle Lehramtsanwärter müßten nach Absolvierung der 2. Staatsprüfung in den Schuldienst übernommen werden, die bestandene Staatsprüfung in allen Bundes-

- ländern Gültigkeit besitzen, Kurzarbeitsverträge müßten in volle Stellen umgewandelt werden. Dazu seien bis 1990 zusätzliche 200.000 Planstellen zu schaffen.
- Alle bisher ausgebildeten Lehrer müssen eingestellt werden, wofür 50.000 neue Planstellen nötig seien.
 - Die 6- bzw. 8-semesterige Regelstudienzeit müsse abgeschafft, die Zwangsexmatrikulation gestrichen werden.
 - Die Ausbildung für alle Lehrerstudenten habe für das »Lehramt an Schulen« zu erfolgen; die Ausbildung sei nach Schulstufen, nicht nach den selektiven Schulformen zu differenzieren; das Studium sei in vier gleichwertige Bereiche zu gliedern: Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften, schulpraktische Ausbildung, zwei fachwissenschaftlich-fachdidaktische Schwerpunkte; die Ausbildung habe ohne Trennung in Studienabschnitte mit selektiven Prüfungsverfahren zu erfolgen; alle Hochschulen müßten die Möglichkeit erhalten, ein integriertes Lehrerstudium durchzuführen; die Einstellung in den Vorbereitungsdienst müsse allen Lehramtsabsolventen prinzipiell geöffnet werden ohne selektive Verschlechterungen der Ausbildungssituation.
 - Die Gesamtschulen müßten als integrierte Gesamtschulen zur einzigen Schulform weiterentwickelt werden, das 10. allgemeinbildende Schuljahr für alle Länder gesetzlich festgeschrieben werden, ergänzt durch ein 11. Schuljahr als Berufsgrundbildungsjahr.
 - Die Ghettoisierung sogenannter lernschwacher und behinderter Kinder in Sonderschulen müsse gestoppt werden, stattdessen seien umfassende Förderungsmöglichkeiten an allgemeinen Schulen zu schaffen.
 - Die Verbreiterung militaristischer und faschistischer bzw. den Faschismus verharmlosender Lehrinhalte müsse gestoppt werden.
 - Die Berufsverbotspraxis und die politische Disziplinierung müsse beendet werden.

Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen im Bereich des Sozialwesens

Tagung der Hans-Böckler-Stiftung des DGB, der ÖTV und des DGB Kreis Esslingen, Esslingen/Neckar 22.5. — 24.5.1981

Das Neue, das die Tagung auszeichnete, war die Tatsache, daß hier begonnen wurde, die Kooperation zwischen dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften und den Hochschulen auf sozialen Gebieten zu erfassen und weiterzutreiben.

Der DGB hatte zwar 1970 hochschulpolitische Arbeitskreise eingerichtet, um die Verpflichtung der Wissenschaften zu arbeitnehmerorientierter Forschung einerseits und einen entsprechenden Einfluß auf Reformbestrebungen an den Hochschulen andererseits zu sichern; doch diese Arbeit — soweit sie sich niederschlug in institutionalisierten Kooperationsformen, wie z.B. der Bremer Arbeiterkammer — bezog sich vor allem auf die Forschung. Die Anwendung bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisse unter Arbeitnehmergesichtspunkten blieb bei diesen Kooperationsformen ebenso draußen wie eine Kooperation im sozialen Bereich.

Eine Erklärung wurde gleich zu Beginn der Tagung gegeben: Die Einzelgewerkschaften und der DGB orientieren sich bei ihrer Arbeit und den damit verbundenen Auseinandersetzungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor allem am leistungsfähigen, (noch) gesunden, relativ jungen Arbeitnehmer, der (noch) relativ wenig Probleme hat. Problemgruppen dieser Gesellschaft, die im allgemeinen Teil der breiten Arbeitnehmerschichten sind, wie Suchtkranke, Behinderte, ausländische Arbeiter, Frauen, (arbeitslose) Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Nichtseßhafte, ehemalige

Strafgefangene etc. befinden sich außerhalb des aktiven Handlungsfeldes der Gewerkschaften.

Dankwart Danckwerts verwies in seinem Referat »Sozialpolitik im Interesse der abhängig Beschäftigten und ihrer Angehörigen« unter einem anderen Aspekt ebenfalls auf diese Orientierung der Gewerkschaften: eine problematische Sichtweise des Sozialhilfebereichs liege vor, wenn der DGB in seinem Grundsatzprogramm vom März 1981 zwischen Arbeitseinkommen der Familien und dem System der sozialen Sicherung trennt. Dem hält Danckwerts entgegen: »Um ein menschliches Leben führen zu können, müssen die Arbeitnehmer über ein ausreichendes Arbeitseinkommen für ihre individuelle Lebensgestaltung verfügen *und* Zugang und Rechtsanspruch für die Leistungen der Sozialpolitik realisieren können. ... Die staatlich organisierten Leistungen sind ebenso wie der Nettolohn unabdingbare Voraussetzung der menschlichen Lebenssicherung, sie sind darum auch notwendiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Forderungen.« Diese These weist darauf hin, daß der soziale Bereich konstitutiver Teil der allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer ist und daher auch in einem Kampf für die Verbesserung dieses Lebens nicht ausgeschlossen werden sollte.

Nach einem Einführungsreferat von H.J. Brauns zum Thema »Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen im Bereich des Sozialwesens (unter besonderer Berücksichtigung gewerkschaftlicher Studienreforminteressen)«, in dem die Arbeitnehmerfeindlichkeit restriktiver Strömungen in der Hochschulpolitik deutlich wurde, sollte auf einer Podiumsdiskussion die Bandbreite möglicher Kooperation im sozialen Bereich ausgemessen werden. Unter dem Thema »Probleme des Sozialwesens und Ansatzpunkte für eine Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen« wurde weniger diskutiert als daß statements abgegeben wurden, was wahrscheinlich an der Neuheit und der relativen Unstrukturiertheit des Themas lag. Statements und die Aussprache kristallisierten sich um folgende Punkte:

- gesellschaftliche Probleme von Arbeitnehmern, die sozialarbeiterische/sozialpädagogische Intervention erforderlich machen
- Sozialarbeiter/Sozialpädagogen als Gewerkschafter
- Studienreformfragen als Bündnisfragen.

Von hier aus kann eine Kooperation sich auf drei Dimensionen beziehen:

1. Sozialarbeiter/Sozialpädagogen als Gewerkschafter — hier geht es einmal darum, wie andere Kollegen zu gewerkschaftlicher Arbeit und Organisation motiviert werden können; weiter darum, wie die Gewerkschaften den einzelnen Kollegen in den verschiedenen Einrichtungen helfen können, die Fachlichkeit ihrer Arbeit und die Arbeitsbedingungen zu sichern. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß oft genug Betriebs- und Personalräte gemeinsam mit den Trägern die sozialen Dienste neuorganisieren, ohne die Belange des Personals und der Klienten in qualifizierter Weise zu berücksichtigen. Auf diese Weise wurden oft versteckte Rationalisierungen durchgeführt, die dann zu Lasten der Klienten gingen. Kritisiert wurde die Institution Hochschule, weil diese oft Forschung betriebe, die sich in der Umsetzung gegen die Sozialarbeiter und Sozialpädagogen bzw. gegen die Betroffenen wende.

2. Kooperation als Hochschulproblem — hier geht es vornehmlich darum, wie sichergestellt werden kann, daß an den Hochschulen arbeitnehmerorientiert und klientenorientiert gelehrt werden kann. Dieser Punkt wird umso wichtiger, je weniger Studenten mit einer Berufsausbildung das Studium aufnehmen. Damit angesprochen ist das Problem von Praxisanteilen in der Lehre und der dortige Kontakt zu Arbeitnehmern und deren Vertretern. Weiter wurde das Problem angesprochen, daß im Hochschulbereich das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht zu gelten scheint: Die Dozenten sind im allgemeinen in der GEW, die Kollegen aus der allgemeinen und technischen Verwaltung in der ÖTV. Studenten können Mitglied der GEW werden, aber

nicht der ÖTV.

3. Eine weitere Dimension möglicher Kooperation: Zulieferfunktion in dem Sinne, daß die Hochschulen ihre sozialarbeiterische/sozialpädagogische Kompetenz den Gewerkschaften, i.e. Betriebsräten, Vertrauensleuten etc. zur Verfügung stellen (z.B. in Form einer Beratungsstelle für Jugendliche, Suchtberatungsstelle etc.).

Die weiteren Referate haben auf ihre Weise diese Dimensionen aufgenommen: Armin Wöhrle zeigte in seinem Referat »Handlungskonzept einer sozialen Arbeit und Erziehung im Interesse der abhängig Beschäftigten und ihrer Angehörigen« Perspektiven gewerkschaftlicher Organisation und Arbeit im sozialen Bereich auf. Peter Marchal stellte unter dem Titel »Spezialisierung in Sozialberufen, Arbeitnehmerinteresse und gewerkschaftliche Organisation« eine empirische Untersuchung vor, die vor allem heuristischen Wert hatte und wohl noch weiter geführt werden soll.

Die genannten Dimensionen der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen im sozialen Bereich fanden sich auch in den Arbeitsgruppen, in die sich das Plenum auflöste:

1. Jugendarbeitslosigkeit/Arbeitsplatzprobleme/Probleme ausländischer Arbeitnehmer
2. Alkoholismus im Betrieb
3. Vorbereitung auf den Ruhestand/Rentner und Gewerkschaften
4. Strafgefangenenhilfe
5. Situation und Neuorganisation der sozialen Dienste
6. Bildungsarbeit
7. Studienreform — Ausbildung/Weiterbildung/Fortbildung

Die Vorstellung der Ergebnisse der Arbeit in den Arbeitsgruppen und die abschließende Plenumsdiskussion zeigten vor allem zweierlei:

1. Die vorhandenen Kooperationsansätze überraschen von der Zahl her und sind teilweise beeindruckend hinsichtlich dessen, was da an konkreter, arbeitnehmerorientierter Arbeit im sozialen Bereich geleistet wird — auch ohne daß diese Formen der Kooperation bislang systematische Unterstützung durch den DGB oder seine Einzelgewerkschaften erfahren hätten.

2. Es ist sachlich und fachlich geboten, diese Kooperationsformen systematisch zu erfassen und in einem bestimmten institutionellen Rahmen weiterzutreiben. Ziel solcher Aktivitäten muß sein, daß Kooperation im sozialen Bereich nicht abhängt von der Initiative Einzelner, sondern Teil gewerkschaftlicher Sozialpolitik wird.

Hierzu beschloß das Plenum erste Schritte:

1. Einrichtung einer Koordinationsstelle bei der ÖTV
2. Verstärkte Einrichtung von hochschulpolitischen Arbeitskreisen bei DGB-Kreisen und -Landesbezirken
3. Regionale Zusammenfassung bestehender Kooperationsansätze
4. Weitere Durchführung von bundesweiten Tagungen

Die Tagung war ein voller Erfolg. Es bleibt zu hoffen, daß die von ihr ausgehenden Impulse aufgegriffen werden. Die Referate und Diskussionsergebnisse werden veröffentlicht. Wer weitere Informationen haben möchte, wende sich an: Armin Wöhrle, Fleischmannstr. 3, 7300 Esslingen. Harro Ohlenburg (Emden)

Soziale Dimensionen der technologischen Entwicklung

Arbeitstagung an der TU Berlin, 26.-27.6.1981

Die Arbeitstagung wurde durchgeführt vom Institut für Soziologie der TU Berlin. Sie sollte aktuelle techniksoziologische Probleme aufzeigen und vor dem Hintergrund empirischer Forschungsarbeiten Bedingungen und Auswirkungen des Einsatzes Neuer Technologien benennen. (Vgl. einen ausführlichen Bericht im Jahrbuch 'Technik und

Gesellschaft', Campus V., Ffm. 1982) — Wird der Zusammenhang von technologischer und gesellschaftlicher Entwicklung thematisiert, so ist klar, daß nicht die technische Entwicklung als Selbstlauf aufgefaßt werden darf, deren soziale Folgen nur noch im Nachhinein registriert werden, sondern daß auch danach gefragt werden muß, welche gesellschaftlichen Verhältnisse welche Technik produzieren. Dennoch wurde zunächst auf die Bedingungen sowie die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Einsatzes Neuer Technologien eingegangen.

Unter 'Neuen Technologien' werden die mit der Entwicklung von Mikroprozessoren entstandenen Formen des Computer Aided Manufacturing (u.a. NC-Technologie, Industrieroboter, Prozeßrechner, flexible Fertigungssysteme) und des Computer Aided Design (für Konstruktionsberechnungen, -zeichnungen usw.) verstanden. Diese Technologien sind im Fertigungsbereich, produktionsvorbereitenden und produktionsorganisierenden Bereich eingedrungen, aber auch im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich anzutreffen. Zumindest für die Produktion gilt jedoch (so R. Thürichen, TU Berlin), daß ihre Einführung sehr komplexen Randbedingungen unterworfen ist: vom technologischen Stand des Betriebes über das Maß der organisatorischen Durchdringung des Arbeitsprozesses bis hin zum Grad der Bereitschaft der Beschäftigten bzw. des Managements, die Umstellungen zu akzeptieren. Daher ist der Einsatz Neuer Technologien zum einen weniger fortgeschritten und weniger unproblematisch als allgemein angenommen; zum andern entwickelt er als komplexer und fortwährender Prozeß eine hohe Eigendynamik, so daß er vom Management nicht immer gesteuert und kontrolliert werden kann. Für die empirische Sozialforschung folgt aus der Komplexität des Prozesses, daß nicht ausschließlich Einzelarbeitsplätze, sondern vor allem die betrieblichen Funktionen zu untersuchen sind, da die Folgen des Einsatzes Neuer Technologien sich mittelbar an ganz anderen Stellen des betrieblichen Funktionszusammenhangs zeigen können. — Weitgespannte Zusammenhänge zeigen sich infolge der Veränderungstrends in der Basistechnologie (J. Friedrich, Univ. Dortmund): ein nachhaltiger Rationalisierungsschub besteht in der 'Rationalisierung der EDV durch EDV' selbst. U.a. wird im Software-Bereich mit der Entwicklung anwenderorientierter Programmiersprachen, mit Modularisierung und Standardisierung die Abhängigkeit der Betriebe von eigenen EDV-Spezialisten verringert (und die von der EDV-Branche erhöht). Zugleich 'fließen' Tätigkeiten hohen Qualifikationsgrads in diese Branche ab. Die Veränderung der Basistechnologien steigert nochmals die Bedeutung von Information und Informationsverarbeitung und Produktionsprozeß; will man darin einen Trend zur 'Informationsgesellschaft' sehen, so hätte er jedenfalls insofern nichts Systemsprengendes, als zunehmend 'Information' selbst zur Ware wird und produziert wird wie materielle Güter.

Die Neuen Technologien haben erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation. Theorien, die von Wechselprozessen zwischen technologischer Basis und nachfolgenden arbeitsorganisatorischen Veränderungen ausgehen, verlieren ihre Bedeutung. Denn Technik und Arbeitsorganisation werden zu einer Einheit. Die Neuen Technologien sind Steuerungstechnologie und Organisationstechnologie zugleich (Z. Papadimitriou, Institut für Sozialforschung Frankfurt). Humanisierung hängt so nicht mehr von organisatorischen Veränderungen ab, sondern setzt zugleich eine veränderte technologische Entwicklung voraus und die wiederum eine völlige Umstrukturierung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Hinsichtlich der Qualifikationsentwicklung wiederholt sich der Polarisierungseffekt, der zwischen Hand- und Kopfarbeiten registriert worden ist: auch komplexe geistige Tätigkeiten — nunmehr real unter die Verwertungslogik subsumiert — werden in ausführende und dispositive gespalten. — Die spezifischen Folgen des Einsatzes Neuer Technologien für die unmittelbar Betroffenen sind mit den 'flächendeckenden' Methoden der empirischen Sozialforschung schwerlich zu ermitteln. Wahrnehmungsmuster, Verarbeitungsformen und individuelle Bewältigungsstrategien

der unmittelbar Betroffenen können allenfalls erschlossen werden, wenn man sich — etwa in Richtung der Methoden der Aktionsforschung oder des narrativen Interviews — intensiv auf das Expertenwissen der Beschäftigten selbst einläßt. *E. Hildebrandt* (Wissenschaftszentrum Berlin) zeigte am Beispiel der Umstellung von traditionellen Werkzeugmaschinen auf NC- und CNC-Maschinen, wie tief der Zusammenhang von Arbeit und Verarbeitung im Privaten reicht. Ein hochqualifizierter Facharbeiter, der, anders als Kollegen, die Betrieb oder Beruf wechselten, auf die technologischen Veränderungen teilnehmend reagierte, war erheblichen vor allem psychischen, Belastungen ausgesetzt. Sie resultierten u.a. aus seiner Einsicht, er enteigne sich durch die Weitergabe von Wissen und Berufserfahrung an den Programmierer selbst.

Die Trend- und Bedingungsanalysen, die empirischen Ergebnisse, die in der jeweils fokussiert konzentrierten Forschung ermittelt werden, verlangen nach einem theoretischen Konzept, in dem dann auch die gesellschaftlichen Triebkräfte technologischer Entwicklung verortet sind. Dazu wurde von *W. Rammert* (Univ. Bielefeld) ein Vorschlag gemacht, der in Anlehnung an Marcuses Vorstellung von Technik als 'geschichtlich-gesellschaftlichem Projekt' das 'kapitalistische Projekt technisch-wissenschaftlicher Entwicklung' zu umreißen versucht. Welche der verschiedenen, technisch möglichen Lösungen sich jeweils durchsetzen, ist in einer 'soziologischen Evolutionstheorie der Technik' zu rekonstruieren. Technisierung und Verwissenschaftlichung — und mit ihnen die Informatisierung durch Neue Technologien — sind dabei sozialstrukturell überlagert: Die private Beherrschung des Produktionsprozesses macht aus der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung ein Mittel zum doppelten Zweck größtmöglicher Autonomie der Instanzen der Kapitalverwertung einerseits und der Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse andererseits. — Auch *O. Ullrich* (TU Berlin) sieht unterschiedliche, jeweils mögliche Entwicklungsrichtungen der Technik, betont aber deren Herrschaftscharakter: Es gibt autoritäre und demokratische Technik. Die Neuen Technologien — im staatlichen Bereich zeigt es die Einrichtung von Personaldatenbanken und im Produktionsbereich der Rationalisierungsschub durch die Mikroelektronik — gehören zur autoritären Variante. Sie sind Teil einer zentralmachtorientierten Vergesellschaftungstendenz der Moderne, bei der die großen, überindividuell-zentralen Systeme auf Kosten individuell-kommunaler Bereiche immer stärker geworden sind. Der Entwicklungsdynamik eines solchen Industriesystems, in dem sich die strukturellen Herrschaftslogiken von Kapital und Naturwissenschaften ergänzen, ist freilich mit kapitallogischen Begriffen allein nicht beizukommen. Gerade Marxisten verfallen einem objektivistischen Fortschrittsglauben und bleiben dem genuinen Herrschaftscharakter der im Kapitalismus entstandenen Produktivkräfte gegenüber unkritisch. Ähnlich wie die sozialdemokratischen Nachbesserer, die das Schlimmste am Industriesystem verhüten, aber nicht die Superstrukturen selbst verändern wollen, ist ein Teil der Linken industriestruktur-konservativ. Er hält die Entfaltung der sinnlichen, geistigen und geselligen Potenzen der Menschheit nur auf dem technischen Niveau der Vollautomation für möglich. Dabei wäre die Welt der Knopfdrückermaschinen monströs, energiefressend, unökologisch und nicht auf die ganze Erde übertragbar. — Tatsächlich hat (so *D. Hassenpflug*, GH Kassel) die Arbeiterbewegung ihre Emanzipation nur sozial interpretiert und ist über eine Kritik, die Produktivkräfte würden falsch angewandt, nicht hinausgekommen. Gerade in den letzten Jahren jedoch ist in neuen sozialen Bewegungen die Einsicht gewachsen, daß 'industrielle' und gesellschaftliche Emanzipation zusammengehören. Gegen Ullrich möchte Hassenpflug aber daran erinnern, daß auch die Kritik der Industrie auf dem Boden der Industrie steht und von dort aus eine zukünftige Produktionsweise zu entwickeln ist. Deren Technik muß — wie Bloch es genannt hat — eine 'Allianztechnik' sein: Sie steht nicht wie eine Besatzerarmee in Feindesland, sondern macht die Natur zum Mitarbeiter. Kurt Schmahl / Eberhard Sens (Berlin / West)

Besprechungen

Philosophie

Mandel, Ernest / Agnoli, Johannes: *Offener Marxismus, Ein Gespräch über Dogma, Orthodoxie und die Häresie der Realität*. Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1980 (152 S., br., 12,—DM)

Der Klappentext verspricht ein Duell zwischen einem »orthodoxen« und einem »häretischen« Marxisten, so, als ob irgendwo in einem fernen roten Rom, das für beide Kontrahenten gewiß nicht Moskau heißt, noch verbindliche Aussagen darüber gemacht werden könnten, was denn z.B. marxistische »Häresie« sei. Man sollte eher vom Gespräch eines Zweiflers (Agnoli) mit einem Überzeugten (Mandel) reden; von jemandem, dem das Marxsche Motto: 'De omnibus est dubitandum' mehr politische Sprengkraft abgibt als die selbstsicheren Antworten Mandels, für den es Probleme nur dort zu geben scheint, wo die — meist altbekannte — Lösung bereits bei der Hand ist. Beide verstehen sich als Marxisten, und zwar als »offene«, wobei für Mandel die Offenheit gerade mit der Orthodoxie zusammenfällt, als könne man sich über semantische Konventionen einfach hinwegsetzen. Für beide ist »der Marxismus als wissenschaftlicher Sozialismus (...) dem Wesen nach offen, kritisch, und dauernd zweifelnd, auch gegenüber sich selbst« (34f.). Bei dieser Übereinstimmung im Grundsätzlichen verwundert es nicht, daß das Duell ausbleibt und beide in den meisten Diskussionspunkten einer Meinung sind. So spielen sie sich die Bälle zu, wenn es z.B. um die Einschätzung der »reformistischen Staatsgesinnung der KPI« geht, um die Abwehr rechter (Popper) und linker Marxismuskritiker (Deleuze, Guattari, Baudrillard, Castoriadis etc.) und um die Ambivalenzen der ökologischen und »grünen« Bewegungen. Beide wissen sich einig in der von der Rezensentin geteilten Feststellung, daß es »neben der reaktionären Tendenzen im ökologischen Bewußtsein ... auch eine durchaus fortschrittliche Potenz« gebe (64) und anti-kapitalistische Ansätze in der Absage an die herrschende, tauschwertorientierte Produktionsweise (66).

Doch spätestens bei der Frage, wer denn heute noch revolutionäres Subjekt sei angesichts der vielfältigen neuen sozialen Bewegungen und welches die angemessenste Organisationsform sein könne, wird deutlich, daß die Übereinstimmung der beiden ihre Grenze hat, und diese Grenze heißt Lenin. So erklärt Mandel kategorisch: »Ich bin weiterhin Leninist ... Ich bleibe Befürworter einer revolutionären Vorhut-Partei.« (83) Diese »axiomatisch-entproblematisierende« Antwort (so Agnoli in seinem kleinen, leicht verwunderten Nachwort, 147) kommt durchaus einem Glaubenssatz gleich, denn Mandel argumentiert hier bemerkenswert unhistorisch. So weicht er nicht nur der für Trotzkiisten doch besonders naheliegenden Frage aus, ob und inwiefern diese zum Fetisch erhobene Vorhutpartei nicht ursächlich auch etwas mit der gerade von ihnen so vehement attackierten Bürokratisierung und generell mit der stalinistischen und nach-stalinistischen Abweichung vom rechten, i.e. leninistischen Weg zu tun hat. Unhistorisch auch deswegen, weil die Frage nach der Historizität von Organisationsformen und der Übertragbarkeit der Leninschen Parteitheorie auf a) westliche und b) heutige Verhältnisse bei Mandel gar nicht erst aufkommt.

Anders Agnoli, für den die Parteien des klassischen Typs als Instrument der Befreiung ebenso ungeeignet sind wie der Staat, zu dem sie funktional aufgebaut waren und sind (150). Gescheitert seien sie nicht als Instrumente des Staatsaufbaus, sondern gerade des Staatsabbaus und damit als Projekt der Massenemanzipation. Mandels Plädoyer läuft auf ein »Zurück zu Lenin« hinaus, zu einem reinen, unverfälschten, auch von den eigenen Schwachpunkten befreiten; er möchte zurück zu den alten, bewährten (?) Arbeitereinheitsfrontstrategien. Agnoli hingegen läßt diese Tradition weit hinter sich. Al-

lenfalls sind luxemburgische Anklänge spürbar und das letztlich vielleicht ebenso glaubensgewisse Hoffen auf praktizierte Klassenautonomie, auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Massen. »Sehr schöne«, könnte man Agnoli zitieren. »Allein: ein Glaube, der wissenschaftliche Erkenntnisse einbaut, ist noch lange keine Wissenschaft, er liegt vielmehr in der Nähe der zur akademischen Disziplin erhobenen Theologie.« (35) So gehen beide am Ende doch auseinander, wie sie der Klappentext angekündigt hatte: als Orthodoxer und als Häretiker, die im einzelnen viel analytischen Scharfsinn und Sachkenntnis dokumentieren, aber, mit dem trotzigen »Prinzip Hoffnung« auf den Lippen, doch eher Ratlosigkeit verbreiten.

Karin Priester (Münster)

Seve, Lucien: *Une introduction à la philosophie marxiste. Suivie d'un vocabulaire philosophique.* (Eine Einführung in die marxistische Philosophie. Gefolgt von einem philosophischen Vokabular) Editions sociales, Paris 1980 (716 S., br., 75,— FF)

Seve hat kein »Handbuch«, sondern eine (bemerkenswert lesbare) »Einführung« geschrieben, eine Vorgehensweise, die sich ihm aus der kritischen Natur marxistischer Philosophie ergibt und die er von gängigen Darstellungen in den sozialistischen Ländern abgrenzt (20f.). Worin liegt die Spezifik gegenüber etwa dem Lehrbuch »Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie« (Berlin/DDR 1974)? Darin wird zunächst der Gegenstand der Philosophie eingegrenzt, die Grundfrage der Philosophie dargelegt. Dem folgen die beiden Hauptkapitel »Dialektischer Materialismus« und »Historischer Materialismus« (eine Seve zufolge schon problematische Trennung; 335, 358) mit Unterkapiteln, die nach Oberbegriffen wie Materie, Entwicklungsgesetze, Erkenntnisprozeß usw. geordnet sind. Der »eigentümlichen Logik des eigentümlichen Gegenstands« wird nicht nachgegangen, denn der *Aufbau* ist weder *logisch* noch *historisch*. Anders bei Seve, der als roten Faden die logische Vorgehensweise, der im großen und ganzen die historische entspricht, gewählt hat.

Aus logischer Sichtweise zeigt Seve, ausgehend von einer kurzen Skizze der Entwicklung der klassischen Philosophie und ihrer Widersprüche, die zum dialektischen Denken zwingen (Kapitel 1: dialektisch denken), wie sich diese Denkweise in ihrer materialistischen Auffassung und über welche aufeinanderfolgenden Brüche mit Vorgängern herausgebildet hat (»mit unserem einstigen philosophischen Gewissen abrechnen«). Im 3. Kapitel (»Historischer Materialismus«) werden die Bewegung der Gesellschaftsformationen, die Rolle des Klassenkampfes analysiert. Kapitel 4 (»Marxismus und Philosophie«) fragt, ob in der marxistischen Theorie noch Platz für eine Philosophie vorhanden ist. Die Funktionsweise dieser neuen Philosophie wird aufgezeigt im Zusammenhang mit der Untersuchung von Grundfragen und offenen Problemen des »Dialektischen Materialismus« (Kap. 5), der »materialistischen Dialektik« (Kap. 6) und ihrer »historischen Entwicklungsweise« (Kap. 7).

Unter historischem Blickwinkel wird von der vormarxistischen Philosophie ausgehend (Kap. 1) sowie den Jugendschriften von Marx und Engels bis 1844/45 (Kap. 2) der Weg nachvollzogen, der von der »Deutschen Ideologie« zum »Kapital« führt (Kap. 3), zu den philosophischen Werken des alten Engels (Kap. 4), schließlich die Weiterführung in den Werken großer marxistischer Theoretiker Anfang des Jahrhunderts, insbesondere Lenin und Gramsci (Kap. 5), die Deformation bei Stalin, die Versuche zur Berichtigung (Kap. 6) und schließlich die historische Weiterentwicklung bis heute sowie Zukunftsperspektiven (Kap. 7). — Dabei unternimmt Seve auf theoretischem Gebiet zahlreiche neuartige Vorstöße, aus denen wir zunächst das *Verhältnis Philosophie — Wissenschaft* herausgreifen, das in angeführtem DDR-Lehrbuch folgendermaßen behandelt wird: die Philosophie habe ihren Platz »unter den anderen Wissenschaften« (Lb 13), wird also selbst als Wissenschaft betrachtet, die zudem dem historischen und

dialektischen Materialismus gleichgesetzt wird (Lb 7, 13). Schließlich fließen alle Bestimmungen zusammen: »Der dialektische und historische Materialismus ist die wissenschaftliche philosophische Weltanschauung ...« (Lb 15). Seve zeigt auf, daß dieses Durcheinander, in der die Eigenart der Philosophie verwischt wird, ihren Ausgangspunkt hat in Stalins IV. Kapitel der »Geschichte der KPdSU (b)« (290). Dort wird einerseits beansprucht, die Politik aus der Philosophie »abzuleiten«, andererseits die faktische Politik nachträglich mit der Philosophie »gerechtfertigt« (300, 564).

»Da die Kategorie des Widerspruchs für die Dialektik das ist, was die Kategorie Materie für den Materialismus, findet die gesamte Vertiefung der marxistischen Dialektik hier ihren treffendsten Ausgangspunkt.« (453) Hiermit liegt ein offenes Forschungsproblem vor uns, denn bei Marx und Engels sowie Lenin, der den *Antagonismus* als nicht-reduzierbaren Widerspruch faßt, gibt es keine wirkliche Theorie des Antagonismus. Erst Mao hat das Problem der Existenz »nicht-antagonischer« (!) Widersprüche gestellt, allerdings keinen Beitrag zur Lösung beigebracht: Die Begriffe »Haupt- und Nebenwiderspruch«, die ihren Aufschwung im Zusammenhang mit der Frauenbewegung nahmen, helfen keinen Schritt weiter. Seves Vorschlag lautet: »Antagonistisch ist der Widerspruch, in dem einer der Gegensätze durch den anderen in seiner Existenz selbst negiert wird« wie der zwischen Bourgeoisie und Proletariat, »nicht-antagonistisch der Widerspruch, in dem der Gegensatz nur seine Identität mit dem anderen Gegensatz negiert« wie z.B. Kauf und Verkauf im Warentausch (458). Im Innern des Nicht-Antagonismus herrscht so eine logische Stellungssymmetrie im Verhältnis zu seiner Negation, während im Antagonismus eine Dissymmetrie vorliegt (482). Weitere Problemkreise sind Verantwortlichkeit und Möglichkeit, die Widerspiegelungsdiskussion, der Ideologiebegriff, der Streit um das menschliche Wesen, um Althusser.

Eine deutsche Übersetzung dieses Beitrags zur Dialektik, zum »Algebra der Revolution« (236), wird vorbereitet.
Wolfgang Kowalsky (Berlin/West)

Schoch, Bruno: *Marxismus in Frankreich seit 1945*. Campus-Verlag, Frankfurt / M. 1980 (324 S., br., 38,— DM)

Titel und Cover-Text versprechen dem Leser eine Geschichte des französischen Marxismus, die »die wichtigsten theoretischen Debatten in der französischen Linken von Merleau-Ponty und Sartre bis Garaudy und Althusser im Zusammenhang spezifischer geschichtlich-politischer Erfahrungen« begreift. Der Blick in das Inhaltsverzeichnis trübt indes diese Erwartungen: weniger eine Sozialgeschichte des französischen Marxismus als ein Auseinandersetzung mit den theoretischen Ansätzen einiger französischer Marxisten scheint vom hochgesteckten Anspruch übrigzubleiben.

Schochs Arbeit — ursprünglich als Dissertation bei A. Schmidt und I. Fetscher 1978 verfaßt — geht von zwei Prämissen aus, die für verschiedene historische Epochen immer wieder bemüht werden: Zum einen wurde der Marxismus in Frankreich immer nur bruchstückhaft rezipiert, zum andern war das Verhältnis von marxistischen Theoretikern und Kommunistischer Partei in Frankreich immer konfliktreich, da die Partei, um ihre Abgrenzungsprobleme zum republikanischen Radikalismus zu meistern, dem Ouvrierismus huldigte und als westeuropäischer Gralshüter des »Sowjetmarxismus« nur zaghaft am Prozeß der Entstalinisierung teilnahm.

Nachdem Schoch als wichtigste Strömungen des französischen Denkens »Existenzialismus, Phänomenologie, Personalismus, Katholizismus, unabhängigen Marxismus und Hegelianismus« (23) aufgeführt hat, soll aus der Geschichte der Résistance und der Nachkriegszeit die besondere Bedeutung der Rezeption der marxischen Frühschriften für die philosophischen Debatten in Frankreich erklärt werden. Nach einer Abfertigung der KPF als opportunistisch und Moskau-hörig führt Schoch drei Faktoren an, die diese spezifische Marx-Rezeption begünstigten: Zum ersten sei die Tradition des »klassischen

Radikalismus der Dritten Republik mit seinen libertär-bürgerlichen, individualistischen, republikanischen und rationalistisch-antiklerikalen Zügen« mit dem Zusammenbruch von 1940 untergegangen; zum zweiten seien »Hegel und Marx von der französischen Philosophie bis in die dreißiger Jahre« ignoriert worden und zum dritten könne auch von einer theoretischen Aneignung des Marxismus in der Arbeiterbewegung nicht die Rede sein. Zur letzten These werden die Bemühungen der KP in den dreißiger Jahren angeführt, dieses Defizit zu beheben, und allein den Schriften H. Lefebvres das Prädikat verliehen, ein »szientistisch-positivistisches Marxismusverständnis« vermieden zu haben (38).

Für den Existenzialismus sei die konkrete historische Erfahrung von Okkupation, Résistance und Befreiung prägend geworden. Realgeschichtlicher Ausgangspunkt des Denkens Merleau-Pontys sei denn auch (vor allem in »Humanismus und Terror«) der »Kampf gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten« gewesen, der »zur Begegnung mit dem proletarischen Kampf gegen Ausbeutung und vermittelte Herrschaft« führte (60). Kritisch wendet Schoch gegen Merleau-Ponty ein, daß dessen subjektiverter Marxismus, verkürzt um die Dimension der Kritik der politischen Ökonomie, auf eine »Bewußtseinsphilosophie« im Stil der Junghegelianer zurückkam.

Dem Denken und den Arbeiten Sartres und Merleau-Pontys komme heute noch Aktualität zu, weil sie das Ghetto der »proletarischen Gegengesellschaft« verlassen hätten und auf der »emanzipatorischen Dimension der marxischen Theorie beharrten.« (18) Sartres »revolutionärer Humanismus«, von Schoch im Kontext des zunehmenden Engagements des Philosophen vorgestellt, wende sich vor allem gegen ein »objektivistisch erstarrtes marxistisches Geschichtsdenken.« Allerdings, so wendet Schoch kritisch ein, geschieht dies um den Preis, »wesentliche Einsichten der materialistischen Geschichtsauffassung selbst über Bord geworfen zu haben«, um schließlich bei »purem Subjektivismus« zu landen (110). Eingedenk Sartres entschiedenen Engagements für die »Verdamnten dieser Erde« gilt Schoch dann aber dieser Preis als nicht zu hoch. Da Sartres Denken als verständliche und notwendige Reaktion auf die erstarrten Schemata des »Diamats« zu begreifen sei, müsse man ihn auch in Zukunft »innerhalb des Marxismus diskutieren«.

Zum Verhältnis von KPF und Intellektuellen übernimmt Schoch im wesentlichen die bekannten Thesen der französischen Kommunismusforschung und wird seinem Anspruch der Sozialgeschichte kaum gerecht. Gegenüber einem positiven Bild der KPI wird die französische KP als im Kern stalinistische Partei und befangen in der Lagermentalität aufgefaßt, die sich mit den und ihren Intellektuellen immer schwerer tat, sieht man von der Aufbruchperiode der Nachkriegszeit einmal ab. Schoch will dies vor allem mit dem Schweigen der Parteitheoretiker zur Debatte um die marxischen Jugendschriften und um Hegel im Nachkriegsfrankreich bewiesen sehen.

Getreu dem Prinzip, Geschichte des Marxismus als Geschichte von Marxisten zu verstehen, macht den zweiten Teil des Buchs eine Darstellung und Auseinandersetzung mit den Schriften und Positionen Althusers aus, der zu einer theoretischen 'grauen Eminenz' der KPF der 60er und 70er Jahre aufgewertet wird. Althusers Wissenschaftsbegriff wird zunächst an dessen Montesquieu-Studie exemplifiziert. Schoch will dann den »szientistischen Rigorismus« des Theorieansatzes Althusers aus den realgeschichtlichen Bedingungen erklären. Aus ihrem Scheitern in den 50er Jahren habe die KPF auch für die 5. Republik keine strategischen Lehren gezogen und gar die Kräfte — z.B. in der kommunistischen Studentenorganisation UEC —, die eine Neuorientierung in Angriff nahmen, administrativ behindert. Schoch kritisiert die von Althusser in »Pour Marx« entwickelte Argumentation des »epistemologischen Bruchs« als »erneute Tabuisierung des jungen Marx.« (225)

Das letzte Kapitel ist schließlich vollständig dem Althuserschen Begriff von »theore-

tischer Praxis« gewidmet. Der Leser, der zumindest eine Erwähnung der Diskussionsprozesse in der KPF der 70er Jahre erwartet hatte, wird mit einem »Exkurs über Spinoza im seitherigen Marxismus« überrascht. Dieser Exkurs erscheint reichlich dysfunktional, zumal er auf eine Auseinandersetzung mit dem Materialismusbegriff von Theoretikern der 2. Internationale hinausläuft. Der Marxismus Althussers wird in die Spinoza-Nachfolge gestellt: »Die kapitalistische Welt zu betrachten wie Spinoza die Gott-Natur betrachtet, bedeutet, *Das Kapital* als Substanzphilosophie zu lesen: die Objektivität kapitalistischer Produktionsverhältnisse als die eigentlichen Subjekte der Marxschen Theorie auszugeben.« (268)

Ulrich Wacker (Hamburg)

Steigerwald, Robert: *Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland*. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt / M. 1980 (353 S., Ln., 24,— DM)

Dem Autor sind Neukantianismus und Lebensphilosophie die Hauptkanäle, durch welche bürgerliches Denken auch heutzutage allenthalben in die marxistische Theorie einzusickern droht. Den Quellen dieser Strömungen im vorigen Jahrhundert sind die ersten beiden Kapitel gewidmet. Als revisionistisch gelten dem Autor diejenigen »ideologischen und politischen Tendenzen der Marx-Engels-Lenin-Revision ..., die innerhalb oder an der Grenze der marxistischen Arbeiterbewegung entstehen bzw. sich dort entfalten und ausbreiten« (8f.). Lebensphilosophisches Gedankengut sieht der Autor am Werk zuallererst bei Ernst Bloch und beim jüngeren Georg Lukács. Des letzteren (allerdings viel später geschriebene) »Zerstörung der Vernunft« hat indessen Steigerwalds Darstellung der Lebensphilosophie inspiriert. Über Ernst Bloch erfährt der Leser, daß dieser eine »zugleich hochbedeutende und widerspruchsvolle, tief-tragische Persönlichkeit« gewesen sei (131), von seiner Philosophie erfährt er wenig, außer daß sie in den Strom der Lebensphilosophie eingeordnet werden müsse. Zu Blochs politischer Ehrenrettung wird angefügt, daß er (»zum Unterschied von Georg Lukács«) am anti-imperialistisch-demokratischen Kampf in der BRD teilgenommen habe (136). Auch für Lukács' »Geschichte und Klassenbewußtsein« scheint mir der lebensphilosophische passe-par-tout Steigerwalds nur leere Fluchten zu öffnen. Der interessierte Leser sei auf Lukács' eigenes Vorwort von 1967 verwiesen, wo der Autor selbst die Ungereimtheiten dieses Werks auf die zeitgeschichtlichen und biographischen Widersprüche seines eigenen »Klassenwechsels« hin relativiert.

Das folgende Kapitel ist denjenigen Revisionisten gewidmet, die sich dem Einfluß psychoanalytischen Denkens verdanken. Steigerwald trennt scharf zwischen Freuds Neurosen- und Behandlungstheorie auf der einen, seiner Kultur- und Gesellschaftstheorie auf der anderen Seite. Er argumentiert, daß der Marxismus mit der ersteren nichts, mit der letzteren aber eine Menge zu schaffen habe. Allerdings ist die Freudsche Kulturtheorie von keinem der »Freudo-Marxisten« ernsthaft akzeptiert oder verbreitet worden. Dafür wimmelt Steigerwalds Darstellung der (im engeren Sinne) psychologischen Konzeptionen Freuds von Fehlern und Entstellungen. Vom dualistischen Triebmodell des späten Freud, das lebensphilosophischen Deutungen noch am ehesten entgegenkommt, haben sich alle »linken« Freudianer ebenso distanziert wie von den Spekulationen über die Anfänge der Kultur. Den aufklärerischen Tendenzen in Freuds Werk wird Steigerwalds lebensphilosophischer Universalschlüssel nicht gerecht.

Auch die anschließend behandelte Frankfurter Schule fügt sich dem Schematismus des Autors nur äußerst widerwillig. Bedauerlich ist darüber hinaus, daß Steigerwald die interessanteren »Randfiguren« (z.B. W. Benjamin, F. Borkenau) durch bloße Erwähnung ihrer Namen im Kontext »Kritische Theorie« miterledigt, sich ansonsten aber auf die bereits vielfach kritisierten Hauptvertreter (Horkheimer, Adorno, Marcuse etc.) beschränkt. Auch sie sollen allesamt Spielarten lebensphilosophischen Denkens verkörpern.

Zwei weitere Abschnitte beschäftigen sich mit Poppers Kritischem Rationalismus, der für den Autor dadurch bedeutsam wird, daß die sozial-demokratische Führung ihn zu ihrem Hofphilosophen erkoren hat, und mit dem »Profil des heutigen Revisionismus«. Hier gilt des Autors Aufmerksamkeit den rechten und linken anti-leninistischen Strömungen vom linken Flügel der Sozialdemokratie bis zum SB, zum Projekt Klassenanalyse und zu trotzkistischen, maoistischen und spontaneistischen Gruppierungen. Daß im Dschungel der (nicht kommunistischen) »linken Szene« überwiegend löchrige philosophische Mäntelchen getragen und gewendet werden, belegt der Autor überzeugend. Auch zeigt er schlüssig den bürgerlich-individualistischen Kern in der Organisationsfeindlichkeit vieler »Alternativer«, die die umweg- und ausweglose »Selbstverwirklichung« auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Dem Rezensenten bleibt die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß seine Darstellung sich auf das beschränkt hat, was ihm an der vorliegenden Arbeit Ärgernis war. Er stimmt mit dem Autor darin überein, daß bürgerliche und revisionistische Positionen (zumal dann, wenn sie sich in der organisierten Arbeiterbewegung breitmachen) schonungslos marxistisch kritisiert werden müssen. Generalisierter Lebensphilosophie-Verdacht zengt jedoch ebensowenig von politischem wie von philosophischem Unterscheidungsvermögen. So kulminiert Steigerwalds Kritik an der (sicherlich kritikwürdigen) Position von Lukács in der berüchtigten »Organisationsdebatte« in der Feststellung, die Partei sei eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten auf der Basis gleicher Klassenlage und Weltanschauung. Aber gerade das könnte man von jedem bürgerlichen Kampfverband auch sagen. Auch besteht die Stärke der Arbeiterklasse nicht in ihrer großen Zahl (126), sondern in ihrer entscheidenden Position für die materielle Reproduktion der Gesellschaft.

Clemens Knobloch (Bonn)

Röhr, Werner: *Aneignung und Persönlichkeit. Studie über die theoretisch-methodologische Bedeutung der marxistisch-leninistischen Aneignungsauffassung für die philosophische Persönlichkeitstheorie.* Akademie-Verlag, Berlin 1979 (250 S., br., ca. 20,— M)

Zwar nimmt für die Deutung und Erklärung der in den Sozial- und Humanwissenschaften gegenständlichen Probleme und Sachverhalte der Begriff »Arbeit« den systematisch ersten Rang ein; ihm steht aber als Komplementärbegriff nahezu untrennbar der Begriff der »Aneignung« zur Seite. Unter verschiedenen Aspekten zielen beide auf eine gleiche gegenständliche Realität, nämlich auf die Beziehung und den Zusammenhang von subjektiver Aktivität und produzierter/natürlicher Objektivität.

Diese fundamentale Bedeutung des Begriffes »Aneignung« macht seine philosophische Klärung nötig. Deshalb wird man die von Werner Röhr vorgelegte Studie mit großen Erwartungen lesen, zumal sich in der DDR Philosophen und Einzelwissenschaftler schon geraume Zeit sowohl mit der Grundlegung des Aneignungsbegriffes als auch mit seiner Beziehung zur Persönlichkeitstheorie beschäftigen. Allerdings schränkt der bei Röhr gegebene, selbst noch polemische Bezug auf diese Diskussion die Möglichkeit zur Rezeption seines Buches durch Interessenten in der Bundesrepublik ein. Daß Röhr in zentralen Passagen Überlegungen aus der »Kritischen Psychologie« Klaus Holzkamps (bzw. von Ute Holzkamp-Osterkamp) übernimmt, indiziert zudem eine Erstarrung der Auseinandersetzung in der DDR. Tatsächlich gehen die Röhrschen Gedanken kaum über bekannte Vorstellungen hinaus; der Plattheiten sind nicht wenige, gelegentlich schmerzt auch das hölzerne Begriffsgeklapper. Zudem hat sich Röhr offensichtlich nur nebenbei mit den Erräten der Einzelwissenschaften beschäftigt. Andernfalls wäre seine Kritik am psychologischen Aneignungsbegriff unverstänlich, dem er vorhält, er würde Aneignung entweder nur als Interiorisation sehen und dabei »die im Arbeitsprozeß über die Aneignung vergegenständlichter Erfahrung vollzogene Aneignung der

Natur überhaupt ... ebenso ... wie die entscheidende Rolle der gesellschaftlichen Verhältnisse verschweigen, oder aber Aneignung auf Exteriorisation reduzieren und dabei nicht die in der Aneignung vollzogene »Vergegenständlichung als Ausdruck des gesellschaftlichen Wesens der Subjekte« betrachten (19). Ernstlich läßt sich jedoch eine solche Kritik nach den von Röhr selbst immer wieder zitierten Arbeiten von Lucien Séve und Klaus Holzkamp wohl nicht aufrechterhalten. Überdies hat auch — wie man beispielsweise in den Aufsätzen von Alfred Arnold nachlesen kann — die philosophische Diskussion in der DDR die Begriffe Interiorisation und Exteriorisation niemals in dem von Röhr unterstellten eingeschränkten Sinn gebraucht.

In systematischer Hinsicht müssen wenigstens drei Einwände gegen die Überlegungen von Werner Röhr erhoben werden. Erstens: Der Darstellung gelingt nicht die Vermittlung der strukturtheoretischen und der prozeßtheoretischen Dimensionen des Aneignungsbegriffes, ohne die jedoch eine persönlichkeits-theoretische Fragestellung nicht einmal problematisiert werden kann. Röhr beläßt es daher auch bei einer — allerdings verdienstlichen — Zusammenfassung der Vorzüge marxistischer Persönlichkeitstheorie. Diese wird aber mit den Reflexionen zum Aneignungsbegriff ebensowenig verknüpft wie die Gedanken zu Bildung und Erziehung, die das Buch abschließen. Zweitens: Durchgängig bewegt sich die Analyse auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus, wobei Röhr deren Differenzen nicht deutlich macht. Spätestens dort wird dieser Mangel höchst problematisch, wo er — zunächst zutreffend — festhält, daß Aneignungsakte über ihre Determination durch den Aneignungsgegenstand hinaus einer gesellschaftlichen Formbestimmtheit unterliegen, daraus aber dann auf eine prinzipielle Spezifik der Aneignung gesellschaftlicher Verhältnisse schließt. Tatsächlich jedoch unterscheidet sich die abstrakte Struktur der Aneignung gesellschaftlicher Verhältnisse zunächst nicht von der Struktur der Aneignungstätigkeit überhaupt; eine Differenz liegt vielmehr in den Gegenständen der Aneignung. Drittens: Diese mangelnde Unterscheidung der Abstraktionsebenen schlägt sich im Gesamtaufbau des Buches in dem unerklärlichen Beginn der systematischen Darlegung mit dem Eigentum nieder. Damit steht am Anfang die Analyse eines komplexen und zugleich nur konkret analysierbaren Sachverhalts — Röhr schreitet dann mit ebenfalls nicht nachvollziehbaren systematischen Schritten über die Untersuchung von »Arbeit — Vergegenständlichung und Aneignung« zum Kapitel »Bürgerlicher und kommunistischer Gegenstand« voran —, durch den sich die prinzipiellen Merkmale und Momente von Aneignung in ihrer Allgemeinheit nicht erschließen lassen.

Festgehalten werden sollte die von Röhr hervorgehobene Verknüpfung von kausalen und teleologischen Momenten in der Struktur der Aneignung; in der Aneignung, so Röhr, fließen die gegenständliche Determination der subjektiven Tätigkeit und die Determination des Gegenstandes durch den Zweck der Tätigkeit zusammen (vgl. 112). Dieser Hinweis des insgesamt enttäuschenden Buches könnte die weitere Diskussion befruchten.

Michael Winkler (Nürnberg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Röther, Klaus: Die Germanistenverbände und ihre Tagungen. Ein Beitrag zur germanistischen Organisations- und Wissenschaftsgeschichte. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (541 S., br., 60,— DM)

Die Dissertation will vom Verfasser als »Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Germanistik verstanden werden, die nicht die Abfolge theoretischer Schulen oder die Geschichte der wissenschaftlichen Methoden in den Vordergrund stellt, sondern »mittels einer ideologiekritischen Analyse der germanistischen Organisationsgeschichte die poli-

tisch brisante Funktion der Germanistik als Ideologie produzierender und reflektierender Wissenschaft« aufdeckt. (XIV)

Gegenstand der Untersuchung sind die wissenschaftshistorisch bedeutsamen Germanistenverbände vom Beginn der Germanistik im Vormärz bis zur Gegenwart. Untersucht werden die Germanistentage von 1846 und 1847 sowie ihre Vorläufer, weiterhin die 1861 gegründete germanistische Sektion des seit 1837 bestehenden *Verbandes deutscher Philologen und Schulmänner*. Es schließt an die Untersuchung des 1912 gegründeten *Deutschen Germanistenverbandes*, dessen Geschichte in der Weimarer Republik unter dem Namen *Gesellschaft für deutsche Bildung* und seines Übergangs in den Nationalsozialismus. Der letzte Teil ist der Germanistik nach 1945 gewidmet, den Ansätzen zur Neugründung eines Verbandes in den Westzonen und der Ostzone, der Gründung des *Germanistenverbandes* in der BRD 1952 sowie der *Internationalen Vereinigung für germanische Sprach- und Literaturwissenschaft (IVG)*.

Der gewählte Untersuchungszeitraum und die Zahl der untersuchten Organisationen bedingen notwendigerweise eine Beschränkung auf einige zentrale Fragestellungen und in vielen Teilen eine unvermeidbare Pauschalierung sowie den Verzicht auf detaillierte Darlegungen wissenschaftlicher Schulen. Da aber bis heute eine Geschichte der Germanistenverbände fehlt und nur einige kürzere Untersuchungen zur ideologischen Tradition der Germanistik oder zu statussoziologischen Fragen vorliegen, schließt diese Arbeit eine wichtige Lücke in der bisherigen Forschung: Ihre Leistung besteht vor allem darin, die Geschichte der germanistischen Verbände chronologisch nachzuzeichnen, ihren Einfluß zu quantifizieren (Mitgliederzahlen, Struktur der Mitgliedschaft, Einfluß in der Kultusbürokratie), die einzelnen Tagungen und ihre Ergebnisse darzustellen und ideologiekritisch zu würdigen. Die auf Tagungsprotokolle, unveröffentlichte Sitzungsprotokolle und Korrespondenzen sowie einer umfangreichen Auswertung der Verbandszeitschriften und Veröffentlichungen führender Mitglieder der Verbände gestützte Arbeit bietet eine Materialsichtung, die die Grundlage für weitere Forschungen sein kann.

Röther kann nachweisen, daß die Germanistik, im Rahmen der bürgerlichen Revolution im Vormärz entstanden, im Gewande der Wissenschaft politische Zentralfragen der Revolution abhandelte. Ausgehend von einem bewußt politischen Anspruch waren die ersten Germanistenversammlungen, die gewissermaßen ein bürgerliches Parlament zu simulieren suchten, Teil der bürgerlichen Revolution. Im Vergleich mit den später entstandenen Verbänden wird deutlich, daß diese Germanistik sowohl in ihrer Funktion als Bestandteil der bürgerlich-demokratischen Bestrebungen des Vormärz, als auch inhaltlich in ihren zentralen Aussagen keine Kontinuität zur Germanistik des Kaiserreiches und der Weimarer Republik besitzt. In dem — von Überspitzungen nicht immer freien — nationalen Denken der Vormärz-Germanistenkongresse finden sich weder biologisch-rassistische, noch aggressive, ethnozentrische Gedanken. Der 1912 gegründete DGV hat mit diesem Denken — obgleich er versucht, diese Tradition für sich zu reklamieren — nichts gemein: erwachsen auf der Basis des aggressivsten Nationalismus des Kaiserreiches verbindet er deutschtümelndes Denken mit zunehmend biologistisch-rassistischen Komponenten. In einem systematischen Exkurs weist Röther den »präfaschistischen« Charakter der vom DGV repräsentierten Ideologie nach. Die Analyse des Übergangs in den Nationalsozialismus, der stürmischen Begrüßung des NS-Staates durch den DGV sowie der aktiven Beteiligung an nationalsozialistischer Propaganda (z.B. bei Kriegsausbruch) weisen darüber hinaus nach, »daß ihr (der Germanisten, C.P.) Arrangement mit dem Nationalsozialismus ein so halbherziges oder gar erzwungenes nicht war ...« (307).

Die Ursachen für diese Affinität zum Faschismus werden von Röther zum einen in der sozialen Lage des mittelständischen Beamten allgemein gesehen, zum anderen aber

in der spezifischen Tradition der Germanisten, die als Geisteswissenschaftler in besonderem Maße von Statureinbußen betroffen waren und zudem von der offiziellen Bildungspolitik des Kaiserreiches als Bewahrer und Vermittler des nationalen Kulturgutes dargestellt wurden, was die Identifikation mit dem Kaiserreich und die Erfahrung sozialer Deklassierung verstärkte. (256ff.) Daß auch nach 1945 die Konsequenzen hieraus in der westdeutschen Germanistik nicht gezogen und die Flucht in eine vorgeblich unpolitische Wissenschaft gesucht wurde, die die eigene politische Tradition verdrängt, weist Röther an der Durchsetzung der werkimmanenten Methode nach. Erst 1966 gelingt es auf dem Germanistentag in München, die eigene Fachgeschichte kritisch zu hinterfragen.

Die Analyse des IVG kann darüber hinaus nachweisen, daß es auch auf internationaler Ebene nicht gelingt, aus einer umfassenden Methoden- und Wissenschaftskritik heraus die Germanistik auf ein die eigene Tradition kritisch verarbeitendes Fundament zu stellen, dies umso mehr, als eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der eigenen Wege gehenden Germanistik in der DDR gescheut wird. So ist auch die Weigerung, einen deutschen Tagungsort zu wählen, in den 60er Jahren nicht mehr aus der anfänglichen Distanz gegenüber einer durch den Nationalsozialismus diskreditierten Wissenschaft motiviert, sondern durch die Angst, die kritische Hinterfragung der Germanistik durch die Studentenbewegung könne auch in die IVG hineinreichen.

Die Dissertation ist von Gegenstand und Darstellung her ein Handbuch zur Organisationsgeschichte der Germanistik, das die eigene Intention, Organisationsgeschichte als integralen Bestandteil der Wissenschaftsgeschichte zu behandeln und die Haupttheoreme ideologiekritisch zu untersuchen, einlöst. Eine sozialgeschichtliche Analyse der realen Einflüsse der Germanistenverbände auf Schule, Hochschule und Öffentlichkeit, sowie die Wechselwirkung mit anderen Vereinigungen und Verbänden kann im Rahmen dieser Dissertation nur angedeutet werden.

Carlo Poell (Hamburg)

Nössig, Manfred, Johanna Rosenberg und Bärbel Schrader: Literaturdebatten in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des marxistischen literaturtheoretischen Denkens 1918-1933. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1980 (812 S., Ln., 30,— M)

Auf der Suche nach Elementen einer »polyphonen marxistischen Ästhetik« (707) haben die Autoren unter Leitung von Manfred Nössig die Beiträge der Schriftsteller in der KPD, aber auch der parteiunabhängigen, links engagierten Literaten zu den Debatten in der Republik von Weimar durchgesehen. Ihr Auswahl- und Aufnahmekriterium ist allgemein gehalten: »Aufgearbeitet wird also ein breites Feld an Vorschlägen und Ideen für eine revolutionäre Kunst und Ästhetik, die an den Grundinteressen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten orientiert ist oder sich daran zu orientieren bemüht.« (698) Solch allgemeines Kriterium erweist im Vollzug seine literaturgeschichtliche Offenheit: Überwunden wird die Enge des durch Parteigeschichte Kanonisierten, wie es noch 1979 in der vierbändigen Dokumentation »Zur Tradition der sozialistischen Literatur« unter der Leitung Alfred Kleins geboten wurde. Ernst gemacht wird hier mit der Forderung, den Anteil der jahrzehntelang verdrängten Avantgarde an der Herausbildung der sozialistischen Literatur zu zeigen (so erhoben in dem Sammelband »Künstlerische Avantgarde«, Akademie-Verlag 1979). Daß es in der Weimarer Republik nur zu flüchtigen Berührungen oder spektakulärem Überwechseln zwischen künstlerischer und politischer Avantgarde kam, das ist nicht Schuld der nachgeborenen Historiker, sondern der Geschichte. Die Autoren bemühen sich um historische Gerechtigkeit: Da kommen die Expressionisten aus dem Kreis um Franz Pfemfert's »Aktion« zu Wort; da werden knapp, aber dennoch treffend die Vorschläge der »Avantgardisten« Kracauer, Carl Einstein, Döblin und Benjamin vorgestellt; da wird der (von der westberliner »alternative« wiederentdeckten) Lu Märten eine ausführliche Diskussion zuteil; da wird

auf F.C. Weiskopfs kritische Tätigkeit als ein (leider nicht durchschlagendes) Gegengewicht gegen die Romanvorstellungen der »Linkskurve« aufmerksam gemacht. Der erweiterte Blick auf das literarische Leben Weimars schärft auch das Auge für Fehler in den eigenen Reihen: Bechers wortgewaltige und -gewalttätige Artikel aus der Mitte der Zwanziger werden als »linkssektiererische Berserkerei« (416) etikettiert; Brechts Ästhetik wird »eine gewisse Affinität zu der fehlerhaften politischen Lösung vom 'Kampf Klasse gegen Klasse'« (670) attestiert (spannend, aber spekulativ wäre, wie von solcher Einschätzung der Autor das Thema »Brecht und die Volksfront« anginge ...); vor allem aber wird festgehalten, daß es vor dem Faschismus zur unheilvollen »Spaltung der linken — proletarisch-revolutionären und fortschrittlichen bürgerlichen — Kultur« (520) durch die sezessionistisch-sektiererische Haltung des BPRS kam (die Angriffe auf Döblin und Heinrich Mann als Exempel).

Die Fülle des Materials — aus oft nur schwer zugänglichen Zeitschriften — der souverän ordnende Zugriff, der Erbwillen zur »Tradition der Moderne« machen aus dem Werk ein lesenswertes Buch; freilich kein gut lesbares: historische Gerechtigkeit obwaltet derart, daß aus den manchmal papierernen Formulierungen der Autoren kaum noch die Hitzigkeit und der Ernst der Debatten spürbar wird, mit denen in der Weimarer Republik um die Gestalt der parteilichen Literatur gestritten wurde.

Christian Fritsch (Tübingen)

Mainusch, Herbert (Hrsg.): *Literatur im Unterricht*. Wilhelm Fink Verlag, München 1979 (389 S., br., 19,80 DM)

Der Sammelband ist als Beiheft zu einem Fernstudiengang Anglistik (Literaturwissenschaft) konzipiert worden, der Teil eines Weiterbildungsprogramms für Lehrer an der Sekundarstufe II war. Im Vordergrund des Interesses stand dabei die Frage: Was kann und soll Literatur überhaupt im Unterrichtsprogramm der Oberstufe?

Die Erwartungshaltung der Adressatengruppe geht daher in Richtung auf didaktische und methodische Anregungen durch das Buch. Die beteiligten 36 Autoren gehen das Thema aus verschiedenen Perspektiven an: 1. Funktion des Literaturunterrichts in der Schule, 2. Das Verhältnis von Literatur und Literaturunterricht, 3. Literaturunterricht in der Sekundarstufe II, 4. Aneignung von Literatur durch die Schüler.

Da das Buch leider keine entsprechende Gliederung aufweist, ist der Leser allein angewiesen auf die Titel der einzelnen Aufsätze. Die Möglichkeit, zu bestimmten Bereichen schnell Informationen zu bekommen, wird dadurch eingeschränkt, wie auch dadurch, daß manche Titelwahl relativ wenig Bezug zum Inhalt hat. Zwar wird in den einleitenden Abschnitten der Bezug zu schulischen Fragen immer wieder behauptet, dies hindert jedoch oft nicht daran, philologische Fragen zu bearbeiten, ohne daß auf die Relevanz für die Schule eingegangen wird. Dies ist Ergebnis der Tatsache, daß keiner der Autoren im Schuldienst ist, sondern die Perspektive des Hochschullehrers oder Schriftstellers in die Problemstellung eingegangen ist.

Ausnahmen davon bilden z.T. folgende Aufsätze: 1. »Über einige Schwierigkeiten, Literatur in der Schule kennenzulernen« von Dieter Breuer (46-55). Breuer setzt sich mit der Subjektivität des Lernens auseinander, deren phantasieanregendes Potential sich an den Verordnungen und Reglementierungen des Schulalltags stoßen muß: »Literatur wirkt nach aller Erfahrung, wenn sie nicht voreilig zum Gegenstand des Lernens und Bestätigens intellektueller Fertigkeiten gemacht wird, aufgrund ihrer in besonderer Weise emotionalisierenden, die Phantasie erregenden Eigenschaften beunruhigend.« (50) 2. »Literatur und Literaturunterricht: Lernfeld für wen?« von Ulrich Horstmann (155-161). Der Verfasser ruft die Schüler und Lehrer auf zu einem respektlosen, weil produktiven, Umgang mit der Literatur (160); er geht dabei von der einfachen Feststellung aus, daß »Literatur ... von den Literaten nicht für Literaturwissenschaftler gemacht

(wird)* (158) und leitet daraus das Recht des Rezipienten zum eigengestaltenden Umgang mit Texten ab. Dem Aufsatz fehlen allerdings auch die Beispiele und Vorschläge, wie in der Praxis die Aufforderung umgesetzt werden kann. 3. Ähnlich argumentiert auch Gertrud Jungblut in »Der Literaturunterricht muß umkehren. Für Lernziele ohne meßbares Endverhalten.« (162-174) Sie fordert vom Lehrer: »Erst wenn die sinnliche und imaginative Erlebnisfähigkeit beim Schüler reaktiviert (oder geweckt) worden ist, kann ein Werk wirklich 'zur Sprache kommen'.« (168) Jeder Literaturlehrer wird sich jedoch fragen, ob er überhaupt das Recht hat, in die Affektivität und Sensibilität der Schüler einzudringen, oder ob er nicht auf diese Weise den Lernenden eine weitere Möglichkeit zur Flucht (z.B. in Tagträume) nimmt und diese dem Diktat von Zensurierung und Bewertung unterwirft. Dieser Aspekt fehlt den Überlegungen Jungbluts. 4. Auch Gerd Mattenklotts Argumentation in »Die Suche nach Identität im Unterricht« (242-249) geht in eine ähnliche Richtung, allerdings ist er eindeutig gesellschaftsbezogener: »Phantasiefähigkeit, Schärfe des Wahrnehmungsvermögens, Widerstandskraft gegen die Zumutungen des Opportunismus und solidarisches Verhalten müssen in der Selbstachtung der Schüler ... verankert werden...« (249). 5. Dieter Wellershoff sieht in »Gelegenheit zur Erfahrung. Über den Umgang mit Gedichten« (370-373) in lyrischen Werken die »Möglichkeit der Selbsterfahrung für seinen Leser« (370) und will den Rezipienten »Mut zu ihren individuellen Lesarten machen. Das Gedicht (wird) ... ein Anlaß zur freien Assoziation« (373), doch auf die spezifischen Probleme individueller Literaturaneignung im Klassenverband, mit allen gruppenspezifischen Störfaktoren, geht er nicht ein. 6. F.J. Raddatz' »Lesen lernen!« (295-297) spricht davon, daß Literatur »gerade bei jungen Menschen nicht mehr und nicht weniger sein (kann) als ein Angebot, nämlich die eigenen Kompliziertheiten besser zu verstehen« (297), während Siegfried J. Schmidts Essay »Literatur und Schule: Ein Essay« (298-310) auf die utopische Sinngebung von Literatur verweist: »Literatur soll die Grenzen der jeweils herrschenden sozialen Systeme sichtbar machen und deren Defizite einklagen; sie soll ... als Vehikel des Möglichkeitssinns über den herrschenden Zustand hinausweisen auf vergessene und noch verborgene Möglichkeiten individuellen und gesellschaftlichen Lebens.« (307)

Die meisten Beiträge bieten kaum Anregungen für den Unterricht, weil entweder die Themenstellung schulfremd gewählt wurde oder weil die Bearbeitung im theoretisch-postulativen Bereich stehengeblieben ist, ohne dem Lehrer Hinweise für didaktisch-methodische Überlegungen an die Hand zu geben. Günter Alfs (Hude)

Mattenklott, Gundel: Literarische Geselligkeit — Schreiben in der Schule. Metzler Verlag, Stuttgart 1979 (258 S., br, 32,— DM)

Es geht um literarische Kreativität im Deutschunterricht, um eine literarische Geselligkeit, die den Schüler vom Leser zum Produzenten von Literatur emanzipiert, »die den Einzelnen mit den anderen verbindet, Genuß- und Wahrnehmungsfähigkeit entwickelt und Subjektivität in Spiel und Arbeit zu ihrem Recht kommen läßt« (173). In diesem Sinn ist es erklärtermaßen nicht Zweck der Arbeit, die Manuskriptberge der Verlagslektoren noch weiter anschwellen zu lassen, wenigen einzelnen den Einstieg in eine literarische Karriere zu ermöglichen. Vielmehr geht es um eine andere Form literarischer Öffentlichkeit, die Alltagsphantasie, visualisierte Gespräche, subjektive Produktivität aufgreift, zur Diskussion stellt und ins Alltagsleben zurückübersetzt. »Ein Vorgefühl davon haben die Graffiti des Pariser Mai 1968 uns gegeben« (20). Dem Literaturunterricht soll in diesem Zusammenhang der zentrale Stellenwert zuteil werden, psychische Dispositionen der Ausdrucks-, Schreib- und Kommunikationshemmungen abzubauen, also der bekannten Einschüchterung vor Literatur (hinsichtlich Rezeption und Produktion) entgegenzuwirken. — Individuelle oder kooperative Formen kreativen Schreibens und Kommunizierens sind auf der Landkarte der heutigen Lehrpläne

des Faches Deutsch weitgehend weiße Flecken. Die Autorin kann in Kap. I »Streiflichter« diesen Zustand historisch relativieren. Anhand von Untersuchungen über literarische Geselligkeit in der höfischen Gesellschaft des Mittelalters, über japanische Tanka- und Haika-Kulturen, über Romantik und Biedermeier bis hin zur Würdigung schreibender Frauen, Arbeiter und Lehrer kann ein Traditionszusammenhang literarischer und kommunikativer Kooperation erhellt werden. Was schöpferischer Umgang mit Literatur fürs Individuum bedeuten kann, zeigt die exemplarische Auseinandersetzung mit dem autobiographischen Roman Anton Reiser von Karl Philipp Moritz an (Kap. II).

In Kap. III wird das Programm »Schreiben in der Schule« auf dem gegenwärtigen gesellschaftlichen und pädagogischen Hintergrund projiziert. Die Autorin verweist auf die grundsätzliche Spannung zwischen einer »creativity«, die auf inhaltsleere, unverbindliche Originalität von Gedankenfindung aus ist und einer Phantasiemotorik, die quer steht zu einer auf Verwertbarkeit ausgerichteten Vergesellschaftung. Der erstgenannten Position werden einerseits die Kreativitätskonzepte aus den USA und das implizite Streben nach abstrakter Innovationsfähigkeit zugeordnet. Andererseits Konzepte traditionellen Deutschunterrichts, die das Geschäft des unkritischen Auffüllens von als klassisch sanktionierten Normen betreiben. Hier könnte sich die Verfasserin auch auf Brecht berufen, der im Realismusstreit gegen Lukács zu bedenken gab, nur Stiefel könne man nach Maß machen, Literatur aber nicht.

Das prinzipielle Dilemma, »inhaltlich leere und für alles mögliche brauchbare, aber originelle Ideen zu produzieren«, versucht G. Mattenklott zu umgehen, indem sie vorschlägt, die »entstehenden Texte immer wieder auf ihre Inhalte, ihre realistischen Implikationen hin zu diskutieren« (49). Dieses didaktische Regulativ wird in Kap. V aufgefüllt und präzisiert. Es wird ein im Literaturunterricht gut nachvollziehbarer »Kurs Schreiben« entworfen. Der fragwürdigen Praxis der Zensur Umgebung (besonders literarischer Schülerproduktionen) steht eine diskursive Auseinandersetzung über das Geschriebene gegenüber, an der Schüler und Lehrer gleichermaßen beteiligt sind. »Dabei geht es um nichts geringeres, als um die Entwicklung neuer ästhetischer Wertungsprinzipien, die nicht psychische Leistung und literarische Qualität unterscheiden, sondern beides als Einheit verstehen« (177). Ob allerdings die Gretchenfrage, ob ein Text »für mich« wichtig ist und ob das Erfahrene »ernsthaft« sprachlich wiedergegeben wurde, zur Bewertung der Literatur ausreicht, mag dahingestellt bleiben.

Wesentlich konkreter wird die Organisation des Kurses, wenn das experimentelle Schreiben der literarischen Avantgarde (Dada, Surrealismus) den Anknüpfungspunkt abgibt. Produktion verbindet sich hier mit sachlich kritischer Rezeption. Grundlage des literarischen Experimentierens bildet »die Demonstration von literarischen Techniken, deren theoretische Hintergründe durch Lektüre beleuchtet werden« (184). Die anregenden Projektvorschläge für das Schreiben in der Schule werden abgerundet durch Verweise auf notwendige technische Unterrichtsmittel für die Reproduzierbarkeit: Abzugsmaschine, Tonband, Wandzeitung etc. Es wird bewiesen: Schüler können Literatur selber machen. Auch praktische Ergebnisse dazu legt das Buch vor: in Kap. IV ist auf 112 Seiten eine Auswahl von Lyrik und Prosa von Schülern abgedruckt. Diese Texte sind im »Workshop Schreiben« des Pädagogischen Zentrums Berlin entstanden. Da sie nur ein Teil der dort entstandenen Ergebnisse sind, sei auf die anderen Publikationen des »Workshop« hingewiesen:

Blumensath, Heinz, und Gundel Mattenklott (Hrsg.): Autorenlesung des Workshop-Schreiben. Berliner Schüler stellen eigene Texte vor. Berlin: Pädagogisches Zentrum 1977 (35S.); 1978 (21S.); 1979 (58S.); 1980a (83S.); 1980b (Teil I u. II, 254S.)

Im Winter 1976/77 initiierte das Pädagogische Zentrum Berlin einen »Workshop Schreiben«. Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe wurden eingeladen, eigene Textproduktionen einzusenden und in einem Werkstattgespräch darüber zu

kommunizieren. Ausgangspunkt des Vorhabens bildete eine Bestandsaufnahme des herrschenden Deutschunterrichts, der, als künstlerisches Fach, im Gegensatz zu den Fächern Musik und Kunst, die eigene schöpferische Arbeit der Schüler marginalisiert. Literarische Produktivität, das »Bedürfnis nach symbolischer Darstellung der Auseinandersetzung mit sich selbst und der Umwelt« (1977, 3), findet keinen Einzug in die gegenwärtige Lehrplankonstruktion. Zur Kompensation dieses Mangels motivierte das Pädagogische Zentrum Schüler, ihre literarische Schubladenproduktion einer Öffentlichkeit gleichaltriger Autoren und älterer Sachverständiger zu überführen. Der Aufforderung: »Wer schreibt Gedichte, Geschichten, Dramatisches oder ganz anderes und schickt es uns einmal zu?« (Ebd.) folgten über 60 Schülerinnen und Schüler, so daß über 500 Textseiten vorlagen, die vom Workshop veröffentlicht und im Rahmen der Berliner Musischen Wochen diskutiert wurden.

Es folgte 1979 der »2. Workshop Schreiben«, der auch Schüler der berufsbildenden Oberschulen integrierte. Der »3. Workshop Schreiben« 1980 wandte sich erstmals auch an Schüler der Sekundarstufe I. »Hier steht nun Heiteres neben Ernstem, Ausgedachtes neben Erfahrenem, Skizzen, Geschichten und Gedichte, und vieles andere mehr, Gemeimtes und Ungemeimtes, wie wir es uns auch vorgestellt und gewünscht haben« (1980b, 1). Die große Resonanz des Workshops macht besonders deutlich, wie sehr auch bei Schülern das Bedürfnis vorhanden ist, ihren Wünschen, Fähigkeiten und Erfahrungen schöpferische Gestalt zu verleihen. Gleichzeitig bietet sich ein breites Spektrum der literarischen Begabungen, Vorlieben und Ansprüche. Das zeigen besonders die Schülertexte in den beiden Teilen des 3. Workshops.

Die Ziele des Workshops sind auf drei Ebenen ablesbar: Zum einen geht es darum, Ausdrucksängste und Hemmungen der Schüler beim Schreiben zu überwinden und darum, das Geschriebene in ein literarisches Diskussionsforum zu überführen. Zum anderen sollen Lehrer zu ähnlichen Initiativen angeregt werden. Schließlich besteht die langfristige Intention, kreatives Schreiben auch in schulischen Lehrplänen zu verankern.

Holger Rudloff (Köln)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Eisenstein, Sergej: Eine nicht gleichmütige Natur. Henschelverlag, Berlin 1980 (280 S., Ln., 18,— M)

Der vorliegende Text, eine deutsche Erstveröffentlichung, gehört zu einer Gesamtstudie Eisensteins — bestehend aus mehreren, zum Teil veröffentlichten Aufsätzen — zu Fragen der Filmkultur und -ästhetik. Diese theoretische Arbeit des sowjetischen Filmregisseurs ist weniger durch eine strenge Systematik, vielmehr durch ein ungemein phantasievolles, assoziations- und kenntnisreiches Denken geprägt, das von der großen Leidenschaft des Autors lebt, »gewisse Gesetzmäßigkeiten in der Gegenüberstellung von scheinbar in keinerlei Beziehung zueinander stehenden Erscheinungen zu suchen!« (148) — Ein Beispiel: Im Zusammenhang mit der Erörterung des Prinzips des Kontrapunkts und dessen Anwendung in allen Künsten verweist Eisenstein auf das Fußballspiel, das ihn hier deshalb nicht interessiere, weil dieses von einem zweiseitigen gleichberechtigten Kampf geprägt sei; ihm gehe es »vielmehr um den aktiven Konflikt von Widersprüchen innerhalb eines einheitlichen Themas. Und deshalb auch nicht Beethoven, sondern Bach.« (88)

Von dieser unkonventionellen Methode, die auch Rosemarie Heise in ihrem sehr informativen Vorwort würdigt, sind beide Aufsätze dieses Bandes geprägt: die eigenständige Studie »Yin und Yang« (203-241), in der Eisenstein den Spuren des »sinnlichen Denkens« in alten chinesischen Wissenschaften folgt, und der Aufsatz »Eine nicht

gleichmütige Natur. Musik der Landschaft und die Geschehnisse des Montage-Kontrapunkts auf einer neuen Entwicklungsstufe« aus dem Jahre 1945. Ausgangs- und Ziel-punkt sind hierin immer Fragen nach den Grundprinzipien einer Filmästhetik, doch gehen Eisensteins Erörterungen weit über dies Gebiet hinaus. Aufgrund der Annahme und des versuchten Nachweises, daß die Filmkunst »tief verbunden mit der Kulturtradition aller Kunstgattungen (ist), die sie gewissermaßen in sich vereint« (53), greift Eisenstein immer wieder auf andere Künste zurück, um die Universalität bestimmter Prinzipien zu begründen; dabei reicht das Spektrum von der Malerei über Musik und Literatur bis zur Webkunst und Keramik.

Den Rahmen dieser Analyse stecken zum einen anthropologische Erörterungen ab: Eisenstein spricht z.B. von »tief in uns verborgene(n) Instinkte(n)« (68), die den Reiz bestimmter ästhetischer Methoden ausmachen. Zum zweiten ist es die Natur, insbesondere die Landschaft, die unmittelbare Vorgaben für die Kunst liefert: »Wer ist im Endeffekt immer der große Lehrer sogar der ausgeklügeltsten kompositionellen und stilisierten Formen? — Natürlich und vor allem die Natur selbst.« (107) Zum dritten schließlich sind es die gesellschaftlich-sozialen Systeme, die den Entfaltungsgrad und die Funktionsmöglichkeiten der Kunst bestimmen (vgl. 86): Die Kunst ist ein »feiner Seismograph« (94) für historische Veränderung und wirkt gleichzeitig an dieser mit. Ob in vorwärtstreibender oder rückwärtsgewandter Weise zeigt sich darin, mit welchen Mitteln in den Künsten die scheinbare »Aufhebung des Gegensatzes zwischen Natur und Individuum« (161) und auf höherer Stufe »das Einssein mit einem Volk« (160) im »realen Wunder der klassenlosen Gesellschaft« (166) angestrebt wird.

Bei der Bestimmung ästhetischer Prinzipien gebraucht Eisenstein hauptsächlich eine musikwissenschaftliche Begrifflichkeit. Er setzt dabei an der Formenkomposition des Stummfilms an und weist dabei auf die »emotional wirkende Landschaft« (15) als musikalische Komponente hin, die er eine »nicht gleichmütige Natur« nennt. Beispielhaft führt er aus, wie in der Kunst das Prinzip der Polyphonie das »Prinzip der Einheit in der Vielfalt« (82) realisiert. Sinnfällig wird dies darin, daß mit der Anwendung der Prinzipien der Polyphonie und insbesondere des Kontrapunkts in der Montage eine simultane Darstellung möglich wird, eine »Darstellung 'von verschiedenen Gesichtspunkten'« (66) aus. (Die Montage im weiteren Sinne wird nicht allein auf den Film bezogen, sondern als »ein organisches Charakteristikum jeglicher Kunst« [96] bezeichnet.) Eisenstein zeigt, wie in der Entwicklung vom Stumm- zum audiovisuellen Film die kontrapunktische Montage an Komplexität gewinnt, die Tonalität von der Landschaft auf Sprache und Musik übergreift. Allerdings gibt es für Eisenstein keinen Kanon abstrakter ästhetischer Regeln, vielmehr verweist er immer auf die phantasievolle und kämpferische Persönlichkeit der Kunstschaffenden: »Denn — hol's der Teufel — die 'nicht gleichmütige Natur' ist vor allem in uns selbst: nicht gleichmütig ist nicht die Natur um uns herum, sondern vor allem unsere eigene Natur — die Natur des Menschen, der nicht gleichmütig ist, sondern leidenschaftlich, aktiv, und schöpferisch beteiligt an der Welt, die er umgestaltet.« (201)

Sicherlich ist dies kein leicht zu lesendes Buch, und man mag über manche Erklärungen, die allein auf Plausibilität beruhen, lächeln; aber es ist aufgrund seines unorthodoxen Charakters und der ungemein vielfältigen Ideen Eisensteins ein äußerst anregendes Buch für jeden, der sich mit Problemen der Ästhetik beschäftigt.

Rüdiger Mangel (Berlin/West)

Glaser, Hermann, Wolfgang Ruppert und Norbert Neudecker (Hrsg.): *Industriekultur in Nürnberg. Eine deutsche Stadt im Maschinenzeitalter*. Verlag C.H. Beck, München 1980 (375 S., 300 Abb., 29 Taf., Ln., 94,— DM)

Die salonfähig gewordene Industriekultur stellt sich in einem beschaulichen Pracht-

werk vor. Der von Nürnbergs sozialdemokratischem Schul- und Kulturreferenten Stadtrat Hermann Glaser mit initiierte und geschriebene Band entspringt dem Wunsch, zu dem romantischen nun auch das realistische Nürnberg zu entdecken (7). Er steht im Kontext der Suche nach Identität, will den Alltag »im besonderen des 'kleinen Mannes'« entdecken und sieht Geschichte als »Chance, aus Vergangenen das Gegenwartige zu begreifen und das Künftige zu vermuten«. Es dient nicht nur der Trauarbeit, sondern drückt auch »Stolz« aus auf die, »die dafür gekämpft und gelebt haben, daß heute das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann« (7). Das Buch reiht sich so in die repräsentative Legitimationsliteratur oberflächlich saturierter Zustände ein (als ob ungelöste Probleme ausländischer Arbeiter, perspektivlose Jugend, mehr als eine Million Arbeitslose, Amputation von Traditionen des Denkens und der Politik durch Berufsverbote auch in Nürnberg, erzwungene sicherheitsgefährdende Rüstung usw. »selbst gestaltete« »Ordnung« repräsentierten).

Unabhängig von dieser fragwürdigen Programmatik enthalten die einzelnen Artikel unterschiedlich interessante und gute Beiträge. Im Gesamtbild vermögen sie nicht jenes strukturierte Gefüge erkennen zu lassen, das man hinter dem Konzept »Industriezeitalter« als dem Versuch, »das politische, wirtschaftliche, soziale, technische und kulturelle Gesamtgefüge darzustellen« (7) erwartet. Die von den Zeitgenossen erlebte Vielfalt wird im Kopf des Lesers verdoppelt, aber nicht strukturiert, und nur selten sind bereichsspezifische und allgemeingesellschaftliche Entwicklungen so gut integriert wie in dem Kapitel über die »höheren Töchter« von Arnd Müller (265).

Das Buch besitzt Lesebuchcharakter: Texte verschiedener, vor allem Nürnberger Autoren sind gegliedert nach Haupt- und Unterkapiteln. Überschneidungen lassen sich dabei nicht vermeiden, fallen jedoch nicht sehr ins Gewicht. Eher unangenehm ist es schon, wenn aufgrund des mosaikartigen Charakters Gewichte unangemessen verteilt werden: So ist der Nürnberger Arbeitervereinstag von 1868, der für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung hatte, mit einigen kurzen Erwähnungen (127, 206, 326) unterbewertet, dagegen werden konfessionelle Arbeitervereine im Vergleich zu ihrer Bedeutung (und ihrer indirekten Abhängigkeit von der freien Arbeiterbewegung) entsprechend viel zu oft erwähnt. Von der 1848er Revolution bekommt man nur nebenbei einiges mit (86), wenig gibt es auch über den Zusammenhang zwischen Revolution, Ideologieentwicklung und Industrialisierung. Auch daß Nürnberg bis 1908 eine vom Freisinn regierte Stadt war, wird nicht recht gewürdigt, ebenso ist die Sozialdemokratie eher unterbelichtet. Wie die Existenz und das Erstarken der Arbeiterklasse und ihrer politischen Organisationen als Katalysator für bürgerliche politische und gesellschaftliche Aktivitäten wirkte (eine Fragestellung, der an anderen Beispielen schon fruchtbar nachgegangen wurde), erfährt man in diesem Buch nicht. Die Parteien werden schön pluralistisch »ausgewogen« behandelt (»Ballonmütze und Zylinder«, 342f.), und das sehr weit hinten und kurz. Bei den Abschnitten zur Entwicklung der Nürnberger Industrie erweckt manches stark den Eindruck von Firmen-PR (z.B. 66). Das Nürnberger Stadtmagazin »Pflärrer« hat gerade hier in einer kritischen Auseinandersetzung einiges programmatisch und im Detail zurechtgerückt (Feb. '81, S. 41-43).

Dargestellt werden neben den bereits genannten Gegenständen der Wandel des Bildes der Stadt, die Industrieentwicklung und ihre Protagonisten (Fabrikanten und »Arbeiterleben«, schön gleichgewichtet zwischen Firmenhagiographie und sozialem Genre mit Einschlägen von Elendmalerei und subkultureller Beschaulichkeit), Verwaltung, Handel und Verkehr, ferner mit interessantem Material soziale Hygiene und Gesundheitswesen (einschließlich Versicherungen) sowie Wohnungen, Lebenshaltung, Vereinsleben und Freizeit (mit eindrucksvollen Einzelheiten, z.B. Frühformen kommerzieller

Freizeitparks [219] und der Verwertung aussagekräftiger oraler Quellen). Es erscheint ein (am ehesten Strukturentwicklungen erkennen lassendes) Kapitel über Bildung, ferner über Künstler und Festlichkeiten; Hermann Glaser verharmlost den zu den Nazis übergewechselten, schon 1914 nationalistisch agierenden »Arbeiterdichter« Karl Bröger (131/132).

Allgemeine Kultureinrichtungen sind weitgehend ausgeblendet: Des Germanischen Nationalmuseums wird nur anlässlich seines Jubiläums gedacht, der Bühnen nur sehr wenig, mehr gibt es nur über die ortsansässigen Künstler, die Vereine und ihre Kulturhäuser, sowie die Wirtschaften und Erholungen im Freien.

Die meisten Kapitel bringen nichts grundsätzlich Neues, eher belegen sie von anderswoher Bekanntes mit Nürnberger Beispielen. Die größere Bedeutung des Werkes liegt in seinem Beitrag zur Nürnberger lokalen Identität — und hier kommt es nicht über ein pluralistisch angehauchtes (kaum wirklich konsequent demokratisch-pluralistisches) Bild der Stadt hinaus. Angesichts der ansonsten eher verschwenderischen Ausstattung mit Bilddokumenten fällt das Fehlen eines Stadtplanes (oder besser noch einer historischen Reihe von Plänen) umso mehr auf: Gerade bei den städtebaulichen Artikeln im ersten Teil wäre er nicht nur für den Nicht-Nürnberger sehr wertvoll gewesen.

Dieter Kramer (Marburg)

Voigt, Wolfgang: Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden. Materialien zur Sozialgeschichte des Arbeiterwohnungsbaus während der Industrialisierung. Sozialpolitischer Verlag (SPV), Berlin 1980 (142 S., Abb., br., 15,— DM)

Winter, Ilse: Alltag und Arbeiterkultur in der Fannystraße. Ein historisches Beispiel über die Bildung kollektiver Identität. Hannover 1979 (Diplomarbeit Univ. Hannover, FB Erziehungswissenschaft 1978, vervielfältigt: Freizeitheim Linden)

Ein Hannoveraner Stadtteil hält Einzug in die wissenschaftliche Literatur: nachdem Bernd Rabes Untersuchung von drei Generationen aktiver Sozialdemokraten in Hannover-Linden 1978 mit dem Paradigma des Negt/Klugeschen »Lager«-Modells die politische Bewußtseinsentwicklung von der Jahrhundertwende bis an die Schwelle der Gegenwart verfolgt hat (Der sozialdemokratische Charakter, Frankfurt/M. 1978; vgl. die Rezension in *Argument* 119, 144ff.), liegen jetzt zwei Studien zu Wohnungsbau- und Sozialgeschichte Lindens vor.

Voigt geht es »erstens um die Wohnungsnot der zugewanderten Arbeiterbevölkerung und zweitens darum, was den hannoverschen Bourgeois auf der einen und der lokalen Arbeiterbewegung auf der anderen Seite dazu einfiel« (9). Die Arbeit bedient sich einer »archäologischen« Methode, bei der die Rekonstruktion der Baugeschichte weitgehend die schriftlichen Quellen ersetzen muß. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Jahren von 1845 bis 1875. In dieser Zeit ergibt sich eine Funktionstrennung zwischen der Residenz Hannover und dem Fabrikvorort Linden. Im Kontext der Industrialisierung kommt es bei raschem Wachstum zu besonderen Wohnformen wie »Ledigenkommunen« (31). Voigt bringt Daten über Mieten und Lebenshaltungskosten (1/6 des Einkommens für das Wohnen gilt als bürgerliche Norm — die Arbeiter zahlen mehr, vgl. 47/48). Die statistischen Zusammenhänge zwischen Überbelegung der Wohnungen und höherer Sterblichkeit sind eindeutig (35).

Nur zögernd kommt es nach englischem und französischem Vorbild zu bürgerlichen Wohnungsreformversuchen, die scheitern; auch die Arbeiterbewegung nimmt sich des Problems an (1869, vgl. 63). Werkwohnungsbaue im großen Stil betreibt dann der »Eisenbahnkönig« Bethel Henry Strousberg. Er ist ein deutsches Exemplar des »Tycoon«, des skrupellosen, fürstengleich auftretenden Großkapitalisten. Erfolgreicher Erbauer von Sekundärbahnen in Deutschland, erhält er 1868 den Auftrag, in Rumänien eine große Eisenbahnstrecke zu bauen. Mit Hilfe von Enteignungsprivilegien und ungesetz-

lichen Aktienmanipulationen versucht er daraus ein großes Geschäft zu machen, scheidet jedoch 1871. Des rumänischen Bedarfs wegen erwirbt er 1868 in Linden eine Fabrik, für deren Arbeiter er 1869 nach englischem Vorbild die einst größte Arbeiterkolonie Deutschlands, »Klein-Rumänien« genannt, bauen läßt (1937 wird sie abgerissen).

Voigt zeigt, wie der dafür entwickelte Wohnungstyp (der Wohnung und Logierhaus unter einem Dach vereinigt, d.h. die einmietende Familie kann die Kammern unter dem Dach an eine größere Zahl von ledigen Untermietern vermieten) von den Mietern schöpferisch angeeignet wird: Die Häuser besitzen eine »unerwartete und im heutigen Massenwohnungsbau selten gewordene Qualität des Entwurfes« (112) — sie sind der subjektiven Aneignung und schöpferischen Umformung zugänglich.

In diesem Kontext lohnt der Hinweis auf eine Lindener Studie im Mikro-Bereich, die die Alltags- und Festwelt einer kleineren Lindener Einheit beschreibt: Es sind zwei zweigeschossige Häuserreihen in der Fanny- und Mathildenstraße, 1872/73 gebaut und 1968 abgerissen, mit 104 Werkwohnungen einer Hannoverschen Baumwollspinnerei und -weberei, mit einem langgestreckten Innenhof, in dem sich die Kommunikation der Bewohner abspielt. Ilse Winter zeigt, welche besonderen Formen soziokulturellen Lebens unter günstigen städtebaulichen Voraussetzungen bei nicht unterdrückter Kommunikation unter Fabrikarbeitern entstehen können. Sie stützt sich weitgehend auf erzählte (abgefragte) Lebenserinnerung von 23 Gesprächspartnern (wobei sie gelegentlich dramatische Zuspitzungen geschickter Erzähler zu sehr als bare Münze zu nehmen scheint, z.B. S. 189); zur Sozial- und Baugeschichte erwähnt sie einige an der TU Hannover entstandene Studien über Linden, die Voigt nicht kennt.

Die Offenheit der Wohnsituation erleichterte das Erleben der Gemeinschaftlichkeit (ebenso wie die für viele noch lange vorhandene Gemeinsamkeit des Arbeitsplatzes — dieser Gemeinschaft wegen wird sogar die Arbeit als »schöne Zeit« erinnert, S. 74). Die Spezifik der Wohnsituation und die aus Arbeit und Wohnen resultierenden Gemeinsamkeiten sowie die durch Diskriminierung erzeugte relative Isoliertheit begünstigten auch die Entstehung dessen, was die Fannystraße dann auszeichnete (und damit ein Beitrag zur sozialen Anerkennung und zur eigenen Identität wurde): ein Fest, entstanden in Anlehnung an das jährliche Hannoveraner Schützenfest. Wenn dieses beendet war, machten sich schon vor 1914 die Lindener Kinder und Jugendlichen auf zum Festplatz und sammelten dort das nicht mehr gebrauchte Dekorationsmaterial. Damit schmückten sie eine Woche später ihren eigenen Hof; aus den Wohnungen wurden Tische und Stühle heruntergeholt, es gab Kaffee, Kuchen und Musik; das eigene »Schützenfest« ohne Schützen entstand. Es entwickelten sich in den zwanziger Jahren (der Zeit, die durch die mündliche Überlieferung konkreter rekonstruiert werden konnte — schriftliche Quellen fehlen) rudimentäre Organisationsformen mit einem »Schützenkönig« und einem Festritual, zu dem neben dem Einholen des Dekorationsmaterials das Sammeln von Geldern, Umzug, gemeinsames Kaffeetrinken und die Konkurrenz zwischen Unter- und Oberhof (wie sie durch eine rechtwinklige Straße aufgeteilt wurden) gehörten.

Aus nicht rekonstruierbaren Gründen schon vor 1933 aufgegeben, entstand das Fest mit dem Wiederaufstehen des »großen« Schützenfestes 1949 sofort wieder neu, allerdings mit neuen Akzenten: Jetzt ging es den deutlicher hervortretenden Initiatoren darum, Gemeinschaft, wie sie früher automatisch vorhanden war, angesichts von neuen Bewohnern und nicht mehr vorhandenem gemeinsamem Arbeitsplatz (die Spinnerei hatte Ende der 20er Jahre geschlossen) erst zu organisieren (172). Der ambivalent empfundene, ohne Widerstand hingenommene Abriß der Siedlung 1968 zerstörte die Festtradition, bis sie, verbunden mit Kontaktpflege für die ehemaligen Bewohner der Straße, 1978 wieder aufgenommen wurde. Initiator war nun das Freizeitheim Linden, und als Kinderfest für den ganzen Stadtteil wechselte das Fest erneut seine Gestalt. Aber es

greift bewußt traditionelle Elemente auf und entwickelt sie fort (214, 218).

Dieter Kramer (Marburg)

Soziologie

Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.): *Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, 25.-27. März 1980*. Dietz Verlag, Berlin 1981 (363 S., br., 15,— M)

Rudi Weidig, der vor 12 Jahren eine grundlegende Arbeit über sozialistische Gemeinschaftsarbeit verfaßt hat, hielt das Hauptreferat über das Thema des Kongresses (50 Seiten). Von den weiteren kleineren Beiträgen, Diskussionen und Kurzreferaten befaßt sich etwa ein Viertel mit Voraussetzungen und Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution, ein weiteres Viertel mit Verschiebungen in der Sozialstruktur (Bauern, Frauen, Jugend, Familienstruktur), die ebenfalls mit der Veränderung der Art zu produzieren zu tun haben, und schließlich die Hälfte mit Lebensweise im allgemeinen, der sozialistischen im besonderen, und der Entwicklung von Sozialindikatoren.

Alle Themen sind bei uns heftig umstritten, stehen derzeit im Brennpunkt wissenschaftlicher Entwicklung. Die ersten 100 Seiten gutwilliger Lektüre verlangen vom Leser, der womöglich in eigener Forschung Fragen zu den genannten Komplexen entwickelte, die ihm auf den Nägeln brennen, eine Art geistiger Auswanderung mit entsprechender Bescheidenheit. Denn was für die Forscher in der DDR möglicherweise entlastend ist, daß sie nämlich die Arbeit in den sie umgebenden Ländern nicht zur Kenntnis nehmen, macht für uns ihre Arbeit langweilig. In unser Denken wird weder produktiv noch kämpferisch eingegriffen. Wo überhaupt ein Autor aus der westlichen Soziologie Erwähnung findet, sind es bequemerweise und immer noch und immer wieder Erwin Scheuch oder Helmut Schelsky, deren nicht-sozialistisches Denken mit kindlicher Freude vorgezeigt wird.

Der sozialistische Aufbau in der DDR hat andere Probleme als sich mit wissenschaftlich-technischer Revolution und ihrer Verarbeitung in der Bundesrepublik und anderswo und mit der Diskussion um Lebensweise dort auseinanderzusetzen, mag man unwillig einwenden; besichtigen wir doch, was sie über sich zu sagen haben. — Das Hauptreferat versichert, das Thema sei deswegen so wichtig, weil es »einen zentralen Platz in der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus« einnimmt, »in unserer Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ... das ausschlaggebende Kriterium (ist), nach dem die historische Qualität und die Perspektive einer Gesellschaft von immer mehr Menschen in der ganzen Welt bewertet wird« (11). Im Kapitel »Sozialstruktur und Lebensweise in der ideologischen Klassenauseinandersetzung« wird wirklich auf Daten und Probleme westlicher Länder verwiesen. Sie beziehen sich auf den Komplex Armut und Arbeitslosigkeit und sind natürlich — entsprechend dem Gang der Forschungsrezeption — etwas alt (im Schnitt 5 Jahre). Für die Allgemeinheit der Aussage, daß es nämlich solche Probleme in den kapitalistischen Ländern gibt, sind sie jedoch ausreichend. »Als Ausdruck und Folge der allgemeinen Krise des Kapitalismus« wird eine »tiefgreifende geistige Krise« behauptet (21), und in weiteren wenigen Zeilen wird kurz die »alles andere als revolutionäre« (25) Protestbewegung der Alternativen als »Zersplitterung« der »demokratischen Bewegung« erkannt. — Alle diese Passagen sind ärgerlich; sprechen sie doch mit erhobenem Zeigefinger über unsere Probleme, ohne sie wirklich zur Kenntnis zu nehmen. Bleibt zu hoffen, daß niemand von daher politisches Handeln ableitend importiert. Und so streichen wir alle solche Passagen aus den verschiedenen Texten und kürzen damit das Buch für unsere Lektüre um ein Drittel und wenden uns den Arbeiten der Autoren zum eigenen

Land zu. — Hier sind einige als Selbstverständlichkeiten formulierte Sätze, die also offenbar in der Forschung auf Konsens stoßen, für uns wichtig: Als wesentlich für Familienleben und Lebensweise wird z.B. angenommen, ob jemand körperliche oder geistige Arbeit leistet und in welchem Industriezweig er tätig ist. Für die Struktur der Arbeiterklasse wird diagnostiziert: »So wird in automatisierten Bereichen der materiellen Produktion der Bedarf an Werkträgern mit Fach- und auch Hochschulabschluß für Tätigkeiten der Programmierung, Überwachung und Wartung beträchtlich anwachsen.« (29) Als Grundtendenz informationsverarbeitender Technik wird, unangefochten von Polarisierungs- oder Dequalifizierungsthesen, ausgesagt, daß der Mensch »zunehmend von monotoner körperlicher und geistiger Arbeit befreit wird und sich verstärkt geistig anspruchsvollen Tätigkeiten zuwenden kann«. Als Folge des Einsatzes von Mikroprozessoren wird bei Weidig wie in einem weiteren Kurzbeitrag (Michael Roth, Technische und sozialökonomische Aspekte der Mikroelektronik, 105-109) optimistisch eine große Aufgabe für die Soziologie abgeleitet: Ihr wird es zukommen, den Einsatz der freigesetzten Arbeitskräfte zu planen, Befähigungen für wechselnde Tätigkeiten zu ermitteln und ihre Vermittlung voranzutreiben bis hin »zur Freizeitgestaltung« und zu Problemlösungen bei »territorialer Wanderung und Mobilität« (30), Roth fügt Überlegungen zum angemessenen Spielzeug im Zeitalter der Mikroelektronik hinzu (107ff.). Immer wieder geht es darum, das Interesse für »geistig anspruchsvolle Tätigkeit« und für Kultur in der Freizeit zu wecken, eine Diskussion, die uns neidisch machen kann, da wir (im Projekt Automation und Qualifikation) noch um eine Position ringen müssen, die mehr in der Automation sieht als bloß eine Entleerung von Arbeitshandlungen.

Einige interessante Daten erfährt man auf den Seiten 38ff.: Als Grund für die Notwendigkeit schnellerer Automatisierung wird genannt, daß immer noch 17 % der Produktionsarbeiter unter gesundheitlich schädigenden Umweltbedingungen arbeiten (Lärm, Staub usw.); daß 30 % der Arbeiter und 24 % der Bauern noch auf niedrigem geistigen Niveau mit hohem Anteil körperlicher Arbeit tätig sind; daß mehr als 60 % der Angestellten oft mit hoher Monotonie verbundene Arbeit leisten. Man kann annehmen, daß die Zahlen sich bei uns kaum unterscheiden, sie nur wegen der bis zur Lähmung reichenden Einstellung zur Automation nicht zum Skandal werden. — Einem Beitrag von Stollberg (Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistisches Verhältnis zur Arbeit, 116-121) kann man die interessante und für gewerkschaftliche Strategien auch bei uns wichtige Information entnehmen, daß das Gefühl der Eintönigkeit und die Wirklichkeit der Teilnahme an Qualifizierung und Neuererbewegung bei automatisierten Arbeitsplätzen im Verhältnis zu qualifizierter und /oder unqualifizierter Handarbeit davon abhängen, ob das Einrichten in die Maschinenüberwachung integriert ist oder arbeitsteilig abgespalten. Es wäre vermutlich interessant, aus allen kleinen Beiträgen die Informationen herauszuziehen und sie in einer kleinen Broschüre zusammenzufassen. In ihrer Einkleidung in ständig sich wiederholende Sätze und pauschale Aburteilungen gehen sie verloren. So ist es zweifellos von Interesse, daß ca. 15 % der Rentner das Bedürfnis nach weiterer Arbeit haben und dies auch durchsetzen (146), aber wer wußte nicht schon lange, daß die Fürsorge für ältere Bürger ein grundlegendes Menschenrecht ist und daher die sozialistische Gesellschaft in diversen Programmen usw. sich dies immer schon versicherte?

Mit wirklicher Neugierde wandte ich mich dem Text zu, der sich methodisch mit den Sozialindikatoren befaßt (Michael Häder, Indikatoren zur soziologischen Analyse von Sozialstruktur und Lebensweise, 304-313). Leider bringt Häders Beitrag nichts Neues, bezieht sich wie alle anderen auch nicht auf die laufende Diskussion und ist zudem nicht einmal ein einführender Beitrag in die Problematik. Sozialindikatoren sind für eine sozialistische Gesellschaft sicher eine wesentliche Frage. Was praktisch gelebt wird, sollte sich in ihnen ebenso wiederfinden wie die Perspektive. Bei Häder erfährt man —

als Referat über Berger — daß Indikatoren das Folgende sind: »Sie repräsentieren objektive Korrelate soziologischer Begriffe (die Merkmalsstrukturen und Wirkungsbedingungen soziologischer Forschungsobjekte). Den in den soziologischen Begriffen widergespiegelten sozialen Erscheinungen, Sachverhalten und Prozessen sind die Indikatoren eindeutig oder probabilistisch zugeordnet. Indikatoren sind also Widerspiegelungselemente sozialer Sachverhalte, als empirische Äquivalente dieser Sachverhalte erfüllen sie eine wichtige analytische Funktion im soziologischen Forschungsprozeß.« (304) Und dann liest man, daß die Verbindung von theoretischen Fragen und methodischen Problemen im Brennpunkt stehe und weiter, daß ein günstiger Ausgangspunkt etwa für eine Sozialstruktur im Betrieb die »Bestandteile«: Gliederung nach Tätigkeitsgruppen, nach Einkommen, Berufs- und Qualifikationsstruktur, sozialdemographischer Struktur, nach Arbeitskollektiven und deren Sozialstruktur, nach Stammebelegschaft sind. Kein Wort mehr vom Brigadewesen, von der Gemeinschaftsarbeit, von kulturell-politischen Aktivitäten, von Entwicklung und Lernaktivitäten, vom Neuererwesen. Auch in der Folge kein Wort davon, wer da forscht und was da »widergespiegelt« wird und nichts von den Problemen, daß es nicht einfach ein fertiges methodisches Instrumentarium gibt, das auf eine extra schon bereitstehende Wirklichkeit nur zwecks Messung angelegt werden muß. »Wesentliche Lebenstätigkeiten« werden »widergespiegelt«, aber woher kommt das Wesentliche? und für wen ist es dies? Der Forscher forscht von oben nach unten, zunächst hat er den Begriff »relativ abstrakt«, dann kehrt er nieder zur Empirie (306). Aus den Zusammenfassungen über die anderen methodischen Beiträge (306ff.) geht leider nicht hervor, inwieweit ihr Methodenbewußtsein problematisierender ist.

Frigga Haug (Berlin/West)

Bergmann, Waltraut, u.a.: Soziologie im Faschismus 1933-1945. Darstellung und Texte. Pahl-Rugenstein, Köln 1981 (205 S., br., 16,80 DM)

Ob es eine wissenschaftliche Soziologie im Faschismus gab, ist unter den Soziologen umstritten. Lepenies verneint es, Schelsky bejaht es. Während Dahrendorf mit dem Faschismus und seiner Soziologie als »historische Möglichkeit« fertigwerden wollte, richten die Autoren ihr Erkenntnisinteresse auf »Möglichkeiten, die den Faschismus unmöglich machen« (25). Für sie ist dieser Widerstreit Anlaß, eine reichhaltig »dokumentierte Darstellung der Existenz von Soziologie während des Faschismus und ... eine allgemeine Einschätzung ihrer wesentlichen Arbeitsaufgaben und Funktionen« (21) zu geben. Historisch versuchen sie, die faschistische Soziologie in die Kontinuität dieser Wissenschaft aus der Zeit der Weimarer Republik bzw. bis in die Ära der Bundesrepublik zu stellen, was sie zunächst auf die personale Kontinuität beziehen (25). Wünschenswert wäre eine Vertiefung der allzu knappen Hinweise auf Institutionen, Organisationen usw. der Soziologie (103). Erste allgemeine Thesen für die Gesamtcharakterisierung der Soziologie 1933-1945 reichen inhaltlich von der »kompletten sozialen Kontrolle«, den geplanten Manipulations- und Propagandatechniken über die Instrumentalisierung aller wissenschaftlichen und ideologischen Potenzen für den Faschismus, die Liquidation aller humanistischen, aufklärerischen Tendenzen bis zur gezielten wissenschaftlichen Traditionspflege (besonders sozialempririscher Methoden), was alles die Unterstellung einer spezifischen Wissenschaftsfeindlichkeit widerlege (22f.). Soziologie im Faschismus nach Meinung der Autoren kennzeichnet generell: Als »Herrschaftswissen« (16f., 22, 34) ist sie »eine Form der bürgerlichen Wissenschaft«, und zwar in Parallelisierung zur Definition des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft (11, 25). Deshalb können die Autoren ihre Analyse dieser Soziologie auch als Beitrag zur Faschismusforschung verstehen.

Unter den kapitelweise behandelten »zentrale(n) soziologische(n)« Arbeitsgebieten stechen drei Komplexe hervor: die Grundlegung einer »nationalen Soziologie« samt

rassen- und volkstumstheoretischen Begründungen, die *politische Soziologie* samt sozialer Anthropologie als einem Eckpfeiler der faschistischen Diktaturlehre und die soziologischen *Arbeits- und Betriebswissenschaften* (20). Parallel zur Darstellung dokumentieren die Autoren Originalbeiträge, die die Einführung in die faschistische Soziologie durch Selbststudium ebenso befördern, wie erste biographische Stichworte und eine kurze Bibliographie sie bereichern. Das Konzept der »nationalen Soziologie« wird in seiner ganzen, an den nur nominell verschiedenen Objekten »Volk, Raum, Rasse« entfalteten Redundanz veranschaulicht. Eine systematische Kürzung erleichterte allerdings die Lektüre, was dem richtigen Grundsatz der Autoren noch mehr entsprechen würde, diese Soziologie nicht auf die propagandistischen Alltagsparolen zu reduzieren, damit die zynischen Konsequenzen einer sozialempirisch-wissenschaftlichen Objektivität als Basis für die »faschistische Rassen(-und Vernichtungs)politik« (22, 39, 51) sichtbar werden. Die *politische Soziologie* wird unter dem Gesichtspunkt der plebiszitär-demokratischen Zustimmung der Massen zur faschistischen Diktatur (in Verkenning ihrer realen Interessenwidersprüche und Perspektiven) gesehen, d. h. das historisch noch nicht gelöste Problem der faschistischen Massenbasis. Für seine Lösung könnte die Soziologie einen bedeutenden Faktor dargestellt haben. Denn die politische Soziologie wäre nach dem faschistischen Anspruch nicht einfach eine Bindestrich-Soziologie (65), sondern kann als Probe auf das praktische Exempel verstanden werden, Soziologie generell als »Wirklichkeitswissenschaft« (28), als »Verbindungswissenschaft« (36) zwischen den verschiedenen Natur- und Geisteswissenschaften und zwischen Wissenschaft und Politik zu konzipieren. Wer das als voluntaristische Ideologie deutet, mißverstehen die wissenschaftliche Grundlegung. Dieser wissenschaftliche Status muß in jedem Fall auch dem bei weitem interessantesten Komplex der *arbeits- und betriebswissenschaftlichen Soziologie* im Faschismus zugesprochen werden. Hier versuchen die Autoren, »Inhalt und Funktion als strukturierende Elemente einer umfassenden arbeitsbezogenen Sozialwissenschaft« (72) zu erfassen, deren Forschungsschwerpunkte kategorial von der Arbeits- und Betriebsorganisation über die Arbeitsverfassung bis zur Sozialstruktur und -politik reichen. Mit Postulaten von der Rationalisierung, realsozialer wie wissenschaftsdisziplinärer Integration, Betrieb als »soziales Gebilde« bis zur sozialpolitischen Einbeziehung einer organisierten Freizeit stellt sich die faschistische Soziologie den realen Problemen der durch die sozialen Widersprüche charakterisierten kapitalistischen Betriebsorganisation und Produktionsweise. Wenn hier auch noch nichts über die Ergebnisse der Wissenschaft und ihre Umsetzung in die betriebliche Alltagspraxis gesagt werden konnte, so ist zweifellos der wissenschaftsmethodische Anschluß an die entsprechenden Forschungen nichtfaschistischer Provenienz, z. B. der Human-Relation-Bewegung, evident. Daß derartige Überschneidungen nicht explizit gezeigt werden, mindert zwar nicht diese Darstellung, verdeutlicht jedoch ihr wissenschaftstheoretisches und -historisches Kernproblem: die mangelnde Trennschärfe von der sog. bürgerlichen Soziologie, deren notwendige sozialstrukturelle, inhaltliche und methodische Differenzierung durch wenige konstruktiv-kritische Hinweise erläutert werden sollen.

Für die Grundlegung der »nationalen Soziologie« wird z. B. Tönnies zwar »nicht als Vertreter 'präfaschistischer' Soziologie« angesprochen, im folgenden aber dafür verantwortlich gemacht, »wie die gesamte bürgerliche Soziologie, theoretische Grundlagen (geliefert zu haben), mit denen eine, den Realitäten des kapitalistischen Systems widersprechende, faschistische Ideologie betrieben werden konnte« (27f.). Der angebliche Widerspruch zwischen Ideologie und kapitalistischer Realität im Faschismus (vgl. auch 91) ist unklar. Wichtiger ist die für die unguete Tradition der Lukácsschen »Zerstörung der Vernunft« charakteristische Denunziation der bürgerlichen Soziologie durch ihre faschistische Form. Vorsicht sollte auch hinsichtlich der rassetheoretischen Traditionen walten, wenn man etwa an W. Hellpach denkt, der zusammen mit Gumplowicz zu den

wichtigsten Autoren der »Sozialistischen Monatshefte« gehörte, die vor dem 1. Weltkrieg mit dem Darwinismus für wichtige Aufklärung in der Arbeiterbewegung gegen religiöse Dogmen sorgten. Auch politisch sollte stärker zwischen faschistischer Parteinahme und faschistischer Indienstnahme etwa des Konservatismus unterschieden werden, wie das Beispiel von E. Pfeil zeigt, die subjektiv unpolitisch ihren wissenschaftlichen Objektivismus nach 1945 z.B. auch den Gewerkschaften zur Verfügung stellen konnte. Vollends im Rahmen der politischen Soziologie bedarf es vertiefender Forschungen. Die materialistische Kritik am spätbürgerlichen »philosophischen Anthropologismus«, wie sie auch von den Autoren in einem Exkurs (66ff.) entwickelt und üblicherweise an A. Gehlen demonstriert wird, muß davon die grundlegenden Forschungen zur Phylo- und Ontogenese des gesellschaftlichen Menschheitsfortschritts abtrennen: Anthropologie ist nicht per se »pseudowissenschaftlich« (67). So, wie die Arbeitssoziologie wissenschaftlich vom Faschismus benutzt werden konnte, läßt sich auch die weitgehende Einsicht in die politisch-ökonomische und soziologische Entwicklung in Ländern wie den USA, Italien und dem Deutschland der Weimarer Republik herausarbeiten, die die im Auftrag der deutschen Großindustrie gemachten Analysen durch W. Müller kennzeichnet, der von den Autoren besprochen wird (77f.). Erst ein radikales wissenschaftliches Ernstnehmen, wie es C. Friemert in seiner Arbeit über die »Produktionsästhetik im Faschismus« (München 1980) versucht, kommt der realistischen Grundlegung der von Müller propagierten Planung einer faschistischen Machtergreifung nahe. Der Anspruch, Faschismus zu verhindern, ist wissenschaftlich nur realisierbar unter der Prämisse (F. Tomberg), auf die schon W. Volpert in seinen arbeitspsychologischen Studien aufmerksam machte, daß auch die krudesten Verbildungen spätbürgerlicher Wissenschaftsentwicklung einen wirklichen Wissensfortschritt nicht zu verhindern brauchen und kernhaft, wenn auch ideologisch bemäntelt, enthalten können. Hieran ist weiterzuarbeiten, indem die Autoren ihren Ansatz, sich von ideologietheoretischen Abstraktionen von dem realgesellschaftlichen Terrorsystem des Faschismus zu distanzieren (56f.), ausbauen. Den Forschungsgegenstand nicht »abschließend«, sondern »aufschließend« behandelt zu haben (21), ist den Autoren wirklich gelungen. Diese von ihnen als »Vorarbeit« verstandene Pilotstudie reiht sich ein in die in letzter Zeit verstärkt auftretende *historische* Forschung zu Einzelwissenschaften und der Wissenschaftssoziologie, die gerade auch für die faschistische Ära z.T. hochkarätige Ergebnisse vorlegte, wie z.B. die stark beachtete Arbeit zur »arischen Physik« von A.D. Beyerlein, zur Medizin (W. Wuttke-Groneberg) oder zur Technik (H. Mertens/St. Richter). Daß diese wie sogar auch themenverwandte Studien zur Soziologiegeschichte, wie Friemert oder P. Hinrichs arbeitspsychologische Geschichte »Um die Seele des Arbeiters« (Köln 1981), wegen ihres fast gleichzeitigen Erscheinens nicht berücksichtigt werden konnten, läßt eine zukünftige Forschungskooperation notwendig erscheinen, die die spannenden Anregungen dieser Untersuchung weiterverfolgt und wissenschaftssoziologische Desiderate auffüllt.

Lars Lambrecht (Hamburg)

Holtmann, Dieter: Berufliche Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Auszubildende über ihre Lage und über gesamtgesellschaftlich-politische Phänomene. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1979 (268S., br., 35,— DM) zit.: I

Baumann, U., U. Becker, J. Gerstenmaier, O. Schickle und R. Tippelt: Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1979 (191S., br., 29,— DM) zit.: II

Die beiden Studien versuchen, politisch-gesellschaftliche Einstellungen von zwei Gruppen von Jugendlichen empirisch zu untersuchen, die in den letzten Jahren zunehmend auch ins Blickfeld der Sozialwissenschaften gerückt sind: die Auszubildenden und junge Arbeitslose. Beide Untersuchungen sind Ergebnis universitärer Studien- und

Forschungsprojekte: I eines integrierten soziologischen Methodenkurses in Bielefeld, II eines Projekts am Erziehungswissenschaftlichen Seminar in Heidelberg; und beider Feld beschränkt sich auf den lokalen (Bielefeld) bzw. regionalen (Heidelberg, Ludwigs-hafen, Mannheim und Umgebung) Umkreis. Beide kommen für ihre jeweiligen Gruppen zu Ergebnissen, die alles in allem die z.B. vom »Stern« behauptete Dominanz der »Schlaffis« unter den Jugendlichen eher als Wunschvorstellung denn als gesicherte Erkenntnis ausweisen, was besonders für die arbeitslosen Jugendlichen wichtige gesellschaftliche Tendenzen hinsichtlich der noch vor wenigen Jahren zu befürchtenden Perspektive einer der Apathie anheimfallenden Ausgegliederten-Generation aufweist.

Damit haben sich die Gemeinsamkeiten aber auch schon. Studie I nämlich erweist sich im wesentlichen dem eigenen Anspruch nicht gewachsen, die »Genese von Wertorientierungen und politischen Einstellungen« (I, 5) in »der Spannungssituation des Übergangs von der öffentlichen Schule in die privatwirtschaftlich dominierte Lehre« (I, 6), anfangs noch häufig »gesellschaftliches Bewußtsein« genannt, adäquat zu erfassen, während II, obwohl sie weniger präzise »unter vorwiegend sozialpsychologischen Gesichtspunkten einige ... zentrale Problemfelder ... zu beschreiben« versucht (II, 10), weiterreichende und stärker problemorientierte Ergebnisse vorlegt.

Das Hauptproblem von I liegt in der konzeptionell unschlüssigen Art des Herangehens an den Gegenstand, insbesondere die Erfassung von gesellschaftlichem Bewußtsein. Nach einer ausführlichen, gut strukturierten Einführung in das duale Berufsbildungssystem der BRD als dem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld der Auszubildenden (I, 7ff.) versucht der Autor, verschiedene Konzepte der Herausbildung gesellschaftlicher Bewußtseinsformen darzustellen (I, 49ff.). Diese Konzepte werden dann aber nicht daraufhin geprüft, welche Dimensionen gesellschaftlichen Bewußtseins sie überhaupt erfassen, wie sie sich voneinander abheben und welche für die empirische Untersuchung selbst brauchbar und operationalisierbar wären. Die unterschiedliche Reichweite der angesprochenen Vorstellungen hinsichtlich der Erfassung von Arbeits- und betrieblichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Dimensionen von Erfahrungsverarbeitung gerät nicht in den Blick, und auch nicht die einschlägige Debatte, die dazu längst geführt wird. Trotz eingestreuter Verweise auf Marx schlagen dazu noch Vorurteile, vor allem wohl aus verkürzter Kenntnisnahme resultierend, gegenüber marxistischen Ansätzen durch (z.B. gegen den von M. Tjaden-Steinhauer: Klassenbewußtsein nach ihrer Konzeption »schein(e) in der Internalisierung der 'reinen' Lehre zu bestehen«; I, 52). Und ohne nähere Begründung als die, das Konzept von Kern und Schumann wäre »in Marx'scher (und Freud/Ferenczi'scher) Tradition ein genetischer Ansatz«, um »den zentralen Einfluß der 'Erfahrung' auf Einschätzungen, Einstellungen, Meinungen u.ä.« (I, 65) zu erfassen, wird die Analyse des 'gesellschaftlichen Bewußtseins' zu nicht viel mehr als der ungewichteten Aneinanderreihung von Ausprägungen vielfältigster Variablen und deren Korrelierung oder faktorenanalytischer Gruppierung. Mangels eines klaren Konzepts von gesellschaftlichem Bewußtsein zerbröckelt so auch dessen Erhebung und Darstellung in die von unverbundenen Einzel-Items (I, insbes. 114ff.), so daß das eingangs erwähnte, politisch eigentlich hochbrisante Ergebnis nur als zufälliges Nebenprodukt abfällt.

Zu dieser Schwäche, die die Darstellung von Daten und Ergebnissen unübersichtlich, die Lektüre mühselig macht, tritt ein teilweise sträflich leichtsinniger Umgang mit klassischen Problemen der Befragungsmethode. So wird blind die der bürgerlichen Empirieforschung entstammende These übernommen, »Unterschichtangehörige (hätten) eher Schwierigkeiten mit der Verbalisierung«, anstatt sich erst einmal auf die Spezifik der »Unterschichten«-Verbalisierung einzulassen und daraus sinnvollere Folgerungen für das Untersuchungsinstrument zu ziehen als diejenige, mehr geschlossene Fragen anzubieten (I, 66) oder sogar bei wichtigen Fragen nur dichotome Antwortkatego-

rien oder Einfachnennungen vorzugeben, die für gesellschaftliche Bewußtseinsformen entscheidende Dimensionen systematisch ausblenden (z.B. I, 98, Fr. 113; 99, Fr. 105, u.ä.). Zudem wird eine ganze Reihe empirischer Möglichkeiten zur Erforschung der Richtung möglicher Handlungsdimensionen einfach verschenkt. Daß darüber hinaus keine Kontrollgruppe (z.B. arbeitsloser Jugendlicher) parallel befragt wurde, macht die Einzelergebnisse uneinschätzbar. Insgesamt kein sehr fruchtbares Beispiel aufwendiger empirischer Forschung zu einem wichtigen Thema.

Sehr viel differenzierter und zugleich mit vorsichtigen schlüssigen Versuchen einer Generalisierung der empirischen Ergebnisse stellt II Entwicklungspotentiale gesellschaftlich-politischer Einstellungen, Konflikt- und Handlungspotentiale arbeitsloser Jugendlicher in Absetzung von Kontrollgruppen von Auszubildenden und beschäftigten Jungarbeitern / -angestellten vor. Der bewußte Verzicht auf die Erklärung der ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit (JAL) sowie auf die Darstellung der vorliegenden Vorschläge zu ihrer Beseitigung gereicht der Intensität zum Vorteil, mit der diese Potentiale »als Folge von Sozialisationsprozessen und auf der Grundlage der durch diese erworbenen Einstellungen sich selbst und der Umwelt gegenüber« (II, 11) in den einzelnen Kapiteln unter je verschiedenen Aspekten analysiert werden. Die Autoren gehen dabei davon aus, daß AL nicht als eine »biografische Leerstelle« aufgefaßt werden kann, sondern »selbst sozialisierend wirkt« (II, 151), was sich im Verlauf der Untersuchung bestätigt.

Anfängliche Skepsis gegenüber der möglichen Beschränktheit des hiermit formulierten Anspruchs — z.B. durch eine mögliche Abkopplung des Sozialisationsbegriffes vom gesellschaftlichen Kontext oder durch einen u.U. restriktiven Begriff von »Einstellungen« —, die zunächst durch die Übernahme klassenanalytisch problematischer und nicht der Diskussion unterworfenen Kategorien zur Konstruktion eines »Schichtindex« u.ä. gestützt wird, stellt sich im Verlauf der Lektüre als weitgehend unbegründet heraus. Insbesondere besticht die auf einer breiten Literaturbasis entfaltete kritisch-systematische Darstellung des theoretischen Konzepts, in das die Untersuchung der Sozialisationsformen der arbeitslosen Jugendlichen eingebunden wird. Die so gewonnenen Daten und Ergebnisse machen deutlich, daß heute, nachdem JAL zu einer Massen- und Dauererscheinung geworden ist, arbeitslose Jugendliche mindestens in der erfaßten Region aufgrund ihrer Situation und Situationsverarbeitung nicht nur zu bedeutenden Teilen überhaupt zu einem aktionsbereiten gesellschaftlichen Potential geworden sind (I, 19ff.), sondern sie belegen auch empirisch, daß diese Handlungsdisposition sich wegbewegt von etablierten Institutionen in Richtung vorerst spontaner, in abnehmendem Maß legalitätsorientierter Handlungsformen (II, 49ff.). Die Schuldzuschreibung für Arbeitslosigkeit gegenüber der eigenen Person hat demnach zumindest als dominanter handlungsorientierender Faktor an Boden verloren gegenüber wachsenden systemkritischen Motivationselementen bei gleichzeitig relativ hohen individuellen Arbeits- und Weiterbildungsinteressen (II, 79ff.). Dabei sehen die Autoren durchaus die Gefahr, daß eine dauerhafte Festschreibung der JAL wieder eine Verbreitung von Apathie bewirken könnte, wenn nicht wenigstens durch Übergangmaßnahmen an die Bildungs- und Aktivitätsbereitschaft der arbeitslosen Jugendlichen angeknüpft wird (II, 111). Schließlich wird die systematische Verstärkung sozialer Unterprivilegierung aufgezeigt, die die Berufswahleinschränkung für einmal arbeitslose Jugendliche bewirkt, die schon in ihrer vorgängigen Biografie benachteiligt waren (II, 112ff.), und es werden Verbesserungsvorschläge entwickelt, die vom Recht auf Arbeit und Ausbildung ausgehen, realistisch und konstruktiv sind und wesentliche Momente einer gewerkschaftlichen Strategie für diesen Bereich darstellen (II, 133ff.). Ein abschließendes Kapitel diskutiert selbstkritisch die Grenzen der Verallgemeinerbarkeit der Untersuchung (II, 149ff.) und historisch-kritisch das Problem, daß mittel- und langfristig die Verarbei-

tung von AL durch die Betroffenen von sozialpädagogischen und vor allem von Aktionsangeboten seitens der Organisationen der Arbeiterbewegung abhängen wird (II, 153ff.); es kommt zu dem Schluß, daß der latenten politischen Konfliktbereitschaft großer Teile der arbeitslosen Jugendlichen zwar jeweils individuelle Handlungsstrategien vorgelagert sind, die auch zu Anpassung führen können, eine »Kalkulierbarkeit und Beherrschbarkeit sozialer und kognitiver Prozesse der Betroffenen (aber) nicht mehr eindeutig gegeben« sei (II, 156).

Die recht große Tippfehler-Menge sollte korrigiert werden. Der Gebrauchswert des Bandes für Sozialpädagogen, Jugendorganisationen und sonstige in diesem Bereich Tätige würde erhöht, wenn das Soziologen-Englisch und -Latein stärker vermieden werden könnte, das z.B. einen Gewerkschaftsjugendfunktionär das Grausen lehren kann. Alles in allem stellt der Band aber ein gutes Beispiel für die konsequente Auslotung präzise gestellter Ausgangsfragen und eine kritische und zugleich optimistisch stimmende Bestandsaufnahme gegenwärtiger Probleme der arbeitenden und arbeitslosen Jugend dar.

Claudia Stellmach (Bremen)

Mezger, Werner: Discokultur. Die jugendliche Superszene. Quelle & Meyer, Heidelberg 1980 (150 S., br., 20,80 DM)

Das Buch ist das Resultat eines Seminars über »Probleme der Discokultur«, das der Autor 1979/80 an der Universität Tübingen gehalten hat. Es geht ihm darum, »Einsichten in Hintergründe, Ausmaß und Zusammenhänge einer Subkultur zu gewinnen, die sich nach dem Filmerfolg von 'Saturday Night Fever' 1978 buchstäblich über die ganze Welt ausbreitete«. Weder erhebt er den Anspruch auf eine erschöpfende Behandlung des Phänomens, »noch vermögen sie (die Ergebnisse, F.D.) so etwas wie eine Theorie des Diskothekenwesens liefern.« (7) Mezger nimmt sich zunächst vor, »die historische Entwicklung des Phänomens darzulegen und seinen Stellenwert innerhalb der modernen Kulturindustrie zu bestimmen.« Als dann will er die kommerzielle Dimension und zuletzt die typischen Merkmale der Discoszene herausarbeiten. (12) Da die Problematik des Themas sich einem möglichst breiten Leserkreis erschließen soll, »insbesondere soll sie auch den von der Discokultur am meisten Betroffenen, nämlich den Jugendlichen, zugänglich sein«, verarbeitet Mezger häufig den originalen Wortlaut von Interviews, die er in umfangreichen Gesprächen vor Ort gesammelt hat. (12)

Im 1. Kapitel (15-55) sagt Mezger einiges zum Begriff »Disco« (15ff.), zur mediengeschichtlichen Entwicklung der Discoszene (21ff.), zu den gestalterischen, klanglichen, rhythmischen und formalen Kennzeichen der Musik (26ff.), zur Disco als Ort der Begegnung und Kommunikation, die sich eher im nichtverbalen Raum abspielt (32ff.). Er beschreibt die Funktion des Discjockeys und versucht eine Charakterisierung und Klassifizierung verschiedener Disco-Typen und ihrer je spezifischen Besucherschicht. Er untersucht, ob der Disco-Tanz zugleich das Ende des »Tanzschulenzeitalters« markiert und eine Abkehr von traditionellen bürgerlichen Umgangsformen im Geschlechtsrollenverhalten anzeigt (41ff.). Mezger sieht eine »Grundproblematik unserer Gegenwartskultur« (46) in der immer strikter werdenden Trennung von Arbeits- und Freizeit und versucht, die Discokultur als Flucht vor Mißerfolgen und Lustlosigkeiten in der Arbeitswelt in den Bereich permanenter Unterhaltung zu bestimmen (45ff.). Von allen Unterhaltungsangeboten, so Mezgers Fazit, stellt die Discokultur derzeit »wohl das attraktivste Vehikel zur scheinbaren Selbstverwicklichung dar.« Dabei übersehe der reizüberflutete Besucher aber, »in Wahrheit in die Fänge einer profitgierigen Industrie geraten« zu sein, »die seine elende Situation in der Arbeits- und Alltagswelt schamlos ausnützt und ihn materiell wie ideell ausbeutet.« (50) Dies mag zutreffen; andererseits kommt Mezger nicht der Gedanke, daß den Jugendlichen ihre eigene »Ausbeutung« solange »egal« ist, solange sie ihren Spaß haben. Und den finden sie in der Disco. Mezger

untersucht die auf dem Weg zur »Superszene« unübersehbaren »Einebnungstendenzen« (50ff.), die regionale und sprachliche Differenzen »nahezu völlig« nivellieren und dazu führen, daß »Millionen junger Menschen ... heute auf dieselbe Musik (schwören), Millionen tanzen dieselben Figuren, kleiden sich gleich, verhalten sich gleich, und Millionen kennen in ihrer Freizeit nur noch eine einzige Zufluchtstätte: die Diskothek.« (55)

Im 2. Kapitel (57-98) widmet Mezger sich der kommerziellen Erschließung der Discoszene »nach dem Verbundprinzip«, untersucht »Dimensionen der Vermarktung« (57ff.), »Musikmarkt und Phonoindustrie« (61ff.), die Verflechtung mit »Filmbranche, Pressewesen und Buchverlage(n)« (66ff.), Funktion und Rentabilität der Gastronomie (74ff.) und die Möglichkeit, mithilfe der Einrichtungs- und Elektroindustrie eine »illusionäre Gegenwelt zur Alltagsrealität« aufzubauen (81ff.).

Das 3. Kapitel (99-144) zeigt, wie »hinter aller scheinbaren Ungezwungenheit« sich neue, massive Zwänge verbergen, »die jenen des Alltags in nichts nachstehen, und denen sich jeder unterzuordnen hat«. (99) Mezger analysiert die »Besucherstruktur« unter den Gesichtspunkten der Schicht-, Alters-, Stil- und Zweckspezifik und stellt das »Einkaufsritual« der Türsteher dar (100ff.). Er zeigt die »Spielregeln und Kommunikationsformen in der Disco« (109ff.), die sich ungezwungen und frei dünken, und doch nur die traditionellen Verhaltensmuster beibehalten, dem Mann die aktive und der Frau die passive Rolle zuweisen. Die »Discosprache« bleibt für Mezger lediglich als »verbaler Rest« zu untersuchen (116ff.), in ihren Ausdrucksmöglichkeiten restringiert und bewußt sich als Kontrasprache von der Hochsprache absetzend. Da ihm als das »wichtigste Verständigungsmittel in der Diskothek« die Körpersprache erscheint, untersucht Mezger die sexuellen Normen (129ff.), die insofern von den alltäglichen abweichen, als Sexualität hier zu einem offenen »Tauschobjekt« (133) wird, die sich Männer gegen Getränke oder Chauffeur-Dienste erkaufen können. Die meisten der befragten Discobesucher konnten sich keine »Alternativen« (142ff.) zu dieser Art von Freizeitgestaltung vorstellen. — In einer Schlußbemerkung (145ff.) stellt Mezger fest, daß das große Geschäft mit der Discokultur seinen Höhepunkt bereits überschritten habe, es nunmehr auf gleichbleibend profitablen Level weiterlaufe: »am Grundprinzip der Discoidee, der möglichst effektiven Vermarktung jugendlicher Freizeitinteressen durch die Unterhaltungsindustrie, dürfte sich ... in absehbarer Zeit kaum etwas ändern.« (145)

Im letzten Absatz stellt Mezger sich die Frage, »wer oder was denn nun eigentlich 'schuld' sei an dem ... krankhaften Discosieber der jungen Generation?« Seiner Meinung nach kann die 'Ursachenfrage' »so einfach nicht beantwortet werden. Ausschlaggebend für das Phänomen Disco dürfte vielmehr die hochgradig komplizierte, ganz und gar vom Intellekt beherrschte, gefühlsarme, technische Zeit sein, in der wir heute leben.« (147) Diese Bemerkung ist schlichte Platitüde. — Mezger erfüllt seinen Anspruch, in verständlicher Form eine Fülle von Informationen zu bieten. Durch die Einbeziehung von Interviews gewinnt er an Authentizität. Diesen Vorteilen stehen Oberflächlichkeit und Beliebigkeit der Analyse entgegen. Das liegt auch daran, daß er kaum einmal den Versuch unternimmt, seine Ergebnisse in einen fundierten theoretischen Rahmen einzuordnen.

Frank Dietschreit (Hamburg, Berlin / West)

Clarke, John, u.a.: **Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen.** Syndikat, Frankfurt / M. 1979 (282 S., br., 19,80 DM)

In dem Buch sind Aufsätze von Mitarbeitern des Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham und Theoretikern, die ihnen nahestehen, gesammelt: Im theoretisch einführenden Teil entwickeln Murdock, McCron, Clarke, Hall, Jefferson und Roberts die Begriffe, mit deren Hilfe in den weiteren Teilen Praxiselemente von Jugendsubkulturen analysiert werden. In Abgrenzung zum Begriff der Jugendkultur,

der suggeriert, die Kultur sei allein aus der Generation zu erklären (Mannheim u.a.), aber auch in Abgrenzung zu Autoren, die die Jugendkultur allein auf den Klassengegensatz reduzieren, der jugendlichen Kultur also kein Moment von Selbständigkeit zuerkennen wollen, entwickeln sie den Begriff der *Subkultur*. Ziel ist zu zeigen, »... wie die jugendlichen Subkulturen mit den Klassenbeziehungen, mit der Arbeitsteilung und den Produktionsverhältnissen in der Gesellschaft zusammenhängen, ohne daß wir das Spezifische ihres Inhalts und ihrer Position zerstören wollen.« (XX) Ich verstehe nicht, warum die Herausgeber den Titel »Jugendkultur als Widerstand« gewählt haben, da die Autoren sich explizit das Ziel setzen, »... das Wort 'Jugendkultur' zu entthronen oder zu demontieren —...«. (XX) »Kultur« ist für die Autoren die »Form, in der Gruppen das Rohmaterial ihrer sozialen und materiellen Existenz bearbeiten«. (41) »Kultur ist die Art, wie die sozialen Beziehungen einer Gruppe strukturiert und geformt sind; aber sie ist auch die Art, wie diese Formen erfahren, verstanden und interpretiert werden«. (41) Dieser Begriff von Kultur erlaubt den Autoren, über die Manipulations- und Demagogie-Theorien hinauszugehen, die die Individuen lediglich als Opfer von Machenschaften begreifen. Die Autoren fragen hingegen nach der *Tätigkeit* der Arbeiterjugendlichen. Eine wichtige Kategorie ist hier der »Stil«. Stil wird von der jeweiligen Gruppe geschöpft. Es werden Zeichen, die eine bestimmte Bedeutung innerhalb eines sozialen Kontextes haben (z.B. die Eduardianische Kleidung, die die Mods tragen, Waren aus der »dominanten Kultur«, der Kultur der Herrschenden), aus diesem Kontext herausgelöst und in einen neuen Kontext *transponiert*, mit anderen Elementen zusammengebracht; ihre Bedeutung wird dadurch modifiziert, verschoben, übertrieben, isoliert. (Vgl. 106) Der Stil besteht jedoch nicht nur aus dem Arrangieren von Objekten in Kleidung, Aussehen, Sprache, Musik, sondern auch aus Situationen (rumhängen, nichts tun), Beziehungen, Aktionen (Prügeln, Klauen, Motorrad fahren) und Erfahrungen der Gruppe. (Vgl. 108) Die Stilschöpfungen entstehen innerhalb des Gegensatzes von dominanter Kultur und untergeordneten Kulturen. Die Auflösung eines subkulturellen Stils geschieht durch seine Vermassung, seine Herauslösung aus der besonderen Bedeutung der Gruppe. So verallgemeinert, wird der Stil als Jugendlichkeit schlechthin definiert, die Jugend wird durch ihn konstituiert, so daß seine Klassenbasis nicht mehr erkannt wird: die Klasse wird destituiert.

Untersucht man also eine Subkultur, so ist sie einerseits zu untersuchen in ihrem Verhältnis zur »Stammkultur« (also im Falle einer Subkultur von Arbeiterjugendlichen in ihrem Verhältnis zur Kultur der Arbeiterklasse), andererseits im Verhältnis zur dominanten Kultur, von der die untergeordnete Kultur immer beeinflusst bleibt. Die Jugend-Subkultur kann in einem solchen Untersuchungsfeld begriffen werden als eine »imaginäre Lösung« einer Klassenproblematik, die die Jugendlichen mit den Eltern gemeinsam haben. Imaginär, weil die Subkultur selbst nicht der Ort ist, an dem das Problem lösbar ist (z.B. Arbeitslosigkeit, Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse).

Angela McRobbie und Jenny Garber diskutieren das Problem, daß Mädchen in der Analyse der jugendlichen Subkulturen nicht vorkommen. Sie schlagen vor, die bisherige Sichtweise auf die Mädchen zu ändern: nicht länger zu fragen, warum es keine Mädchen in der Subkultur gibt, sondern zu fragen, ob »Mädchen in der Subkultur zwar vorhanden, aber unsichtbar vorhanden sind«, ob sich »die Rollen der Mädchen und wie von den Rollen der Jungen unterscheiden«, ob die »Stellung der Mädchen spezifisch ist für die subkulturelle Alternative, oder ihre Rollen die allgemeine gesellschaftliche Unterordnung der Frauen in den zentralen Bereichen der dominanten Kultur widerspiegeln?« »Falls subkulturelle Alternativen den Mädchen nicht ohne weiteres offenstehen — auf welche anderen, aber komplementären Arten organisieren die Mädchen ihr kulturelles Leben?« (221) Phil Cohen entwickelt schließlich im letzten Beitrag »Territorial- und Diskursregeln bei der Bildung von 'Peer-Groups' unter Arbeiterjugendlichen«.

Territorialität ist für ihn eine Form, sich die Welt magisch anzueignen, die materiell anderen gehört, den Grundbesitzern. Formen der Territorialität kommen hauptsächlich in Arbeiterbezirken vor. Die Territorialität ist aber nicht nur eine Form der Aneignung, sondern auch eine Form der Abgrenzung des eigenen Territoriums für andere Gruppen, seien sie auch aus dem gleichen Viertel, gehörten sie auch der gleichen Klasse an. So sind die Regeln, nach denen Gemeinschaft konstituiert und dabei Feindschaften konstituiert werden, Formen, in denen die Stärke der eigenen »Peer Group« mit der Schwächung, weil Zersplitterung der eigenen Klasse einhergeht.

Nora Rätzfel (Berlin/West)

Erziehungswissenschaft

Petrat, Gerhardt: Schulunterricht. Seine Sozialgeschichte in Deutschland 1750-1850. Ehrenwirth, München 1979 (382 S., br., 42,— DM)

Sozialgeschichte ist für Petrat begriffene Geschichte des Alltags — begriffen mit Hilfe der Kategorie der Situation (10): hier derjenigen des »Unterrichts« bzw. des »Schulehaltens«. Situation meint dabei eine Rekonstruktion der Struktur des Verhältnisses Lehrer — Schüler — Gegenstand. Es ist die zentrale These des Buches, daß etwa ab 1760 ein qualitativer Umbruch in dieser Struktur vom »Schulehalten« zum »Unterricht« erfolgt, deren eigentlicher Ausdruck die Entdeckung der Vermittlungsproblematik, der Frage, wie man dem Schüler einen Stoff näher bringt, ist. Petrat verfolgt die Strukturänderung anhand der zu diesem Zeitpunkt entstehenden pädagogischen Presse, die sich als Forum der Propagierung des »Unterrichts« gegenüber dem »Schulehalten« verstand.

Die Methoden einer Rekonstruktion struktureller Einheiten muß zwei Grenzen zur Kenntnis nehmen: a) den Sachverhalt, daß die historischen Subjekte der Reform nur einzelne Aspekte der Struktur intendierten bzw. in den Vordergrund ihrer praktischen Bemühungen stellten, sowie b) die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, also die Tatsache, daß beide Strukturen noch etwa 100 Jahre gleichzeitig vorhanden waren.

a) Das »Schulehalten« wird bestimmt durch den Primat eines festgelegten Curriculums, welches ohne Rücksicht auf altersmäßige Verständlichkeit und motivationale Aspekte vom Lehrer vorgetragen und von einzelnen Schülern memoriert wird. Die gedächtnismäßige Reproduktion eines meist nicht verstandenen Lehrinhalts durch die Schüler nacheinander, der in »rotierender Form« wiederholt wurde, war Kennzeichen einer Schulsituation, deren Stereotypie dem Lehrer Zeit zu Nebentätigkeiten ließ und die Schüler zu Spielen, Raufereien usw. verleitete. Gegen diesen »Schlendrian« einer ritualisierten Reproduktion festgelegter Formeln in Gleichgültigkeit gegen die lernenden Subjekte zogen die Reformer zu Felde. »Unterricht« war dabei eher so etwas wie eine Sammelbezeichnung für »das Neue«, welches sich für Petrat aus 5 Komponenten zusammensetzt. 1) Für die Forderung des »Zusammenunterrichts« war kennzeichnend die induktive Methode, die einen stufenweisen Aufbau des Wissens mit der gemeinsamen Anteilnahme und kontinuierlich notwendigen Aufmerksamkeit aller Schüler zu verbinden suchte. 2) Methodisch entsprach dem das Postulat eines Wechselspiels von sachbezogenen Fragen und freien Antworten — eines fachlichen Diskurses, der 3) an den Erfahrungskreis der Schüler, die »natürlichen Dinge«, anknüpfte. Bahnbrechend für den »Unterricht der natürlichen Dinge« waren zwei Schulbücher, die den Lebensraum der Landbevölkerung zum Gegenstand hatten: F.E. von Rochows »Kinderfreund« (1776) und R.Z. Beckers »Noth- und Hülfsbüchlein für Bauersleute« (1788, 2. Band: 1798). 4) Der Faktor der »Reinigung«, wie er sich mit der aufklärerischen Bearbeitung der deutschen Sprache im Hinblick auf begriffliche und nationale Einheit verband, kristallisiert

te sich im pädagogischen Bereich um den provokativen Gedanken, »daß es so etwas wie die *kalkulable* instrumentelle Basis eines derartigen Veränderungsprozesses geben könnte« (247). Aspekte des »Reinigungsprozesses« im schulischen Raum waren eine permanente Beschäftigung verstanden als sittlich moralischer Faktor, die Reinigung der schulischen Atmosphäre von allen verführerischen Attributen und »heimlichen Sünden« (Onanie), die sprachlich-begriffliche Bewältigung auch »ordinärer« Vorgänge sowie eine gezielte Auswahl sittlich gereinigter Lehrgegenstände (»gereinigte Klassiker«). Die Entdeckung kindlicher Unschuld regulierte so als Legitimation die Auswahl von Zielen, Methoden und die Durchforstung von Lehrgegenständen wie auch 5) eine systematische Disziplinierung der Schüler.

b) Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zu betrachten verweist auf Probleme der Durchsetzung neuer Vorstellungen sowie der politischen und spontanen Widerstände und Reaktionen. Erste Versuche, etwa die Frage-Antwort-Methode einzusetzen, stießen zwar bei der Obrigkeit und den jeweiligen Schulträgern häufig auf Zustimmung, scheiterten jedoch meist an den Reaktionen der Betroffenen, die Ketzerei o.ä. vermuteten (142f.). Auch von anderen Schulleuten sowie der kirchlichen Schulaufsicht wurden solche Versuche mißtrauisch eingeschätzt, bedingt etwa durch den Sachverhalt, daß hier qualifiziertes Personal benötigt wurde, für das auch bereits erste Ausbildungsseminare entstanden waren. In der pädagogischen Presse wurde als vordringliche Zielgruppe die Landbevölkerung mit Grundbesitz angesehen. Diese Periodika wollten durch eine Koordinierung von Erfahrungsdaten ebenso praktische Hilfestellung wie eine realistische Einschätzung gegebener Möglichkeiten geben.

Petrat betont allerdings auch die Grenzen einer solchen Durchsetzung pädagogischer Vorstellungen: »Die Zeit für den 'Unterricht' ist nicht primär reif, weil schulintern neue Möglichkeiten erschlossen und nach und nach ausgestaltet worden sind, sondern weil eine bestimmte sozialpolitische Intention ihr spezifisches Instrument findet, das dann aber erst in der konkreten Auseinandersetzung an der Front sozialer Probleme und eines bestimmten Adressatenkreises fortschreitend seine Gestalt erhält« (159). Hinzu kommt noch, daß der »Sozialpolitik« jener Zeit enge Grenzen gesetzt sind — sowohl räumlich durch die territoriale Zersplitterung (deren einziger Vorteil in einer konkurrierenden Profilierung lag) als auch, was ihre Wirkung anging (so erlaubten erst die Stiehlischen Regulative von 1854 für Preußen eine zentrale Stellenzuweisung für Lehrer). Es sind diese Grenzen sozialpolitischer Intervention, ihre Abhängigkeit von gesellschaftlichen Gegebenheiten, die die Darstellung der Vermittlung schulischer Änderung durch politische Intentionen problematisch erscheinen lassen. So genügt es in dieser Hinsicht wohl kaum, die Entstehung bürgerlicher Offenheit als Paradigma für die Konstituierung pädagogischer Kommunikationsmodelle anzugeben (90ff.); ebenso bleibt es unbefriedigend, die Ausdifferenzierung des Unterrichtskonzepts (Industrieschulen, die Anhänger Pestalozzis, Diesterwegs Ideal Konzept eines gegenseitigen Unterrichts) auf eine relativ abstrakt bleibende sozialpolitische Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf zurückzuführen, die mit den Restaurationstendenzen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine Aufhebung der Struktur des »Unterrichts« umschlug. Die »bestimmte sozialpolitische Intention« hätte wohl der gleichen Methode einer Rekonstruktion von (intendierten) Praxisstrukturen unterworfen werden müssen, um den Vermittlungsaspekt gesellschaftlich funktionaler Tendenzen durch Sozialpolitik hindurch an schulischer Entwicklung deutlich zu machen. Alfred Schäfer (Köln)

Hinte, Wolfgang: *Non-direktive Pädagogik. Eine Einführung in Grundlagen und Praxis des selbstbestimmten Lernens.* Westdeutscher Verlag 1980 (215 S., br., 22,— DM)

In einem längeren Anlauf kritisiert der Autor zum einen die »Situation wissenschaftlicher Praxis« (15-29) hinsichtlich des festgefahrenen »Fachjargons«, der »Eigendyna-

mik« und einer Engagement- und Emotionslosigkeit, zum anderen benennt er seinen eigenen wissenschaftlichen Standort mit Referaten über den symbolischen Interaktionismus Meadscher Prägung (30-47) sowie über die »Humanistische Psychologie«, einschließlich des daraus erwachsenen kommerziellen »Psychoboom« (48-73). Was aber aus den beiden als »wissenschaftstheoretisch« bezeichneten Ansätzen in das eigene Pädagogik-Konzept im einzelnen übernommen wird, dies wird ebenso unterschlagen, wie Hinweise darauf fehlen, wie die mannigfaltig kritisierten Verkürzungen in diesen Ansätzen vom eigenen Konzept ferngehalten werden.

Im Zentrum des zweiten Teils der Arbeit steht das Konzept der non-direktiven Pädagogik, deren »Theorie ... auf die Möglichkeit eines freien Lernens baut, von der Prämisse aus, daß in jedem Menschen bereits ein großes Kräftepotential vorhanden ist, das sich im Verlauf eines selbstbestimmten Lernprozesses entfaltet« (91). Gleich der Mäeutik des Sokrates, jener Kunst, durch geschicktes Fragen das im Partner schlummernde, ihm gerade unbewußte Wissen hervorzulocken, sollen nach dem — der klientenzentrierten Therapie von C. Rogers entnommenen — »Prinzip der Nicht-Direktivität« »latent vorhandene Anlagen und Fähigkeiten nicht gelenkt, sondern einfach freigelegt werden« (92). Für den *Pädagogen* (im Gegensatz zum *Erzieher*) zählt nur noch die »situative gemeinsame Verständigung der Beteiligten«, ein »faires Aushandeln unterschiedlicher Interessen« im »offenen Austausch« eines »Dialogs mit Lernenden« (95). Dies die »Theorie«, die zugleich »postulierte pädagogische Haltung« ist.

Die »Praxis selbstbestimmter Lernprozesse« stellt sich als ein Konglomerat von »Elementen« dar (107ff.): das Lernen in der Gruppe, die Selbstbestimmung der Lernenden, die »Betroffenheit« als Motivation, die »Identität von Lern- und Handlungsraum« sowie die Berücksichtigung von Gefühlen und Emotionen. Immer wieder redet der Autor von den *Bedürfnissen* der Lernenden, ihren *Interessen* und *Erfahrungen*, doch wird nicht erläutert, was er darunter eigentlich versteht, oder ob die Begriffe so beliebig austauschbar sind, wie er sie verwendet; es findet sich nur der assoziative Hinweis, daß Erfahrung »zu spüren und zu fühlen« (124) bedeutet. Doch hier drängt sich eine Kritik auf, die sich grundsätzlich ebenso auf die beiden anderen Begriffe bezieht: unmittelbare Erfahrungsbildung geschieht *immer*, auch unter »direktiven« Verhältnissen. Sie vollzieht sich in einem kooperativen gesellschaftlichen Vorgang, auch wenn dies oft hinter dem Rücken der Beteiligten geschieht; in die einzelne Persönlichkeit hineinverlegt — ganz konsequent nach der humanistisch-psychologischen Grundannahme des Autors — wird hingegen der Erfahrungsbegriff seines gesellschaftlichen Prozeß- und Entwicklungscharakters beraubt.

Daß der Autor aus der Gemeinwesenarbeit kommt und mit ihr noch immer beschäftigt ist, verbaut ihm ein konstruktives Eingreifen in den *institutionalisierten* Wirkungszusammenhang von Pädagogik, was jedoch zu seinen erklärten Ansprüchen zählt. Um den in der Schule Tätigen praktikable Wege eines anderen Lernens nahezubringen, muß der spezifische Institutionscharakter berücksichtigt werden, um diesem zugleich zu kontern. Der Autor aber begnügt sich mit Hinweisen auf die notwendige »intellektuelle und emotionale Stützung« des Pädagogen, die sich in »kontinuierlicher Selbsterfahrung und Weiterbildung«, einem Gruppen-Austausch von Gleichgesinnten und in der Suche nach Bundesgenossen innerhalb der Institution realisiere (142f.).

Fazit: Wo immer sich Menschen zusammentun, um gemeinsam aus »persönlicher Betroffenheit bzw. subjektiver Sinnggebung« heraus zu handeln, läßt sich der Erfolg eines non-direktiven Ansatzes von Pädagogik preisen; weil aber zuwenig »handlungsleitende Entrüstung« in unserer gesellschaftlichen Umgebung vorfindbar sei (118), müsse der Pädagoge ins Wohnviertel gehen und »nach Motiven suchen« (121). Eine neue Pädagogisierung des Alltagslebens?

Harro Schweizer (Berlin / West)

Lochner, Rudolf: Phänomene der Erziehung. Erscheinungsweisen und Ablauformen im personalen und ethnischen Dasein. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975 (545 S., Ln., 114,— DM)

Die wissenschaftstheoretische Diskussion in der Pädagogik war in der jüngeren Vergangenheit bestimmt durch eine methodologische Reduktion: Es ging eigentlich nur um die Methode, der man zugleich die Konstitution des Gegenstandes »Erziehung« überantwortete. Übergangen wird auf diese Weise das Problem, daß man unter »Erziehung« seit jeher sehr Verschiedenes verstanden hat. Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, daß Lochners Buch »übersehen« wurde, das phänomenologisch den Gegenstandsbereich der Erziehung erhellen will, um Erkenntnis vorzubereiten (7). Die Bestimmungen sind dabei im Spannungsfeld einer doppelten Abgrenzung angesiedelt: gegen »abstrakte Idealformen des Erziehungsverständnisses« (so etwa gegen Nohls Theorie des pädagogischen Bezuges oder gegen »Erziehungsidealformeln«, die er als Zwang gegenüber dem Kind begreift) sowie gegen qualitativ andere Formen der Beeinflussung von Menschen durch Andere (Prägung etc.). Eine differenzierte Gegenstandsbestimmung, die nicht an ein Ideal gebunden ist, arbeitet sich so ständig am Problem der Identifikation von »Erziehung« ab. Ich möchte dies für vier wesentliche Bereiche skizzieren.

a) Lochner hält daran fest, daß Bewußtsein einer intendierten Änderung qualitatives Unterscheidungsmerkmal von »Erziehung« etwa gegenüber Prägungsvorgängen (»das Insgesamt jener formenden Wirkungen, deren Träger unbewusste, unwillkürliche oder unabsichtliche Einflüsse üben« — 64) ist. Er verabsolutiert allerdings dieses Bewußtsein nicht zum Ideal eines jederzeit ziel-, sinn- und verantwortungsbewußt Handelnden, sondern nimmt verschiedene Grade der Bewußtheit erzieherischen Handelns an. So spricht er etwa auch von Erziehung, wenn der Zweck als pädagogischer nicht bewußt ist, wohl aber die beabsichtigte konkrete Wirkung (140); er unterscheidet die »Gelegenheitserziehung« situativ überlegter Antworthandlungen von einer planvoll kasuistisch vorgehenden Erziehung (152), die sich an Bräuchen oder Lehrsystemen orientiert. Solche Differenzierungen machen die Qualitätszuschreibung »erzieherisch« nicht eben einfach: hinzu kommt, daß Erziehung und Prägung immer ineinander verflochten seien (162ff.). Es entsteht damit allerdings eine Schwierigkeit angesichts der Frage, ob dieses Verhältnis denn empirisch ausmachbar ist oder ein Problem der Definition von Kategorien.

b) Lochner geht von der Kontinuität von Erziehung im Sinne einer Richtungsbestimmtheit aus, wobei sich diese Richtung als Veränderungswirkung zeitlich komprimieren oder ausdehnen wie auch selbst verändern kann (155). Diese Kontinuität ist keine in der Zeit immer gegenwärtige, sondern erfolgt für Lochner in »Stößen« und »Schüben«, punktuell in »Quanten«: »Die einzelnen *Erziehungs-Quanten* hängen in ihrer Dauer, Intensität, inneren Wirkungskraft oder augenblicklichen Person-Lage eines Erziehers, nicht minder aber von der Eingliederung der ganzen Erziehungsgruppe in das Alltagsleben oder Zeitgeschehen ab« (175). Erziehung umfaßt zeitlich begrenzte Handlungen oder Handlungseinheiten, die als bewußt auf Veränderung des Schülers gerichtete aus dem Strom des unbewußt ablaufenden und prägenden Alltags sich herausheben, aber von diesem wie von der Zielorientierung her ihre Kontinuität in der Diskontinuität gewinnen. Auch hier wird nicht deutlich, inwieweit sich der angesprochene Zusammenhang auf empirische Sachverhalte gründet oder auf die Qualität einer reflexiven Leistung, für die dann allerdings die formale Kennzeichnung »bewußt« nicht ausreichen würde.

c) Auch im Hinblick auf die Bestimmung erzieherischer Ziele und Motivationen bleibt Lochner eher formal deskriptiv. So unterscheidet er (etwa im Unterschied zu normativ-idealen Setzungen wie: pädagogische Liebe) rationale von irrationalen und

emotionalen Motivationen des Erziehens. Die Zielbestimmung pädagogischen Handelns bleibt gebunden an die Entfaltung der Möglichkeiten des Zöglings im Spannungsfeld von gesellschaftlicher Reproduktion und Veränderung (280f.). Solche Zielformeln, die für den Erzieher als Norm und den Zögling als zu erreichende psychische Disposition gelten, etablieren sich als positive Werte erst jenseits einer »ethischen Schwelle« (148), nach einer ethischen Reflexion. Lochner entfernt sich hier nicht sehr weit von gängigen positivistischen Ansätzen zur Frage der Erziehungsziele: die Frage etwa, inwieweit der Erziehungsbegriff inhaltlich von Zielformulierungen abhängt, wird nicht gestellt, inwieweit also auch die Bestimmung der Qualität von Erziehungsmaßnahmen (320f.) von Zielprojektionen getragen wird.

d) Was das »pädagogische Verhältnis« angeht, so ist Lochner wohl einer der wenigen Autoren, die Macht- und Herrschaftsaspekte als mögliche Bestandteile des Verhältnisses Erzieher — Zögling (sgruppe) ansprechen, ohne sie als unpädagogisch abzuqualifizieren und damit aus der pädagogischen Theoriebildung auszuklammern. Der Widerstand des Zöglings kann zu einem »Erziehungskampf« (232) führen, der von Lochner immer noch als pädagogisch qualifiziert wird. Die eingangs aufgezeigte doppelte Abgrenzung erlaubt ihm auch hier eine breitere und differenziertere Gegenstandsbestimmung als in einer »nur-normativen« Pädagogik. Jedoch zeigt sich (neben dem ausgeklammerten Legitimationsproblem) ebenfalls wieder das Problem der Identifizierung von Erziehung: So fehlt ein Kriterium, das erlauben würde, ein Gewaltverhältnis von einem »erzieherischen Kampf« (dessen Bestandteil nach Lochner auch eine körperliche Züchtigung sein kann — 233) zu unterscheiden. Wenn sich Lochner weigert, bestimmte Kategorien wie Neigung, Sympathie, Liebe in eine »schlechthin gültige Verbindung« zum Erziehungsphänomen zu bringen (245), so müßte er — und dies liegt eigentlich den deskriptiven Erörterungen voraus — andere Kriterien für die Qualifizierung »pädagogisch« angeben.

Alfred Schäfer (Köln)

Leirmann, W., und F. Pöggeler (Hrsg.): *Erwachsenenbildung in fünf Kontinenten. Bestandsaufnahme und Vergleich.* Bd. 5, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1979 (416 S., Ln., 69,80 DM)

Die Herausgeber beanspruchen, ein Informationsdefizit im Bereich der Erwachsenenbildung zu verringern, da sich die Vergleichende Erziehungswissenschaft bisher auf die Kinder- und Jugendziehung beschränkt hat. Mit ihrer Auswahl ist ihnen dies gelungen. Der Leser findet einen Sammelartikel über die skandinavische Erwachsenenbildung, stellvertretend für Großbritannien einen Artikel über die englische Erwachsenenbildung, für die Beneluxstaaten wurde Belgien ausgewählt, die französische Erwachsenenbildung repräsentiert diejenige Westeuropas, die italienische diejenige Südeuropas, Berichte aus der BRD, Österreich und der Schweiz diejenige Mitteleuropas, fünf der europäischen sozialistischen Staaten sind vertreten, sodann die USA und Kanada, über Lateinamerika findet sich neben der besonderen Abhandlung der brasilianischen und chilenischen Erwachsenenbildung ein ausführlicher Sammelartikel, ebenso über Afrika — neben einem gesonderten Bericht über die ägyptische Erwachsenenbildung —, stellvertretend für Asien finden sich Artikel über die japanische, chinesische, südkoreanische und israelische Erwachsenenbildung, und auch diejenige Australiens und Neuseelands wird berücksichtigt. Abschließend werden internationale Organisationen vorgestellt, die einen gewissen koordinierenden Einfluß auf die Erwachsenenbildung der jeweiligen Länder besitzen oder diesen zumindestens anstreben.

Den Autoren war ein Raster zur Gliederung ihrer Beiträge vorgegeben worden, um deren Vergleichbarkeit zu gewährleisten: Historische Entwicklung, gesetzliche Strukturen, Organisationsstrukturen, Inhalte und Methoden, Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, Probleme und Entwicklungstendenzen. Da einige der ursprünglich vorgesehe-

nen Autoren sich nach Auffassung der Herausgeber nicht an dieses Raster gehalten haben, sind z.B. die Beiträge über die Erwachsenenbildung in der UdSSR und der DDR von westdeutschen Erziehungswissenschaftlern verfaßt worden, auch unter dem Hinweis, daß die Autoren keine kritische Distanz zu ihren Gesellschaftssystemen und deren Formen der Erwachsenenbildung besitzen. Dies ist ein zweifelhaftes Auswahlkriterium, vor allem dann, wenn etwa dem Verfasser des israelischen Artikels diese fehlende Distanz durchaus zugebilligt wird.

Der Beitrag über die englische Erwachsenenbildung berichtet sehr differenziert über die Vor- und Nachteile stark dezentralisierter Formen von Erwachsenenbildung, alle Beiträge aus Skandinavien berücksichtigen die Verbindung von Erwachsenenbildung und Volksbewegungen im historischen Rückblick; das gleiche gilt für den italienischen Beitrag. Hier wie auch in den Berichten über die Erwachsenenbildung der europäischen sozialistischen Staaten werden die Erfordernisse der sozialen Entwicklungsphasen mit den Formen der Erwachsenenbildung in Zusammenhang gebracht. Demgegenüber mutet der Beitrag über die USA eher etwas diffus an: Beispielsweise wird das vor zwei Jahrzehnten plötzlich aufgetretene Interesse an der Erfassung sog. unterprivilegierter Bevölkerungsschichten durch die Erwachsenenbildung nur dadurch erklärt, daß Normen und Werte ins Wanken und »die wirtschaftlichen Strukturen ins Schleudern gerieten«. (208) Die Beiträge aus Lateinamerika sind wieder differenzierter. Einen wesentlichen Teil nimmt hier die Erwachsenenbildung als Konfliktvermeidung ein sowie deren Sinnlosigkeit, wenn sie nicht »instrumentale Bedeutung für den Lebensvollzug gewinnt« (233). Auch hier besteht eine Verbindung zwischen erfolgreichen Maßnahmen und Volksbewegungen; dies wird insbesondere im brasilianischen Beitrag in der Darstellung der Methode Paulo Freires deutlich gemacht.

Der Sammelartikel über Afrika zeigt, daß hier ähnliche Probleme wie in Lateinamerika bestehen, was die Motivation und die Erfolgsquote von Erwachsenenbildungsmaßnahmen betrifft. Hier gibt es eine besonders große Vielfalt an Erwachsenenbildungsformen, z.T. noch kolonialen Ursprungs. Der Autor arbeitet insbesondere das Problem heraus, in den afrikanischen Ländern von einer eher »konsumorientierten« Rezeption von Erwachsenenbildungsmaßnahmen (die oft individuellem Aufstieg dienen soll, dies aber aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage gar nicht kann) zu einer mehr »entwicklungsorientierten« (349) Form der Erwachsenenbildung zu gelangen, um speziell in ländlichen Gebieten wirksam werden zu können. Barbara Weißbach (Dortmund)

Geschichte

Löw, Raimund: *Otto Bauer und die russische Revolution*. Hrsgg. v. Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Europa-Verlag, Wien (326 S., br., 168 ÖS)

Der Verfasser bietet einen ebenso ausführlichen wie präzisen Bericht über Otto Bauers Äußerungen zur russischen Revolution. Gilt die Stellung zur russischen Revolution als Kriterium für den Stellenwert eines sozialistischen Politikers, so macht dieses Buch eine Neubewertung Otto Bauers notwendig (auch der Artikel des Rezensenten im *Argument* 119 »Otto Bauer und der Eurokommunismus« muß in mancher Beziehung revidiert werden). Überblickt man die Gesamtheit der Äußerungen Otto Bauers zur russischen Revolution im Verlauf von mehr als zwanzig Jahren, dann ist es unerlaubt, den österreichischen Marxisten ohne weiteres dem Reformismus zuzuordnen.

Einleitend erklärt der Verfasser: »Österreich war eines der wenigen Länder, in denen die Sozialdemokratie nach dem 1. Weltkrieg ihre absolute Hegemonie über die Arbeiterklasse bewahren konnte. Die russische Revolution führte hier nicht zu jener Differenzierung innerhalb des organisierten Proletariats, wie im restlichen Europa. Nichts

wäre jedoch verfehlt als das Verhältnis der österreichischen Arbeiterschaft zu Sowjetrußland rückblickend durch die Brille einer im kalten Krieg geprägten Meinung zu betrachten«. (3)

Der Verfasser meint, in »Bauers eigenem theoretischen und politischen Schaffen nimmt die Kommentierung, Analyse und Beurteilung der Ereignisse in Rußland einen zentralen Platz ein«. (5) Bauer habe zwar den despotischen Charakter des bolschewistischen Staatssystems erkannt, nichtsdestoweniger war er der Meinung: »Der despotische Sozialismus ist das notwendige Produkt einer Entwicklung, die die soziale Revolution heraufbeschworen hat auf einer Entwicklungsstufe, auf der der russische Bauer noch nicht einmal zur politischen, der russische Arbeiter noch nicht zur industriellen Demokratie reif war«. (63) Bauer habe, sagt der Verfasser, zur gleichen Zeit, »als er versuchte, die Arbeiterklasse auf einem parlamentarischen Weg festzuhalten, nicht ausgeschlossen, daß das Proletariat gezwungen sein könnte, zu diktatorischen Mitteln zu greifen« (86). Bauer hat sich vorgestellt, daß die Schärfe des Klassen Gegensatzes die Demokratie sprengt und die Bourgeoisie die demokratischen Einrichtungen zu vernichten beginnt (87). Prophetische Worte! Das Linzer Programm klingt an, die Defensive Diktatur.

Der Verfasser meint, Otto Bauer habe der Kommunistischen Theorie, wonach der Reformismus die Ideologie der »Arbeiteraristokratie« sei, zugestimmt (89). Nach Bauer sei es der Faschismus gewesen, der »die reformistische Phase der Arbeiterbewegung beendet (habe) und den Boden für einen neuen, auf einer höheren Stufe stehenden revolutionären Sozialismus bereitet« (90).

In der großen Krise, ausgelöst durch den Hitler-Machantritt in Deutschland, waren insbesondere in Frankreich und Österreich starke Bewegungen zum gemeinsamen Kampf entstanden. In Österreich hat die RS mit den Kommunisten einen Einheitspakt geschlossen, ähnliche Ereignisse gab es in Frankreich. Otto Bauer war bereit, die Initiative der Kommunistischen Internationale zur Herstellung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung ernst zu nehmen. Er schrieb im »Kampf« (Dezember 1934): »Ist es angesichts der schweren Bedrohung der Sowjetunion nicht wahrscheinlich, daß es ihr diesmal ernsthaft darum zu tun ist, sich die Bundesgenossenschaft der westeuropäischen Arbeitermassen zu erwerben? Ist es nicht denkbar, daß die Moskauer Machthaber zu diesem Zweck zu ernsthaften Verhandlungen über eine Aktionsgemeinschaft zwischen den beiden Internationalen bereit sind?« (207)

Bauer war also bereit, dem Vormarsch des Faschismus in Europa die einheitliche Kraft der Sozialistischen und Kommunistischen Internationalen entgegenzusetzen. Der Vorschlag scheiterte am Widerstand der belgischen und britischen Labour-Party, die mit Austritt aus der SAI drohten. In der historischen Stunde, da es darum ging, dem Vormarsch des Faschismus die geschlossene Kraft der internationalen Arbeiterklasse entgegenzustellen, war Bauer dafür; er resignierte, als die Spaltung der SAI drohte. Es bleibt der Phantasie der Zeitgenossen der faschistischen Ära überlassen, sich vorzustellen, wie anders die Geschichte verlaufen wäre, wenn die von Bauer erwartete internationale Einheit gegen den Faschismus zustande gekommen wäre.

Von 1931 an sei Bauer bereit gewesen, die Sowjetunion als »eine Gesellschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« anzuerkennen, schreibt der Verfasser (229). In seinem letzten Buch »Zwischen zwei Weltkriegen« hat Bauer »eine völlige Neuinterpretation des Bolschewismus vorgenommen — die Überzeugung, daß in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft im Entstehen begriffen sei«, sagt R. Löw (236). Der Verfasser referiert über Bauers Haltung im Exil gegenüber Stalin. In dem Buch »Zwischen zwei Weltkriegen« und in verschiedenen Artikeln im »Kampf« habe Bauer alles, was damals in der Sowjetunion geschehen ist, verteidigt, in der Überzeugung, die Sowjetunion sei das einzige Bollwerk gegen den Vormarsch des Hitler-Faschismus. Bauer sei der Meinung gewesen, daß die Sowjetunion »unter dem Druck der

Nöte des Bürgerkrieges und der Hungersnot« gezwungen gewesen sei, »einen bürokratisch-polizeilich-militärischen Apparat aufzubauen« (236). »Das Ergebnis« hat, so urteilte Bauer, »diese Politik gerechtfertigt« (237).

Bauer war von der Überzeugung durchdrungen, angesichts des Hitler-Vormarsches in Europa sei das Schicksal der Arbeiterklasse an das der Sowjetunion gebunden. Schließlich warnte er vor einem Thermidor als schlimmste Gefahr. Das war der letzte Artikel Bauers über die Säuberungen in der Sowjetunion. Schließlich sei Bauer am Ende seiner Tage, schreibt Löw, dem Pessimismus verfallen und habe die Vernichtung von zehntausenden Kommunisten und unschuldigen Menschen beklagt, was das Bild des Sozialismus in tragischer Weise beflecken werde (262). Mit diesem späten, sehr späten Reubekenntnis Bauers schließt Löw sein an Informationsmaterial reiches Buch.

Abschließend muß festgehalten werden: Bei allen Gegensätzen und Widersprüchen blieb Otto Bauer ein Vorkämpfer der Einheit der Arbeiterklasse. Ihn als Reformisten im herkömmlichen Sinne einzustufen, widerspricht der historischen Wahrheit.

Bruno Frei (Wien)

Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Junius Verlag, Hamburg 1979 (507 S., br., 28,— DM)

In der Hamburger Dissertation wird der Versuch einer historisch-theoretischen Analyse von Politik und Programmatik der österreichischen Sozialdemokratie im ersten Drittel des Jahrhunderts unternommen. Die Arbeit imponiert auf den ersten Blick durch Materialfülle (auf z.T. unveröffentlichten Quellen fußend) und thematische Spannweite. So finden sich historische Skizzen wie »Grundprobleme der ersten Republik« neben theoretischen Exkursen wie »Elemente der Theorien Bauers« und Untersuchungen zu Spezialproblemen wie dem »Kampf um die Mittelschichten«. Bei genauerer Lektüre zeigt sich freilich schon in der breiten Anlage des Textes seine Problematik: Der Autor behandelt als Austromarxismus *nicht* Theorie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit, sondern den gesamten Zeitabschnitt 1901-1934. Damit lenkt er ab von dem für den Austromarxismus konstitutiven Element der Ansiedlung zwischen Reformismus und Kommunismus und macht ihn zu einem Sonderfall von Reformismus. Mit dieser leicht erkennbaren *petitio principii* verstellt er sich den Weg zur Lösung der selbstgestellten Fragen nach den Entstehungsbedingungen von Reformismus und den Chancen revolutionär-sozialistischer Politik. Statt sich diesen Fragen zu nähern, schildert er nämlich vor allem die austromarxistischen Politiker wegen fehlerhafter Entscheidungen, die sie angeblich hätten vermeiden können, wenn sie sich auf den Standpunkt einer »wirklich revolutionären Partei« gestellt hätten. Was die revolutionäre Partei ist, deutet Kulemann meist verklauusliert an: Es sind die Überzeugungen von Leo Trotzki. Daß er sich nicht offener auf diesen für ihn anscheinend hochwichtigen Denker bezieht, stimmt auch den gutwilligen Leser verdrießlich.

Volker Gransow (Berlin/West — Bielefeld)

Löwe, Heinz-Dietrich: Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft (Historische Perspektiven 13). Hoffmann und Campe, Hamburg 1978 (303 S., br., 58,— DM)

Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß. Hain Verlag, Königstein/Ts. 1980 (324 S., br., 84,— DM)

Rexheuser, Rex: Dumawahlen und lokale Gesellschaft. Studien zur Sozialgeschichte der russischen Rechten vor 1917 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 12). Böhlau Verlag, Köln/Wien 1980 (254 S., Ln., 68,— DM)

Während zur Geschichte der russischen Linken viele Einzelstudien sowohl von der

sowjetischen wie von der westlichen Forschung vorgelegt worden sind, blieb die Geschichte der Verlierer von 1917 lange allein Thema der Lebenserinnerungen von Emigranten. Die drei Studien zur Geschichte der russischen Rechten, die hier anzuzeigen sind, treffen also in eine auffallende Lücke.

Löwe verfolgt in seiner Freiburger Dissertation die Geschichte des Antisemitismus etwa seit der Pogromwelle 1881/2. Er bezieht sich dabei auf die veröffentlichte Literatur und macht eine weitverstreute rechtsradikale Publizistik erstmals zugänglich. Er untersucht den Antisemitismus auf der Ebene der Reichspolitik und stellt z.B. die Interessen des Finanzministeriums unter S. Witte — der zusammen mit der Emanzipation der Juden auch die Industrialisierung Rußlands fördern wollte — gegen die repressive Politik des Innenministeriums unter V.V. Pleve. Er folgt den *causes célèbres*, den berüchtigt gewordenen Pogromen in Kişinev und Gomel sowie dem Prozeß um einen angeblichen Ritualmord des Juden Bejlis. Auch auf die 690 Judenpogrome vom Oktober 1905 geht er aus der zentralen Perspektive ein, wobei er mit guten Gründen gegen den Versuch argumentiert, diese Pogrome unmittelbarer zentraler Leitung durch die Regierung zuzuordnen. Die Zusammenarbeit zwischen Autokratie und präfaschistischen »Schwarzhundertschaften« war zwiespältig; letztenendes übersah die Autokratie bei aller Komplizenschaft nicht, daß Pogrome der Autorität der Zentrale schaden. Außerdem waren außenpolitische Rücksichten zu nehmen — zumindest sooft man bei den Rothschilds Anleihen suchte. Im Weltkrieg nahmen sowohl der Bedarf an Anleihen wie auch das Bedürfnis nach Sündenböcken für Niederlagen und Versorgungsengpässe zu. Im vielleicht ergiebigsten Kapitel des Buches zeigt Löwe, wie die konstitutionellen Demokraten im Frühjahr 1916 mit bescheidensten Reformversuchen scheiterten; die Liberalen waren nicht einmal entschieden genug, um im Parlament eine Anfrage nach einem Zirkular durchzusetzen, das vom Innenministerium verbreitet worden war und in dem die Juden für das Versagen der russischen Wirtschaft im Krieg verantwortlich gemacht wurden.

Löwe geht von einem an Rostow angelehnten Modernisierungsmodell aus und definiert den russischen Antisemitismus als »ein Begleitphänomen des industriellen Aufschwungs, des Eintritts in die Phase des take-off« (12). Dieser Erklärungsansatz erweist sich als sehr eng. Z.B. meint Löwe, daß man die Forderung, die orthodoxe Kirche solle das talmudische Judentum zur Sekte erklären, »nicht als ein religiös bestimmtes Vorurteil interpretieren« dürfe (196f.), weil die Forderung mit dem Vorwurf begründet wurde, das Judentum sei für den christlichen Staat schädlich. Nun hat schon Ivan IV. genau solche Vorwürfe gegen die Juden vorgebracht, wie überhaupt die Einheit von Staat und Kirche im europäischen Feudalismus (nicht nur in der Orthodoxie) als konstitutiv angesehen wurde. Löwe transportiert die seinem Gesellschaftsmodell entsprechende Trennung von Staat und Religion in sein Untersuchungsmaterial und erklärt die Religion einfach zum Schein des Politischen. Damit nimmt er nicht nur dem Antisemitismus seine eigentliche historische Dimension, sondern geht auch an der Struktur spätfudalen Widerstands vorbei, der im Festhalten an der Einheit der Lebensbereiche seine Legitimation suchte. Nicht die Religion war der Schein des Politischen, sondern die Behauptung der Einheit von Religion und Politik erschien — fälschlicherweise — als Möglichkeit von Selbstbehauptung in Denken und Verhalten.

Haumann erweitert in seiner Freiburger Habilitationsschrift das bisher im Westen zu seinem Thema herangezogene Material vor allem um die Sitzungsprotokolle einiger großer Syndikate sowie die Erinnerungen einiger Unternehmer. Auf der Ebene neu zugänglich gemachter Daten ist seine Studie hauptsächlich eine Geschichte des Verhältnisses zwischen den industriellen Unternehmen und den Ministerien unter den Bedingungen der Hochrüstung und des Krieges. Die Initiative zu engerer Zusammenarbeit ging nach Kriegsausbruch vom Rat der Industriellen-Kongresse aus, aber erst nach den

Niederlagen des 1. Kriegsjahres ging die Regierung Mitte des Jahres 1915 auf diese Angebote ein und schuf Organe für Sonderberatungen mit den Industriellen. Damit gewann »die Gesellschaft« gegenüber den zaristischen Ministerien erhöhtes Gewicht. Aber schon im September 1915 wurden die Grenzen der Wirksamkeit der Kriegs-Industrie-Komitees wieder enger gezogen. Die Regierung übergibt die Komitees zunehmend und traf direkte Abmachungen mit großen Unternehmen der Schwerindustrie. »Das Großkapital erweist sich als unfähig, seine in der Kriegswirtschaft gestiegene Bedeutung in größere politische Mitsprache umzusetzen« (119). Zu einer Integration der großen Industrie in das System der Autokratie kam es jedoch ebenfalls nicht, so daß in Rußland — anders als in den Entente-Mächten und in Deutschland — keine langfristige Regulierung der Kriegswirtschaft durchgesetzt wird. Hier sieht Haumann einen der Gründe für die schwere Krise der russischen Wirtschaft im dritten Kriegsjahr 1916.

Haumann stellt die von ihm erarbeitete »Geschichte« in den Zusammenhang einer breitangelegten Reflexion über den Charakter Rußlands und seine Stellung im Industrialisierungsprozeß. Gegen Rostows Stadientheorie und das Modernisierungskonzept Gerschenkrons wendet er ein, daß ein hohes Maß an ökonomischer Staatsstätigkeit heute kaum noch als Indiz für Rückständigkeit gelten kann. Gerade »moderne« Gesellschaften sind durch einen hohen Grad von Staatsintervention gekennzeichnet — ein Aspekt, dem die Theorieansätze Staatsmonopolistischer Kapitalismus bzw. Organisierter Kapitalismus eher entsprechen. Von hier ausgehend diskutiert Haumann auch die Rolle Rußlands im System des Imperialismus und die These, Rußland sei als Halbkolonie einzuschätzen. Als eigenes Konzept spricht Haumann von einem »verkrüppelten Kapitalismus mit ... staatsmonopolistischen Elementen« (71). Im Ergebnis seiner Forschungen kann Haumann Argumente für jene Richtung der sowjetischen Diskussion vortragen, welche die »mnogoukladnost«, die »Mehrbasigkeit« der Sozialökonomie Rußlands in der vorrevolutionären Phase zum Erklärungsansatz gemacht hat (143).

Eine überzeugend aus dem erschienenen Material heraus erarbeitete Position. Dem Rezensenten scheint in ihr der Systemzusammenhang allerdings doch zu gering bewertet zu sein. Ist z.B. die Krise des russischen Transportsystems im Kriege (133ff.) nicht vor allem durch dessen Ausrichtung auf überseeische Märkte zu erklären? Vor 1914 ging Donec-Kohle an die internationale Mittelmeerschiffahrt, Petersburg mit seiner wichtigen Metallindustrie aber wurde durch englische Kohle versorgt, so daß die Nord-Süd-Verbindungen für den im Krieg nötigen Transport von Massengütern nicht eingerichtet waren. Wurde die Unfähigkeit von Bourgeoisie und Regierung zur Durchsetzung von Planmäßigkeit in der Produktion (150) möglicherweise erst durch die Knappheit der Ressourcen so gravierend? War es vielleicht so, daß die Unfähigkeit deutscher Unternehmen und deutscher Behörden (Marinestrategie, Steckrübenwinter etc.) nicht derart ins Gewicht fiel, weil eben das ökonomische Potential insgesamt größer und geschlossener war? Dann wäre die Überforderung Rußlands im System der Mächte der Grund der russischen Katastrophe, bei der dann jene Unfähigkeiten aufgedeckt wurden, die anderswo (Frankreich 1917!) letztlich unter der Decke blieben.

Rexheuser setzt in seiner Erlanger Habilitationsschrift bei einem Vergleich der Duma-Wahlen 1906-1912 ein. Es gelingt ihm, wesentliche Differenzierungen der Wahlregionen herauszuarbeiten, wobei er die Regionen mit Nationalitätenproblemen ausgelassen hat. Auffällig ist eine große Differenz zwischen den zentralen Regionen, dem altrussischen Kern des Landes, und den russischen Peripherien am Weißen Meer, am Ural, am Don und westlich des Dnjepr: nur im Zentrum konnten Parteien der politischen Mitte des damaligen Systems, insbesondere die auf dem Boden des 1905 eingeleiteten Reformprozesses stehenden Oktobristen, überhaupt auf Wählerstimmen hoffen — in den peripheren Wahlkreisen wurde entweder links oder rechts gewählt. Parteien der Mitte errangen in den Peripherien so gut wie überhaupt keine Stimmen. Mit die-

sem eindrucksvollen Ergebnis konfrontiert Rexheuser den Leser — so möchte man fast meinen — vor allem in pädagogischer Absicht: nämlich um festzustellen, daß er es nicht erklären kann, weil die Regionalgeschichte Rußlands noch viel zu wenig erforscht ist.

Rexheuser wendet sich dann einem der zentralen Wahlkreise zu, dem Gouvernement Kursk. Er analysiert die Reaktion des landsässigen Adels auf die Veränderungen, durch welche jenes »Verbundmonopol auf Grundbesitz, weltliche Bildung und jenes professionelle Training, das in Verwaltung und Militär gebraucht wurde« (110), und das die Stellung des russischen Adels im 18. Jahrhundert nicht nur ökonomisch fundiert, sondern auch sozial legitimiert hatte, nun aufgehoben wurde. Da Sachkompetenz am Ende des 19. Jahrhunderts in der Intelligenz eher zu haben war als im Adel, war das adlige Privileg funktionswidrig geworden. »Da die soziale Wirklichkeit Rechtfertigungen versagte, mußte man, um sich dennoch zu rechtfertigen, nach Worten greifen, welche die Wirklichkeit deformierten« (111).

Wie gelang das, und vor allem: Wie wurde Politik, die solchermaßen begründet werden mußte, durchgesetzt? Diesen Prozeß verfolgt Rexheuser über das Ende des Grundbesitzerliberalismus in der Revolution von 1905 hinweg bis zur Durchsetzung der Rechten in den Dumawahlen 1907 und 1912. Voraussetzung für den Wahlsieg der Rechten war das neue Wahlrecht nach Kurien, durch welches der Gutsbesitzerkurie eine absolute Mehrheit gegenüber Bauern, Städtern und Arbeitern gesichert wurde. Voraussetzung war also der Eingriff durch die zentrale Macht in die Entstehung parlamentarischer Organisationen auf regionaler Ebene. Aber es gelang nach 1905 auch, Bündnispartner zu gewinnen — sowohl unter den Bauern wie unter den kleinen Gewerbetreibenden von Kursk. Was Rexheuser (169ff.) zu Pogromen und Überfällen »des einfachen Volkes« gegen Juden, Gymnasiasten und liberale Vertreter der »guten Gesellschaft« im Jahre 1905 erarbeitet hat, ist durch die genaue Kenntnis der lokalen Verhältnisse konkret und ergänzt Löwe in wesentlichen Punkten. Rexheusers Buch ist insgesamt ein entschiedener Hinweis auf die Ergiebigkeit regionalgeschichtlicher Forschung.

Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit von Rexheuser scheint mir zu sein, daß die politische Mobilisierung der Rechten auch in Kursk letztlich nur unvollkommen gelang. Die Wahlsiege blieben von der Unterstützung jener Obrigkeit abhängig, deren Politik zur Förderung der Industrie man bekämpfte — die man sich »eigentlich« als eine Autokratie wünschte, welche die Gesamtheit des Volkes vereinte, gegen die man jedoch andererseits partikuläres landwirtschaftliches Interesse durchsetzen wollte. Innerhalb des rechten Lagers kehrten alle Strukturprobleme wieder, »an denen 'Volk', 'Gesellschaft', und 'Staat' auch sonst laborierten« (226). Das machte den Kern der Schwäche der Rechten aus.

Die drei Arbeiten entstammen unterschiedlichen Forschungstraditionen und spiegeln jeweils verschiedenen wissenschaftlichen Habitus. Löwes Antisemitismusbuch entspricht einem noch nicht hinterfragten liberalen Selbstverständnis; Haumanns Studie über die Industrie ist eingebettet in eine umfassende, offen und kritisch geführte marxistische Diskussion und bindet theoretische Positionen auf konkrete Forschung zurück; Rexheusers Arbeit über den Kursker Adel setzt solche Diskussionen voraus, gewinnt insbesondere an Habermas' Öffentlichkeitskonzept wichtige Kategorien, deutet diese Diskussionen aber nur an und präsentiert die Ergebnisse ein bißchen wie der Meister das Werkstück vorm dunklen Hintergrund des noch Unbekannten. Der Gewinn aus den drei Arbeiten ist groß: Der Schauplatz der Revolution von 1917 wird verdeutlicht, der Sieg der SDAPR (b) ein Stück erklärbarer. Gerade in seiner Radikalität bleibt dieser Sieg ja unerklärt, so lange man ausschließlich auf die Parteilinie oder die Genialität einzelner Personen abhebt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind 1918 eben auch deshalb gescheitert, weil sie andere Gegner hatten. Die Schwäche der Rechten in Ruß-

land, ihre Unfähigkeit zu einem tragfähigen Kompromiß zwischen Großgrundbesitz, Staatsbürokratie und Bourgeoisie, kehrte auf der Seite der Linken als Stärke wieder.

Was Löwe, Haumann und Rexheuser erarbeitet haben, hat also seinen Stellenwert in der Diskussion um den Charakter der Oktoberrevolution und deren Ort im historischen Prozeß. Desto bedauerlicher ist es, daß keiner der drei Autoren für seine Studien in sowjetischen Archiven arbeiten konnte. Einer von ihnen hat kürzlich ein Jahr lang in Moskau vergeblich darauf gewartet, Archivzugang zu erhalten. Daß es den dreien trotzdem gelungen ist, unsere Kenntnisse über die Voraussetzungen der Revolution von 1917 bedeutend zu erweitern, sollte von der sowjetischen Archivverwaltung als Aufforderung verstanden werden, dieses wichtige Thema endlich zu fördern — und dabei auch westlichen Forschern das Archivmaterial zugänglich zu machen.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Marx, Karl: Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert. Übersetzt von Elke Jesset und Iring Fetscher. Hrsgg. und eingeleitet von Karl August Wittfogel. Mit einem Vorwort von G.L. Ulmen (Übersetzung: U. Migdal). Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981 (XCIII, 143 S., br., 12,— DM)

Die Veröffentlichung von in den gängigen Werkausgaben nicht enthaltenen, gleichsam also apokryphen Arbeiten der marxistischen Klassiker ist aus verständlichen Gründen geeignet, unmittelbar Interesse zu erregen. Anders als bei anderen jüngeren Publikationen handelt es sich beim vorliegenden Marx-Text, der ausführlich auf die Geschichte Rußlands und seine Rolle in der europäischen Politik des 18. und 19. Jahrhunderts eingeht, aber nicht um ein unveröffentlichtes Manuskript. Eine deutsche Ausgabe wurde zuletzt 1977 von Bernd Rabehl (mit Kommentaren von D.B. Rjazanov) vorgelegt, so daß G.L. Ulmen sich veranlaßt sieht, nicht den Marxschen Text, sondern die Einleitung von K.A. Wittfogel zum eigentlichen Grund dieser Publikation zu erklären (XX, Anm.1). So verhält es sich auch in der Tat.

Die Auslassung des hier vorgelegten Textes in den *Werken* dürfte eher in der kompromittierenden Qualität der Analyse als in der grassierenden Russophobie ihrer Aussagen begründet sein. Dies habe ich an anderer Stelle bereits ausführlich dargestellt (vgl. PROKLA 35). Wittfogel nimmt jetzt den Marx-Text zum Anlaß, um nicht nur seine eigene Konzeption der Weltgeschichte, sondern auch deren angebliche Legitimität als Marxsches Erbe ausführlich zu begründen. Nicht genug damit, hat sein Biograph Ulmen noch ein Vorwort beigezeichnet, in dem Wittfogels Weg zur Wahrheit, zur Enthüllung von »Intention und Gehalt von Marx' Wissenschaft der Gesellschaft und Geschichte« (XVIII) eigens nachgezeichnet wird. Wittfogel galt in den 20er Jahren als wichtiger Fachmann der KPD, später auch der Komintern, für historische Fragen und spezialisierte sich in der Folge auf Fragen des Orients, vor allem die Analyse Chinas. Nach Jahren des Exils kam es zu Wittfogels »politische(m) Erwachen bezüglich des wahren Charakters der russischen Revolution« (VII), wobei Ulmen dem Leser freilich das wohlbekannte Detail vorenthält, daß sich diese Erkenntnisse zunächst vor allem in einer aktiven Mitarbeit in der antikommunistischen Hexenjagd des Senators McCarthy niederschlugen. Dafür erfahren wir immerhin, daß Wittfogel die in seinem späteren Werk »Die orientalische Despotie« in reichlich mythologischer Manier interpretierten sowjetischen Debatten über orientalische Gesellschaften nur stückweise und in Übersetzung kennt (X). Bemerkenswert ist, wie Ulmen den Wittfogel-Mythos bis zu dem Punkt treibt, wo er die »Orientalische Despotie« zum (nie erschienenen) 2. Band der immer noch lesenswerten, 1931 erschienenen »Wirtschaft und Gesellschaft Chinas« erklärt (III). Dies war dem Autor selbst offenbar bisher entgangen.

Dieser freilich steht seinem Biographen in nichts nach. Er benutzt die Einleitung zu dieser Ausgabe, um sich in den Zusammenhang einer marxistischen Tradition zu pla-

zieren, die sich immer zuerst gegen »Rußland« in jedweder Ausformung gewendet habe. Wittfogel stellt dabei sich und Marx — unter Vernachlässigung von dessen und Engels' sehr wichtigen Arbeiten über die Rolle Rußlands in der Revolution 1848/49 — in die seit den Griechen datierende Tradition des Kampfes des »Westens« gegen »die stationären Kräfte des Ostens«, deren letzte Etappe zu Marx' Zeiten der »Angriff« der »Schöpfer einer modernen (kapitalistischen) Ökonomie« gewesen sei (XXX). Er verfährt hier wahrhaft bedenkenlos: Disparate Marxstellen werden benutzt, um sie Wittfogels Theorie der »hydraulischen Gesellschaft« zu subsumieren und dieser wiederum Marx'sche Aussagen über Rußland zuzuordnen. Einen Höhepunkt der so konstruierten Beschäftigung Marx' mit Rußland soll die Entdeckung der Dokumente und Kampfschriften bilden, die einen wesentlichen Teil des vorliegenden Marx-Textes ausmachen, und die nach Marx' Ansicht die Konspiration der englischen Diplomatie mit dem russischen Großmachtstreben belegen. Diese Entdeckungen nehmen für Wittfogel den gleichen Rang ein wie die »Kapital«-Schriften, was offenbar rechtfertigen kann, daß er einzelne Stellen aus der »Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie« und den »Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen« ohne weitere Umstände direkt auf Rußland bezieht. Dies freilich kann Marx in Wittfogels Augen nicht völlig retten: »Doch anstatt diese theoretischen Durchbrüche weiter zu verfolgen und zu systematisieren, vernachlässigte er wichtige Ansätze. Anstatt der 'realen Geschichtsschreibung' mehr Aufmerksamkeit zu widmen, schrieb er *Zur Kritik der politischen Ökonomie*« (XXV).

Wir stellen tief betroffen fest, daß Wittfogel 120 Jahre zu spät kam, um Marx' Arbeitsplan festzulegen. Dafür kann sich Wittfogel im folgenden leisten, die Marx'sche Bezugnahme auf Bestrebungen der russischen Populisten zur revolutionären Transformation der russischen Dorfgemeinde mit völligem Stillschweigen zu übergehen: Hier hätte sich gezeigt, daß die Marx'sche Polemik bei aller Schärfe nicht auf Rußland, sondern auf den Zarismus zielte, dessen Beseitigung gleich mit welchen Mitteln ihm in der Tat als Vorbedingung der erfolgreichen Revolutionierung Europas erschien. — Wittfogel schreibt der weitgehenden Vergessenheit, in die der vorliegende Text schon früh versunken war, weltgeschichtliche Folgen zu. Das ist bei der Bedeutung, die er sich und seiner »Entdeckung« zumißt, naheliegend: Trockij und Bucharin versäumten es ihm zufolge, sich mit diesen »Gedanken« »vertrautzumachen« und »zahlten« den entsprechenden Preis dafür in ihren Niederlagen gegen Stalin. Die maßlose Überbewertung der Marx'schen Streitschrift über Rußland läßt sich wohl kaum weiterreiben.

Schon früh wies Rjazanov darauf hin, Marx habe in dieser Arbeit eine entscheidende Phase der russischen Geschichte ganz ausgeblendet: Ohne das 16. und 17. Jahrhundert ist die Politik Peters I., die von Wittfogel im Anschluß an Marx als der entscheidende Wendepunkt bezeichnet wird, kaum verständlich. Wittfogel tut diesen Einwand leicht-hin ab: Er verweist auf Auslassungen in früheren Ausgaben des Textes, ohne zu bemerken, daß Marx auch in der von ihm vorgelegten Fassung unvermittelt von der Politik Ivans III, d.h. vom Ausgang des 15. Jahrhunderts, zu Peters Expansionspolitik (17./18. Jahrhundert) übergeht. Ebenso wenig berücksichtigt er den Hinweis Rjazanovs auf den internationalen Kontext der damaligen englischen Diplomatie, den Marx und die von ihm zitierten Pamphletisten vernachlässigt hatten. Auch dies spricht nicht für ein text-kritisches editorisches Interesse bei Wittfogel.

Wittfogel hat mit dieser Publikation in großer Pose einen neuerlichen Beweis dafür geliefert, daß seine Gegnerschaft zum sowjetischen Marxismus nur zum negativen Abziehbild der Scholastik und Rabulistik gerät, die diesen in seinen schlimmsten Ausformungen kennzeichnen. Diesem umgekehrten Dogmatismus ein renommirtes Forum eingeräumt zu haben, ist sicherlich ein trauriges Verdienst beim Start der »Neuen Folge« der edition suhrkamp, die angesichts der Umstände ihrer Entstehung sicherlich von Vielen mit einiger Skepsis beobachtet wird. Hier wird zudem ein wenige Jahre zuvor in

einem linken Verlag mit nur minimalen Abweichungen in der Übersetzung erschiener und keineswegs vergriffener Text erneut vorgelegt. Das Ganze läßt schwarz sehen für die Zukunft einer Reihe, die an eine Tradition kritischer und linker Wissenschaft und Öffentlichkeit doch immerhin dem Namen nach anknüpfen will.

Reinhart Kößler (Münster)

Wendorff, Rudolf: *Zeit und Kultur. Geschichte des Zeitbewußtseins in Europa*. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1980 (720 S., br., 48,— DM)

Das Thema *Zeit* wurde in den letzten Jahren immer wieder zu einem bevorzugten Forschungsgegenstand der verschiedensten Wissenschaftsgebiete. Ein Vorzug des Buches von Wendorff besteht sicherlich darin, in einer Art Synopse einen gut lesbaren Überblick über die wichtigsten dieser Arbeiten zu geben. Das Spektrum seiner Untersuchung reicht dabei — historisch gegliedert — von den frühen Kulturen Babylons und Persiens bis in unsere Tage, wobei der Erörterung des 20. Jahrhunderts rund ein Drittel der Arbeit gewidmet ist. Sie vereint so heterogene Gebiete wie Technik und Musik, Literatur, Kunst und Religion, Architektur und Naturwissenschaft.

Dieser kulturgeschichtliche Überblick folgt dabei der Prämisse einer kontinuierlichen Entwicklung des europäischen Zeitbewußtseins, das sich dank jüdisch-christlicher Impulse von den mythischen Vorstellungen eines zyklischen Zeitverlaufs emanzipiert habe zu unserem heutigen Zeitverständnis. Dieses charakterisiert Wendorff als linear, kontinuierlich fortschreitend, irreversibel, gleichförmig und unbegrenzt. Diese Prämisse ebenso wie sein methodisches Vorgehen, worin sich Wendorff einer »objektiven und ideologiefreien«, positivistischen Arbeitsweise verpflichtet sieht, sind jedoch nicht so unproblematisch, wie er das hinstellt. Zwar bekommt der Leser — und das ist immerhin nicht wenig — auf diese Weise einen informativen Einblick in die Problematik und eine kompakte Aufarbeitung von wichtigen und notwendigen, dabei oft nur schwer erhältlichen Fakten, deren Zugang ein Namens- und Sachregister erleichtert. Andererseits ist Wendorff jedoch gezwungen, Zeit-Bewußtsein immer unmittelbar, d.h. in seinen materiellen Objektivationen wie Kalendern oder Uhren zu fassen — psychologische oder geschichtsphilosophische Dimensionen also vollkommen auszublenden. Wo dann solche Fakten fehlen, gerät er leicht in recht spekulative Gefilde. Als größten Nachteil sehe ich es jedoch an, daß er durch sein Vorgehen lediglich zu einem deskriptiv-bestätigenden Nachzeichnen der geistesgeschichtlichen Entwicklung imstande ist.

Eine der wichtigsten Fragen zu diesem Thema, nämlich wie und warum sich eine bestimmte Zeitvorstellung zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgesetzt hat, bleibt somit ungestellt. Daß Zeit-Bewußtsein auch etwas mit dem realen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Erleben zu tun hat, daß etwa ein mittelalterlicher Fronbauer ein anderes Zeitbewußtsein hat als sein Feudalherr oder sein mönchischer Beichtvater, daß mit der Durchsetzung eines bestimmten Zeitbewußtseins sich auch bestimmte politische und ökonomische Interessen durchsetzen, alle diese Aspekte fallen bei Wendorff unter den Tisch.

Im Gegensatz zu den Ursachen beschäftigen ihn vor allem die Auswirkungen des jeweiligen Zeitbewußtseins auf »unsere Fortschrittszivilisation auf dem Boden linearen Zeitbewußtseins« (655). Ein »fortschrittliches Zeitbewußtsein« zeigt sich Wendorff im (Aus-)Nutzen von *Zeit*, in der Einsicht, möglichst viel in kürzester *Zeit* leisten zu wollen; es wird daran gemessen, inwieweit es Leistungen ermöglicht, vorzugsweise solche, die sich in materiellen Erfolgen ausdrücken, es wird gemessen an seinem Beitrag zu unserem heutigen Wohlstand. Und wenn die Theologie Mystik und Scholastik überwunden hat und sich die Kirche ein fortschrittlicheres Zeitbewußtsein zugelegt hat, urteilt Wendorff: »Die katholische Kirche hat durch ihr Verständnis für die Geldwirtschaft die

Entwicklung zum Kapitalismus und seinen schöpferischen Umgang mit der Zeit nicht behindert.« (203) So verengt sich der Blickwinkel, unter dem sich Wendorff für die Entwicklung des Zeitbewußtseins interessiert, auf den Aspekt der Entwicklung eines Lebensstandards, der die Industrieländer gegenüber Ländern der Dritten Welt, die halt unser Zeitbewußtsein nicht haben, auszeichnet.

»Abweichend von der vielfach üblichen Kritik an der westlichen Zivilisation bemüht sich diese Arbeit darum, die auch aus dem Zeitbewußtsein erwachsene Tugend und Tüchtigkeit Europas zu verstehen und einen Kern der Dynamik in der westlichen Welt und die Wurzeln des Fortschrittsdenkens zu ergründen.« (12) Bewußt stellt sich Wendorff mit dieser Position mitten in die aktuellen Auseinandersetzungen der Industrieländer der Dritten Welt wie mit ihrer eigenen Jugend, für die Begriffe wie Fortschritt, Zukunft, Tugend und Tüchtigkeit ihren hehren Schein zu verlieren drohen. Den Grund hierfür sieht Wendorff in seinem gewandelten Zeitbewußtsein — gegenwartorientiert statt in die Zukunft gerichtet —, das er aber in der Polarität Freizeit — Arbeit für die »Dynamik der westlichen Welt« durchaus genutzt sehen möchte.

Josef Schültke (Berlin / West)

Soziale Bewegungen und Politik

Rossanda, Rossana: Einmischung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt / M. 1980 (259 S., br., 19,80 DM)

Rossandas Fragestellung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Feminismus und Marxismus, Feminismus und Kommunistischer Partei (bzw. allgemeiner: fortschrittlicher Politik). Sie erläutert ihn an ihrer eigenen Konfrontation als Kommunistin mit den feministischen Forderungen, bzw. der feministischen Bewegung überhaupt. In 10 Interviews handelt sie die Stichpunkte der »großen Politik« Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus ab. Sie sieht eine historische Notwendigkeit der »politischen Frauen«, sich mit den Geschlechtsgenossinnen auseinanderzusetzen und dies mit dem Ausgangspunkt der »Notwendigkeit des Marxismus«. Sie stellt eine zunehmende Isolation als Frau in der Partei fest und eine Isolation der Partei vom Leben bei der Klärung der Frauenfrage; sie selbst sieht sich somit in einer doppelten Zwickmühle (10). Unter dem Thema »Wer sind und was tun die politischen Frauen in Italien und anderswo, gestern und heute? Wie sah und wie sieht man in den Kreisen der Politik die Frauen?« stellt sie sich die Frage »Warum hat sich die Politik den Frauen verweigert, warum verweigern sich heute Frauen der Politik?« (11) und weiter, ist dies ein »Keim ... einer Krise der traditionellen Politik?«

Die Autorin sieht zwei theoretische Positionen in der Frauenbewegung: Zum einen gibt es einen Erklärungszusammenhang aus den geschlechtsbestimmten Herrschaftsinteressen (Patriarchat), in dem Frauen entweder bestimmt sind durch das »Reich der Affektivität, der Körperlichkeit« (34) und ihrer Mütterlichkeit oder Frauen treten auf als reine Widerspiegelung des männlichen Willens, sie sind die »Gemachten«, von denen nur wenige in der Politik zu finden sind und nur einige in der Kulturarbeit (solche Ansätze finden sich auch in der BRD, als Beispiel mag das Buch von Silvia Bovenschen dienen: Die imaginierte Weiblichkeit, Frankfurt / M. 1979; dort wird nachgewiesen, daß Frauen nur als Entwürfe und Bilder von Männern lebten, belegt mit Sprech- und Denkverboten, nichts »Eigenes« waren sie, sondern das fremdentworfene »Andere« [Anm. K.H.]). Diesen Ansätzen hält Rossanda entgegen, daß sie passiv seien, weil sie unberücksichtigt lassen, wie aus den Behandelten Handelnde werden können. Demgegenüber begreifen sich politische Frauen als »Personen«, d.h. ihr Geschlecht spielt — als

bewußtes Element — in ihrer Identität keine Rolle. Rossanda sieht im marxistischen Begründungszusammenhang die Unterdrückung zunächst nur eingebunden in die Frage der kapitalistischen Produktionsweise (18/19/21). Jetzt erkenne die KPI — bedingt durch die Massenbewegung des Feminismus —, daß es darum gehen müsse, das »revolutionäre Subjekt« neu zu bestimmen, indem die Frauen ausdrücklich darin auftreten, und zwar nicht mehr nur als »unfertige Proletarier«. Wie aber anders sagt Rossanda nicht. Sie stellt nur fest, daß Frauen als »Randgruppe« im Gegensatz zu anderen Randgruppen nicht durch die Veränderung ihrer selbst oder der Verhältnisse verschwinden. (Abgesehen von dem nicht-greifenden Begriff der Randgruppe wird von der Autorin außer acht gelassen, daß dies für mehrere solcher »Randgruppen« gilt, wie z.B. für die Schwarzen).

Als Erkenntnis aus den 60er Jahren hält Rossanda fest, daß die zunehmende Freiheit, z.B. die Enttabuisierung der Sexualität, die Frauen nicht befreite. Sie bezeichnet den Feminismus als »Form gesellschaftlicher Erfahrung« (29), und beschreibt die Schwierigkeit, die Signale aus der Frauenbewegung zu entschlüsseln, weil sie verweisen auf Nicht-Gesagtes, Angedeutetes, auf's Paradox (28/29/32) (unter Signale sind hier zu verstehen z.B. Farbbeutelaktionen gegen den Vorstand der KPI u.a.m., und paradox wird es, wenn die Frauen gegen die herkömmliche »Weibchenideologie« (Frauen sind passiv und schön) demonstrieren, indem sie durch ihre Aufmachung (Kleider usw.) eben dieses Weibchen darstellen). Notwendig sei es, über die Begrenztheit von Erfahrungen nachzudenken. Die Proteste benennen uns, was mißfällt, ohne angeben zu können, wohin es geändert werden müsse. Erfahrungen müssen sich — nach Rossanda — artikulieren können als Forderung und Veränderungsmöglichkeit.

Die Feministinnen sehen sich in dem Dilemma, einerseits ein neues Realitätsprinzip gründen zu wollen, das dem männlichen Diskurs gegenübersteht, andererseits gibt es ein objektives Angewiesensein auf die herkömmlich patriarchalisch strukturierten fortschrittlichen Parteien als Artikulationsmöglichkeiten für die Forderungen der Frauen. Rossanda sieht als logische Folge des Problems, daß die Frauen entweder die Parteien verlassen oder (als Doppelstrategie) die Parteien zu Vehikeln für die Emanzipation werden.

Mit der Perspektive der Veränderungen in den Lebensformen, in den Arbeitsorganisationen, in den politischen Beziehungen, könnte der Frauenbewegung in der klassischen Emanzipationsbewegung folgende Funktion zukommen: entweder Beschleunigung oder Bewegung (dramatische Zuspitzung und Aufzeigen der Grenzen) oder Radikalisierung der Geschlechtertrennung (als Gegenbewegung zur Vereinheitlichung der Kultur). Wie es zu den jeweiligen Veränderungen kommen soll, was bisher von den Feministinnen schon gelebt wird und wohin es sich bewegt, sagt Rossanda nicht, insofern bleibt sie in ihren Ausführungen zu allgemein und abstrakt.

Eindrücklich sind die Abschnitte, in denen sie von ihrer eigenen Konfrontation mit den Feministinnen spricht und die Denkanforderung, die damit verbunden war, beschreibt. Aber ihre Frage, wie das Verhältnis der Feministinnen zu den Strukturen der Politik und zur Ideologie der Arbeiterbewegung zu definieren sei, ist nicht nur nicht beantwortet, sondern müßte ergänzt werden um die Frage nach dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Frauenbewegung insgesamt. Kornelia Hauser (Hamburg)

Meulenbelt, Anja: Feminismus und Sozialismus — eine Einleitung. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1980 (144 S., br., 9,80 DM)

In diesem Buch soll eine Einführung in den »sozialistischen Feminismus« gegeben werden, einer Theorie, die den Frauenstandpunkt mit marxistischer Analyse verbindet. Das Buch entstand in einer Situation, in der es in der holländischen Frauenbewegung zwei zentrale Positionen gab, die die Autorin abgrenzend kennzeichnet: Die »Man-

Vrouw-Maatschappij» (MVM), die annehmen, daß die Befreiung der Frau dann erreicht ist, wenn sie in den politischen Organen eine bessere Stellung einnimmt, andererseits die »Dolle Minna«, die den Standpunkt vertreten, daß die Befreiung eine automatische Konsequenz der sozialistischen Umwälzung ist. Als dritte Strömung bildeten sich Anfang der siebziger Jahre viele kleine, kaum organisierte, autonome Gesprächsgruppen, in denen die »private« Unterdrückung thematisiert wurde. Aus diesen Gruppen entstand für die Autorin und andere Frauen das Bedürfnis, über den Erfahrungsaustausch hinaus, jetzt »vom feministischen Standpunkt an das sozialistische Erbe« anzuknüpfen. (9) Das vorliegende Buch soll Ergebnis eines kollektiven Denkprozesses sein aus mehrjähriger Arbeit in der feministisch-sozialistischen Bewegung. (Es wurde vor fünf Jahren geschrieben und für die deutsche Ausgabe leider nicht aktualisiert.) In dem Buch soll bestimmt werden, wie das Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus beschaffen ist, wie es ineinander greift, um richtige Strategien zur Befreiung der Frau herauszuarbeiten. Ferner wird die Notwendigkeit einer Analyse damit begründet, daß bei geplanten Aktionen der Rückgriff auf eine Theorie möglich sein muß, die allen Aspekten der Rolle der Frau Rechnung trägt. Nur so könne vermieden werden, daß frau sich auf kurzfristige Forderungen einläßt, die zwar für sich gesehen emanzipierende sein können (Teilzeitbeschäftigungen, Lohn für Hausarbeit), insgesamt und in ihrer Konsequenz dem umfassenden Ziel aber entgegenstehen. Am Anfang geht es um patriarchalische Verhältnisse, wie sie schon vor dem Kapitalismus bestanden. Der Rückblick in die Geschichte soll Aufschluß geben darüber, daß in anderen Kulturen die Rollenverteilung eine völlig andere war. Ziel ist, die heutigen Gründe für die Rollenteilung benennen zu können, durch welche Kräfte sie zustande gekommen ist und wie Veränderung möglich ist. Es folgt ein sehr kurzer Abriss über das Matriarchat (erste Arbeitsteilung), Produktionseinheiten im Mittelalter und die Entwicklungsstufe der »Trennung von Arbeit und Wohnung« (30), die einhergeht mit der Verdrängung der Frauen aus ihren Berufen. In dieser Kürze und ohne Analyse kann aus diesem Abriss nur entnommen werden, daß die Herrschaft des Mannes nicht immer bestand. Die heute noch bestehenden patriarchalischen Verhältnisse zeigen sich nach Meinung der Autorin z.B. am Abtreibungsgesetz, an Mißhandlungen von Frauen in der Ehe.

Danach folgt eine Darlegung, was Kapitalismus eigentlich ist, mit dem bekannten Resultat, daß Frauenbefreiung in diesem System nicht möglich ist. Knapp wird gesagt, was Klassen, was kapitalistische Überproduktion ist, wie daraus »moderne Armut« als Folge »moderner Ausbeutungen« (38) entsteht, und wie die Grenzen des parlamentarischen Systems gesteckt sind, mit dem allgemeinen Schluß, daß tiefgreifende Veränderung nur über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erreichen ist. Dann soll als wichtiger Schritt die Hausfrauenexistenz als der bestimmende Faktor für die Unterdrückung der Frau herausgearbeitet werden. Hausarbeit wird beschrieben als Monotonie, als endlose Wiederholung, als Isoliertheit und mit ihren spezifischen Krankheitsercheinungen. Sie solle endlich als Arbeit anerkannt werden, zumal doch die in ihr enthaltene Erziehung der Kinder die gesellschaftlich wichtigste Arbeit sei (44). In welche Richtung diese Anerkennung gehen soll, wird nicht deutlich. Sie bedeutet aber das Hinaustragen bestimmter Aufgaben aus dem Privaten in die Gesellschaft. In dem Versuch, eine Verbindung zwischen Hausfrauenexistenz und Kapitalismus zu finden, unterstützen ihre Erkenntnisse die gängige Denkweise: Hausfrauen stützen mit ihrer Arbeit den Kapitalismus; der Mann verkauft neben seiner Arbeitskraft auch die seiner Frau; die Frauen bilden die ökonomische Reserve in Krisenzeiten; und : Da Frauen im Arbeitsverhältnis diskriminiert werden, sie einen geringeren Lohn erreichen, flüchten sie sich in die Ehe als Lebensversicherung. Und weil sie ihre Zukunft mehr in der Ehe als am Arbeitsplatz sehen, organisieren sie sich kaum und machen es damit den Unternehmern leicht, an ihren Arbeitsbedingungen nichts zu verändern.

Über sehr Allgemeines zu Frauenberufen (Frauen als Arbeitsreserve, doppelt belastet) kommt sie zur Familie. Sie geht der Frage nach, welches Interesse der Kapitalismus an der Aufrechterhaltung der Familie hat, welches die Männer. Zu den vorher schon erwähnten systembedingten Gründen ergänzt sie, daß der Mann die betrieblich hierarchischen Strukturen in der Familie fortsetzt und die Lohntüte ihm ein Recht auf Versorgung verschafft. Da um die Familie ein so enges Interessennetz gesponnen ist, ist es schwer möglich, innerhalb dieser Verhältnisse die Arbeit von Hausfrauen zu ersetzen. Der Anfang sollte durch Forderungen gemacht werden, die in Richtung der Hinausverlagerung von Funktionen aus der Familie gehen: Krippen, Lebensmittelkooperative etc. Im Kapitel zur Ideologie des Kapitalismus wird das Augenmerk auf den Umstand gelenkt, daß die Unterdrückung der Frau nicht ausschließlich aus ihrer materiellen Situation, aus äußeren Zwängen erklärt werden kann, sondern auch aus einer Zustimmung zu bestimmten Normen und Werten einer historischen Periode, die konkret mit der Art zusammenhängen, wie Menschen leben. Dieses wird sehr vereinfacht an den Bereichen Erziehung, Machtverhältnisse in der Familie und Widerstand gegen die Frauenbewegung veranschaulicht. Danach soll über den Vergleich mit Frauen aus der Sowjetunion und der VR China eine Antwort versucht werden auf die Frage, wie der Sozialismus die Frauen befreien kann. Dieser Vergleich zielt darauf ab, darzustellen, daß eine nur ökonomische Umwälzung für die Emanzipation des Menschen nicht ausreichend ist. Ihre Schlußfolgerungen faßt sie so zusammen: »Die Frauenbewegung strebt kein anderes Ziel an als den Sozialismus, im Gegenteil, sie weitet den Kampf auf Gebiete aus, die bisher außer Acht gelassen worden sind: Familie, Reproduktionsbereiche, zwischenmenschliche Beziehungen.« (122)

In der Frage der Strategie wendet sie sich entschieden gegen jegliche Vereinseitigungen, da es nicht *die eine* Strategie geben könne. Sie plädiert für eine feministisch-sozialistische Doppelstrategie, die die Einsicht in notwendige gesellschaftliche Veränderungen mit den spezifisch weiblichen Bedürfnissen verbindet. Dafür soll die autonome Frauenbewegung als Möglichkeit des kollektiven Lernens und Arbeitens begriffen und genutzt werden. Weil die Politik notwendig eine antikapitalistische sein muß, bilden alle anti-kapitalistischen Gruppen potentielle Bündnispartner (Gewerkschaften, linke Organisationen etc.).

Positiv hervorzuheben an dem Buch ist, daß Anja Meulenbelt versucht, die beiden großen Bewegungen (Arbeiter-/Frauenbewegung) zusammen zu denken. Notwendig wäre jedoch die Darstellung der Überlagerung beider Strukturen, da sie nicht parallel, sondern ineinander verschränkt auftreten. Eingelöst wurde der Anspruch der leichten Verständlichkeit. Aber der Anspruch der Einfachheit geht z.T. auf Kosten der Analyse, mit dem Schaden, daß jede Ableitung fehlt. Schade auch, daß keinerlei Quellen angegeben sind, wie auch keine weiterführende Literatur. Margret Lüdemann (Hamburg)

Mitchell, Juliet: Frauenbewegung — Frauenbefreiung. Verlag Frauenpolitik, Münster 1978 (187 S., br, 11,— DM)

Die Autorin ist 1940 in Neuseeland geboren, hat ihr Leben und Studium jedoch in England verbracht. Dort arbeitete sie in einer Gruppe der Frauenbewegung. Sie ist Psychoanalytikerin und lehrte und veröffentlichte hauptsächlich zu Frauenthemen nicht nur in England, sondern auch in Skandinavien, Kanada und den USA. In der Frauenbewegung sieht sie »die öffentlichste revolutionäre Bewegung« (8), die es jemals gegeben hat. Gründe dafür seien die Gesellschaft, die die Frauen nicht ernst nimmt und das »Wesen der Bewegung« selbst. Um dieses zu erfassen, bearbeitet Mitchell in ihrem Buch Entstehung, politische Hintergründe und Bewegungen, Probleme und mögliche Weiterentwicklung der Frauenbewegung.

Zunächst zeigt sie Beziehungen zwischen der heutigen Frauenbewegung und voran-

gegangenen feministischen Kämpfen. Sie findet Ähnlichkeiten in den charakteristischen Merkmalen beider Protestbewegungen und sieht deren Unterschiedlichkeiten in den Entstehungsbedingungen. Die Feministinnen des 19. Jahrhunderts entdeckten angeblich die Vorurteile ihrer Männer und leiteten daraus eine Erklärung für die Unterdrückung der Frauen ab. Die Bedeutung der heutigen Frauenbewegung habe sich durch den politischen Hintergrund der sechziger Jahre (Studenten, Black Power, Jugend- und Hippie-Bewegung) verändert. Die Frauen gingen in die Frauenbewegung, weil sie in den bestehenden Gruppen isoliert waren. Sie kamen meist aus der Mittelschicht, hatten eine entsprechend hohe Bildung und dadurch für Frauen relativ gute Berufschancen. Für sie zeigte sich die Unterdrückung hauptsächlich in kulturellen Bereichen (z.B. in der Werbung vermarktet als Sexualobjekte). Nach Mitchell nutzten die Frauen als erste die von den Hippies aufgebrachte radikale Eroberung der Emotionalität für politischen Widerstand (das Persönliche ist politisch). Hier verweist sie darauf, daß in der Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft Frauen immer noch als Vertreterinnen der Gefühle angesehen wurden und die Gefahr besteht, daß Gefühle weder »echt noch frei« (33) sind. Sie erklärt nicht, was sie unter bürgerlicher Ideologie, Ideologie überhaupt versteht und welchen Stellenwert sie dem Bewußtsein zuweist. Sie sagt lediglich, daß eine reine Veränderung des »Überbaus« nicht ausreichen kann. Der Frauenbewegung stelle sich das Problem, Strategien entwickeln zu müssen, die so umfassend sind, daß sie gegen ökonomische und kulturelle Unterdrückung ankämpfen.

Nach der Betrachtung der Arbeitsformen verschiedener Gruppen der Frauenbewegung in England, Holland, Schweden, Frankreich und den USA beschreibt Mitchell das grundlegende Organisationsprinzip der Frauenbewegung folgendermaßen: Es arbeiten jeweils nur Frauen in kleinen autonomen Gruppen zusammen, wodurch die Herausarbeitung eines gemeinsamen politischen Zieles ungemein erschwert wird, jedoch *alle* Frauen aufgrund ihres Frauseins, unabhängig von ihren verschiedenen politischen Ansichten erfaßt werden. Gegen den Vorwurf des Separatismus der Frauenbewegung sagt Mitchell: Die Frauenbewegung besteht aus kleinen Kollektiven ohne Männer, damit die Frauen angstfrei und ohne dominierende Führerstrukturen Hemmungen ablegen und Selbstvertrauen erlangen können. Die Konzeption der Frauenbewegung unterteilt Mitchell in zwei Gruppen: *Selbsterfahrung*, in der sich die Frauenbewegung vorrangig mit den politischen Phänomenen als persönliche Probleme beschäftigt. Die zweite Gruppe enthält verschiedene Analyseansätze bezüglich der Unterdrückung der Frau: *Männlicher Chauvinismus*, als Charakterisierung eines Mannes, »der entweder bewußt oder instinktiv eine egoistische Herrscherposition über und gegen Frauen einnimmt, und zwar nur aufgrund seines Status als Mann« (61), wie auch *Sexismus*, der ähnlich argumentiert.

Im weiteren beschreibt Mitchell, welche früheren Theorien (Anarchismus, Terrorismus, Spontaneismus, Reformismus) Einfluß auf die Frauenbewegung hatten. Für die sozialistische Frauenpolitik zeigt sie auf, daß die klassischen Sozialisten wie Fourier, Marx, Engels, Bebel und Lenin in ihren Schriften die Frage der Frauenunterdrückung entweder völlig ausgelassen oder wenn, dann nur im Rahmen einer Familienkritik behandelt habe. Dennoch gehen die sozialistischen Frauen davon aus, »daß der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau ein zentraler, gleichzeitig aber wesentlicher Teil eines größeren revolutionären Kampfes ist, der die herrschende Produktionsweise (Kapitalismus) überführen wird in den Sozialismus« (63).

Die radikalen und liberalen Feministinnen sind dagegen der Meinung, »daß die Unterdrückung der Frau unabhängig von anderer Unterdrückung bekämpft werden kann« (63) und machen »eine Theorie aus der konkreten Unterdrückungserfahrung« (92). Mitchell findet beide Positionen allein nicht ausreichend und folgert, daß die marxistische Methode so verändert werden müßte, daß unter Wahrung der historischen und dialekt-

tischen Ansätze moderne wissenschaftliche und technische Entdeckungen und »die neuen gesellschaftlichen und sozialen Kräfte wie z.B. der Feminismus miteinbezogen werden können« (88). Wie diese neue Theorie und die praktische Strategie zu entwickeln wäre, sagt sie leider nicht, sie stellt nur fest, daß wir unser »feministisches Bewußtsein weiterentwickeln und es gleichzeitig transformieren (müssen), indem wir eine wissenschaftlich sozialistische Analyse unserer Unterdrückung entwickeln« (91).

Weiterhin wendet sich Mitchell den Schlüsselstrukturen zu, die Frauen in dieser Gesellschaft betreffen, den Bereichen Produktion, Reproduktion, Sozialisation und Sexualität. Exemplarisch stellt sie die Lage der Frau in England dar. Sie behauptet, daß dem Bereich der Sexualität das größte emanzipatorische Potential zukommt, weil durch Liberalisierung vor- und außerehelicher Beziehungen z.B. Ehe und Familie enorm bedroht werden und daß perspektivisch durch sexuelle Repression spontanes Verhalten immer weniger kontrolliert werden kann. Die revolutionäre Perspektive sieht Mitchell in der Auflösung der Familienfunktionen aus den alten Formen (Ehe...) und deren Verlagerung in staatliche Kompetenz. In der Familie vereinen sich die biologisch-soziale, die ideologische und die ökonomische Funktion. Um die Wechselbeziehungen zwischen diesen Elementen zu erfassen, müsse man Psychoanalyse und wissenschaftlichen Sozialismus zusammenbringen, nur so sei ein Verständnis für den ideologischen Überbau zu entwickeln. Frauen »müssen aus eigenem Recht und mit ihrem eigenen unabhängigen ökonomischen Interesse erwerbstätig werden« (185). Dieses werde ihnen aber dadurch erschwert, daß sie einerseits als wohlhabende Frauen nicht arbeiten *müssen*, andererseits als Arbeiterfrau durchs Kinderkriegen im entscheidenden Lebensalter an der Entwicklung eines eigenen Klassenbewußtseins und dem Engagement in Gewerkschaft o.ä. gehindert und von Berufsbildung, Beförderung und Karriere ausgeschlossen seien. D.h. in der entscheidenden beruflichen Lebensphase seien die Frauen in der Familie. Mitchell schließt daraus, daß die bloß ökonomische Umwälzung nicht ausreicht zur Frauenbefreiung und folgert, »daher die Wichtigkeit eines feministischen Bewußtseins in jeder Revolution...« (187) Sünne Andresen (Hamburg)

Ravaioli, Carla: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung, Feminismus und die KPI. VSA, Hamburg 1977 (190 S., br., 16,— DM)

Die Autorin — Journalistin und »italienische Feministin der ersten Stunde« — sieht als »natürliche Verbündete im Befreiungskampf der Frau ... nur die politischen Organisationen der Linken ... und als erste unter allen die Kommunistische Partei« (13). Unter dieser Voraussetzung interviewte sie 9 Verantwortliche der KPI, die sie kritisch und polemisch nach ihrem Verhältnis zum Feminismus befragte. Den Feminismus begreift sie als politisch, und er bildet zusammen mit den antiautoritären (Welt-)Bewegungen eine »Art 'plurales Subjekt'« (12), das den gleichen antikapitalistischen Kampf ficht, und zwar mit kulturrevolutionärer Perspektive.

Drei Probleme ziehen sich durch alle Interviews: die Arbeitsteilung, die Nord-Süd-Entwicklung und der Katholizismus. Sie werden aus wirtschafts-, kultur-, schul- und gesundheitspolitischer Sicht mit den jeweiligen Experten der KPI behandelt. Nicht nur gibt es eine zunehmende Erwerbslosigkeit von Frauen, sondern auch das Problem der Teilzeitarbeit, die als typische Frauentätigkeit gilt und — klassifiziert als »Zuverdienst« — minderwertig bewertet wird. D.h., daß das strategische Ziel der KPI »Beschäftigung der gesamten potentiell vorhandenen Arbeitskraft« (25) unter ökonomischen, sozialen und ideologischen Aspekten angegangen werden muß. Es fehlt nicht nur an Arbeitsgelegenheiten, stellt Ravaioli fest, sondern es mangelt auch an sozialen Dienstleistungen, die bestimmte Frauentätigkeiten aus der Familie in Staatshände verlagerten. Zu diesen materiellen Problemen gesellt sich ein kulturelles in der Partei selbst, wo sich Konservatismus durchsetzt im Denken und Handeln der Genossen, bedingt durch »langlebige

Sittens. Es muß noch um die Einsicht gekämpft werden, daß Arbeitsteilung nicht nur ein klassen- sondern auch ein geschlechtsspezifisches Problem ist (vgl. Interview mit G. Napolitano). Ravaoli stellt fest, daß die Kultur mit ihren »Werten, Vorbildern und Tabus« (40) für die Frauen eine wesentliche Fessel ist, deren Wirkungsweise die Feministinnen als erstes untersuchten; befragt nach den programmatischen Vorstellungen der KPI zu diesem Problem, antwortet Tortorella (verantwortlich für Kulturfragen): Es müssen Inhaltsangaben der Kunst erstellt werden mit den Fragen, was transportiert sie an Werten, Vorbildern, welches Bild der Frau wird perpetuiert. Er fordert eine Rückbesinnung auf die Klassiker des Marxismus, die er für unausgeschöpft in der Kulturfrage hält. Hemmnisse in der Theoriebildung seien historisch den ständig als aktueller aufgefaßten ökonomischen Kämpfen geschuldet. Kernpunkt kommender Untersuchungen soll die Familie als vorherrschende Lebensform bilden. Als angebliches Zugeständnis an die Massen soll diese Form als solche jedoch nicht infragegestellt werden, sondern von ihren die Frauen behindernden Funktionen befreit werden.

Ravaoli fragte L. Gruppi danach, wie die KPI die emanzipatorischen Entwicklungen in den Alltagsgewohnheiten theoretisch verarbeitet habe, u.a. wie die Partei mit der von den Feministinnen vorangetriebenen Sexualitätsdiskussion umginge. Gruppi entschuldigt das Schweigen mit dem Vorhandensein von »katholischen Kommunisten« (63) und meint damit, daß die katholische Erziehung die Moral-Vorstellungen geprägt habe. Dennoch kämpft die KPI für die Einführung der Sexualerziehung in der Schule, für Beratungsstellen und führte bereits ein Seminar zum Thema »Sexualität und Gesellschaft« durch (vgl. 65). Das heißt, es gibt eine Veränderung in der Politik, die den Einsatz für die bürgerlichen Rechte (Recht über den eigenen Körper usw.) beinhaltet und das Persönliche als Problem berücksichtigt. Ravaoli wertet diese Aktivitäten als Reaktion auf die starke feministische Bewegung, die mit der Parole »Das Private ist politisch« diese Themen an die Öffentlichkeit brachte.

Da für den Süden Italiens jeweils besondere Bedingungen und damit besondere Strategien gelten, trägt die Autorin dem Rechnung, indem sie ein Interview allein dieser Frage widmet. Ökonomische und kulturelle Rückständigkeit schaffen für die Frauen zusätzliche Unterdrückungsmomente, und für die KPI stellt sich das Problem, einerseits die Katholiken zu Bündnispartnern zu gewinnen, andererseits den Katholizismus in seinen konservativsten Elementen zu bekämpfen. Die bisherige Lösung der Südfrage würde ausschließlich unter ökonomischen Aspekten gehen, langsam erst beginnt die KPI, Strategien zu entwickeln, die ein Einwirken »unmittelbar auf die Alltagsgewohnheiten, Verhaltensweisen, Kultur, auf Strukturen des Überbaus also« (121) bedeuten. Alte Versäumnisse brauchen eine neue Politik, ist das Resultat dieses Interviews. Alle männlichen Interviewpartner greifen die Frauenfrage engagiert als drängend auf; häufig wird betont, daß es bereits Schulungen gäbe, die die Behandlung der Frauenfrage und die Behandlung der Frauen im eigenen Alltag aufgreifen. Fehler, die bisher gemacht wurden, Mängel, die noch vorhanden sind, werden als Suche nach produktiven Lösungen diskutiert, was allerdings als das Mindeste in der konkreten historischen Situation angesehen werden muß, denn diese Selbstkritik folgt dem Zeitgeist. Praktische Lösungsversuche deuten sich an in den besonderen Kaderschulungen der KPI-Genossinnen (vgl. das Interview mit Pecchioli) oder darin, daß insgesamt der Frauenfrage in der Politik Priorität zugestanden wird.

Ravaoli ist es gelungen, die Gespräche nicht zu einfachen Statements werden zu lassen, die jeweiligen Themenschwerpunkte werden von beiden Seiten befragt und bewegt und zeigen Gleichheit und Unterschiede in der Zielsetzung von Feminismus und KPI auf. Bedrückenderweise ist die einzige interviewte Frau (A. Seroni, Verantwortliche für das Problem der Frau) ausschließlich eine Verteidigerin der jetzigen Zustände; sie rechtfertigt alle bisherigen von den übrigen Interviewpartnern als Fehler eingestande-

nen Mängel der KPI zu dieser Frage, sieht für sich selbst als Frau keine Probleme in der Partei(hierarchie) und wertet den Feminismus als ein »importiertes Phänomen« (158), der antikommunistisch agitierend eher einen Feind der KPI, denn einen Bündnispartner darstellt.
Kornelia Hauser (Hamburg)

Barrett, Michèle: Women's Oppression Today. Problems in Marxist Feminist Analysis. Verso Editions and New Left Book, London 1980 (269 S., Ln., 3 £ 95)

Dieses Buch ist eine Schule des Denkens. Auf der Suche nach einer marxistisch-feministischen Theorie, die eingreifendes Handeln ermöglicht, führt die Autorin mit freundlicher Bestimmtheit vor, welche Tücken die Begriffe enthalten, die bislang zur Erklärung von Frauenunterdrückung benutzt wurden. Da ist zunächst der meist gebrauchte Begriff des *Patriarchats*. Leicht sprechen wir von patriarchalischer Herrschaft, empirisch können wir sie überall nachweisen, historisch gar häufen sich die Belege von der Vorherrschaft des Mannes über die Frau. Die Allgegenwärtigkeit ist sumpfig. Wie könnte man hinausfinden, wenn es »schon immer« so war? Wo sind die Kräfte des Widerstands, und wie befestigt das Patriarchat seine Herrschaft? Genauere Begründungen verstricken die Theoretikerinnen in den fruchtlosen Streit um die Priorität des grundlegenden Widerspruchs. Als Siegerinnen mit historischer Rechtfertigung verbleiben die Verfechterinnen der fundamentalen Mann/Frau-Unterdrückung mit der Unmöglichkeit, überhaupt einen Bezug zur ökonomischen Unterdrückung, zu den Klassenkämpfen zu finden. Daher läßt sich mit dem Begriff des Patriarchats keine bestimmte Analyse der spezifischen Frauenunterdrückung im Kapitalismus leisten. In ähnlicher Weise verfährt Barrett mit dem Begriff der *Reproduktion*, der umgekehrt über die ökonomische Ausbeutung hinaus keine Angaben über die spezifische Unterdrückung durch den Mann leisten kann.

Erst der Begriff der *Ideologie*, der ideologischen Praxen und der ideologischen Apparate scheint ihr für eine Verbindung der kapitalistischen mit der Frauenunterdrückung geeignet. Befreit vom Ballast möglicher Mißverständnisse, die sich an die »relative Autonomie« des Ideologischen gehftet haben (fruchtlose Streitigkeiten über einen angenommenen materiellen Charakter der Ideologie oder einen bloß ideellen), versucht sie — unter kritischer Einbeziehung von Althusser und Gramsci — den Ideologiebegriff für eine marxistisch-feministische Theorie fruchtbar zu machen. Sie untersucht dafür die Bereiche Sexualität, Kultur (hier insbes. die Literaturproduktion), Schule, Arbeitsteilung, Familie und Staat. Ihr Verdienst ist es, die vorhandenen Arbeiten zu all diesen Bereichen in knapper und verständlicher Form kritisch aufbereitet zu haben. Nachahmenswert ist die Weise der Kritik. Barrett läßt sich mit allen Versuchen soweit ein, daß sie die bestimmte Brauchbarkeit, den Erkenntniszuwachs jeder spezifischen Herangehensweise herausarbeitet, um gleichwohl unbestechlich die vorhandenen Mängel und Ungereimtheiten vorzuweisen. Dieses Vorgehen erlaubt es ihr, Vorschläge zu machen, wie aus den vielen verschiedenen Theorieschulen und -diskussionen Begriffe und Zusammenhänge für eine Erweiterung des Marxismus zu gewinnen seien. Auf diese Weise bereitet sie den Boden vor für eine marxistisch-feministische Theorie, die die Frauenunterdrückung im Zusammenhang mit der kapitalistischen Unterdrückung zu begreifen erlaubt. Da die Herrschaftsstrukturen einander abstützen, ist eine solche Arbeit dringend für eine allgemeine Theorie der Herrschaft in dieser Gesellschaft. »So ist die Frauenunterdrückung, die nicht wesenslogisch durch die kapitalistische Entwicklung vorgegeben ist, für die Aufrechterhaltung der Reproduktion der Produktionsweise in ihrer gegenwärtigen Form notwendig geworden.« (249) Eine Einbeziehung dieses Buches in die allgemeine Diskussion auch hierzulande ist dringend. (Der Argument-Verlag bereitet daher die deutsche Ausgabe vor.)
Frigga Haug (Berlin/West)

Jelpke, Ulla (Hrsg.): *Das höchste Glück auf Erden, Frauen in linken Organisationen.* Buntbuch-Verlag, Hamburg 1981 (272 S., br., 25,— DM)

Die Notwendigkeit eines solchen Buches ist unleugbar; in ihm könnten die Möglichkeiten und Grenzen traditionell linker Politik für die Frauenbewegung aufgezeigt werden, indem die bisherigen Erfahrungen von Frauen genutzt werden für die Erarbeitung einer feministischen Strategie mit sozialistischer Perspektive, in der der wissenschaftliche Sozialismus weiterentwickelt wird, was konkret heißt, seine Defizite in der Frauenfrage auszufüllen. Wenig davon ist in diesem Buch zu lesen, in dem Beiträge aus der westeuropäischen Frauenbewegung zusammengefaßt wurden (Italien fehlt). Die Herausgeberin stellt sich in der Einleitung das Problem, »welche Ansätze haben Frauen entwickelt, in den linken Strukturen sich selbst zu behaupten und den Frauenkampf hier und heute voranzutreiben?« (5) Aber sie beläßt es auch in dieser Allgemeinheit, so als gäbe es nicht bereits konkrete Probleme, zu denen gefragt und geforscht werden muß, wie die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und Feminismus oder von den Bewegungen her (und damit auch den Organisationen): der Arbeiter- und Frauenbewegung oder die Frage nach der Nützlichkeit und Wirksamkeit eigenständiger sozialistischer Frauenorganisationen. (Anmerkend sei noch gesagt, daß U. Jelpke in überwiegend passivischer Weise von Frauen spricht, da sind es immer noch die Organisationen, die »eine Menge Frauen organisiert haben« (5), statt daß es die Frauen selber taten). Feministische Arbeit als Selbstbehauptungsproblem abzubilden, beinhaltet notwendig, daß primär die formalen Gleichheiten gesucht werden (Wieviele Frauen befinden sich in Leitungsfunktionen? Wieviele Artikel »dürfen« Frauen in den Organen schreiben? usw.). Durch fast alle Beiträge zeigt sich die gleiche Entwicklung von Frauen in der Organisation: Sie bringen ihre Probleme ein; kämpfen um die Einsicht in die Wichtigkeit; versuchen mit allen Mitteln, die Genossen zur Auseinandersetzung zu zwingen; stoßen an Schwierigkeiten, die als eigene Behinderung auftreten, wie die Angst, vor Vielen zu reden u. a. m. und beginnen sich innerhalb der Organisation als Frauengruppen (resp. -zellen) zusammenzuschließen, um eine größere Kraft darzustellen. Was die Frauen zunächst nicht wollten, nämlich als eigenständiger Bereich ausgegrenzt zu sein, wird nun eine praktische Notwendigkeit mit der Folge, daß es »allgemeinpolitische« und »feministisch arbeitende« Frauen gibt. In ihren Berichten zeigen die Autorinnen, daß viel Kraft von ihnen darauf verwandt wird, überhaupt ernstgenommen zu werden. Insgesamt entsteht der Eindruck einer mühsamen Alltagsarbeit, in der (noch) keine Perspektive aufgehoben ist. Daß die theoretischen Fragen in den Hintergrund rücken, hat zur Folge, daß die Frauen praktisch radikal auftreten (z.B. werden »chauvinistische Taten« der Genossen öffentlich geahndet usw.) und in der theoretischen Bearbeitung harmonisierend vorgehen, indem z.B. die »Abschaffung des Patriarchats« erst im Sozialismus angegangen werden soll. Somit wird die Frauenfrage im privaten Bereich angegangen, findet jedoch keinen Eingang ins politische Konzept der betroffenen Organisationen. Die Beiträge zeigen dieses Problem in zweifacher Weise: als Erfahrungsbericht und als sprachliches Problem. So wie es um die Analyse des Kapitalismus geht, wird in marxistischen Begriffen (nicht begründend, sondern behauptend) sein »Funktionieren« aufgezeigt (vgl. bes. den Beitrag von A. Dröge), anschließend werden Probleme wie z.B. das der Hausarbeit innerhalb dieses Begriffsinstrumentariums mit Hilfe emotional aufgeladener Alltagsworte abgehandelt. Das führt dann zu Thesen wie folgender: »Hausarbeit ist kein überflüssiger 'Privatschleiß', auch kein Nebenwiderspruch, sondern ein für das Kapital notwendiger Produktionsprozeß.« (87)

Gelernt werden kann aus dem Buch, daß eine Internationalisierung der Frauenbewegung wichtig ist, da — nach den Beiträgen zu schließen — die Kämpfe sich ähneln wie die Grenzen, an die die Frauen stoßen. Diese stellen sich in erster Linie als fehlende Erklärungszusammenhänge dar, als fehlende Theorie, an der gemeinsam gearbeitet wer-

den muß. Insofern beinhaltet das Buch den Aufruf, sich verstärkt um die Arbeiten und Texte der westeuropäischen Frauenbewegung zu bemühen.

Leider hat die Herausgeberin auf ihre Tätigkeit wenig Sorgfalt verwandt. Es fehlt an Informationen über die verhandelten Organisationen und über die Autorinnen. Zudem sind bereits anderswo veröffentlichte Texte ohne entsprechenden Verweis aufgenommen (z.B. E. Diederich).
Kornelia Hauser (Hamburg)

Rowbotham, Sheila, Lynne Segal u. Hilary Wainwright: *Beyond The Fragments. Feminism and the Making of Socialism*. Merlin Press, London 1979, 31980 (253 S., br., 2£)
Rowbotham, Sheila: *Nach dem Scherbenegericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus*. Rotbuch-Verlag, Berlin 1981 (112 S., br., 9,— DM)

Im englischen Buch finden sich, zusätzlich zu einer sorgfältigen Einführung in die Entstehungsgeschichte des Buches und der Fragestellung von Hilary Wainwright, drei weitere Aufsätze, von denen der Text von Rowbotham (*The Women's Movement and Organization for Socialism*, 21-157) das Original für das deutschsprachige Buch ist. Da die Übersetzung bis auf den irreführenden Titel ordentlich ist, genügt diese gemeinsame Rezension.

Wainwright zieht Lehren aus der Frauenbewegung für die traditionellen Bewegungen, denen sie vorwirft, sich mehr auf den Gedanken der Machtergreifung konzentriert, statt Bewußtseinsarbeit in ausreichendem Maße geleistet zu haben. Sie plädiert dafür, die in der Frauenbewegung fruchtbar gemachten Alltagserfahrungen für sozialistische Bewegungen zu nutzen und die unterschiedlichen »Basisgruppen« in einer föderalen Struktur zusammenzubinden. Liebe, Kindererziehung und Hausarbeit sollen als Politikfragen begriffen werden; das Verhältnis zum Staat könne sich nicht auf Forderungen allein beschränken; vielmehr sei in allen Bereichen des sozialen Lebens Macht und Kontrolle zu übernehmen. Volksdemokratie heiße, daß die unterdrückten Gruppen die Gesellschaft neu machen.

Rowbotham, die aus der intellektuell dominierten »neuen Linken« kommt, sieht als deren Hauptmängel (»workerism«) eine Art Proletkult und akademischen Marxismus, in dem jeder darum ringt, bei der Formulierung von Arbeiter-Erfahrungen der Beste zu sein. Sie ist langjähriges Mitglied der Frauenbewegung; gleichwohl richten sich auch ihre Fragen an linke Politik überhaupt. Ihr Fazit: gesucht wird nicht *der* richtige Weg, nicht *die* richtige Linie soll verwaltet werden, gesucht sind vielmehr neue Organisationsformen der Politik. Wiewohl sie die Erfahrungen als Quelle von Politik auffaßt, streitet sie energisch für eine Theorie, zu deren Ausarbeitung sie mit dem vorliegenden Text beitragen will und die dem Versuch von Sektierertum und Strukturlosigkeit im Feminismus entgegenarbeiten kann. Notwendig scheinen ihr dafür: eine Kritik am Leninismus und eine verbesserte Theorie des Bewußtseins. Unter »Leninismus« faßt sie weitgehend ein Politikverständnis, das auf die Eigeninitiative der Menschen verzichtet und dies mit einer Vorstellung, daß Theorie grundsätzlich ohne alltägliche Erfahrung auskommen kann, »wissenschaftlich« verbrämt.

Verändern möchte sie auch die Vorbilder in unseren Köpfen. Was stellen wir uns z.B. unter einem guten Revolutionär vor? »Dieser individuelle Kämpfer erscheint als einsamer Mensch, ohne Bindungen, persönlicher Emotionen beraubt, hart, aufrecht, selbstgenügsam und kontrolliert, ohne Zeit oder Fähigkeit, liebevolle Gefühle zu äußern, nicht imstande, sie zu hegen und zu pflegen; Freundschaft ist für ihn Zerstreung.« (68) Solche Vorstellungen würden im Grunde aus Frauen unpolitische Wesen machen, weil nichts in ihrem Leben diesen Maßen genügen kann. Selbst wenn man nicht so weit gehen würde, leninistischen Gruppen »ein überholtes Management-Konzept« (72) zu bescheinigen, begeistert das Eintreten für eine Politik, die die »Last der inneren Passivität« (75) abgestreift und, statt auf Unterordnung, auf Eigenaktivität und Selbstvertrauen

en setzt. Da die perspektivische »Organisation« nicht nur das Führerprinzip vermeiden, sondern zudem auch noch in sich selbst den in ihr vorhandenen Sexismus abbauen müsse, schlägt sie eine Struktur vor, die »erlaubt, Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen offen zu artikulieren, zugleich verschiedene Vorstellungen zu entwickeln und diese in den Sozialismus mit einzubringen ... ohne die transzendente Korrektheit des Leninismus.« (87f.)

Eng mit dem Avantgarde-Konzept verknüpft sieht Rowbotham die Vorstellung vom richtigen Bewußtsein der Partei, welches stellvertretend für »Unterdrückte« im allgemeinen gehegt werde, aber kein Instrumentarium entwickle, für den Fall, daß sich einzelne Bereiche verändern. Die Frauenbewegung habe demgegenüber das zirkelschlüssige »Avantgarde-Konzept durchbrochen, indem sie die Kriterien in Frage stellte, die 'fortgeschritten' und 'zurückgeblieben' definierten.« (107) Bewußtsein sei insgesamt nicht an einer geraden Latte zu messen, es gehe in seiner Fort- oder Rückschrittlichkeit quer durch die Personen, Gruppen und Klassen. Sie wendet sich energisch gegen Lenins Vorstellung, daß den Arbeitern das politische Bewußtsein »nur von außen« gebracht werden könne, indem sie bezweifelt, daß dieses »richtige« Bewußtsein überhaupt in einer Partei sein könne. Auf die selbstgestellte Frage, wie es dort hineingekommen sei, findet sie nur die respektlose Antwort, daß es bestenfalls von Lenin und den Bolschewiki herrühre, die wiederum aber es aus ihrem Leben und ihrer Zeit gewonnen haben müßten. Die persönlichen und historischen Faktoren, die also in den wissenschaftlichen Sozialismus (zu dem sie die Frage nach der Definition von Bewußtsein führte) hineinkamen, müßten im Klassenkampf ständig aktualisiert und neu eingearbeitet werden. Die »künstliche« Abschottung vor alltäglicher Erfahrung, welche die Parteien leninistischen Typs auszeichnen, müsse durchbrochen werden. Immer seien es Menschen hinter den Ideen. So streitet sie gegen einen Gegensatz zwischen theoretischem Wissen und unentwickeltem »Trade-Unionism« und plädiert zudem für die Notwendigkeit einer Widerstandskultur (einer neuen Kultur mit entgegengesetzten Werten) für die Radikalisierung der Bewegungen. Insbesondere die Frauenbewegung bedürfe eines solchen kulturellen Kampfes, weil das Klassenbewußtsein der herkömmlichen Arbeiterbewegung »männlich« sei, unsere Vorstellung von Würde mit männlichem Klassenstolz zusammenhänge.

Daß sie die Notwendigkeit der Frauenbewegung auch gegen Teile der Arbeitertradition behauptet, hindert die Autorin nicht, im wesentlichen engagierte Sozialistin zu sein, also für eine allgemeine Politik nach vorn zu streiten. Sie schließt mit einem leidenschaftlichen Appell für eine »Kultur der Zusammengehörigkeit«, für das Bejahen der Möglichkeit, »daß Menschen sich selbst verändern«. Auch für diejenigen, die die Abkehr von Lenin nicht gutheißen, ist der Beitrag von Rowbotham lesenswert. Neben einer Beunruhigung, die aus ihrem Mut zur radikalen Infragestellung von Gewohnheiten rührt, gibt es zahlreiche Vorschläge für konkrete Politik, die bedacht werden sollten.

Lynne Segal faßt in ihrem Beitrag »A Local Experience« die Mängel der verschiedenen linken Organisationen in der Frage der Frauenunterdrückung zusammen und gibt eine knappe Skizze der feministischen Aktivitäten in den 70er Jahren. Die Erfolge der Frauenzentren und der Abtreibungskampagne (die auf ihrem Höhepunkt 40.000 Demonstranten auf die Straße brachte), schreibt sie der Politik zu, die von persönlichen Problemen ausging, das Abbröckeln in der Frauenbewegung, das Scheitern der Zentren und das Auf-der-Stelle-Treten haben nach ihrer Auffassung zwei Ursachen: die fehlende sozialistische Perspektive und die allgemeine krisenhafte politische Lage. Als Lösung schlägt sie eine Organisationsform vor, in der autonome Frauengruppen sowie andere »unterdrückte Gruppen« mit sozialistischer Perspektive zusammenarbeiten und eine politische Theorie entwickeln, die »persönliche Politik« zur Grundlage hat. Die lokale

Orientierung, die ihrem Beitrag den Namen gab, ist für sie nur ein Lernschritt auf diesem Weg, eine Erfahrung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppierungen und Menschen auf der Grundlage alltäglich erfahrener persönlicher Probleme.

Auf der Suche nach einer umfassenden sozialistischen Strategie nach 10 Jahren Feminismus führt *Hilary Wainwright* — in ihrem Beitrag »Moving beyond the Fragments« — die organisatorischen Möglichkeiten noch einmal vor Augen. Ihr Fazit: Es braucht eine Organisation, eine Partei, die allerdings derzeit an der Labour Party nicht vorbeikann. Um aus dem Zirkel herauszukommen: Es wird keine sozialistische Strategie *ohne* Labour geben, wie es *mit* Labour aufgrund der Verfilzung mit dem Staatsapparat und den Gewerkschaften keine geben kann, schlägt sie eine Art Verknüpfung der »neuen sozialen Bewegungen« (Frauen, Jugend, Studenten, Buchläden, linke Gewerkschafts- und Theatergruppen, sozialistische Zentren etc.) vor, die als gemeinsame außerparlamentarische sozialistische Kraft den Druck auf die traditionellen Arbeiterorganisationen ausüben sollten, der zu ihrer Transformierung in sozialistische politische Veränderung notwendig sei. — Eine ausgereifte Strategie für die historisch neuen Fragen zu verlangen, wäre sicher eine Überforderung. Wainwrights Vorschlag der Internationalisierung linker politischer Strategie und Theorie ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Frigga Haug (Berlin / West)

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen u.a.

Albers, Detlev, Prof. Dr. phil., geb. 1943; Hochschullehrer am Fb Arbeitslehre / Politik an der Uni Bremen. V.: *Italienische Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972* (in: AS 2, *Gewerkschaften im Klassenkampf*, 1976); *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978).

Alfs, Günter, geb. 1953; Studium der Pädagogik; arbeitet an einem Forschungsvorhaben der Uni Oldenburg zur Evaluation der einphasigen Lehrerbildung.

Andresen, Sünne, geb. 1958; Soziologie-Studium; V.: Mitarbeit an: Projekt Frauengrundstudium (1980), Frauen, Opfer oder Täter (1981). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.

Dietschreit, Frank, geb. 1954; 1. Staatsexamen, Doktorand; V.: Faschismusanalyse in Lion Feuchtwangers Roman-Trilogie »Im Wartesaal« (1980); Es ist ein Blödsinn... Gedichte (1980). A.: Politische Dichtung, Neue Subjektivität, Alternativbewegungen. Mitglied in GEW, Die Grünen.

Frei, Bruno, Dr. phil., geb. 1897; Schriftsteller, V.: »Der Papiersäbel« (Autobiographie) (1972). A.: Philosophie, Kulturkritik, Arbeiterbewegung. Mitglied in PEN-Club, Schriftstellerverband.

Fritsch, Christian, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am Deutschen Seminar der Universität Tübingen. A.: Exilliteratur; materialistische Literaturtheorie. Mitglied in GEW und BdWi.

Gransow, Volker, Dr. phil., geb. 1945; Privatdozent an der FU Berlin und der Universität Bielefeld. V.: Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung (1980). A.: Politische Kultur, Politische Soziologie. Mitglied in SPD, GEW und DVPW.

Haug, Frigga, Dr. phil., geb. 1937; Habilitation; Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Hrsg. des *Argument*. V.: zus. mit anderen: 6 Bände zur Automation (AS 7, AS 19, AS 31, AS 43, AS 55, AS 67), Frauenformen (Hrsg., 1980). A.: Automationsforschung; Arbeitswissenschaft; Frauen. Mitglied in BdWi, ÖTV, Sozialistischer Frauenbund West-Berlin.

Haug, Wolfgang Fritz, Prof. Dr. phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Hrsg. des *Argument*. V.: Kritik der Warenästhetik (1977); Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital« (1976); Theorien über Ideologie (1979); zus. mit Projekt Ideologie-Theorie, PIT, in AS 40); Zeitungsroman (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

Hauser, Kornelia, geb. 1954; Soziologie-Studium, Doktorandin. Mitarbeit an: Frauenformen (zus. mit anderen, AS 45, 1980). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung, Sexualität und Herrschaft. Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Hamburg.

Holler, Eckard, geb. 1941; Oberstudienrat. Mitarbeiter des Club Voltaire, Tübingen. V.: *Programmbuch des Tübinger Festival 1981* (Mithrsg. 1981). A.: Jugendbewegung, Neues Lied, Alternativkultur.

Howald, Stefan; Doktorand. Freier Journalist. A.: Kulturpolitik, Ideologie-Theorie.

Johansen, Baber, Prof., geb. 1936; Hochschullehrer. V. zur modernen arabischen Geschichte und zum islamischen Recht. Mitglied in ÖTV, BdWi.

Köfler, Reinhart, Dr. phil., Redakteur von *Befreiung*. V.: *Dritte Internationale und Bauernfrage* (1981).

Kowalsky, Wolfgang, geb. 1936; Soziologie-Studium. A.: Ideologischer Krieg in Frankreich seit 1968. Mitglied in HBV.

Knobloch, Clemens, Dr. phil., geb. 1951; wiss. Angestellter am Institut für deutsche Sprache, Bonner Forschungsstellen. V.: Orientierung und Koorientierung (1980). A.: Kommunikationssoziologie, Sozialphilosophie. Mitglied in GEW.

Kramer, Dieter, Dr. phil., geb. 1940; wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt. A.: Freizeit, Kulturtheorie, Kulturgeschichtliches Museumswesen, Kulturpolitik. Mitglied der GEW, Naturfreunde, Kulturpolitische Gesellschaft.

Lambrecht, Lars, geb. 1944; wiss. Assistent an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, geb. 1944; V.: Gesellschaftsformationen in der Geschichte (Hrsg.) (1978, AS 32). A.: Theorie und Geschichte der Gesellschaftsformationen, der Geschichtswissenschaft und der Arbeiterbewegung, Politische Soziologie und Wissenschaftsgeschichte.

Lüdemann, Margret, geb. 1956; Soziologie-Studium. V.: Mitarbeit an: Frauen — Opfer oder Täter (1980). A.: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. Mitglied in Sozialistischer Frauenbund Hamburg.

Mangel, Rüdiger, geb. 1951; Germanistik- und Politik-Studium.

Nolte, Hans-Heinrich, Prof. Dr., geb. 1938; Professor für osteuropäische Geschichte in Hannover. V.: Deutsche Geschichte im sowjetischen Schulbuch (1972), »Drang nach Osten«, Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion (1976), Gruppeninteressen und Außenpolitik (1979). Mitglied in HDS, GEW.

Ohlenburg, Harro, Prof. Dr., Fachhochschule Ostfriesland, Fachbereich Sozialwesen. A.: Theorie der Sozialarbeit, Betriebliche Sozialarbeit.

Poell, Carlo, 1. Staatsexamen für das Lehramt; arbeitet als Lehrer in Hamburg. A.: Geschichte der pädagogischen Theorie und Praxis.

Priester, Karin, Prof. Dr., geb. 1941; Fachgebiet: Politische Soziologie. V.: Der italienische Faschismus (1972); Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus (1981). A.: Politische Soziologie, Politische Bildung.

Rätzfel, Nora, Dipl.-Päd., geb. 1948; wiss. Assistentin am Psychologischen Institut der FU Berlin. V. zu Bildungsreform und Hochschulsozialisation. Mitglied in ÖTV, Sozialistischer Frauenbund Westberlin (SFB/W).

Rotermund, Hermann, Dr. phil., geb. 1949; V.: Ästhetische Bedürfnisse (1977). A.: Deutsche Literatur nach 1945, Kulturtheorie, Britannica.

Rudloff, Holger, Dr. phil., geb. 1949; wiss. Ass. an der Universität Köln. V.: Literaturunterricht in der Diskussion (1979). A.: Literaturdidaktik, Ästhetische Theorie.

Schäfer, Alfred, Dr. paed., geb. 1951; Jugendbildungsreferent. V.: Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation (1978). A.: Allgemeine Pädagogik/Metatheorie der Erziehung; Sozialisationstheorie; Bildungssoziologie; Theorie der Schule.

Schmahl, Kurt, Ing. (grad.), Dipl.-Soz., geb. 1947; Wiss. Angest. am Institut f. Soziologie der TU Berlin. Mitarbeit in Forschungsprojekten zu HdA und Industrial Relations. V.: Rationalisierung durch Humanisierung? (mit P. Friedmann, 1979).

Schweizer, Harro, Dr. phil., geb. 1949; Wiss. Ass. an der FU Berlin. V.: Marxismus und Kybernetik (Mithrsg., 1975), Sprache und Systemtheorie (1979). A.: Psycholinguistik, Sprachdidaktik, Sprachplanung. Mitglied in GEW, Kita-Bezirkselektorenaußschuß Kreuzberg.

Sens, Eberhard, Dr. rer. pol., geb. 1944; wiss. Ass. am Institut für Soziologie an der TU Berlin.

Sölle, Dorothee, geb. 1929; lebt in Hamburg als Schriftstellerin und hat seit 1975 eine Professur am Union Theological Seminary, New York. V.: Sympathie (1978); Im Hause des Menschenfressers (1981).

Stellmach, Claudia, geb. 1947; Dipl.-Soz. A.: Arbeiterbewegung in der BRD, Lateinamerika-Soziologie. Mitglied in GEW, BdWi.

Wacker, Ulrich, geb. 1950; Gymnasiallehrer. A.: Entstehung des Kapitalismus, Zeitgeschichte: Frankreich. Mitglied in GEW.

Weißbach, Barbara, geb. 1951; Dipl.-Päd. V.: Lehrerbildung und Sozialwissenschaften (1980). A.: Empirische pädagogische Forschung.

Winkler, Michael, Dr. phil., geb. 1953; V.: Geschichte und Identität (1979). A.: Sozialpädagogik, systematische und historische Pädagogik, Handlungstheorie. Mitglied in GEW.

ARGUMENT
STUDIENHEFT
SH 46

FRAGEN —
OPFER ODER TÄTER?
DISKUSSION

Frigga Haug (Hrsg.)

Frauen — Opfer oder Täter?

Diskussion (SH 46) 5,— DM



»Auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal, jede Unterdrückung — soweit sie nicht mit äußerem Zwang arbeitet — braucht die Zustimmung der Unterdrückten.« — Frigga Haugs Opfer-Täter-These hat eine Vielzahl von entgegengesetzten Meinungen provoziert. Diskussionsbeiträge, die von persönlichen Erfahrungsberichten bis zur Frage, wie Politik zu machen und zu begreifen sei, reichen, sind in diesem Studienheft zusammengetragen.

Summaries

Wolfgang Fritz Haug: Structural Hegemony

Haug attempts to develop a new understanding of »hegemony« beyond Gramsci and related to the political situation of the FRG. The article deals primarily with paving the way for the merger of the forces of labour, science and culture in such a way that the »new social movements« are included. The problem is that there isn't any classical supremacist (*Hegemon*) (this means no predominant, political, class representation). Taking the example of the *Volksuni* it will be discussed how a »structural hegemony without a supremacist« can become effective.

Frigga Haug: Men's History, Women's Liberation, Socialism

The article examines the international discussion of this topic, analyses the actual separation of the Labour and Women's Movements that extends to a mutually exclusive antithesis, and discusses its theoretical grounding as well as attempts to create connections between the two movements. For socialist feminism, that seems to unite both the worker's and the feminist movement, the politics of the Socialist Women's League (SFB), West-Berlin, is presented exemplarily and (self-)critically. Taking the example of the campaign against the anti-abortion law (paragraph 218) the criticism is the first step for further considerations for autonomous, socialist, women's politics. Thereby theses and research questions are presented that serve the advancement of Marxism and socialist politics.

Dorothee Sölle: Inquiries of Feminist Theology

Theology is the study of the liberation of humanity from its misery and not simply of supernatural salvation. Next to black theology, American-Indian theology and the theology of the poor, feminist theology understands itself as a theology of liberation. It describes oppression as sexism that not only damages its victims, one half of humanity, but also the oppressors. The essay speaks about new subjects that stimulate theology, about new objects and topics that were forgotten or suppressed up to now, and about new methods of studying theology.

Herman Rotermund: The Potential of Youth Culture

After summarising the current definitions of youth culture and subculture the author raises four questions about the analysis of subcultural movements: their social origins and composition, the cultural context from which they are derived and to which they react, the creation of different »styles«, and the perspectives of each movement. Using the West-German »Halbstarkens«-subculture in the late fifties as an example, the author demonstrates that it is possible, based on research published at the time, to come to more precise conclusions than were previously accepted by youth sociologists. At the end of the article the question is posed whether the squatters' problems can be placed in a broader perspective than those of the »Halbstarken«: namely the relinquishment of a mere cultural, »magical« solution of social problems in favour of more direct and active resistance which is generating sympathy even among parents.

Baber Johansen: Islam and The State in Imperialism (I)

Johansen proceeds from the present socio-political movements and upheavals in the Islamic world, especially in Iran. With the transition to industrialisation blocked, the changes in the relationship between religion and the state are of central interest. In order to understand this, one must look at the origins and development of Islam as a religion, state and community as well as, and in particular, the social meaning of Islamic justice and The Islamic judicial scholars. In part I of his investigation Johansen looks at the history of these problems until the time at which the Near East enters the capitalistic world market in the 19th and 20th centuries. Part II will investigate the development up to contemporary problems in the framework of colonialism and imperialism.

Detlev Albers: East Wind — West Wind in Europe

Albers works out the central socio-political potential development (as well as its endangerment) in the present upheavals and changes in Poland and France; in Poland the creation of independent unions, the new founding of the hegemony of the Worker's Party, the development of a new political culture; in France the initial stages of a transitional society with a socialist perspective. Not only the reciprocal meaning of socialistic renewal and a left-wing atmosphere of awakening will be shown, but also their correlation with the global conditions of opposing systems and the politics of peace.

**betrifft:
erziehung**
blätter und taz

9'81

Magnet School — Die Schule, die anzieht: Schüler suchen sich ihre Schule und ihre Lehrer selbst aus. Geht das? Sicherlich noch nicht in der Bundesrepublik. In Amerika ist so etwas bereits möglich — in den Magnet Schools. Diese Idee, übertragen auf die BRD, wird der Gesamtschule neuen Auftrieb geben.

Hans Maier gegen Ludwig v. Friedeburg: Streitgespräch über die Schule der 80er Jahre.

G. Billen: Und gib uns unser täglich Gift: Eine Unterrichtseinheit über Schadstoffe in Nahrungsmitteln.

H. Schohl/Z. Spengard: Lesebuchanalyse — Gearbeitet wird nicht: Nicht einmal ein Zehntel der Lesebuch-Texte beschäftigt sich mit dem Arbeitsalltag.

G. Niggemann: »Uns unterstützt keiner«: Die Story von einer engagierten Gesamtschullehrerin.

14. Jg. 1981

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim - Einzelheft DM 6,-; Jahresabo DM 58,-; Studentenabo DM 48,-; incl. MwSt zuzgl. Versandkosten.

92'81

Schwerpunkt China:

China nach Maos Tod

Frauen in Nicaragua

Nachrichten und Kurzberichte zu:

El Salvador, Chile, Brasilien, Iran

93'81

Schwerpunkt:

Pflanzengifte in der Dritten Welt

Außerdem:

Dritte Welt im Film

Obervolta: Ende eines Mythos?

Nachrichten und Kurzberichte zu:

Malaysia, Iran, Südafrika

94'81

Schwerpunkt

Kenia, Gesundheitsprojekte

Tourismus aus indianischer Sicht

El Salvador: Bericht aus der befreiten Zone

Kurzberichte zu:

Israel, Namibia, Tschad, Guatemala, Costa Rica, Paraguay, Malaysia, Sri Lanka

95'81

Schwerpunkt

Rüstung und Unterentwicklung

11. Jg. 1981

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 bis 60 Seiten: DM/sFr 35,-/ÖS 260,- (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM/sFr 25,-/ÖS 190,-. Einzelverkaufspreis: DM/sFr 4,-/ÖS 30,-. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761/74003

Demokratische Erziehung

psychologie heute

5'81

Kommentare und Berichte

Friedensarbeit in den Gewerkschaften,
Bayrisches Abitursthema »Sicherheitspoli-
tike«, Schüler für Gesamtschule u.a.

Demokratische Erziehungspraxis

W.-D. Lugert: Punk-Musik (Aktuelle
Stunde)

K. Kufeld: Analphabetismus-Kurse

B. Wildt: Realistische Malerei in der Ge-
samtschule Bielefeld

H. Waegner: Rubens und Flick in Siegen

Aufsätze

K.H. Heinemann: Bildungspolitische Per-
spektiven

M. Bergk: Erstleseunterricht

Geschichtsbewußtsein von Jugendlichen

A. Kuhn: Alltagsgeschichte — ein Weg
zur Bildung von Geschichtsbewußtsein?

K. Faller: Wie entsteht heute neofaschisti-
sches und antifaschistisches Bewußtsein bei
Jugendlichen?

E. Roßmann: Zur Geschichte der Friedens-
erziehung

H. Müller: Arbeiterjugend in der Ge-
schichte

B. Dolle: Die Rolle von Kinder- und Ju-
gendbüchern für die Herausbildung von
Geschichtsbewußtsein

R. Scheppelmann u.a.: Lernprozesse mit
der Fernsehserie »Der unvergessene Krieg«

7. Jg 1981

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. - Alle zwei
Monate. - Einzelheft 5,- DM. im Jahresabo 3,50 DM.
Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

7'81

Die Angst vor der Frau —

Pornographie und Sadismus

Die Angst der Männer vor Frau und Natur:
Sinnlich, Gierig, Grausam, Tödlich — Ein
Gespräch zwischen Sam Keen und Susan
Griffin

C. Woessler de Panafieu: Wie »weibliche«
kann Wissenschaft sein?

E. Sternheim-Peters: Geil Hitler!

. Faschismus und Sexualität

Außerhalb des Themas:

R. Oldenburg/D. Brisset: Der Dritte Ort
— Lebenswichtige Freiräume zwischen Ber-
ruf und Familie

D. Lorenzen: Psychiatrie — Schlimmer als
vor 100 Jahren?

D. Heubrock: Das Prinzip Hoffnung im
Tagtraum

8'81

Wer ist intelligent?

M. Schiff: Die Macht des Milieus

Außerhalb des Themas:

W. Krag/A. Weber: Jogging als Selbster-
fahrung

D.-D. Hartmann: Psychoanalyse des La-
gerkommandanten Franz Stangl

B.-O. Hagedorn: Hamburger Drogenpro-
zeß — Eine Schmierkomödie

J.Z. Rubin: Psycho-Fallen — Die Kunst,
rechtzeitig aufzuhören

8. Jg. 1981

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber,
Monica Moebies, Rüdiger Runge. Redaktionsassistent:
Karin Quick-Oest. — Monatlich. — Einzelheft 5,- DM.
Jahresabo 50,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120,
6940 Weinheim

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

12'81

K.-P. Wolf: Hansen — ein weiteres »Notopfer« für die Schmidt-Regierung?

K.-H. Hansen, MdB: Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein

L. Hajen: Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in der Hamburger SPD

*Diskussionsschwerpunkt:
Demokratisierung der Kommunen!*

R. Brögeler/J. Günther: Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie

S. Krätke: Alternative Wohnungsbaupolitik am Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus

K. Westermann: SOS aus SO 36

K.-J. Siegfried: Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft

Außerhalb des Schwerpunktes

K.A. Otto: Ist die »Ostermarsch-Bewegung wieder aktuell?

M. Ernst-Pörksen: Staatsverschuldung und Sozialabbau

C. Schmidt: Adieu à la Bourgeoisie?

Arbeitsgruppe Gewerkschaften: Berufspolitik und alternatives Beschäftigungskonzept — die Deutsche Postgewerkschaft

Dokumentation

Berichte

Besprechungen

4. Jg. 1981

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hündels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, J. Betustein, R. Brögeler, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßnes, Chr. Rix-Mackenthun, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Heften jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5,— zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

135 '81

Thema: Bildsatire

W. Grape: Die Welt frovt sih uber al. Zur Parodie klerikaler Kunst

W. Marschall: Doch unsere Sache, die steht nicht schlecht. Über Gertrude Degehhardt

W. v. Heide: Herbert Sandberg — Politische Grafik

Uncle Sam ins Auge: Die Feder von Nuez aus Kuba

U. Weitz: Keine Zeit zum Scherzen. Der Karikaturist Ratalanga

G. Zingerl: Schwarzer Humor, Roter Humor, Goldener Humor

S. Paas-Zeidler: »Ich bemühe mich fleißig, Militärs negativ zu zeichnen.« Gespräch mit Marie Marcks

D. Kittner: Gefechte mit der Feder. Hans Firzlaß und sein »Niespulver«

E. Antoni: Auf dem rechten Strich

H. Bruns: Männerwitz als Siegesnachricht?

A. Antoni: »A so a Schmarrn!« meint die Kollegin

S. Ott: Vom Recht auf Satire — und wie man es streitig macht

W. Grape: Karikaturen — Perspektiven — Subtilitäten

Außerhalb des Themas:

T. v. Brentano: Frau mit Geige und Staubsauger

O. Münzberg: Die Schlamm- und Slumseiten der Stadt. Grafiken von Michael Otto

22. Jg. 1981

Redaktion: H.v. Dammitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,— DM (Stud. 27,— DM). — Dammitz Verlag, Hohenzollerstraße 144, 8000 München 40

TEXT+KRITIK

vorgänge

71'81

Rolf Dieter Brinkmann

R. D. Brinkmann: Vier Gedichte. Ortszeiten. Ein Alltag. Ein friedliches Gedicht. Vita Nuova

B. Witte: Vechta. Ein Ort für Rolf Dieter Brinkmann

M. Grzimek: »Bild« und »Gegenwart« im Werk Rolf Dieter Brinkmanns. Ansätze zu einer Differenzierung

S. Späth: Die Entmythologisierung des Alltags. Zu Rolf Dieter Brinkmanns lyrischer Konzeption einer befreiten Wahrnehmung

H. Behme: Der Schrei des Schmetterlings. Über die Gedichte Rolf Dieter Brinkmanns

R. Schreyer: Aus den leeren Wiederholungen, die blendende Helligkeit vor Augen ...

Über die frühe Prosa Rolf Dieter Brinkmanns

J. Schillo/J.T. Prikker: Gleitende Prosa. Notizen zu Brinkmanns Schreibweise

U. Schweikert: Alles ist Kaufhof und nichts mehr Leben. Rolf Dieter Brinkmanns »Rom, Blicke« lesend

H. Behme/S. Späth: Kommentierte Auswahlbibliographie

Notizen

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: J. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Abopreis 30,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

51'81

Zeisfragen, Kommentare

H. Schirmbeck: Mit Nibelungentreue in den Untergang?

C. Lehsten: Nürnberg, im März 1981/ Strauß, Tandler und Hillermeier proben die »liberal-konservative Revolution«

K. Hillermeier/M. Hirsch: Kein Briefwechsel zu den Nürnberger Vorgängen

D. Damm: Wer hat schon was gegen Faschisten?

H. Robinsohn: Rede über Rechtsextremismus am 24.3.1981

Thema: Durch Abschreckung zum Krieg

G.R. La Rocque: Wie ein Nuklearkrieg in Europa ausgetragen würde

G.A. Arbatow: Die Strategie der nuklearen Unvernunft

H.W. Kendall: Konsequenzen eines Nuklearkriegs in Europa

L. Semejko: Einige Aspekte der Abrüstung und der internationalen Sicherheit

L. Brock: Hunger und Rüstung

S. Tiedtke: Unergründliche »Nachrüstung?«

A. Mechttersheimer: Probleme und Perspektiven der deutschen Sicherheitspolitik in den 80er Jahren

G. Bastian: Warum ein nuklearer Krieg in Europa denkbar wird

Kritik

S. Ott: Literarischer Maulwurf (XXIV): Frankfurter Institut für Sozialforschung

20. Jg. 1981

Erscheint zweimonatlich bei: Europäische Verlagsanstalt, Savignystr. 61-63, 6000 Frankfurt/Main 1 — Einzelheft 12,— DM, Jahresabo 52,— DM; jeweils zzgl. Versandkosten.

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
Technik Naturwissenschaft. Gesellschaft

10'81

*Schwerpunkt: Sand oder Rädchen —
Erfahrungen im Getriebe von Wissenschaft
und Technik*

Nur nicht zu hoch aufsteigen! Als Vorge-
setzter den aufrechten Gang im Auge be-
halten

Blieb unten!

Zwischen Industrie und Universität
Aussteigen oder Drinbleiben?

Aussteigen, aber Drinbleiben! Einerseits
— andererseits; ja, was denn nun?

Gegen die Kopffüßler-Krankheit

Alles möglich, wenn frau nur will?

Von einer Lösung entfernter denn je

Langer Marsch und neuer Anfang

ÖTV-Vertrauensmann und Promotion

Mein Selbstverständnis?

Weitere Themen:

125 Jahre VDI

Der schönste Anblick im Orbit: Ein Urin-
austritt bei Sonnenuntergang

Militarisierungstendenzen im naturwissen-
schaftlichen Unterricht von DDR und BRD

Der Luftverpester Schwefeldioxid

Der Fall K: Staat — Wissenschaft —
Atomindustrie

Prometheus bringt jetzt Benzol

Krach in den Physikalischen Blättern

L'énergie c'est nous! Franzosen kämpfen
gegen Atomenergie

3. Jg. 1981

Redaktion: Klaus Bednatz, Reinhard Behnisch (verant-
wortlich), u.a. — Vierteljährlich — Einzelheft 5,— DM,
im Jahresabo 20,— DM incl. Versandkosten, gegen Vor-
zahlung. — Verlag Reinhard Behnisch, Gneisenaustr.
2, 1000 Berlin 61.

WSI

MITTEILUNGEN — Zeitschrift des
Wirtschafts- und Sozialwissen-
schaftlichen Instituts des DGB

7'81

*Organisation und Durchsetzung
kapitalorientierter Interessen im Wirt-
schafts- und Sozialsystem*

D. Prowe: Wirtschaftsdemokratische An-
sätze 1945-49 — Die Auseinandersetzungen
um die paritätische Mitbestimmung
der Arbeitnehmer in den Industrie- und
Handelskammern

W. Plümpe: Gesellschaftliche Neuord-
nung oder ökonomische Entwicklungslogik?
— Spielräume und Handlungsmög-
lichkeiten der Unternehmerverbände im
britischen Besatzungsgebiet 1945/46

V. Bahl/U. Wendeling-Schröder: Wachs-
ende Arbeitgebermacht und veränderte
Rechtskonstellation als ein faktisches »Ver-
bändegesetz auf Raten«

a. Gewerkschaftl. Handlungsmacht vor
verändertem ökonom. Hintergrund und
die Rolle der politischen Auseinanderset-
zung um ein »Verbändegesetz«

b. Zur Verrechtlichung der Tarif- und Ge-
werkschaftsautonomie

W. Gleixner: Interessenorganisation und
-durchsetzung am Beispiel der BDA

D. Perner: Organisation und Durchset-
zung kapitalorientierter Interessen im
Handwerk

M.F. Hellmann/I. Stöckl: Die Organisa-
tion der Industrien durch den europäi-
schen Unternehmerverband UNICE und
seine Einflußnahme auf europäische Poli-
tik

34. Jg. 1981

Herausgeber: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches
Institut des DGB, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf
30 — Einzelheft 6,50 DM; Jahresabo 76,— DM; Studen-
tenabo 44,— DM — erscheint monatlich im Bund-
Verlag, Postfach 210140, 5000 Köln 21

L'80

Herausgeber:
Heinrich Böll
Günter Grass
Tomas Kosta
Carola Stern
Johano Strasser
Heinrich Vormweg

Demokratie
und Sozialismus

Politische
und literarische
Beiträge

Heft 15
Romantik contra
Aufklärung –
ein unbewältigter
Konflikt

Heft 16
Lehren aus dem
„polnischen
Sommer“

Heft 17
Sicherheit als
destruktives Ideal

Heft 18
Wie christlich
ist das
organisierte
Christentum?

Eine Zeitschrift, die
unbequeme Wege geht
und aufregende wie
aufrüttelnde Beiträge aus
Politik und Literatur
veröffentlicht.
stern

L'80 steuert allmählich
einen Kurs, der wirklich
Aufmerksamkeit er-
regen kann... Die Rolle,
die L'80... spielen
könnte, wäre vergleich-
bar der, die in den
fünfziger und angehen-
den sechziger Jahren
die Frankfurter Hefte ein-
nahmen.
Helmut
Heissenbüttel,
Süddeutsche
Zeitung

Bestellschein

Liefen Sie mir L'80 im Abonnement für zunächst ein Jahr. (L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband 160 Seiten DM 15,-. Im verbilligten Abonnement vier Bände jährlich DM 50,- zuzüglich Versandkosten.) **Das zuletzt erschienene Heft erhalte ich als kostenloses Leseexemplar.**

L'80 Verlags-GmbH · Deutz-Kalker-Straße 46 · 5000 Köln 21

Bitte in Blockschrift

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

sozialismus



Einzel-
heft: DM 7,-
im Abo:
DM 6,-

VSA-Verlag, Pf. 50 15 71
2000 HH 50

abonnieren!

weltweit aktuell konkret lebendig



horizont

»horizont«

Sozialistische Wochenzeitung der DDR
für internationale Politik und Wirtschaft

»horizont«

bringt Ihnen interessante Informationen
durch exklusive Berichterstattung zu Themen

- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt
angefordert werden.

Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin,
Karl-Liebknecht-Str. 29

- Ich möchte »horizont« zum Jahres-
abonnement von DM 52,20 zuzügl. Porto-
gebühren von DM 10,60 beziehen.
- Ich bitte um Zusendung eines
kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname.....

Straße, Hausnummer.....

PLZ, Ort.....

Direktversand ab Berliner Verlag,
daher immer aktuell!

Senden Sie den Kupon als Bestellung an

Brücken-Verlag GmbH

Ackerstr.3

4000 Düsseldorf

Neuerscheinungen: September - November '81

W.F. Haug/W. Elfferding (Hrsg.)

Selbstverwaltung

Internationale Sozialismus-Diskussion 1

Zur Theorie der Selbstverwaltung/Partizipation und Selbstverwaltung im Kapitalismus/Zur Funktionsweise sozialistischer Selbstverwaltung in Jugoslawien/Autonomie und Selbstverwaltung in der Dritten Welt

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 61: ISBN 3-88619-014-5

Lars Lambrecht (Hrsg.)

Entstehung der Arbeiterbewegung

Der Band enthält u.a. Beiträge zur Weiting'schen Wissenschaftskonzeption, zum »Streik« als Konstitutionsmoment der Gewerkschaftsbewegung und zur politischen Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 63: ISBN 3-88619-019-6

Klaus Holzkamp (Hrsg.)

Handlungstheorie

Fortsetzung einer Diskussion

Forum Kritische Psychologie 8

Die Beiträge zum Schwerpunkt tragen die Titel: Individuelles und kollektives Handeln für bessere Arbeitsbedingungen/Handlungstheoretisches Training sozialer Kompetenzen von gewerkschaftlichen Funktionsträgern/Widersprüche in der Handlungstheorie/Historische Notiz über den Einfluß der Gestaltungstheorie auf die Tätigkeitstheorie

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 66: ISBN 3-88619-017-X

Monetäre Restriktionen: Die Inflationsbekämpfung

Alternative Wirtschaftspolitik 3

Von der Vollbeschäftigung zur (Preis-)Stabilitätsorientierung?/Zum Verhältnis von Vollbeschäftigung und Inflation/Zum Zusammenhang von Monopolisierung und Inflation/Zur Wirkungsweise von Preiskontrollen/Zum Verhältnis von Gewerkschaften und SPD

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 68: ISBN 3-88619-013-7

Organisierung zur Gesundheit

Jahrbuch für kritische Medizin 7

Ärzte- und Gesundheitsorganisation/Primärversorgung/Gruppen am Rande der Medizin/Kongreßberichte/Literaturberichte

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 73: ISBN 3-88619-023-4

Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus

Wirtschaftskrise und Möglichkeiten der Freien Gewerkschaften/Arbeitslosigkeit und Politik der RGO/Wirtschaftsdemokratie/Arbeiterbewegung und Militärpolitik der SPD/Die Übereinkunft zwischen SPD und KPD in Braunschweig 1931/Arbeiterkulturbewegung/Zur ideologischen Wirkungsmacht des deutschen Faschismus

15,50 DM (f. Stud. 12,80) AS 74: ISBN 3-88619-018-8

Fragen Sie in Ihrer Buchhandlung nach der Taschenbuchreihe im Argument-Verlag, den Argument-Sonderbänden (AS). Sie haben aber auch die Möglichkeit, durch ein AS-Auswahlabo (mindestens 3 Bände Ihrer Wahl aus den über 12 Titeln einer Jahresproduktion) die Bücher per Post ins Haus geliefert zu bekommen. Und Sie sparen Geld dabei. Gesamtverzeichnis, Information und Abo-Bestellungen über den

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel.: 030/4619061

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Sprach- und Literaturwissenschaft

Röther, Klaus: Die Germanistenverbände und ihre Tagungen (C. Poell) 728

Nössig, Manfred, u.a.: Literaturdebatten in der Weimarer Republik (C. Fritsch) 730

Mainusch, Herbert(Hrsg.): Literatur im Unterricht (G. Alfs) 731

Mattenklotz, Gundel: Literarische Geselligkeit — Schreiben in der Schule (H. Rudloff) 732

Blumensath, Heinz, und Gundel Mattenklotz (Hrsg.): Autorenlesung des Workshop-Schreiben (H. Rudloff) 733

Kunst- und Kulturwissenschaft

Eisenstein, Sergej: Eine nicht gleichmütige Natur (R. Mangel) 734

Glaser, Hermann, u.a. (Hrsg.): Industriekultur in Nürnberg (D. Kramer)..... 735

Voigt, Wolfgang: Der Eisenbahnkönig oder Rumänien lag in Linden (D. Kramer) 737

Winter, Ilse: Alltag und Arbeiter in der Fannystraße (D. Kramer) .. 737

Soziologie

Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR (F. Haug) 739

Bergmann, Waltraut, u.a.: Soziologie im Faschismus 1933-1945 (L. Lambrecht) 741

Holtmann, Dieter: Berufliche Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. (C. Stellmach) 742

Baumann, U., u.a.: Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher (C. Stellmach) 742

Mezger, Werner: Diskokultur. Die jugendliche Superscene (F. Dietschreit) 746

Clarke, John, u.a.: Jugendkultur als Widerstand (N. Rätzfel) 747

Erziehungswissenschaft

Petrat, Gerhardt: Schulunterricht. (A. Schäfer) 749

Hinte, Wolfgang: Non-direktive Pädagogik (H. Schweizer) 750

Löchner, Rudolf: Phänomene der Erziehung (A. Schäfer) 752

Leirmann, W., und F. Pöggeler (Hrsg.): Erwachsenenbildung in fünf Kontinenten (B. Weißbach) 753

Geschichte

Löw, Raimund: Otto Bauer und die russische Revolution (B. Frei) 754

Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus (V. Gransow) 756

Löwe, Heinz-Dietrich: Antisemitismus und reaktionäre Utopie. (H.-H. Nolte) 756

Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917 (H.-H. Nolte) 756

Rexheuser, Rex: Dumawahlen und lokale Gesellschaft. (H.-H. Nolte) 756

Marx, Karl: Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert (R. Kößler) 760

Wendorff, Rudolf: Zeit und Kultur. (J. Schültke) .. 762

Soziale Bewegungen und Politik

Rossanda, Rossana: Einmischung (K. Hauser) 763

Meulenbelt, Anja: Feminismus und Sozialismus — eine Einleitung (M. Lüdemann) 764

Mitchell, Juliet: Frauenbewegung — Frauenbefreiung (S. Andresen) 766

Ravaioli, Carla: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung. (K. Hauser) 768

Barrett, Michèle: Woman's Oppression Today (F. Haug) 770

Jelpke, Ulla (Hrsg.): Das höchste Glück auf Erden (K. Hauser) 771

Rowbotham, Sheila, u.a.: Beyond The Fragments (F. Haug) 772

Rowbotham, Sheila, u.a.: Nach dem Scherbengericht (F. Haug) 772

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Taschenbücher (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Ponstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8513962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4; Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023
Darmstadt: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlägerstr. 3; Tel.: 06151/75230
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
büchlarstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Erlangen: Collectiv-Buchhandlung, Bismarckstr. 9
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Buchzentrum, Goethestr. 31-33; Tel.: 0611/281090
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Grafestr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schilfenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
arbeiterbuch, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Hamburger Allee 37; Tel.: 0511/313955
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 05611/77704
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
Köln 1: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Fleischmenggasse 31; Tel.: 0221/215770
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66; Tel.: 089/2811767
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1; Tel.: 0441/13949
Regensburg: Libresso Buchhandlung, Glockengasse 7; Tel.: 0941/561538
der buchladen, Beth/Paul, Johannisstr. 3; Tel.: 0681/31171
Saarbrücken: Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Schweiz: Basel: Buchhandlung Der Funke, Lindenbergr. 23; Tel.: 061/320277
Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Lirmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7;
Tel.: 01/2512674
Danemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kulturvet 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 1: Buchhandlung Karl Winter, Landesgerichtsstr. 20; Tel.: 0222/421234